

DAS ARGUMENT 113

| | |
|---|---|
| Verlagsmitteilung: Sonderverkauf | 1 |
| <u>Editorial</u> : Jugendsekten und Irrationalismus | 1 |
| Die akademische Schreibweise | 6 |

Spontaneität und Ideologie

| | |
|--|-----|
| Thomas Waldhubel Spontibewegung – Flucht in den Alltag | 8 |
| Ulrich Enderwitz Phänomene neuer Religiosität: Die Gurus von der Stange | 21 |
| Jens Rohwer Revolutionäres Potential in der neuen Jugend | 37 |
| * * * | |
| Eberhard Göbel Zur sozialen Lage der Studenten | 45 |
| * * * | |
| Werner Gestigkeit Das Selbstverständliche als Problem historisch-politischer Bildung | 50 |
| Rolf Nemitz »Mut zur Erziehung« als konservativer Spontaneismus | 64 |
| Wolfgang Fritz Haug Notiz zur gegenwärtigen ideologischen Arbeit in der EKD | 76 |
| <u>Zur Diskussion gestellt</u> Helmut Gollwitzer: Sowjetkritik und Antikommunismus | 82 |
| <u>Aktuelle Analysen</u> Hagen Kühn: Macht und Gesundheit | 94 |
| Henning Melber: Rassismus in Südafrika | 106 |
| <u>Kongreßankündigungen und -berichte</u> : Hochschultage des BdWi; Bahro-Kongreß; 32. Historikertag; Zur Ökonomie demokratischer Wirtschaftsreformen | 115 |
| <u>Dokumentation</u> : Zur Kampagne für die Rehabilitation Bucharins | 123 |
| <u>Besprechungen</u> : Ideologietheorie, Piaget, Westeuropäische Arbeiterbewegung, Ökonomie | 124 |
| <u>Zeitschriftenschau</u> | III |
| <u>Über die Autoren</u> | XV |

DAS ARGUMENT

Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften

Herausgeber: Wolfgang Fritz Haug

Ständige Mitarbeiter:

Wolfgang Abendroth (Frankfurt/Main), Wilhelm Alff (Bremen), Günther Anders (Wien), Frank Deppe (Marburg), Hans-Ulrich Deppe (Frankfurt/Main), Bruno Frei (Wien), Helmut Gollwitzer (Berlin/West), Klaus Holzkamp (Berlin/West), Urs Jaeggi (Berlin/West), Baber Johansen (Berlin/West), Lars Lambrecht (Hamburg), Reinhard Opitz (Köln), K. H. Tjaden (Kassel), Erich Wulff (Hannover)

Redaktion:

Dr. Heinz-Harald Abholz, Wieland Elfferding, Karl-Heinz Götze, Sibylle Haberdtz, Dr. Frigga Haug, Dr. W. F. Haug, Karl-Ernst Lohmann, Prof. Dr. Thomas Metscher, Rolf Nemitz, Prof. Dr. Friedrich Tomberg

Redaktionssekretariat: August Soppe

Verlag, Redaktion und Anzeigen:

Altensteinstraße 48 a, 1000 Berlin 33, Telefon 030 / 8 31 49 15

Auslieferung:

Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65, Telefon 030 / 4 61 90 61

Besprechungen

Philosophie

| | |
|---|-----|
| <i>Lefèvre, Wolfgang: Naturtheorie und Produktionsweise (M. Jäger)</i> | 124 |
| <i>Manthey, Jürgen (Hrsg.): Literaturmagazin 9. Der neue Irrationalismus (R. Konersmann)</i> | 125 |
| <i>Fetscher, Iring, und Horst E. Richter (Hrsg.): Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe (M. Behrens)</i> | 126 |
| <i>Alternative 118: Münchhausen-Effekt. Von der Materialität der Ideologie (T. Laugstien)</i> | 127 |
| <i>Seliger, Martin: The Marxist Conception of Ideology (W. Kunstmann)</i> | 129 |
| <i>Buci-Glucksmann, Christine: Gramsci et l'Etat (E. Volker)</i> | 130 |
| <i>Spaemann, Robert: Zur Kritik der politischen Utopie (R. Nemitz)</i> | 64 |

(Fortsetzung auf Seite XIII)

ISSN 0004-1157

Das Argument erscheint 1979 in 6 Hefen (alle 2 Monate) mit einem Jahresumfang von 924 Text-Seiten. Kündigung eines Abonnements ist unter Einhaltung einer dreimonatigen Frist nur zum Jahresende möglich. - Preis 9,80 DM; Schüler und Studenten 8,50 DM; im Abonnement 8,50 DM bzw. 7,- DM, + Versandkosten. - Die Redaktion bittet die Leser um Mitarbeit am Argument, kann aber für unverlangt eingesandte Beiträge keine Haftung übernehmen. Eingesandte Manuskripte müssen in doppelter Ausführung in Maschinenschrift einseitig beschrieben und mit einem Rand versehen sein. Aufsätze sollen nicht mehr als 25 Manuskriptseiten, Rezensionen nicht mehr als 2 Manuskriptseiten umfassen. Zitierweise wie in den Naturwissenschaften. - Für unverlangt eingesandte Besprechungsbücher kann keine Haftung übernommen werden. - Copyright © Argument-Verlag GmbH, Berlin. Alle Rechte - auch das der Übersetzung - vorbehalten. - Konten: Berliner Disconto Bank 721/7722, Postscheckkonto Berlin West 5745-108. - Satz: Hellmich KG, Berlin; Herstellung: Oktoberdruck, Berlin. 1.-10. Tausend Januar 1979

Beilagenhinweis: Dieses Heft enthält einen Prospekt des Verlag Frommann-Holzboog und - in Teilaufgabe - das Gesamtverzeichnis des Argument-Verlag.

Verlagsmitteilung: Sonderverkauf

Zur Finanzierung unserer laufenden Produktion müssen wir das Lager der Zeitschrift abbauen. Wir lassen daher die Hefte bis Nr. 100 auslaufen und veranstalten zu diesem Zweck einen Sonderverkauf mit bis um 60 Prozent herabgesetzten Preisen. Wir verweisen auf den beigehefteten Prospekt mit Zahlkarte und auf das letztmalig beigelegte Gesamtverzeichnis, das Auskunft gibt über den Inhalt der Hefte.

Ende 1977 haben wir in einer ersten derartigen Aktion die Hefte 22–69 ausverkauft (einige davon werden auch jetzt noch einmal verbilligt angeboten). Wir haben seither unsere wissenschaftliche Taschenbuchreihe *Argument-Sonderbände (AS)* aufgebaut, von der Ende dieses Jahres fast 50 Titel erschienen sein werden. Dazu haben wir in der Reihe *Argument-Studienhefte (SH)* eine Anzahl von Einzelbeiträgen und Diskussionszusammenhängen aus früheren Heften nachgedruckt – vor allem für Seminarzwecke und z. T. für diejenigen, die den Anschluß an die Diskussionen aus der Zeit der Studentenbewegung halten möchten. Vor allem die AS-Reihe steht inzwischen »auf eigenen Beinen« mit über 600 Buchhandelsabos und ca. tausend Einzelabonnenten, die entweder die ganze Reihe oder mindestens drei Bände aus der Jahresproduktion beziehen. Das AS-Auswahlabonnement ist der Mitgliedschaft in einem Buchklub vergleichbar.

Editorial

Zur gegenwärtigen Diskussion über »Jugendsekten« und »Irrationalismus«

I

Es gibt Hinweise darauf, daß der US-Herrschaftsapparat unter dem Eindruck der gegen den Vietnamkrieg mächtig angeschwollenen Friedensbewegung und ihrem wichtigsten Element, der Studentenbewegung, Ende der sechziger Jahre Religionswissenschaftler und Ethnologen darauf ansetzte, das Aufbegehren der Jugend und Studenten umzukanalieren: Jesus-people gegen Studentenbewegung. Die Bedürfnisse, auf die dabei eingewirkt wurde, sind objektiv vorhanden. Sie sind nicht festgelegt auf eine bestimmte Weise der Einlösung. Es sind die nie völlig zum Schweigen zu bringenden Bedürfnisse nach sinnvollem Leben, nach Betätigungsmöglichkeiten, nach Liebe und Glück. Vor allem die bürgerlichen oder mittelständischen Jugendlichen (mit der besonders eingegrenzten Kerngruppe der Studenten) sind es, die diese Bedürfnisse ideologisch verarbeiten oder die durch ideologische Verarbeitungen ansprechbar sind. Die Studentenbewegung war eine wesentlich bürgerliche Bewegung weg vom Bürgertum, hin zu Vorstellungen von sinnvoller Praxis und alternativer Kultur, als deren harter Kern objektiver Möglichkeiten der Sozialismus zu entdecken war und massenhaft entdeckt wurde. In dieser Situation richteten die kapitalistischen Massenmedien ihre Kräfte darauf, die enttäuschbar überschäumenden Hoffnungen zum Umkippen zu bringen.

»So verführt die Bourgeoisie«, schrieben wir an dieser Stelle vor anderthalb Jahren anlässlich der Terrorismusfrage, »ihre Kinder zur Selbstzerstörung, weil sie sich davor fürchtet, sie seien durch Vernunft zu solidarischer Praxis in der demokratischen und sozialistischen Bewegung verführbar.« (Gegen den Terrorismus. Editorial zu *Argument* 105/1977)

Es gibt – im Zusammenhang der mit Nixons Sturz verbundenen Enthüllungen – Hinweise auf Verflechtungen zwischen den Geheimdiensten der USA und dem »organized crime« des Rauschgifthandels. »Die Dealer und die politischen Gruppen sind bei uns zur Zeit in einem Wertlauf begriffen«, schrieb uns vor Jahren ein Mitarbeiter aus einer westdeutschen Großstadt. Die nach der Art kapitalistischer Firmen aufgebauten religiösen Privatapparate und der Rauschgifthandel haben kräftig gewirkt, und ihre Expansion ist noch ungebrochen. Den bürgerlichen Zauberlehrlingen schlägt der Sieg in die eigne Familie. Massenhaft verfällt ihr Nachwuchs den Zerstörungskulten (»destructive cults«), wie man sie in den USA genannt hat. Flankierend wirkt der Handel mit harten Drogen, der sich – in Westberlin wie anderswo – zunehmend der dauerarbeitslosen Kinder ausländischer Arbeiter bedient. Die das Bürgertum rief, die Geister, wird es wieder einmal nicht los. Und keiner will es gewesen sein.

Der Massenselbstmord in Guyana gab den Anstoß zu einer breiten kritisch-aufklärerischen Behandlung des Problems der – irreführend so genannten – Jugendreligionen durch die bürgerlichen Massenmedien. Nach der irrationalistischen wird die aufklärerische Seite wieder bemüht. Sie ist uns sympathischer und wir fassen uns als Erben dieser bürgerlichen Tradition auf. Aber die gegenwärtige Aufklärung bürgerlicher Herkunft stößt auf die Frage aller Fragen, den absoluten Nervpunkt, vor dem sie zurückzuckt: »Heißt die gelebte Antwort auf das herausfordernde jugendliche Gefühl . . . nicht allzuoft: Wohlstand als Zweck . . . des Lebens?«¹ – Schweigen über die alles beherrschende Verwertung des Werts als Selbstzweck, das Kapital.

»Sind Jugendliche genügend zu Mut, Aktivität und Frustrationstoleranz erzogen?« – Gegenfragen: zu Mut angesichts drohender Berufsverbote oder »normaler« Arbeitslosigkeit? Aktivität eines jeden gegen jeden in der Jagd nach Einkommen? Frustrationstoleranz angesichts der Beerdigung eigener Sinnvorstellungen und Hoffnungen? Der vorherrschende Gehalt unserer Gesellschaft ist nun einmal die Kapitalverwertung. Das Schweigen über diesen zentralen Prozeß ist das organisierende Zentrum der Illusionsindustrie.

Nicht daß wir bürgerlich-aufklärerische Kritik wie die zitierte von Michael Fritzen abwerten wollten; sie ist nicht falsch, sie greift nur zu kurz, solange sie über die Hauptursachen schweigt. »Die Dispositionen, Un-Sinn zu glauben, sich der Irrationalität hinzugeben, auf Scheinlösungen einzugehen, sind da. Das ist die Chance von Verführern.« Richtig. Aber wer fördert denn die Disposition, sich der Irrationalität hinzugeben? Ist es nicht dieselbe FAZ, deren Leitartikler hier so vernünftig spricht, die unablässig die Vernunft schlecht macht, wo immer sie dem Kapital zu nahe tritt? Die Tag um Tag jeden Irrationalismus aus Kultur und ideologischem Prozeß aufgreift, verstärkt, propagiert? Und ist es nicht dieselbe Zeitung, die dem Irrationalismus entgegengesetzte Tendenzen verschweigt? Sie rufen Tag um Tag die Geister, von denen sie hoffen, daß sie den sozialistischen Geist austreiben.

Vielleicht gehört Fritzen nicht zu denen, die irrationale Geister riefen. Aber sein Vernunftappell wird ihnen nichts anhaben, weil er wie vor einer Wand vor der Schranke des Kapitals stehen bleibt und nur dazu auffordert, den Verhältnissen standzuhalten, wie sie nun einmal sind. »Wir können nur versuchen, der Welt standhaltend, sinnvoller zu leben.« Wenn aber die Veränderung der Welt aus dem Bereich des Möglichen ausgeschlossen bleibt, dann führen die Versuche, *im status quo* unmittelbar sinnvoll zu leben, für Hunderttausende bürgerlicher Jugendlicher doch eher zu den Gurus.

In der Folge wurde Fritzens Appell aus dem eignen Lager (vielleicht aus einer andern Fraktion desselben) als zu weich kritisiert. Die »grauenerregenden Phänomene« werden in einem Leserbrief (FAZ, 16. 12. 78) in die Tradition der französischen Revolution gestellt, dann der russischen und der beiden Weltkriege. Ja, die Wurzeln reichen in die Renaissance zurück, mit ihrem »Menschen, der letztlich keinen Höheren über sich anerkennt«. »Wegbereiter der Jugendsekten und auch des Terrorismus« sind alle Theorien und Parteien, »die von dem Bild des Menschen ausgehen, der grundsätzlich von Natur aus gut ist« und die »in der Beseitigung der jetzigen Zustände, zum Beispiel Abschaffung des Privateigentums, Vernichtung der Kirchen usw., die Schaffung des Paradieses auf Erden für möglich halten.« Daher habe Fritzen unrecht, die Sekten für ein Problem eigener Art zu halten. »In Wahrheit sind sie jedoch ein Symptom für den nahezu totalen Zusammenbruch der sittlichen Wertordnung bzw. der Zerstörung eines allgemeinverbindlichen Menschenbildes.« Die gesamte Vernunft seit der Renaissance ist schuld und muß aufgegeben werden, denn sie ist mit allgemein bindender Unterordnung unter Höheres unvereinbar. Welcher Grad unfreiwilliger Ironie! Der Bürger gibt, zu seiner Verteidigung, das Bürgerliche (anfangend mit der Renaissance) preis.

Zuvor hatte sich bereits Kurt Sontheimer in die Diskussion eingemischt.² Er konstatiert »einen politisch motivierten privatistischen Rückzug aus der Gesellschaft; es gibt eine (offenbar wachsende) Zahl von Jugendlichen, die sich bewußt der Integration in die bestehende Gesellschaft verweigern, ohne sie noch revolutionär verändern zu wollen.« Vom rechtsliberalen Standpunkt ist diese Generation »für diesen Staat, für diese Art von Demokratie, für die bei uns vorherrschende Form des Lebensstils der westlichen Konsumgesellschaft verloren, weil sie in ihnen eine sinnerfüllte Lebensform nicht mehr zu entdecken vermag.« Ist »die Gesellschaft« ursächlich daran beteiligt, zum Beispiel mit der Politik der Berufsverbote? Eine solche Argumentation, räumt Sontheimer ein, hat »immer irgendwie recht«, ist jedoch zu verwerfen im Blick auf die »Millionen Jugendlichen, die anders denken und sich anders verhalten als die renitente Minderheit«. Die Linksintellektuellen nützen die Situation der Jugend aus »als einen neuen Ausgangspunkt für die Wiederholung der alten Anklagen gegen die bestehende Gesellschaftsordnung«. Sontheimer parallelisiert sie den »zahlreichen bürgerlichen Professoren«, die gegen Ende der Republik von Weimar mit der mehrheitlich faschistischen Studentenschaft sympathisierten. Es ist kein Klischee zu ausgeliebt, daß sich ein rechtsliberaler Professor heute schämen müßte, es wieder einmal auszumalen: Rot gleich braun, wie gehabt.

Sontheimers Losung: Keine Zugeständnisse an die »neuen Ansprüche und Bedürfnisse«! Zugeständnisse »wecken nur den Appetit auf neue Konzessionen«. »Darum kann der Weg der Integration der Jugend in unsere Gesellschaft nicht so sehr die Anpassung der Gesellschaft an die neuen Bedürfnisse sein, sondern umgekehrt die Erziehung der Jugend zur Einsicht in die Notwendigkeiten, die auch eine freie Gesellschaft nicht ignorieren kann und darf.« Der letzte Halbsatz strotzt vor Schweigen und Euphemismus, und es ist auch hier das Verschwiegene dasjenige, welches den Sinn der zitierten Äußerungen organisiert. Die »freie Gesellschaft« ist immerhin die kapitalistische, die auf der Lohnabhängigkeit von über 80 Prozent ihrer Mitglieder beruht, frei zur Kapitalverwertung, umkränzt von einigen kulturellen Kompensationen für die Freizeit. Damit sollen die Errungenschaften, die sie enthält, die formellen Frei-

heitsrechte – die allerdings durch die Berufsverbotspolitik und durch eine ganze Reihe von Aushöhlungen des Grundgesetzes bedroht sind – keineswegs herabgesetzt werden. Sie geben – neben der Produktivkraftentwicklung – dieser bürgerlichen Gesellschaft ihr historisches Recht und ihre transitorische Notwendigkeit. Aber der Zusammenhang von Automation, Rationalisierung und Arbeitslosigkeit, von unvermeidlichen Klassenkämpfen und darauf reagierender Freiheitsbescheidung macht deutlich, daß diese Gesellschaftsform nach vorn überwunden gehört, wobei ihre Rationalität und ihre Freiheitsrechte mitgenommen und in umfassender Form ausgeweitet werden müssen.

Unnachgiebigkeit und Erziehung, Reintegration durch Bestärkung der Werte unserer Gesellschaft. Dies sind die Losungen, die triumphieren. Die Politik, die auf ihnen gründet, wird nicht auf längere Zeit triumphieren können, denn sie tastet die Basisdynamik der Gesellschaft nicht an, diese aber sie.

II

Per Wahlöö schrieb einen Krimi, der eigentlich eine Art Science-fiction-Roman ist.³ Im Gegensatz zu üblichen Zukunftsromanen stellt er sich nicht die Verselbständigung der Produktivkräfte als Herrschaft der Technik über den Menschen vor, sondern der konkrete Fluchtpunkt, von dem her die Geschichte organisiert ist, sind sozialliberale Werte. Inmitten der realen Ungleichheit der fortexistierenden Klassengesellschaft wird die »soziale Gleichheit« imaginär gelebt. Unter ihrer Losung haben die großen Konzerne und die Gewerkschaften ihre Zeitschriften und Tageszeitungen zusammengelegt, trennt sie doch keine Differenz in der Zielsetzung mehr. Natürlich wird in den Zeitungen, die für das ganze Land in einem 31 Stockwerke hohen Gebäude hergestellt werden, zensiert. Aber die Zensur ist nicht politisch – für Politik, die in allen wesentlichen Aspekten der Geheimhaltung unterliegt, interessiert sich sowieso keiner mehr –, zensiert wird an allen Stellen, die das Glück der Bevölkerung stören, Beunruhigung hervorrufen könnten. So darf nichts geschrieben werden über den grassierenden Alkoholismus und die Selbstmorde, eben nichts über das Unglück. Auch Fragen stören die gemütliche Harmonie. Statt dessen bringen die verschiedenen Blätter in unterschiedlichem Sprachstil (je nach angezielter Bevölkerungsschicht) heitere Geschichten über das Leben und die Gewohnheiten von vorbildlichen Menschen – Stars von Film und Schlagern –, mit denen man sich identifizieren kann, ferner Rat schläge für Heim und Garten usw. Formell verboten ist nur der Alkoholkonsum, auch der private in der eigenen Wohnung. Daß die Polizei dennoch übermäßig mit dem Einsammeln und Inhaftieren von Betrunknen beschäftigt ist, liegt weniger an der Verzweiflung der Menschen – die in der Form der Verneinung ja noch immer einen Rest von Kraft und Hoffnung des Lebens darstellt – sondern in ihrer grenzenlosen Gleichgültigkeit.

Daß die Zahl der Abtreibungen wie die der unehelichen Geburten sinkt, hat seine Ursache in zunehmender Frigidität; die nach wissenschaftlichen Gesichtspunkten ernährten, schmalhüftigen, flachbäuchigen, unbehaarten Gestalten rufen selbst in pornographischer Nacktheit der Illustriertenphotos nurmehr Hygienegedanken hervor.

Die Szenen sind arrangiert um einen Handlungskern, in dem eine möglichst beunruhigungslose Weise probiert wird, die letzten Beunruhiger zu beseitigen, also alle, die noch Fragen stellen.

Soweit der Kriminalroman. Hier ist nicht der Ort, ihn zu untersuchen, etwa das Umkippen von Gesellschaftskritik ins Populistische zu analysieren. Uns interessiert an ihm seine Eingestimmtheit auf heute Erlebbares. Nicht daß die Situation der Bundesrepublik mit dieser science-fiction unmittelbar vergleichbar wäre. Die Reformpolitik ist mehr oder weniger abgebrochen. Die Wirtschaftskrise produzierte widersprüchliche Erfahrungen und Verhaltensweisen. Die aufgeflamten Streikkämpfe zeigen in die eine Richtung – vor allem der Metallstreik für die 35-Stunden-Woche zwecks Vermehrung der Arbeitsplätze. Aber daneben und überwiegend zeichnet eine dumpfe Ruhe große Teile der Bevölkerung wie Hoffnungslosigkeit. Es ist zu vermuten, daß dies die Quittung für das bloße Verbreiten von Reformwerten bei Nichtreform der Systemstrukturen ist. Der Roman spielt in einer fiktiven Welt, in der die Integration durch den Bezug auf ideelle Werte, nicht durch Veränderung der Gesellschaftsgrundlage, gesiegt hat.

III

Lange haben sich linke Wissenschaftler damit begnügt, Fragen des Bewußtseins in bloßer Abhängigkeit vom ökonomischen Sein zu behandeln. Verschiedene Spielarten des Ökonomismus und Subjektivismus eliminierten weitgehend die relative Eigenständigkeit – sei es des Bewußtseins, sei es des Ideologischen oder der Politik. Eine Wende strebt die Kritische Psychologie an, die sich als marxistische Subjektwissenschaft zu begründen versucht.⁴ Fragen der Subjektivität⁵, des Ideologischen usw., die von verschiedenen Seiten in diesem Heft angegangen werden, sollen in diesem Jahrgang besonders berücksichtigt werden, nicht nur in der Zeitschrift, sondern auch im *Forum Kritische Psychologie* und im Sonderband *Theorien über Ideologie* (AS 40) des *Projekts Ideologie-Theorie* (»PIT«), aus dem mehrere Beiträge des vorliegenden Heftes hervorgegangen sind (die Aufsätze von Nemitz und Haug und die Rezensionen von Behrens, Laugstien und Volker). Wir fordern die Leser auf, an der Bearbeitung dieser Themen mitzuwirken. Eine entschiedene Abwendung vom Ökonomismus ist fällig – ohne jedoch die Basisdimension des Ökonomischen außer acht zu lassen.

Anmerkungen

- 1 Michael Fritzen: In den Fallen der Jugendsekten, FAZ-Leitartikel vom 24. 11. 78.
- 2 Kurt Sontheimer: Eine verlorene Generation? in: FAZ, 2. 12. 78.
- 3 Per Wahlöö: Mord im 31. Stock. Reinbek bei Hamburg 1977.
- 4 Vgl. dazu Klaus Holzkamp: Kann es im Rahmen der marxistischen Theorie eine Kritische Psychologie geben? in: *Argument* 103/1977, S. 316–336.
- 5 Vgl. zu den hiermit zusammenhängenden Problemen von Schule und Erziehung und den dort heute vorgeschlagenen Strategien unseren Sonderband zur 2. Reformpädagogik (AS 21).

Die neue Tageszeitung – Nachtrag zum Editorial von *Argument* 112

Daniel Glass schreibt uns: »Zu tun, als ob es nur eine einzige neue linke Zeitung gibt, wo zwei auf den Markt kommen werden, ist eine fiese und gemeine Informationspolitik. Sie hat nicht das Geringste mit den hochtönenden Ansprüchen des *Argument* an sich selbst zu tun.« Er hat recht, wir hätten auch das zweite Projekt erwähnen und die Bestelladresse mitteilen sollen. Wir holen es hiermit nach: *die Tageszeitung* – Vertrieb: Prolit-Vertrieb, Postfach 61, 6304 Lollar.

Daniel Glass hat unrecht, wenn er böse Absicht vermutet. Wir gingen unbefragt davon aus, daß unsre Leser von beiden Projekten bereits gehört hätten. Unserem Bündnis-konzept entsprechend sympathisieren wir mehr mit dem Projekt der *Neuen*, das eine der unseren vergleichbare Bündnisperspektive hat. Hier noch einmal die Bestelladresse:

Die Neue – Pfalzburger Str. 20, 1000 Berlin 31.

Die akademische Schreibweise

Kommunikationsprobleme zwischen Autoren, Lesern und Redaktion

Aus Hamburg erreichte uns eine Kritik an der akademischen Schreibweise vieler Argument-Aufsätze, die wir hiermit unseren Autoren zur Kenntnis bringen. (Zu unserem Bedauern hat der Kritiker uns bereits als unverbesserbar abgeschrieben, denn die Kritik ist der Kündigung seines Abonnements angefügt.)

»Leider habe ich als Kind eines Arbeiters den üblicherweise mir zustehenden Hauptschulabschluß. Alle weitere Bildung mußte ich mir als Erwachsener mit vielen Umwegen und großen Schwierigkeiten auf dem zweiten Bildungsweg in Abendform erarbeiten. Aus diesem Grunde habe ich Schwierigkeiten, die sicherlich hochinteressanten Inhalte Ihrer Zeitschrift zu erfassen. Und Lesen, bei dem ich ständig mit einem Fremdwörterlexikon arbeiten muß, macht mir keinen Spaß. Ich betrachte derartige Texte als persönliche Beleidigung. Sie zeigen mir, daß der Schreiber entweder nicht klug genug ist, sich verständlich auszudrücken bzw. dies gar nicht beabsichtigt. Im letzteren Fall tippe ich dann auf die Überheblichkeit einer akademisch gebildeten Elite, die ihre Artikel nur Gleichgebildeten zur Kenntnis bringen will.

Ich hoffe, daß ich mit diesem Brief einige Ihrer Mitarbeiter veranlassen kann, in Zukunft verständlicher zu schreiben. Dietmar Drews«

Wir geben den Appell an die Autoren weiter. Wir appellieren aber auch an die Leser, keine uneinlösbaren Ansprüche an die Zeitschrift zu richten. Daß derartige Probleme einen allgemeinen Kern haben, soll das folgende Beispiel zeigen:

Die US-amerikanische marxistische Zeitschrift »Monthly Review« (herausgegeben von Sweezy und Magdoff) führt zur Zeit eine Diskussion darüber, ob sie Zielsetzung und thematisches Spektrum ausweiten soll. Viele der eingehenden Leserbriefe richten sich gegen die *akademische Schreibweise*, die als »schwierig, technisch, öde usw.« beschrieben wird, »und würden eine einfacher und populärer geschriebene Zeitschrift vorziehen«.

Die Stellungnahme der Herausgeber (in: MR von Juli/August 1978) ist uns aus der Seele gesprochen: »Bis zu einem gewissen Punkt sympathisieren wir mit dieser Art von Kritik, und seit langem drängen wir immer wieder die Autoren – im Editorial ebenso wie in persönlichen Briefen –, sie sollen abstruse theoretische Formulierungen vermeiden, nicht ihre Gelehrtheit ausspielen, keinen technischen Jargon schreiben, der nur Spezialisten verständlich ist, usw. Aber zugleich müssen wir die Leser daran erinnern, daß wir nicht versuchen, ein Massenpublikum zu erreichen: offensichtlich könnten wir es nicht, auch wenn wir es wollten. Wir möchten solide marxistische

Analysen und Diskussionen in verständlicher Form einer Leserschaft zugänglich machen, die politisch kenntnisreich, interessiert, engagiert ist, aber in keiner Weise eine in-group von Spezialisten. Dieses Ziel zu verfolgen bedeutet, anerkannte Standards (theoretische und empirische) wissenschaftlicher Arbeit einzuhalten und begrenzt das Ausmaß, in dem Vereinfachung und Popularisierung geleistet werden können. Es gibt keine einfachen Antworten oder Lösungen, und wir sind uns der Schwächen unserer Zeitschrift nur zu bewußt. Wir wollen nur hinzufügen, daß die beste Art, in der die Leser bei der Verbesserung mithelfen können, nicht die einer allgemeinen Kritik ist, sondern das Zitieren und die Analyse besonderer Beispiele dessen, wogegen sie sind. Gute Lehrer – und wir alle sollten versuchen, das zu sein – sagen ihren Schülern nicht einfach, ihre Arbeit sei gut oder schlecht, sondern sie konzentrieren sich darauf, wie und warum es gut oder schlecht ist und wie es verbessert werden könnte.«

ARGUMENT-SONDERBÄNDE (AS)

Die Taschenbuch-Reihe im ARGUMENT-Verlag

PROGRAMM 1979

- AS 33 GULLIVER 5: Englisch / Unterrichts- und Studienreform
- AS 34 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 4
herausgegeben von Klaus Holzkamp
- AS 35 ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
Methodische Grundlagen – Analysen und Diskussion (Beiträge von M. Bolle, J. Glombowski, J. Goldberg, R. Hickel, J. Huffschild, H. Riese, K. H. Tjaden, W. Voigt u. a.)
- AS 36 STAMOKAP-THEORIE – Probleme und Diskussion –
STAAT UND MONOPOLE (III)
herausgegeben von Werner Goldschmidt
- AS 37 JAHRBUCH FÜR KRITISCHE MEDIZIN 4
- AS 38 30 JAHRE BILDUNGSPOLITIK
Schule und Erziehung (VII)
- AS 39 GULLIVER 6: Shakespeare inmitten der Revolutionen
- AS 40 THEORIEN ÜBER IDEOLOGIE
(Projekt Ideologie-Theorie)
- AS 41 FORUM KRITISCHE PSYCHOLOGIE 5
herausgegeben von Klaus Holzkamp
- AS 42 MUSIK 50ER JAHRE
herausgegeben von Dietrich Stern
- AS 43 AUTOMATIONSARBEIT: EMPIRIE
Projekt Automation und Qualifikation Band 4
- AS 44 EUROKOMMUNISMUS
– STRATEGIE FÜR DIE BUNDESREPUBLIK?
Zu einer marxistischen Theorie der Politik (Arbeitskreis westeuropäische Arbeiterbewegung, Christoph Kievenheim, Karin Priester, Detlev Peukert u. a.)

Sponti-Bewegung: Flucht in den Alltag?

Der Hochschulprotest ist umfassend. »Frust«, »Repression«, wohin man als Student auch blickt. Angeklagt wird die »Undurchschaubarkeit« der Organisation des Unibetriebes; »Orientierungslosigkeit« herrscht. Das Studium selbst ist »perspektivlos«: drohende Arbeitslosigkeit oder enttäuschte Studierenerwartungen verhindern eine »Identifizierung«. »Isolierung«, »Kontaktschwierigkeiten« und allseitige »Verkrampfung« im Massenbetrieb der Seminare und Mensen verstärken die »Frustration«. Studienordnungen verstärken den Zwang der Wahl aus chaotischer Fülle von Lehrangeboten. Das Unbehagen am studentischen Leidensalltag scheint unbeschränkt. Die Formel, auf die die Träger der »neuen« Studentenbewegung ihre Erfahrungen bringen, ist dagegen einfach und griffig: aus der Universität ist eine »Lern-Fabrik« geworden. Der Kern des studentischen Daseins wird darin angesprochen, das Lernen. An diesem Kern muß sich prüfen lassen, was dran ist am Sponti-Protest.

Lernen als Lohnarbeit

»Die neue Universität erinnert fatal an eine kapitalistisch organisierte Fabrik; nur daß hier im Gegensatz zur industriellen Produktion von Waren aus toter Materie die *Ware Arbeitskraft* produziert wird.«¹ Der geschulte Kopf wird mit Leichtigkeit analogisierendes Denken kritisieren – und Unverständnis ernten. Eine massenhafte Erfahrung versucht sich in diesem Denken Ausdruck zu verschaffen, das sich seine Begriffe erst noch bauen muß. »Lern-KZ«! »Theorie-Terror«! Wer solch schreiende Anklagen an den Wänden der Uni liest, muß nach der Erfahrung fragen, die so rücksichtslos an die Öffentlichkeit drängt und ohne Scheu nach Bildern krasserster Unmenschlichkeit greift. Weder werden Personen benannt, die unbemerkt von der Öffentlichkeit diese brutalen Formen der Herrschaft ausüben, noch wird gegen »Gehirnwäsche« und »totalitäres Denken« protestiert. Für ihre Lernerfahrung machen die Spontis den »universitären Arbeitsprozeß« selbst verantwortlich: er »reduziert das einzelne Glied des universitären Gesamtarbeiters auf ein Anhängsel dieses Arbeitsprozesses und die Studenten werden auf bloße Objekte der Ausbildung reduziert.«² Der Verlust von Selbstbestimmung wird beklagt. »Der Student . . . wird zum Anhängsel des Regelstudienplans, der ihn strukturiert und bestimmt und nicht umgekehrt.«³ Anhängsel sein heißt von außen bewegt werden. Bewegt ist die »Wissenschaft und der Arbeitsprozeß mit ihr, der uns meist als etwas Fremdes, Abstraktes und Sinnloses entgegentritt.«⁴ Die Formel von der »Uni als Lernfabrik« besagt: Wissenschaft tritt als fremdbestimmende Herrschaft auf, zwingt zu ihrer Aneignung bei gleichzeitiger Gleichgültigkeit gegenüber den Inhalten und verlangt Lernen, das nicht Ziel und Resultat der eigenen Autonomie und Anstrengung ist, sondern im Unterworfensein unter den unüberschaubaren »universitären Arbeitsprozeß« zu zu erduldenen Veränderungen führt.

Diese Erfahrung ist für die Lehrenden so wenig nachvollziehbar, daß sie die Erklärung in einer besonderen Wissenschaftsfeindlichkeit der heutigen Studentengeneration suchen. Die Absage der Spontis an Wissenschaft ist insbesondere jenen zu radikal, die sich aus wortradikaler, aber unproduktiver Verdammung bürgerlicher Wis-

senschaft befreien und deren Erkenntnisse in schlüssigeren Theorien aufzuheben suchen. Eine globale Kritik und Ablehnung des reformierten Hochschulbetriebes sei hilflos und führe in Resignation. Und wer Wissenschaft so pauschal ablehne und gar Arbeitsformen in Seminaren, Verbindlichkeit und Disziplin als »Repression« von sich weise, sei eben so'n typischer Sponti, individualistischer Sproß seiner Kleinbürgereltern: »Alter Kack in neuem Frack!«⁵ Das kennt man ja schon. Die unfruchtbaren, an Taubstummesgespräche gemahnenden gegenseitigen Vorhaltungen aber beweisen: Den Spontis geht es nicht um die Verwerfung bürgerlicher Wissenschaft. Ihr Protest ist radikaler gemeint, weil »irgendetwas« an ihren Lebenswurzeln nagt. Ohnmachtsgefühle, Erlebnisse des Beherrschtestseins, des Verlustes von Selbstbestimmung sollen ihren Grund haben in der *Beschäftigung* mit Wissenschaft. Die Rede von der »reellen Subsumtion der Hochschule durch den Staat«⁶, von der Unterwerfung unter »die Gesetzmäßigkeiten der Verwertung des Werts«⁷ besagt, daß der Protest an den sozialen Strukturen und Formen des Lernens sich entzündet.

Sponti-Werte

Weshalb die universitären Formen des Lernens von den Spontis abgelehnt werden und mit welchem Recht, kann deutlich werden in den Antworten auf die Frage, in wessen Namen protestiert wird. – Von »spontaneistischer« Kritik wird am härtesten jene Theorie getroffen, die praktische Veränderungen anzielt. Gegeißelt wird ein »gelerhter« oder auch »Seminar marxismus«, welcher »größtenteils zu einem Art philosophierenden Interpretieren degeneriert (ist) – die Zerrissenheit von Aktion und Reflexion ist völlig zugunsten der letzteren verdrängt«.⁸ Fortschrittliche Seminarleiter sehen die Legitimation ihrer Wissenschaft dahinschwinden und antworten mit dem Hinweis auf die nun mal existierende gesellschaftliche Arbeitsteilung: alles zu gleicher Zeit tun ginge nicht. An diesem Hinweis kann sich die Kritik nicht präzisieren und schärfen, da sie den Verlust von Praxis *in* der Theorie beklagt: »sowohl subjektive als auch kollektive (gesellschaftliche) Perspektiven/Ziele können in diesem Rahmen nicht mehr benannt werden. Das heißt, die eigene und kollektive Befreiung, eben auch eine Sache der Tat, ist völlig verloren gegangen. Der Marxismus eine stumpfe Waffe!!!«⁹ Die »Bedingungen und Zwänge« der Uni lassen aber nicht nur *die* Anleitung zum Handeln unpraktisch werden, sondern verändern jede Wissenschaft: »es ist nicht mehr möglich, überhaupt einen Erkenntnisprozeß zu machen. Die wissenschaftliche Arbeit wird sich auf rein positivistisches Nachvollziehen von Ergebnissen unhinterfragter Forschungsprozesse reduzieren . . . die Möglichkeit fortschrittlicher Theorie ist kaum noch vorhanden, der Praxisbezug scheint für uns ganz verloren«.¹⁰ Verlust eines Praxisbezugs, reines Nachvollziehen wissenschaftlicher Erkenntnisse, undemokratische Forschungsprozesse, Verhinderung von Erkenntnisprozessen – hier werden elementare Ansprüche an wissenschaftliche Ausbildung eingeklagt, die niemand leichtfertig vom Tisch wischen sollte, weil er sie längst erfüllt glaubt. Die vorläufige, entschülsselte Kritik lautet: Theorievermittlung an der Hochschule verläuft so, daß die Trennung von Theorie und Praxis nicht mehr reflektiert und Theorie nur unwissenschaftlich rezipiert werden kann. Die Kritik einer sich unpolitisch gebenden Wissenschaft wurde bereits im Zuge der alten Studentenbewegung geführt; sie ergab, daß solche Wissenschaft die Bedingungen ihrer Anwendung nicht reflektiert und gerade dadurch sich freigibt für den Mißbrauch zu Herrschaftszwecken. Erfreut, Be-

kanntes wiederzuerkennen, laufen wir Gefahr, das Neue der Kritik zu übersehen. Die anti-autoritäre Studentenbewegung rang sich zur Kritik bürgerlich-positivistischer Wissenschaft durch, nicht weil sie gegen Autoritäten an sich eingestellt war, sondern weil sie wissenschaftlich erkennt hatte, daß autoritäre Sozialformen Entstehung und Duldung des Faschismus erleichtern. Diese Erkenntnis wiederum war Resultat der Auseinandersetzung mit der politischen Vergangenheit der Wissenschaften, provoziert durch die Enttäuschung und offensichtliche Verletzung in bürgerlicher Erziehung vermittelter Werte wie »Vernunft«, »Humanität«, »Öffentlichkeit«, »Wahrheit« an dem Ort, wo diese Werte ihren Platz haben sollten, an den Hochschulen, die sich in Reaktion auf die Erfahrung des Faschismus verstärkt in die Zweckfreiheit Humboldtscher Universitätsideale geflüchtet hatten. Die Studentenbewegung wurde zur Protestbewegung, weil sie zumindest eine Zeitlang die Werte bürgerlicher Aufklärung ernstgenommen hatte und in zunehmend mehr gesellschaftlichen Bereichen westlicher Demokratien verletzt sah. Die »Werte« der heutigen Studentenbewegung sind dagegen nicht solche auf gesellschaftliches Handeln weisende, weil Einschränkung nicht duldende; vielmehr dominieren auf die Subjektivität bezogene Werte. Diese Wende ist so auffällig, daß bereits ein »neuer Sozialisationstyp« kreierte wurde.¹¹ »Identität«, »Erfahrung«, »Lernen als erfahrene Praxis«, »Betroffenheit«, »Irgendwie konkret«, »Politisierung über den Bauch«, »Sich einbringen« – dies alles sind »Wertorientierungen«, die im expliziten Gegensatz zu allen »abstrakten Leitgedanken«, auch denen der »traditionellen politischen Organisationen«, formuliert sind. Es fällt schwer, darin adäquate Maßstäbe für die Auseinandersetzung mit Wissenschaft und gesellschaftlicher Praxis zu sehen; das Verdammungsurteil »Subjektivismus« liegt nahe. Aber die Spontis fordern nicht subjektive Willkür; sie protestieren gegen Formen und Strukturen, in denen sie vergesellschaftet werden – sie verteidigen den Glücks- und Selbstverwirklichungsanspruch des Individuums und kritisieren das Leidensvolle an der Vergesellschaftung in entfremdeter Form.

Gefühl und Vernunft

Von diesem Standpunkt leidender Subjektivität aus werden Aspekte der Hochschul- und Wissenschaftspraxis aufgeschlossen, die von der Kritik bürgerlicher Wissenschaft als Wissenschaft bislang übersehen wurden. Das Interesse gilt jetzt der Sozialisation durch Wissenschaft. Die neuen Schlüsselbegriffe reklamieren gegenüber der Sozialisation vor allem einen Mangel: Wer »Identität« als Maß seiner Kritik anlegt, beklagt die Nicht-Identität. Ebenso wird die Verhinderung von »Erfahrung« beklagt; persönliche »Betroffenheit« heißt: Der Lernstoff soll die Lernenden etwas angehen. Mit »irgendwie konkret« wird versucht, den Gedanken und Theorien Gegenständlichkeit und Faßbarkeit zu verleihen, den praktischen Bezug zu beschwören. Der Verlust, der in dem Protest angezeigt wird, ist der Verlust des *Sinns*. Die universitäre Praxis wird kritisiert, weil sie das Erlebnis sinnhaften Tuns verhindert.

Gefühle der Sinnlosigkeit dieser Welt stellen sich oft ein, wenn der Befreiung aus der Enge des Elternhauses die ziellose Freiheit an der Universität folgt. Der Ausbau der Gefühle zu einem »Kult der Sinnlosigkeit« prägte eine Generation von Studenten. Die spontaneistische Anklage der Sinnlosigkeit verfällt dagegen nicht diesem »Absurdismus«¹², sie trägt die Sehnsucht einer menschlichen, sinnvollen Tätigkeit in sich. Der Protest richtet sich gegen deren Verhinderung; er hat ein positives Ziel. Der Pro-

test nennt die Ursachen der Sinnentleerung; er hat einen Gegner. – »Muß diese Wissenschaft überhaupt sein, diese Trennung zwischen ›Theorie und Praxis‹, zwischen Denken und Empfinden?«¹³ Der Protest der Spontis erntet oft Unverständnis und ruft Abwehr hervor, weil er Selbstverständlichkeiten der Institution »Universität« ihres Schutzmantels »Gewohnheit« entkleidet. Das Fragwürdigmachen des Gewohnten erschüttert das Selbstverständnis der Lehrenden. Aber selbstverständlich kann nicht bleiben, daß Ausbildung für eine Berufstätigkeit in strengster Abschottung von dieser späteren Praxis stattfindet. Naturgegeben ist nicht, daß die Lernenden Wirklichkeit nur in Gestalt schriftlich formulierter Gedanken erfahren; daß die Formulierungen ernster genommen werden als die Wirklichkeit und Denken in idealistischer Manier sich verselbständigt. Zu fragen ist auch, weshalb Berufsmoral und Ehrenkodex aufgerichtet werden müssen mit dem Ziel, daß Wissenschaftler nur gereinigt von persönlichen Interessen und Leidenschaften der hehren Wissenschaft sich widmen. Der Sinn sozialer Formen, die die Persönlichkeit der Lernenden und deren Veränderung durch das Lernen als Gegenstand gemeinsamer Reflexion tabuisieren, kann ebenfalls nicht unhinterfragt bleiben, da sie verhindern, daß das spätere wissenschaftlich angeleitete Handeln Ausgangspunkt und Maßstab des Lernens ist.

Auch ohne detaillierte Erforschung dieser Merkwürdigkeiten zeigt sich: Der Protest der heutigen Studentengeneration fordert die Möglichkeit sinnhaften Tuns und legt damit alle Formen bloß, die dazu dienen, Intellektuellencharaktere hervorzu- bringen, die die Frage nach dem Sinn ihrer Tätigkeit entweder erst gar nicht stellen oder sie nur als private gelten lassen. Diese Trennung von Emotion und Vernunft soll sie befähigen, ihre eigenen Fähigkeiten an fremde, private Interessen zu verkaufen. Herauskommen soll der Akademiker, der seine Wissenschaft – nützlich für die Verbesserung des Lebens Aller – als Hure der Formulierungskunst wechselnden Einzelinteressen verkauft und sich so zu Recht den Intellektuellenhaß der arbeitenden Mehrheit zuzieht. Wie groß die Anstrengungen sein müssen, praktisches Denken zu verhindern und Tuis¹⁴ zu erziehen, erhellt aus dem Alter und der Festfügtheit universitärer Sozialisationsformen. Daß aber unmenschliche Ziele mit schwindender Aussicht auf Erfolg verfolgt werden, kündigen die Proteste der Spontis an:

»Schon während des Studiums wird durch feinsinniges Konkurrieren um noch bessere Erfüllung des universitären Wissenschaftsritus, durch das Erlernen der Wissenschaftssprache, das Erlangen der Fähigkeit, durch tiefschürfende Einwände bei gängigen Diskussionen mitreden und Beachtung erzwingen zu können, ein Herrschaftshabitus gelernt, mit Verhaltens- und Denkformen, wie sie herrschaftsbezogener und unterdrückerischer kaum denkbar sind, auch dann, wenn sie mit dem Anspruch von Emanzipation und Umwälzung einhergehen.«¹⁵ Es ist also was dran am Sponti-Protest!

Suche nach Sinn

Ob der Protest in seiner Kritik an der Hochschulpraxis realistisch ist, muß sich an den Sponti-Versuchen zeigen, sinnhaftes Tun zu praktizieren. Sponti-Praxis wird am reinsten sichtbar in der Sponti-Politik: »durch Anknüpfen an der konkret erfahrbaren Situation an der Uni und ihre direkte Betroffenheit eine spezifisch studentische Politik machen.«¹⁶ Das Spezifische zeigt sich in den Abgrenzungsbemühungen: »Unterwerfung der Parteimitglieder unter Parteiprogramm und Disziplin . . ., diese Struktur

der Kaderparteien wurde strikt abgelehnt«. ¹⁷ Spontis wollen ihre »eigene Subjektivität in die politische Arbeit einbringen«, statt sich den »abstrakt moralischen Ansprüchen der traditionellen Organisationen« zu unterwerfen. ¹⁸ Ein unveröhnlicher Gegensatz zwischen den Interessen der Individuen und den gemeinsamen Zielen von Organisationsmitgliedern, die gerade dadurch überindividuell, »abstrakt moralisch«, sind, daß sie *gemeinsame* Ziele darstellen und Handeln von Einzelnen orientieren, ein solcher Gegensatz kann sich nur aus der Sicht von Individuen ergeben, die *keine* gemeinsamen Ziele haben. Aber dennoch handeln Spontis gemeinsam; im Streik beispielsweise: »Nach innen kann er unseren repressiven Uni-Alltag aufbrechen, stellt Solidarität her. Vereinzelung und Isolierung, die wesentlichen Merkmale unseres Studentenseins, werden angegangen.« ¹⁹ Was aber ist das Ziel dieser Gemeinsamkeit? Der Streik hat »ein schönes euphorisches Moment, nämlich, das Gefühl des ›Sich-Wehren-Könnens‹, frühere oft artikuliert Ohnmacht ist zunächst einmal verschwunden.« ²⁰ Die Erfahrung von Gemeinsamkeit kann die individuelle Emanzipation voranbringen, die Befreiung aus hemmenden und niederdrückenden Einstellungen und Gefühlen wird möglich. Es scheint aber als begnügten sich die Spontis mit »Gefühlen des ›Sich-Wehren-Könnens‹«, statt die Studienbedingungen zu verändern, die Isolierung schaffen. Die Suche nach einer sinnvollen Tätigkeit wird damit zur Suche von Erlebnissen und Gefühlen der Sinnhaftigkeit. »Identität« ist ein Ziel – Übereinstimmung mit sich selbst. »Erfahrung« und »Betroffenheit« sind andere – die erlebte Einheit von Denken und Handeln vermittelt Sinnhaftigkeit, wo das Handeln keine darüberhinausgehenden Ziele verfolgt. Das »sich selbst als Person einbringen« weckt Gefühle des Engagiertseins, ohne daß es sich von Zielen des Engagements her begründen könnte. Ziel der Sponti-Praxis ist das Sinnerlebnis selbst.

Der Protest gegen die Trennung von Emotion und Denk- und Lerntätigkeit bestätigt – praktisch geworden – diese Trennung, indem er nur nach Emotionen der Sinnhaftigkeit Ausschau hält. Sinn ist folglich etwas, das nicht gegenständlich, außerhalb der Individuen und materiell sein darf, sondern nur für den Einzelnen in ihm selbst existiert. Die Gemeinsamkeit zwischen den Suchenden beschränkt sich auf die *gemeinsame* Übereinkunft, daß Sinn nur für jeden Einzelnen erlebbar ist, Gemeinsamkeit daher die gemeinsame Suche nach Emotionen sei. Diese Sinnfüllung des Studentenlebens kann – wenn die Trennung von der Tätigkeit einmal vollzogen ist – in sämtlichen denkbaren Lebensbereichen erfolgen. Daher die Breite und Vielfalt der Alternativ-Bewegung, die von der Hochschule ihren Ausgang nimmt: »jeder sucht sich raus, was ihm gerade Spaß macht.« ²¹ Sinn kann aus einer Lebenskultur bezogen werden, die die Befriedigung sinnlicher Genüsse anzielt: *das* Teetrinken, *das* Essensmahl, *das* Körpergefühl werden zum Kult gemacht.

An der Hochschule führt die Sponti-Haltung zu einem gebrochenen Links-Liegen-Lassen der Wissenschaft. Den Studien- und Prüfungsanforderungen unterwirft man sich – wissend, daß das »Eigentliche« woanders zu haben ist. Die Beherrschung der »Materie«, das Vorwärtsdrängen in der erkennenden Durchdringung des Fachgegenstandes scheinen sich für das Lustgefühl der Spontis nicht zu eignen; sie beziehen Sinn und Spaß eher aus der Ironisierung: Eine PH-Studentin veranstaltete »in aufklärerischer Absicht« ein »Prüfungstheater«. ²² »Umgeben von einem Stapel blauer Bände, auf denen ein Mänekim Pis throne, und diverser Kleinkram, ließ sie 15 Minuten lang ein Tonband laufen und machte dazu Pantomime.« In ihrer »mit Kraft- und Fä-

kalasdrücken durchsetzten Arbeit« findet sich die Begründung für diesen Prüfungs-
 jux: »Meine wissenschaftliche Arbeitsweise durch eine Diplomarbeit belegen zu müs-
 sen, ist allerdings selbst Ausdruck eines bürgerlichen Wissenschaftsverständnisses, da
 Ziel und Beweis marxistischer Wissenschaft in der Praxis liegen. Marxistische Wissen-
 schaftler könnten auf diese Art von Nachweis verzichten, wenn sie selber nicht im
 bürgerlichen Wissenschaftsbetrieb befangen wären . . . Veränderte menschenwür-
 dige Verhältnisse können nur durch aktives reflektiertes Handeln solidarischer Sub-
 jekte erkämpft werden, eine Diplomarbeit ist dabei »für 'n Arsch«.« Sicher, mit dem
 Papier der Diplomarbeit wird man wenig bewegen, vielleicht den Kohleofen anzün-
 den können; gilt Gleiches aber auch von den Gedanken darin? Wenn sie zu einer wis-
 senschaftlichen Praxis in irgendeinem Bereich befähigen, warum sollen sie dann nicht
 auch Anderen zugänglich gemacht werden? Wenn sich die Wissenschaftlichkeit der
 eigenen Gedanken nur in der eigenen Praxis zeigen soll, wird Wissenschaft zu etwas
 Privatem und verzichtet damit auf ihre emanzipative Kraft, Handlungsvorschläge zu
 erarbeiten, die auf rationalem Weg von anderen geprüft und für übernehmenswert be-
 funden werden können. Selbstironisierung ist ein anderer Weg, auf dem sich Spontis
 mit dem Wissenschaftsbetrieb auseinandersetzen; sie kommentieren beispielsweise
 schriftliche Prüfungsarbeiten mit Hilfe von Comic-Bildern. Der Protest gegen die
 Prüfungsform, welche die Motivierung über den Nutzen der Anstrengung verhindert
 und damit in die Trennung von Emotion und Tätigkeit einübt, vollzieht diese Tren-
 nung nach: Das Erleben von Sinn durch Spaß und Lust der Ironisierung verhilft dem
 Schöpfer dazu, sich emotional von seinen Produkten abzukoppeln. Sicher hat diese
 Auflösung der Befangenheit in gewohnheitsmäßigen Formen wissenschaftlicher
 Ausbildung etwas Positives. Da diese Formen aber nicht durchschaut werden, ge-
 wöhnt sich der Schöpfer geistiger Produkte daran, sie beliebiger Verwendung an-
 heimzustellen, indem er persönlich ihre Entwertung vornimmt, sie durch Distanzie-
 rung für sich für unwert erklärt.

Eine überspitzte Kritik? Noch ist sie nicht zugespitzt genug! Vertreter der Wirt-
 schaft klagen über die Angepaßtheit der Akademiker: »Viele Hochschulangehörige
 seien zu wenig mobil und es fehle ihnen an kritischer Aufgeschlossenheit.«²³ Der
 Wunsch nach engagierten, innovativen und flexiblen, wissenschaftlich geschulten Be-
 tribsangehörigen ist überdeutlich. Wie aber können Hochschulabsolventen diesem
 Wunsch nachkommen, sich nicht für eine als sinnvoll erkannte, gemeinsame Sache,
 sondern für die Privatinteressen von Kapitaleignern zu engagieren? Nötig ist dazu ein
 Engagement ohne Zieleinsicht. Es scheint, die Spontis schulen sich dafür unwillent-
 lich selbst, wenn sie Sinn nicht an wissenschaftlich begründbaren und überprüf-
 baren Zielen, sondern an *Gefühlen* festmachen. Fast könnte man glauben, den Unterneh-
 mern nützt die Sponti-Aktivität außerhalb des Studiums mehr als die wissenschaftli-
 che Schulung. In ihrer Berufspraxis liefern sich die Spontis damit dem Profitinteresse
 aus: man kann ihre Fähigkeiten in Dienst nehmen und ihnen suggerieren, ihre je in-
 dividuellen Werte und Gefühle des Sinns würden in der Tätigkeit befriedigt. Erfolge
 sind dabei, wie die Praxis der Spontis zeigt, möglich.

Dies Ergebnis erschreckt. Aber die Erkenntnis drohender Selbstaufgabe in Fremd-
 bestimmung kann den Spontis die Notwendigkeit ihrer Weiterentwicklung erkennbar
 machen. Wer sie dabei unterstützen will, muß beides begreifen, ihr emotionales Ver-
 langen nach Sinn und die Hindernisse seiner Umsetzung in sorgfältig durchdachtes

Handeln. Die Forderung, kritische Verarbeitung ihrer Erfahrungen und Weiterentwicklung zu ermöglichen, ist an jedes Theorieangebot zu richten, welches den Spontis gemacht wird. Was haben Wolf Wagner und sein »Uni-Bluff« den Spontis anzubieten?²⁴

Wolf Wagner und die Folgen

Wolf Wagner nimmt die Leiden der Studenten ernst: er will helfen. Die Hauptursache für die »Uni-Angst« sieht er im Verhältnis der Studierenden zueinander. Angeknüpft wird an das alltägliche Unbehagen im Seminar: Ängste und Bedrohungen gehen von den »klugen Gesichtern« der anderen aus. Wagner rückt damit das sichtbare Verhalten in den Vordergrund, statt in den Verhältnissen die Ursachen diskriminierender Bildungsungleichheiten zu suchen. Das Verhalten im Seminar erklärt er nun mit Kategorien der warenproduzierenden Gesellschaft: »egal ob an der Uni oder auf dem Warenmarkt, . . . wer es zu etwas bringen will, der muß Marktgängiges produzieren« (S. 24). Diese Redeweise ist so geläufig, daß wir genauer nach den Besonderheiten dieser Gesellschaft fragen müssen. »Ob es den Warenbesitzern oder Produzenten gut geht oder schlecht, hängt letztlich davon ab, wie ihre Ware auf dem Markt ankommt. Sie kann für ihren eigenen Geschmack so gut sein wie sie wollen, nicht sie entscheiden darüber, wie sie sich verkauft, sondern die anderen Teilnehmer des Marktes. Die Warenproduzenten müssen also immer versuchen, so gut wie möglich und so viel wie möglich zu produzieren. Ob sie das Zeug dann loswerden und damit Erfolg haben, darauf können sie nur hoffen.« (ebd.) In dieser einführenden Beschreibung ist die Seminarsituation leicht wiederzuerkennen. Wo aber Lebensnotwendiges produziert wird, geht es nicht nur um den »Austausch« von Redebeiträgen, sondern wesentlich um den von Waren. »Nutzloses kann man nicht verkaufen. Also müssen die Waren doch irgendwie Gebrauchswert haben; welchen, das ist aber egal.« (S. 47) Aber auch in der Wagnerschen Gesellschaft wollen die Warenproduzenten sicherlich überleben, benötigen sie folglich Lebensmittel. Insofern können ihnen die Gebrauchswerte der Waren nicht egal sein. Nur vom Standpunkt des Verkaufs kann vom Gebrauchswert abstrahiert werden, weil nur das Geld, der Tauschwert, interessiert. Wenn die Verkäufer aber die Ware herstellen, müssen auch sie Gebrauchswertinteresse zeigen und überlegen, ob der Gebrauchswert von anderen benötigt wird, wie er am schnellsten und besten hergestellt werden kann usw. Wagner läßt nur die Perspektive des Verkaufs gelten; er abstrahiert damit von der Produktion, von der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, in der alle Warenproduzenten eingebunden sind und die die Gesellschaftsmitglieder wechselseitig ernährt. Gesellschaftliche Arbeit existiert für Wagner nicht; die Ursache der naturhaften Krisen und der Fremdbestimmung sucht er daher auch nicht in dem bestimmenden Widerspruch dieser Gesellschaft, daß die Warenproduzenten vor sich hin wursteln und scheinbar völlig frei ihr Privatinteresse verfolgen, *zugleich* aber gesellschaftlich-arbeitsteilig produzieren, also schicksalshaft aufeinander angewiesen sind. Wagner erlaubt diese Mißachtung der gesellschaftlichen Arbeit, überall nur Marktbeziehungen und den abstrakten Tauschwert zu sehen, der Handeln und Erfolg bestimme. Gebrauchswerte fänden sich nur noch im privaten Bereich der mitmenschlichen Kommunikation. An der Hochschule erwerbe man sich Fähigkeiten, um die Arbeitskraft verkaufen zu können: marktgerechte Fähigkeiten wie »Sachlichkeit, Abstraktionsvermögen, distanzierte Aggressivität und – vor allem

– Bestätigung des Selbstwertgefühls über Konkurrenz und Leistung« (S. 48). Unterschiedlos sind alle möglichen Qualifikationen mit dem Bannstrahl »Tauschwert« belegt, können abgeurteilt und für die Seminarangst verantwortlich gemacht werden. »Du bist das, was du produzierst, was du bringst. Danach wirst du beurteilt, und dafür erhältst du Anerkennung, Selbstbestätigung und schließlich auch die Noten und das Geld. Dabei lernst du dann auch gründlich: Ob du das bekommst oder nicht, hängt keineswegs davon ab, wie du selbst das beurteilst, was du tust; entscheidend ist, wie die anderen darüber denken . . . Alle Anerkennung, alle Zuwendung und Selbstbestätigung läuft über das Produkt . . . Die Abhängigkeit vom Urteil der anderen über das, was ich leiste, erlebe ich immer als Urteil über mich als ganze Person . . . Die Angst, nur über die Leistung akzeptiert zu werden, ist für die Universitäts-Situation unvermeidlich . . .« (S. 24 ff.).

Zwei Linien der Bewertung ergeben sich. Das Negative wird identifiziert durch Verknüpfung mit dem Tauschwert zu einer Kette: sachlich, Produktion von Sachen, sachbezogene Fähigkeiten wie Denken und Argumentieren, Studienqualifikationen, Markt, Waren, abstrakt, Erfolg, Konkurrenz, Leistung, Aggressivität, Angst, Herrschaft . . . Das Positive findet sich nur beim Gebrauchswert: Personen, persönliche Beziehungen, Kommunikation, Bedürfnisse, Sinn, konkret . . . Mit diesem dichotomisierenden Denken läßt sich jede Erfahrung gleich der einen oder anderen Seite zuordnen, je nach Gefühl, das die Erfahrung vermittelt. Wer so denkt, findet sich überall zurecht und sieht seine Prinzipien überall bestätigt. Allerdings hindert ihn dieses Klassifizierungsprinzip daran, neue Erfahrungen zu machen und zu begreifen. Er ist beispielsweise mit einer Krankheitstheorie, der darauf aufbauenden Diagnostik und Therapie konfrontiert und macht die negativen Erfahrungen, daß die Theorieaneignung mit Anstrengungen, Rückschlägen etc. verbunden ist. Handelt er seinem Prinzip gemäß, verzichtet er auf Erfahrungen beim Heilen mit Hilfe dieser Theorie; ihre Brauchbarkeit bleibt ihm verschlossen. Werden nützliche Theorien an der Hochschule in Unterrichtsformen vermittelt, die eine Einsicht in ihren Nutzen verhindern, so entsteht als eindeutige Erfahrung die der Sinnlosigkeit. Die Erfahrung aber enthält versteckt Gegensätzliches, weil die erfahrene Situation von inneren Gegensätzen einer nützlichen, aber sinnverstellend »verpackten« Theorie bestimmt wird; die Erfahrung muß im Denken auseinandergelegt werden, um die wirklichen Ursachen der negativen Gefühle zu entdecken. Der Entdeckende bewertet die Situation emotional neu und entscheidet sich dann für das Verlassen – oder für das Verändern der Situation. Das richtige Suchen der Ursachen hat praktische Folgen. Wagner gibt hier kaum Hilfe. Die Verarbeitung von gegensätzlich bestimmten Erfahrungen verhindert er eher, da er die beiden Pole eines Gegensatzes in unterschiedliche Lebensbereiche schiebt: auf der einen Seite das Gesellschaftliche, auf der anderen Seite alles Private.

In jeder Ware kommt aber bereits beides zusammen vor: in privater Form verausgabte gesellschaftliche Arbeitszeit. Die kapitalistische Gesellschaft ist überdies nicht mehr die Gemeinschaft einzelner, zersplitterter Privatproduzenten: Die meisten Studenten werden – sofern nicht aufgrund einseitiger staatlicher Haushaltspolitik von Arbeitslosigkeit getroffen – Teil eines umfassenden Produktionsorganismus werden, im Krankenhaus, in der Schule, in der Fabrik . . . Dies Lohnarbeiterschicksal – Arbeiten ohne über Ziel und Zweck der Arbeit bestimmen zu können – bestimmt bereits ihr Lernen an der Hochschule. Getrennt von der gesellschaftlichen Praxis sollen sie

gesellschaftlich nützliche Fähigkeiten erwerben, die sie in den Dienst eines fremden Interesses stellen müssen, um leben zu können. Die gesellschaftliche Form Lohnarbeit reduziert ihre Emotionen und Motivationen in dem Maße auf den individuellen Sinn, den Lohn, wie sie fremdbestimmt arbeiten müssen und gesellschaftlich Nützlich-liches nur innerhalb dieses Rahmens tun können. Das Lernen fernab dieser widersprüchlichen Praxis fordert Anstrengung; deren Notwendigkeit aber machen Praxisferne *und* Lohnarbeitsverhältnisse schwer erkennbar. Für die Anpassung an die widersprüchliche Berufspraxis ist es günstig, an der Hochschule so zu sozialisieren, daß der Gegensatz von privatem Profitinteresse und gesellschaftlichem Nutzen in der Tätigkeit nicht erkannt wird; daß die Lernenden sich an das Auseinanderfallen von persönlichem Sinn und gesellschaftlichem Nutzen gewöhnen. Die Trennung von Emotion und Handeln ist für das System lebenswichtig. In diese Zwänge werden die Studenten hineingeworfen; sie verursachen letztlich ihr Leiden. Dieses Leiden überwinden sie, wenn sie um den gesellschaftlichen Nutzen ihrer späteren Berufsarbeit und gegen das Privatinteresse kämpfen. Mit diesem Veränderungswillen erfahren sie die bewußte Orientierung ihrer Fachwissenschaft auf den gesellschaftlichen Nutzen als bestenfalls nur teilweise eingelöste Forderung; das Studium kann zur Aufgabe werden, die praktische Orientierung klarer zu formulieren und stärker zu verwirklichen; der individuelle Sinn und der gesellschaftliche Nutzen können zusammenwachsen. Indem Wagner den Studenten empfiehlt, sich einzig auf die Suche nach dem »persönlichen Sinn« zu machen und dazu die eigene Biographie aufzuarbeiten, löst er nur scheinbar das Problem der Sinnlosigkeit. Folgen die Studenten seinem Vorschlag, droht ihnen noch größeres Leid, da sie von nun an die Seminare besuchen und alles über sich ergehen lassen werden mit dem Wissen: das »Eigentliche« ihres Lebens hat damit gar nichts zu tun. Auf Dauer führt dies zu tiefster innerer Zerrissenheit und in psychische Erkrankungen oder aber zur Gewöhnung an Handeln, das getrennt ist von eigenen Werten, wie es in der späteren Berufspraxis benötigt wird.²⁵

Gebremste Subjektivität

Die Situation der Studenten führt zu »Entfremdungs«-Erfahrungen; »es geschieht etwas mit ihnen«, sie werden sozialisiert, ohne wesentliche Kontroll- und Einflußmöglichkeiten auf die Ziele und Mittel der Sozialisation zu besitzen. Die Reise scheint ins Nichts zu gehen. Daher können Theorien wie die Wagnersche verfangen. Für ein komplettes Bild dieser Erfahrungen müssen sicherlich Akademikerarbeitslosigkeit, Hochschulreform und die gesamte BRD-Wirklichkeit einbezogen werden. Aber dies sind nicht die Faktoren, die zur Verarbeitung des Unbehagens und Leidens auf Spontweise führen. Die Existenzunsicherheit der Intellektuellen war schon immer ein wirksames Mittel, zur Willfähigkeit gegenüber den Herrschenden zu erziehen. Auch die Klage über die Massenuniversität und deren schädlichen Einfluß zieht sich durch die Geschichte deutscher Universitäten. Keinesfalls neu ist die Möglichkeit, die Erfahrung der Käuflichkeit des Denkens zu machen; Sonderinteressen zu Interessen der Allgemeinheit umzuformulieren, nährt schon lange Kopfarbeiterbäuche. Selbst der »Radikalenerlaß«, der den hohen Preis gesellschaftlichen Engagements vor Augen führen und davon abhalten soll, ist keine neue Erfindung auf dem Gebiet der politischen Unterdrückung.

Neu ist die Subjektivität der Spontis. Neu sind Ausmaß und Hartnäckigkeit der Forderung nach dem als sinnvoll zu erlebenden Studium mit der Perspektive prakti-

scher Tätigkeit. Lehrende sollen ihr Wissen als dafür nützlich vorführen; Lernende sollen sich gegenseitig in der Ausbildung ihrer Fähigkeiten unterstützen, statt Mißbrauch mit Theorien und geschliffenen Reden zu treiben; Lernen und Studieren soll als Selbstveränderungsprozeß in gegenseitiger Solidarität ermöglicht werden. Soweit die konkrete Utopie der menschlichen und nicht geheutelten »Gemeinschaft Lehrender und Lernender«. An ihr verblüfft der ungeheure »Realismus«, der direkte und praktische Zugang zum Leben. Vorbei sind offenbar die Zeiten, als sich verbrämende und illusionsfördernde Wertorientierungen zwischen Student und Studententätigkeit schoben – wie »Bildung als Selbstzweck«, »berufliche und gesellschaftliche Geltung«, »akademische Elite«, »innere Werte«. Eine besondere, ständische Akademikerideologie scheint hinzuschwinden; das Studium wird als das genommen, was es ist, Ausbildung zum Beruf. Die materiellen Umwälzungen der Hochschulreform haben diesen illusionslosen und unverstellten Zugang zu Studententätigkeit und -ziel vorbereitet. Aber erst die Erfolge der alten Studentenbewegung erklären den erfrischenden Realismus der Studenten heute. Es ist ein Erfolg der Studentenbewegung, wenn eine Reihe damals bestimmender Konflikte heute nicht mehr den illusionsfördernden Ausschließlichkeitscharakter besitzen. Wird offen autoritäres Verhalten der Eltern und Lehrer nicht seltener? Herrscht nicht mitunter eine ziellose und deswegen desorientierende Toleranz- und Verständnisbereitschaft? Wird die alltägliche Tabuisierung und Unterdrückung der Sexualität nicht zusehends zurückgedrängt? Die Möglichkeiten scheinen stark gewachsen, aufrecht durchs Leben zu gehen, statt vielfach gebrochen durch die Irrationalismen bürgerlicher Erziehung der heimlichen Befriedigung verkümmelter Lebensbedürfnisse nachgehen zu müssen. Diese Möglichkeiten, die Subjektivität zu entwickeln, prallen auf Verwirklichungshemmnisse: Zwar existiert kaum ein Lebensbereich, für dessen Beherrschung Schüler und Studenten nicht bereits mit den nötigen kognitiven Fähigkeiten ausgestattet sind, bzw. es leicht erreichen können, ihr bestimmender Lebensbezug ist aber der des Lernens, ausgeschlossen und getrennt von allen produktiven Betätigungsmöglichkeiten im gesellschaftlichen Leben. Die Möglichkeiten der Subjektivität bei gleichzeitiger Verhinderung – dieser Widerspruch ist so brisant, daß er die Subjekte zu Aktivitäten treibt. Die alten Werte waren überwiegend Versprechen auf die Zukunft; die neuen Lebensmöglichkeiten wollen hier und jetzt genutzt sein.

Die Wege, die sich die Lebensbedürfnisse suchen und bahnen, führen notgedrungen in die Bereiche der Mitmenschlichkeit und der sinnlichen Genüsse. Die produktiven Potenzen gewachsener Subjektivität werden eingesetzt für bewußtes Erleben der Genüsse und ihre Pflege. Die eigene Körperlichkeit, Empfindungen, Wahrnehmungen, Bewegungen werden als eigene, selbstbestimmte Quelle von Genüssen erlebt und eingesetzt; der Genuß wird etwas Selbst-Produziertes und damit auch Entwickelbares. In diesen Aktivitäten ist soviel vorweggenommene Utopie enthalten, soviel an menschlichem Leben, daß ein genußvolles Auskommen und Sich-Einrichten mit der gegenwärtigen Welt möglich scheint. Diese täglich möglichen, autonom bestimmbareren Genüsse drohen den Genuß der produktiven Auseinandersetzung mit sozialen und gesellschaftlichen Vorgängen überflüssig zu machen – für diese Art Produktion müssen in gedanklicher Mühsal soziale Baugesetze aufgeschlüsselt, gemeinsame Pläne geschmiedet und ferne Ziele trotz Rückschlägen hartnäckig verfolgt werden. Die selbstbewußte Subjektivität der sinnlichen Genüsse kann so zum Hemm-

schuh der Entwicklung in die Gesellschaftlichkeit, zum Ersatzgenuß, werden. Denn der Bereich, der sich von Einzelnen harmonisch gestalten läßt, ist notgedrungen sehr begrenzt in einer Gesellschaft, die sich naturwüchsig und katastrophenhaft entwickelt. Gestaltungs- und Einflußmöglichkeiten, die über den privaten Bereich hinausgehen, müssen ihr im gemeinsamen Kampf abgerungen werden. Die Menschlichkeit im Privaten ohne Kampf läßt aber die Frage nach dem Sinn einer gesellschaftlichen Tätigkeit ungestellt. Deren Beantwortung würde mit weitaus mehr Anstrengung verbunden sein, würde eine Kluft zwischen der individuellen Lage des »Eingerichtet-Seins« und den zu erkämpfenden Zielen aufreißen, das Handeln würde sich auf mehr Risiken einlassen müssen. Es kommt hinzu, daß pädagogische Mittel wie Rollenspiel, welche den Schülern im Lernen »Sinn« vorspiegeln sollen, damit sie motiviert sind, den Sinn genau in den Bereichen des Erlebens ansiedeln und auf das Spiel setzen, welches seinen Sinn und Zweck in sich hat.²⁶ Die Haltung der Spontis wird hier offenbar vorbereitet.

Mit ihrer Massenhaftigkeit muß gerechnet werden. Gleichwohl wird diese »Sich-Selbst-Genügsamkeit« der guten Gefühle beständig durch Konflikte, in die die Individuen in Ausbildung und Beruf hineinverwickelt werden, irritiert und als letztlcher Lösungsweg in Frage gestellt. Die »neue« Studentenbewegung begann dort, wo sich die Studenten einem Staat gegenüber sahen, der die Vergesellschaftung des Hochschulstudiums vorantrieb und sich als ein Verursacher der entfremdenden Studiensituation zu erkennen gab. Einbrüche dieser Art fordern Proteste heraus, in denen die Forderung nach sinnvoller Subjektentwicklung zum Ausdruck kommt. Dies ist die Chance.

Vom Protest zur Kritik

Die Chance der Weiterentwicklung des Sponti-Bewußtseins läßt sich an den Hochschulen nur nutzen, wenn das Recht des Sponti-Protests anerkannt wird. Fruchtbar ist er, wo er auf die herrschaftsdienliche Funktion historisch gewachsener Vermittlungsformen akademischer Bildung stößt. Selbstzerstörerisch wird er dort, wo er den Schritt zur Kritik nur halb geht und die Herstellung positiver, d. h. emanzipierender Formen wissenschaftlicher Ausbildung unterläßt. Denn dies bedeutet – wie wir gesehen haben – die kampflöse Aufgabe der Wissenschaft.

Der Protest zeigt an, daß universitäre Formen des Lernens – gemessen an den gegenwärtigen Anforderungen einer wissenschaftlichen Berufspraxis – historisch überholt sind. Damit ist das Problem erst gestellt. In historischen Analysen ist die herrschaftsdienliche Funktion der Formen akademischer Bildung in ihren Wirkungsmechanismen aufzuzeigen, um sie bestimmt verwerfen und ihr die Macht entziehen zu können, Wissenschaftler zu erzeugen, die sich die Emanzipationskraft ihrer Wissenschaft vom Privatinteresse abkaufen lassen. Gleichzeitig muß untersucht werden, welche Anforderungen an Fähigkeiten und Haltungen denn die heutige wissenschaftliche Berufspraxis an diejenigen stellt, der sie in emanzipatorische Richtung vorantreiben will, wie die geeigneten Aneignungsformen auszusehen haben. Folglich sind die Widersprüche der späteren Berufspraxis zu analysieren, um die Studenten frühzeitig zu wappnen und bereits jetzt Formen der gemeinsamen Bewältigung auszusinnen und auf deren Erkämpfung vorzubereiten. Schließlich sind Mittel zu finden, die unvorbereitet an die Hochschule kommenden Studenten Orientierung in der Institu-

tion, in ihrem Institut und Fach verschaffen. Dies kann nur heißen, daß die Geschichte jedesmal neu angeeignet werden muß, damit sich die Studenten als bewußte Träger eines andauernden Prozesses begreifen können und aus dieser Sicht heraus auch für sich eine Perspektive gewinnen können. Voraussetzung und Bedingung dieser Aktivitäten sind studentische Organisationen, die zu kontinuierlicher Arbeit fähig sind und ihre Aufgabe nicht einfach nur im Kampf gegen Staatsmaßnahmen sehen, sondern darin, an der Hochschule Bedingungen zu erkämpfen, die es jedem Studenten ermöglichen, gemeinsam mit anderen auf die eigene Vergesellschaftung Einfluß zu nehmen, statt fremdbestimmt alle Wege in eine sinnvolle Zukunft verstellt zu finden. Der Erfolg dieses Kampfes hängt ab vom Entwicklungsstand der gesellschaftlichen Kämpfe außerhalb der Universitäten. Dennoch ist die Bewegung der Studenten nicht abhängiger Reflex dieser Kämpfe, sondern kann selbst eine vorantreibende Rolle spielen – dies zeigte schon die Generation der ersten Bewegung.

Anmerkungen

1 Zit. aus einem Artikel »Kapitalistische Hochschulreform – Funktion und Auswirkungen« in: Konsequer. Forum des USTA. Nr. 1/1977, S. 5. (USTA = Unabhängiger Studentenausschuß an der FU Berlin).

2 ebd. S. 6.

3 Zit. aus dem Artikel »Zusammenhang von HRG und Repression« in: Konsequer. Forum des USTA. Nr. 2/1977, S. 5.

4 ebd.

5 So wurde ein Artikel zur »neuen« Studentenbewegung in den Roten Blättern Nr. 6/1977 auf der Titelseite angekündigt.

6 Konsequer. Forum des USTA. Nr. 2/1977, S. 5.

7 Konsequer. Forum des USTA. Nr. 1/1977, S. 6.

8 Konsequer. Forum des USTA. Nr. 0/1977, S. 10.

9 ebd.

10 Konsequer. Forum des USTA. Nr. 2/1977, S. 5.

11 Siehe die Diskussion »Narziß: Oder ein neuer Sozialisationstypus?« in: päd. extra Nr. 1/1978 und 7/ 8/1978.

12 Vgl. dazu W. F. Haug, Kritik des Absurdismus. Köln 1976.

13 Zit. nach päd. extra Nr. 1/1978, S. 22.

14 »Tui« ist ein von Brecht aus der Umkehrung von »intellektuell« gebildetes Kunstwort: »Tellect-uell-ins, vom Volk abgekürzt, aber respektvoll Tuis genannt«. B. Brecht. Ges. W. 12, S. 589. Brecht selbst gab eine Definition: »Der TUI ist der Intellektuelle dieser Zeit der Märkte und Waren. Der Vermieter des Intellekts.« ebd. S. 611. Mehr zur Funktion und Kritik des Tuis findet sich in den Beiträgen des *Argument-Sonderbandes* 11 »Brechts TUI-Kritik«. Berlin 1976.

15 Aus: Vorschlag zum USTA-Programm. o. J., o. S.

16 Aus: Konsequer – Super. Forum des USTA. 6. 6. 77, o. S.

17 ebd.

18 ebd.

19 Aus: Konsequer – Extra. Forum des USTA. o. J., o. S.

20 ebd.

21 Aus: An die undogmatische Linke. Flugschrift von Historikern und Soziologen an der FU Berlin, o. J., o. S.

22 Siehe dazu den Bericht »Die Befreiung der Wissenschaft« in päd. extra Nr. 7/ 8/1978, aus dem auch die folgenden Zitate stammen.

23 Unter der Überschrift »Von der Uni zum Unilever-Menschen. Wie soll man studieren, wenn man in der Wirtschaft Karriere machen will« berichtete der Tagesspiegel am 29. 6. 1978 von den Sorgen des Management: »Während früher häufig der Bewerber den Unilever-Leuten

freche Fragen gestellt habe, komme heute der angepaßte, höfliche Bewerber, dessen Leistungsfähigkeit sich vorwiegend auf Fachwissen beschränke. Den auf Sicherheit bedachten, zu selbständigen Handeln wenig geneigten Akademiker brauche das Werk gerade nicht. Gebraucht werde der Bewerber mit breiter Ausbildung, kritischem Verstand, realistischen Erwartungen und dem Mut, etwas in Gang zu setzen, für das Risiko jedoch auch einzustehen . . . Nicht die Noten spielen die entscheidende Rolle, sondern Hinweise auf Aktivitäten im sozialen und politischen Bereich wie Auslandsaufenthalte, Tätigkeiten in verschiedenen Berufsbereichen, Absolvierung einer Lehre vor dem Studium, nachweisbares politisches Engagement . . .»

24 W. Wagner, Uni-Angst und Uni-Bluff. Wie studieren und sich nicht verlieren. Berlin 1977 (Vgl. dazu die Rezension von N. Räthzel in *Argument* 110, S. 608).

25 Im Blick auf die zahlreichen praktischen Vorschläge von Wagner zur Studienbewältigung mag diese Kritik ungerechtfertigt erscheinen. Wir fragten aber nicht nach der Brauchbarkeit dieser Vorschläge, sondern nach dem Verarbeitungsangebot, welches Wagner den Spontis macht. Macht er die Erfahrungen begreifbar, welche Möglichkeiten und Perspektiven ergeben sich daraus für das Studium? Erst von dieser Perspektive her kann die Brauchbarkeit der praktischen Vorschläge sinnvoll diskutiert werden.

26 Zur grundlegenden Kritik dieser Erziehungstechniken, des interessierten Bedarfs und zu möglichen alternativen Formen des Lernens siehe F. Haug, Erziehung und gesellschaftliche Produktion: Kritik des Rollenspiels. Texte zur Kritischen Psychologie, Band 7. Frankfurt/M., New York 1977.



AS 21; 1978, 269 S., 15,50 DM, Stud.
12,80 DM, im Abo 12,80 DM, Stud.
11,- DM.

Reformpädagogik

A. Rang/B. Rang-Dudzik: Zur Alternativlosigkeit der westdeutschen Alternativschulkonzepte – B. Rang-Dudzik: Zur Kritik an der Reformpädagogik in der SBZ und in der frühen DDR (1945–1956) – G. Rückriem: Sieben Thesen über organisierte Willkür und willkürliche Organisation – A. Hopf: Kritik situationsdidaktischer Ansätze im Vorschulbereich – H. Karl/K. Wanner: Reformpädagogik und außerschulische Jugendbildungsarbeit – J. Held: Visuelle Kommunikation und Kunstgeschichte – J. Hoffmann: Visuelle Kommunikation: kulturelle Sozialisation?

Berufspädagogik

M. Ehrke: Berufspädagogik als arbeitsorientierte Sozialwissenschaft – P. Faulstich: Das Persönlichkeitsproblem und die Berufspädagogik – J. Dikau: Berufliche Weiterbildung als arbeitsorientierte Erwachsenenbildung – M. Mende/W. Quitzow: Technik und Naturwissenschaft im Unterricht – M. Kipp/G. Miller: Berufserziehung im Dritten Reich.

Ulrich Enderwitz

Phänomene neuer Religiosität: Die Gurus von der Stange*

Mein Thema sind Phänomene neuer Religiosität, nämlich die gegenwärtig grassierende Bildung messianisch-soteriologisch orientierter, d. h. von Endzeiterwartungen beseelter und um eine Erlöserfigur gescharter Grüppchen und Gruppen in den industrialisierten Ländern Westeuropas und Nordamerikas; – ein »Bildungsprozeß«, dessen Anfänge sich in die 60er Jahre zurückverfolgen lassen und von dem vornehmlich Jugendliche zwischen 16 und 26, höchstens aber 12 und 30 Jahren ergriffen werden..

Diese Phänomene sind neu im doppelten Sinn: Es sind rezente, strikt zeitgenössische Phänomene und es sind Phänomene, die vornehmlich oder sogar ausschließlich die Neuen und Jungen in unseren Gesellschaften betreffen. Ersteres wäre für sich genommen sicher noch kein Grund zur Aufregung, wenn auch allemal Grund genug für Nachforschungen. Die Geschichte unserer Gesellschaften, die sich in religiöser Hinsicht wesentlich als eine christliche präsentiert, ist voll von dem kontinuierlichen Aufkommen immer neuer und sei's dogmatisch, sei's institutionell besonderer, religiöser Phänomene, ist als Religionsgeschichte je schon eine Sektengeschichte, d. h. eine Geschichte der Abweichung von der institutionell und dogmatisch jeweils etablierten Religion und der diese Religion sei's prospektiv reformierenden, sei's reaktiv verändernden Erneuerung. Und daran ist, wenn man nicht an eine eigene, durch göttlichen Ratschluß und durch die Offenbarung konstituierte und regulierte Geschichte der Religion glaubt, auch gar nichts Verwunderliches. So gewiß es eine durch die irdischen Konflikte der menschlichen Gattung bestimmte und durch prozeßimmanente Bewegungen und Brüche markierte Realgeschichte gibt und so gewiß Religion ein in diese Realgeschichte eingebettetes kollektives Selbstdarstellungsmedium und Selbstverständigungsinstrument eben dieser menschlichen Gattung ist (eine Prämisse, die als die eigentliche sogenannte Säkularisierungsprämisse gelten kann und auf der nolens volens jede profan-wissenschaftliche Beschäftigung mit Religion basiert), so gewiß läßt sich erwarten, daß die Veränderungen und Krisen der Realgeschichte ihre Widerspiegelung und d. h. ihren reflektierten Ausdruck in Auseinandersetzungen finden, die die Geschichte der Religionen beherrschen und die es möglich machen, diese Geschichte ebensogut als heterodoxe Sekten- wie als orthodoxe Kirchengeschichte dingfest zu machen.

Neue religiöse Formierungen und Sektenbildungen als solche böten also zwar Anlaß zur Frage nach ihren gesellschaftlich-historischen Ursachen, nicht aber Grund zur Verwunderung. Verwundern hingegen kann die zweite Bedeutung von Neuheit, die diesen Phänomenen zukommt, nämlich ihre Beschränkung auf eine bestimmte Altersgruppe: die in der Gesellschaft Neuen, die Jugendlichen. Dieser eigentümliche Zusammenhang von neuer Religiosität und Jugendlichkeit, der so eng scheint, daß er für die neue Religiosität den Namen »Jugendreligionen« nahegelegt hat, stellt in der

* Gekürzte Fassung eines am 28. 9. 78 im Rahmen einer Tagung zum Thema »Gesellschaftliche Krise und Jugend« am Gustav-Stresemann-Institut in Bergisch-Gladbach gehaltenen Vortrags.

Tat im Blick auf jede Religions- und Sektengeschichte ein ebenso verdächtiges wie skandalöses Novum dar. Skandalös ist diese enge und exklusive Verknüpfung von Religion und Jugend deshalb, weil sie dem für jede vollgültige Religion essentiellen Anspruch auf allgemeine Repräsentativität und kollektive Verbindlichkeit geradezu ins Gesicht schlägt. Wofür immer Religionen eintreten, was immer für Verhältnisse und Konflikte sie repräsentieren, d. h. verarbeiten und darstellen mögen, – daß sie als repräsentative Gebilde etwas Allgemeines, etwas alle Angehendes thematisieren und daß sie es auch und vorzüglich in einer für alle verbindlichen Form thematisieren, macht den Verstand ihres Daseins aus. Ein Begriff wie der von einer »Jugendreligion« ist deshalb auch von vornherein ein Widerspruch in sich. Religionen können sich nach Altersgruppen spezifizieren, sie können besondere, auf Altersgruppen gemünzte Formen, Lehren und Rituale ausbilden; aber sowenig Religionen biologisch oder entwicklungsgeschichtlich motivierte Phänomene sind, sowenig können sie dogmatisch bzw. institutionell auf Altersgruppen beschränkt sein. Was Wunder, wenn ein so skandalöses, so sehr im Widerspruch zur Sache und deren wesentlichem Kern stehendes Faktum dann auch das ganze übrige Phänomen in den Verdacht einer auch in anderen Hinsichten unsachgemäßen, wo nicht gar sachwidrigen Verfassung geraten läßt.

Ein weiterer Mangel nämlich, der zu dem bereits festgestellten ihrer fehlenden Allgemeinheit und Repräsentativität hinzukommt, kann m. E. den »Jugendreligionen« gar nicht genug angekreidet werden: ihr eklatanter Mangel an Sachhaltigkeit und Objektivität. Wie erstens durch ihre kollektive Verbindlichkeit, so definieren und legitimieren sich zweitens Religionen durch ihre objektive Verkörperung. D. h. Religionen leben davon, daß dem – Allgemeinheit realisierenden – subjektiven Geist der Gemeinde der – Sachhaltigkeit garantierende – objektive Geist dessen, was geglaubt wird, gegenübertritt und die Waage hält. Es muß also eine glaubhafte und vom Konsens aller – vom Konsens des Klerus nicht weniger als der Gläubigen, der Verwalter nicht weniger als der Empfänger der Heilmittel – getragene Entsprechung zwischen der gläubigen, gemeindlichen Körperschaft einerseits und andererseits dem geben, was z. B. dem in christlichen Traditionen Aufgewachsenen als das corpus Christi überliefert ist und was in Gestalt der sei's personalen, sei's dogmatischen Heilmittel die Summe der göttlichen Offenbarung, kurz, den objektiven Kern der Religion darstellt.

Wie steht es nun mit jener Korrespondenz bei den »Jugendreligionen«? Es gibt sie nicht. Es gibt sie ebensowenig, wie es überhaupt eine so zu nennende, spezifizierbare objektive Seite dieser »Religionen« gibt. Was es stattdessen gibt, sind unkoordinierte, austauschbare und akzidentielle einzelne Momente und Versatzstücke personaler und dogmatischer Natur. Offenbar spielt es keine im mindesten konstitutive Rolle, ob der Gründer und Messias dieser »Religionen« ein über die Stränge seines angestammten Tätigkeitsfelds schlagender, amerikanischer Wanderprediger, ein erleuchteter koreanischer Geschäftsmann oder ein für die koloniale Ausbeutung seines Heimatlandes sublime Privatrache nehmender indischer Guru ist, genausowenig wie es von Bedeutung ist, ob der Inhalt der Verkündigung ein antisemitisch gefärbter Verschnitt alttestamentarischer Reminiszenzen, ein antikommunistisch konzentrierter Aufguß christlicher Missionslehren oder ein für westliche Bedürfnisse zubereiteter Brei aus hinduistisch-buddhistischen Traditionen ist. Diese in personaler und dogmatischer

Hinsicht vollständige Beliebigkeit und Austauschbarkeit der einzelnen Heilsbotschaften läßt also die objektive, inhaltliche Seite der sogenannten »Jugendreligionen« zur Unbestimmtheit und Abstraktheit eines X, eines Objekts überhaupt verkommen und beraubt sie, wie jeder einsehbar konstitutiven Relevanz, so auch jeden direkten, spezifischen Erkenntniswerts für die ihr formell korrespondierende andere Seite: die sektiererisch gemeindlichen Aktivitäten, deren Phänomenologie den Begriff der »Jugendreligionen« provoziert haben.

Völlige Disparatheit also zwischen dem subjektiven und objektiven Moment dieser »Religionen«! Eine Disjunktion, die sich in der Gleichgültigkeit und Unerheblichkeit der spezifischen Bestimmungen und inhaltlichen Charakteristika des objektiven Moments für die Konstitution der Subjektseite ausdrückt und die für uns eigentlich nur die eine Konsequenz haben kann, daß wir uns eine Beschäftigung und Auseinandersetzung mit dem objektiven Moment überhaupt sparen. D. h. wir können uns auch die Frage nach dem persönlichen Engagement, der Wahrhaftigkeit derer sparen, die für dieses objektive Moment eintreten und letzteres mit dem spekulativen Pathos einer Fleischwerdung Gottes oder Offenbarung des Mysteriums verkörpern. Ob die »goldenen Eier«, die der Wanderprediger Berg seine »Kinder Gottes« legen sieht, von ihm als wirkliche Mysterieneier oder als profan kalkuliertes Resultat eines dem Nutzvieh seiner Gefolgsleute vorgegaukelten Mysterienspiels begriffen werden, oder ob Herr Moon seine Waffenproduktion und seinen Teevertrieb als Mittel zur Beförderung des Glaubens oder umgekehrt den Glauben als Mittel zur Beförderung der Waffenproduktion und des Teevertriebs begreift, mag zwar unter den praktischen Gesichtspunkten einer jugendamtlichen oder ministeriellen Stellungnahme, die zwischen dem verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf Religionsfreiheit und einem gesetzlich schlechter gesicherten Recht auf Schutz vor krimineller Ausbeutung schwankt, von entscheidender Bedeutung sein. Für eine theoretische Analyse dieser »religiösen« Phänomene, die nicht gleich auf die Unterdrückung ihrer Auswirkungen, sondern erst einmal nur auf die Aufdeckung ihrer Gründe aus ist, erweist sich jene Erkundigung als irrelevant.

Und zwar erweist sie sich deshalb als irrelevant, weil das Moment von Objektivität, auf das es hier so oder so schließlich nur ankommt, sich offenbar auf eben das zuvor genannte abstrakte X reduziert, das der Religionsstifter höchstpersönlich beiträgt und vielmehr in der schlechten Konkretheit oder unbestimmten Unmittelbarkeit seines leibhaftigen Daseins verkörpert. Indem es so aber auf offenbar nichts als ein in der blinden Figur des Religionsstifters bestehendes abstraktes X oder Objekt überhaupt ankommt, tritt tatsächlich an die Stelle eines irgend selbstbestimmten und in sich strukturierten Moments von Objektivität ein Sein, das in genau dem Umfang, wie es einerseits als reduzierter, unbestimmter Restposten der äußeren Realität sich zu verstehen gibt, sich andererseits in einen projektiv bestimmten Vorposten von inneren und privaten Bedürfnissen der Subjektivität der die Gemeinde bildenden Gläubigen verwandelt und auflöst. D. h. das, was die Verhältnislosigkeit und Gleichgültigkeit der jugendlichen Gemeinde gegenüber den offenbar nach Belieben einzuführenden einzelnen Elementen und besonderen Inhalten der geglaubten Objektivität und die dadurch vollzogene Reduktion dieser Objektivität auf den einen monotonen Nenner eines Dings überhaupt und abstrakten X deutlich macht, ist der unempirische, innen-gesteuerte Zug, deutlicher gesagt: der halluzinatorische Charakter dieser »Religio-

nen«. Er liegt augenscheinlich jener Abstraktionsleistung, die aus der geglaubten Realität, dem nach Person und Lehre spezifischen Inhalt ein Objekt des Glaubens, einen zur personalen Sache geronnenen Fetsch werden läßt, zugrunde.

Für diesen zugrunde liegenden halluzinatorischen Charakter ist übrigens die Art und Weise der Abstraktionsleistung ebenso als Beweis zu nehmen wie typisch. Die mit Begriffen wie »Gleichgültigkeit« und »Austauschbarkeit« beschriebene Entwertung der einzelnen Elemente und besonderen Inhalte der geglaubten Objektivität, die jene Abstraktionsleistung vollbringt, geschieht dabei nicht, wie der Terminus Abstraktion nahelegen könnte, durch ein Abstreifen, Abtrennen, Wegdenken dieser Elemente und Inhalte, sondern ganz im Gegenteil durch ein pauschales Akzeptieren, ein frag-, unterschieds-, kritikloses Auf- und Hinnehmen ihrer. Ein solches passives Aufnehmen ist, weil es jede Realisierung des Spezifischen als eines Spezifischen von vornherein unterbindet, ein nicht minder gutes Vernichten der einzelnen Elemente als das beste aktive Abstrahieren. Was hierbei am Ende als das geglaubte Objekt herauspringt, ist ein abstraktes X nicht im Verstand eines »analysierten«, freigelegten, skeletthaften, kurz, »schamanistischen« Residuums, sondern im Sinne eines umfassenden, mystischen, gestalthaften, kurz, »fetischistischen« Totums.

Dieses, vornehmlich um die Figur des Religionsstifters zentrierte und mit ihr geradezu zusammenfallende, fetischistische Totum ist es also, was die halluzinatorische Abstraktionsleistung der Jugendlichen aus den divergierenden personalen und dogmatischen Momenten der ihr als Gegenstand des Glaubens angebotenen Realität destilliert oder wozu sie jene Realität vielmehr amalgamiert. Und dieses halluzinierte Totum ist es auch, dem die Jugendlichen die Vollmacht übertragen und das sie dazu autorisieren, zum Ausgangspunkt und absoluten Agenten der existentiellen Bedürfnisbefriedigung und praktisch-ethischen Konsequenzen zu werden, die sie sich von ihrer religiösen Bindung erhoffen und die sie aus ihrem Glauben zu ziehen bereit sind. Daß nun jene praktisch-ethischen Konsequenzen nicht weniger abstrakt, nicht weniger unbestimmt sein können als das halluzinierte Objekt, das fetischistische Totum, aus dem sie sich herleiten und zu dem sie sich wie zum Grund die Folgenverhalten, läßt sich unschwer antizipieren. Sehen wir einmal von dem Verhältnis zum Totum ab, das nicht eigentlich als ethische Konsequenz gelten kann, weil es vielmehr das religiöse Grundverhältnis, das Verhältnis zum »religiösen« Grund als solches darstellt, und das sich durch die hingebungsvolle Disziplin unbedingten Gehorsams auszeichnet, so bleiben wesentlich nur zwei Konsequenzen übrig. Das eine ist die praktische Konsequenz der Proselytenmacherei einschließlich des Almosensammelns: des Missionierens, Reklamemachens, Werbens, Sammelns für das geglaubte Totum. Das andere ist die ethische Konsequenz der Herstellung eines innergemeinschaftlichen Zusammenhangs, der, wenn er Anspruch auf ein Spezifikum erheben kann, dieses in seiner Unbestimmtheit und Unmittelbarkeit hat, d. h. in dem Pathos einer durch nichts aufgehaltene Intersubjektivität und durch nichts Äußeres gestörte Positivität der Beziehung und Übereinstimmung der einzelnen Glieder der Gemeinde zu- und miteinander.

Die Abstraktheit und entsprechende Willkürlichkeit dieser, formell aus dem geglaubten Objekt konsequierenden Gebote ist nun die dritte große Unregelmäßigkeit und Unzulänglichkeit, die wir den »Jugendreligionen« im Vergleich mit einem Begriff von vollgültiger Religion zum Vorwurf machen müssen. De facto ist natürlich dieser

Mangel an ethischer Notwendigkeit und Verbindlichkeit nur eine zwangsläufige Folge des vorher monierten Fehlens von Objektivität und Sachhaltigkeit. Er ist die Folge eines Verhältnisses, bei dem, wie die Austauschbarkeit und Beliebigkeit der en masse angebotenen »religiösen« Alternativen deutlich werden läßt, der jeweilige äußerste Konkretismus, dem der Gläubige zu huldigen gezwungen ist, nur Anzeichen und Ausdruck der entschiedensten und absoluten Indifferenz ist, die das durch alle Scheinkonkretisierungen hindurch halluzinatorisch gewahrte abstrakte Objekt der religiösen Verehrung auszeichnet und bei dem dementsprechend auch die praktisch-ethischen Konsequenzen eine folgerichtige und gar notwendige Beziehung, wenn überhaupt, so höchstens und nur zu jenem halluzinierten Angelpunkt unterhalten können.

Ihr auf das fetischistische Totum eines allumfassenden Stiftungsobjekts gerichteter halluzinatorischer Duktus ist es übrigens, der den »Jugendreligionen« eine natürliche Tendenz und Affinität zur Szenerie fernöstlicher, vornehmlich hinduistisch-buddhistischer Traditionen verleiht. Basis dieser Affinität ist ohne Frage die wenn schon nicht funktionelle, so doch formelle Nähe des Verkörperungsbegriffs, den die hinduistisch-buddhistische Tradition kultiviert, zu eben der Figur eines fetischistischen Totums und Stiftungsobjekts, wie sie die »Jugendreligionen« halluzinatorisch zur Geltung bringen. Gemeinsam ist dabei der hier wie dort als paradigmatisch anerkannten Verkörperung das zuvor schon bezeichnete Moment von indifferenter Totalität, das uns, den größtenteils in einer christlichen Tradition Aufgewachsenen, eigentlich nur aus der relativ schwach ausgebildeten und halbwegs der Heterodoxie verdächtigen Seitenlinie der Mystik bekannt ist: jenes Moment also, das die Verkörperung, das in der Person des Sektengründers geglaubte, absolute Objekt, nicht als durch Abstraktion im herkömmlichen Sinn entstanden, nicht als pars pro toto einer sich hierbei verflüchtigenden Realität, nicht als von der gewöhnlichen Realität abstrahierend, sie transzendierend, hinter sich lassend, meinethalben auch aufhebend, setzt, sondern das die Verkörperung als durch Totalisierung erreichbar, durch eine die gewöhnliche Realität in ihrer Gesamtheit gleichermaßen umfangende und durchdringende Ummarmungstaktik herstellbar, kurz, als durch jenes indifferentistische Geltenlassen der Realität erzeugbar projiziert, das am Ende die Verkörperung nicht als den wesentlichen Teil des Ganzen, als pars pro toto, sondern als das pantheistische Totum, das Alles-in-Einem, ausweist. Wohlgermerkt, von phänomenologisch-formeller Affinität, nicht von empiriologisch-funktioneller Vergleichbarkeit der beiden Verkörperungsbegriffe ist die Rede. Ungeachtet dessen, daß wir über die dem Verkörperungsbegriff der »Jugendreligionen« zugrunde liegende Bedürfnisstruktur und eigentümliche Funktionalität bis jetzt noch gar kein Wort verloren haben, läßt sich angesichts der großen, historischen und kulturellen Entfernung, die diesen Begriff von dem der fernöstlichen Tradition trennt, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit vermuten, daß die empiriologisch-funktionellen Unterschiede, die die beiden Begriffe voneinander trennen, gewaltig sind.

Empiriologisch-funktionell läßt sich der Verkörperungsbegriff und der durch ihn bestimmte halluzinatorische Duktus der »Jugendreligionen« eher wohl und naheliegender zu anderen modernen Erscheinungen und Tendenzen in Beziehung setzen, die allein schon durch die soziale und altersmäßige Ähnlichkeit oder auch Homogenität der sie tragenden Gruppen sich als vergleichbare aufdrängen müssen. Gemeint sind

zum einen Erscheinungen wie etwa die in den 60er Jahren dominierende Jugendkultur der Hippie-Bewegung und die im Rahmen dieser »Kultur« inaugurierte und sie durchaus überlebt habende Rauschgiftszene. Gemeint sind aber zum anderen auch Tendenzen, wie sie in den aus der Studentenbewegung der 60er Jahre hervorgegangenen extremen politischen Gruppierungen bis hin zur Ausbildung des politischen sogenannten Terrorismus zum Ausdruck kommen und wie sie ohne Frage auch in einem keineswegs unerheblichen oder unrepräsentativen Teil der durch die Bürgerinitiativen resp. Grüne und Bunte Listen verfolgten Intentionen sich niederschlagen. So grundverschieden, ihren praktisch-politischen Intentionen nach, diese diversen Erscheinungen und Tendenzen auch anmuten mögen und ohne Zweifel sind, so wenig sollten wir es uns nehmen lassen, nach dem in theoretisch-sozialer Hinsicht Verbindenden, nach dem Moment der strukturellen Verwandtschaft dieser divergierenden Phänomene zu fragen.

Dabei hat es bereits auf den erste Blick den Anschein, als wären die uns interessierenden »Jugendreligionen« irgendwo in der Mitte der durch jene diversen Phänomene vermutlich gebildeten Familie anzusiedeln, als stellten sie im Rahmen jener mutmaßlich umfassenden Familienstruktur so etwas wie einen Knotenpunkt, ein zentrales Verbindungsglied zwischen zwei, die Großfamilie konstituierenden Flügeln dar. Ein Verbindungsglied insofern, als sie charakteristische Eigenschaften der beiden Flügel in sich zu vereinen scheinen. Mit der sei's zur makrokosmisch romantisierenden Stadtflucht aufgelösten, sei's zur rauschgiftsüchtig regredierenden Selbstflucht verhärteten Hippie-Kultur verbindet die »Jugendreligionen« der halluzinierende Duktus, die Neigung, die Realität um den Preis des Verlustes dessen, was sie zur Realität macht, imaginativ zu durchdringen und zu transformieren. Mit dem anderen Flügel, dem von der Bürgerinitiative bis zum sogenannten Terrorismus reichenden, verbindet sie das organisatorische Bedürfnis nach einer, durch andere Ziele und eine andere Solidarität bestimmten, neuen Gesellschaftsbildung und neuen Gruppenidentität, jenes Bedürfnis also nach einer ebenso sehr aus radikal veränderten Zwecksetzungen resultierenden wie in fundamental erneuerter Gesellschaftlichkeit konsequierenden, gründlich anderen Ethik. Was die »Jugendreligionen« dieser Kreuzung der Elemente des halluzinatorischen Duktus einerseits und des ethisch-sozialen Anspruchs andererseits an Eigenem hinzufügen und was dann in der Tat als ihr eigentümlicher Beitrag, ihre spezifische Differenz, erscheint, ist jenes führerkultliche Moment, das wir im Zusammenhang mit dem Problem der dogmatischen und personalen Objektivität der »Jugendreligionen« bereits erörtert haben.

Natürlich fehlen auch auf den Flügeln Tendenzen zur Einführung dieses führerkultlichen Faktums durchaus nicht, genauso wenig wie übrigens halluzinatorischer Duktus oder ethischer Anspruch als das exklusive Privileg des jeweiligen Flügels auszumachen sind. Immerhin aber läßt sich sagen, daß das »führerkultliche« Moment, während es in den Flügelformationen der umfassenden »Jugendbewegung« ein eher sekundäres Motiv bleibt, in den »Jugendreligionen« zentrale Bedeutung gewinnt.

Dieses, um die »Führerfigur« des Sektengründers oder der Meditationssilbe zentrierte »Führerrezept«, wie es der Theologe Haack nennt, ist also das Spezifikum, durch das sich die in der Mitte des Gesamtspektrums der modernen »Jugendbewegung« angesiedelten »Jugendreligionen« definieren und mittels dessen sie so etwas leisten wie eine Art Synthese der beiden, auf den Flügeln vorherrschenden Elemente.

Zugleich ist dies »Führerrezept« das eigentlich oder vielmehr uneigentlich religiöse Moment, das die »Jugendreligionen« in die allgemeine »Jugendbewegung«, in die sie eingebettet sind, hineintragen und in ihr geltend machen. Die zweideutige Rede vom »eigentlich oder vielmehr uneigentlich religiösen Moment« gibt uns Gelegenheit, an dieser Stelle kurz zu rekapitulieren, was in der Konsequenz unserer bisherigen Erwägungen aus dem mehrfach fundamental in Frage gestellten religiösen Charakter der »Jugendreligionen« mittlerweile geworden ist. Nun, es ist eben dies Zweideutige daraus geworden, das die obige Formulierung wiederzugeben bemüht ist. Wenn die bisherigen Überlegungen stimmen, so besteht der eigentlich religiöse Charakter der »Jugendreligionen« darin, daß sie auf eine allgemeine, notwendige *und* objektive Darstellung und Lösung der die »Jugendbewegung« im allgemeinen motivierenden Konflikte und Bedürfnisse Anspruch erheben. D. h. das eigentlich Religiöse der »Jugendreligionen« besteht darin, daß sie nicht bloß, wie die Stadt- und Selbstflüchtigen der subkulturellen Szene, durch ein abstrakt eigensüchtiges Insistieren auf unmittelbarer Befriedigung der Lösung der Konflikte eine falsche Notwendigkeit verschaffen wollen; und daß sie nicht bloß, wie die Kleinstgruppen auf der zersplitterten politischen Linken, durch eine abstrakt aufopferungsvolle Konzentration auf perfekte Organisation der Darstellung der Bedürfnisse eine falsche Allgemeinheit verleihen wollen; sondern daß sie darüber hinaus gleichermaßen der Darstellung der Bedürfnisse und der Lösung der Konflikte jene reale Basis, jenes fundamentum in re nachweisen wollen, das in dem Maß, wie es ihnen zu wahrer Objektivität verhilft, ihnen auch allererst wahre Allgemeinheit und wahre Notwendigkeit zu garantieren vermag. Aber eben dies »eigentlich Religiöse« erweist sich nun zugleich und vielmehr als das »uneigentlich Religiöse« insofern, als – wie wir gesehen haben – die Objektivität, die es der Sache gibt, weit entfernt davon ist, die auf den Flügeln der Bewegung herrschende falsche Allgemeinheit und falsche Notwendigkeit aufzuheben und durch eine wirkliche Allgemeinheit und Notwendigkeit zu ersetzen. Ganz im Gegenteil hat ja dieses, den »eigentlich religiösen« Charakter der »Jugendreligionen« ausmachende Moment von Objektivität sich im Verlaufe der bisherigen Betrachtung als eine förmliche Krönung und Sanktionierung falscher Allgemeinheit und falscher Notwendigkeit herausgestellt und nämlich als jenes zum falschesten Objekt versteinerte Zentrum der Verirrung erwiesen, das ich mit dem Begriff eines »fetischistischen Totum« belegt habe und das gerade wegen der uneigentlich religiösen, eben fetischistischen, Fassung und Zentrierung, die es der Sache gibt, im Blick auf die Darstellung und Lösung der die »Jugendbewegung« im allgemeinen motivierenden Konflikte und Bedürfnisse so etwas wie einen undurchdringlichen Verblendungszusammenhang ins Werk zu setzen im Verdacht steht.

Aber was sind nun eigentlich diese Bedürfnisse und Konflikte, um deren Darstellung und Lösung sich die »Jugendreligionen« in so einzigartig umfassender und so umfassend falscher und verblendeter Weise bemühen? Was ist das spezifische Bedürfnis, das die »Jugendreligionen« und nicht nur sie motiviert? Und was sind andererseits die Konflikte, in denen dieses Bedürfnis sich wiederfindet und angesichts deren es überhaupt erst entsteht oder akut wird? In letzterem Punkt gibt es einen gewissen Konsens. Egal ob der Akzent auf das Moment der Verworrenheit und Undurchschaubarkeit, oder auf das Moment der Verdinglichung und Gefühlskälte, oder auf das Moment der Verlogenheit und Amoralität gelegt wird, durch das sich das System

unserer Gesellschaften vor allem auszeichne, als Konfliktsituation haftbar gemacht wird eigentlich bei allen Autoren diese unsere gegenwärtige Situation einer ebenso restaurativen wie durch zwischengeschaltete quasi-soziale staatliche Lenkungsmechanismen beileibe zwar nicht gesteuerten, wohl aber vor der Bruchlandung vorläufig bewahrten, spätkapitalistischen freien Marktwirtschaft, eine Situation, die sich vor allem durch einerseits einen, die ökonomische Entfaltung der Produktivkräfte markierenden, extrem hohen Stand der technologischen Entwicklung und Objektbeherrschung und andererseits einen die politische Entfaltung der Wesenskräfte der Individuen betreffenden extrem avancierten Zustand der manipulativen Entmündigung und Entfremdung der Subjekte auszeichnet und die deshalb in ihrer Phänomenologie haltlos zwischen den Extremen eines technokratisierten Automatenensembles und eines bürokratisierten »geistigen Tierreichs« hin und herzuschwanken scheint. Es ist zweifellos naheliegend, in eben diesem Umkreis den Konfliktstoff zu suchen, mit dem die die »Jugendbewegung« im allgemeinen und die »Jugendreligionen« im besonderen motivierende Bedürfnislage zusammentrifft und der sie vielleicht überhaupt erst produziert. Indes ist, in dieser Allgemeinheit vorgestellt, die gesellschaftlich-historische Konfliktsituation schwerlich schon hinreichend bestimmt, um einen sicheren Rückschluß auf den gesuchten spezifischen Charakter jener Bedürfnislage zuzulassen.

Eher hilft uns ein Blick auf den ihren gesellschaftlichen Stellenwert definierenden besonderen Sozialstatus und Entwicklungsstand der betroffenen Individuen selber weiter. Wer und was sind die von den »Jugendreligionen« Betroffenen? Es sind Jugendliche zwischen 16 und 26 Jahren, die sich zumeist in der Berufsausbildung befinden und damit im Begriff stehen, jenen ihr Leben verändernden Übergang zu vollziehen, der sie aus der Familie in die Gesellschaft expedieren wird und der an die Stelle einer ihnen als wesentlich Passiven widerfahrenden und um das Familienverhältnis zentrierten, persönlichen Erziehung eine ihre eigene Aktivität wesentlich herausfordernde und ihnen damit Anlaß zu einer totalen Reorganisation ihrer Lebensverhältnisse bietende, gesellschaftliche Tätigkeit setzt. Aber zugleich sind es, wie die Tatsache, daß sie sich im Alter zwischen 16 und 26 Jahren noch in der Ausbildung befinden, ja bereits impliziert, nicht die Jugendlichen überhaupt und im allgemeinen, sondern Jugendliche mit höherem Bildungsniveau, Absolventen höherer Schulen und demnach Aspiranten für die sozial renommierten Berufe und gehobeneren Laufbahnen. Aber damit sind es denn auch, was sich bei der für unsere Gesellschaftsordnung typischen direkten Abhängigkeit des Erziehungssystems von den gesellschaftlichen Machtverhältnissen und der Bildungschancen vom Sozialstatus ebenfalls von selber versteht, in der überwiegenden, um nicht zu sagen überwältigenden, Mehrzahl Jugendliche aus sogenannt gutem Hause, aus dem ökonomisch und sozial relativ gesicherten Mittelstand, kurz, Jugendliche aus der Schicht von Beamten, höheren Angestellten und Freiberuflichen, die nicht bloß politisch als die Hauptstütze der herrschenden gesellschaftlichen Ordnung gilt, sondern darüber hinaus auch die sozialpolitische Funktion eines Hegers und Pflegers des in der Kleinfamilie verkörperten gesellschaftskonstitutiven Grundelements und die kulturpolitische Rolle des repräsentativen gesellschaftlichen Bildungsträgers wahrnimmt. Und diese Jugendlichen, die nach dem allgemeinen Konsens in der überwiegenden Mehrzahl in der relativen Geborgenheit und Liberalität mittelständisch intakter Familien aufgewachsen sind und von daher einen Bildungsvorsprung und generell privilegierten sozialen Status

mitbringen, der sie zu gehobenen Karrieren und zur Einnahme respektabler gesellschaftlicher Positionen geradezu prädestiniert, eben diese Jugendlichen sind also die vornehmlich Betroffenen, ausgerechnet sie sind es, die jenen um die Figur eines fetischistischen Totums zentrierten »Jugendreligionen« erliegen. Und zwar erwischt es sie vorzugsweise in eben dem Augenblick, in dem der zuvor als generelle Krisensituation namhaft gemachte Übergang aus einem privaten Familiendasein in eine öffentliche gesellschaftliche Existenz sinnfällig und akut wird, also etwa in dem Augenblick, in dem sie mit der erlangten schulischen Reife aus der Familie, symbolisch zumindest, ausziehen und, um z. B. ein Studium zu beginnen, sich, symbolisch zumindest, selbständig machen.

Der letztgenannte Umstand ist nun in der Tat als Ausgangspunkt für einen Erklärungsversuch verführerisch. Was liegt näher als anzunehmen, daß die betroffenen Jugendlichen an den Erfordernissen des Übergangs von der privaten Kleinfamilie in eine unpersönliche Massengesellschaft scheitern, daß sie, die in der Geborgenheit und emotionalen Treibhausatmosphäre ihrer liberalen, musischen und solidarischen Elternhäuser Aufgewachsenen, mit dem Übertritt in die Sphäre gesellschaftlicher Öffentlichkeit nicht fertig werden, deren Undurchschaubarkeit, zynische Grundverfassung, illiberale Konformität und privative Bestialität mitzubekommen, ihnen zweifellos geringe Mühe bereitet? Was liegt näher, als in den »Jugendreligionen« das Resultat einer Regression zu sehen, in die die betroffenen Jugendlichen sich angesichts jener Undurchschaubarkeit, Unberechenbarkeit und Börsartigkeit flüchten, in der ihnen die als neues Tätigkeitsfeld zugewiesene Erwachsenenwelt und gesellschaftliche Sphäre sich präsentiert; eine Regression, durch die die Jugendlichen nun an die Stelle der verlorenen familiären Geborgenheit und Gebundenheit die Bindung an und Unterwerfung unter die halluzinierte Autorität und verhaltensbestimmende Vormundschaft jenes sektengründend fetischistischen Totum treten lassen.

Indes kann diese mehrfach bemühte Erklärungsthese doch wohl nur eine scheinbare Plausibilität beanspruchen. Denn erstens: Warum wird bei solcher vorgeblichen »Regression« an die Stelle des gleichermaßen liberalen und bildungsbeflissenen Elternhauses ausgerechnet ein ebenso asketisches wie autoritäres respektive totalitäres quasi-religiöses Regime gesetzt? Und zweitens: Kann eine solche ontogenetisch psychologisierende, bei allem gruppenkonformen Verhalten auf eine durchaus individuelle Konfliktlösungsdisposition sich berufende, Erklärung einem Phänomen gerecht werden, das tatsächlich nicht nur als Teil, sondern in gewisser Weise auch als zugleich Resultat und Exekution der zuvor schon umrissenen allgemeineren »Jugendbewegung« gelten darf? Muß die Erklärung nicht vielmehr auf einer Ebene gesucht werden, auf der sie auch und gerade für jene allgemeinere »Jugendbewegung«, der die »Jugendreligionen« ja offenbar zugehören, eine ebenso objektive wie relative Verbindlichkeit beanspruchen kann: eine Verbindlichkeit, die als gleichermaßen relativ und objektiv nur in eben dem Maße sich erweisen und bewähren kann, wie die gesuchte Erklärung es vermeidet, unter Verwischung aller spezifischen Differenz zwischen allgemeinem Prozeß und besonderem Resultat die gesamte »Jugendbewegung« in den Abgrund jener behaupteten Regression zu stürzen, und wie sie es vielmehr fertigbringt, eine Lösung anzubieten, die nicht von vorneherein eines Sprungs in der Gattung sich schuldig macht, sondern mit innerer Verhältnismäßigkeit oder in bestimmter Negation aus den Konflikten sich ergibt, die ihr vorausgesetzt sind und zugrunde

liegen. Ist nicht dies überhaupt der eigentümliche Mangel jener Regressionsthese, daß sie zur Erklärung und Bestimmung des »jugendreligiösen« Phänomens und der es motivierenden Bedürfnisse einerseits als wirkende Ursache eine besondere gesellschaftliche Konfliktsituation anführt, andererseits aber als zureichenden Grund eine mit dieser gesellschaftlichen Konfliktsituation unvermittelte, zu ihr quasi transzendente Instanz, nämlich die inmitten der Gesellschaft als vorgesellschaftliches Privatunternehmen respektive als außergesellschaftlicher Freiraum existierende mittelständische Kleinfamilie zitiert? Ist es denn wirklich so, daß wir nicht bloß die »Jugendreligionen«, sondern implicite auch die gesamte »Jugendbewegung« als den Ausdruck eines mißglückten Sprungs aus einer Gattung in eine andere, aus einem Gemeinschaftstypus in einen gattungsmäßig verschiedenen, kurz, als den mißlungenen salto mortale aus der Familie in die Gesellschaft begreifen müssen?

Auch die Familie – und davon ist die mittelständische Kleinfamilie weiß Gott nicht ausgenommen! – hat schließlich ihre gesellschaftliche Seite, unterhält ein spezifisches Verhältnis zur Gesellschaft. Und dies nicht nur in dem unmittelbaren Sinn, daß die Familie allemal Element der Gesellschaft, in sie eingebettet und bis in die letzten Details durch sie definiert ist, sondern auch und genauso gut in dem für unsere Fragestellung naheliegenderen empirischen und phänomenologischen Verstand, daß die Familie allemal schon disponiert ist, ihren Angehörigen einen bestimmten Begriff von Gesellschaftlichkeit und gesellschaftlicher Organisation zu vermitteln, ein charakteristisches Verhältnis zu dem, was Gesellschaft bedeutet und darstellt, nahezulegen. Aufgabe der betroffenen Jugendlichen ist es, sagte ich zuvor, den Sprung und Übergang in eine bestimmte, durch das zumindest formelle Erfordernis aktiver Partizipation und tätigen Eingreifens charakterisierte und nämlich um das sogenannte Berufsleben zentrierte, manifest gesellschaftliche Existenz ausbildungsmäßig vorzubereiten und im ganzen Umfange seiner bürgerlich-rechtlichen Konsequenzen zu vollziehen. Was liegt dann näher als anzunehmen, daß das in den »Jugendreligionen« im besonderen und in der »Jugendbewegung« der 60er und 70er Jahre im allgemeinen seinen Ausdruck findende Mißlingen dieses Sprungs und Übergangs seinen Grund und Ursprung in dem Miß- und Konfliktverhältnis hat, in dem den betroffenen Jugendlichen der ihnen jetzt durch ihre neue Aufgabe vermittelte Begriff einer durch das Berufsleben, durch die Organisation der Arbeit bestimmten gesellschaftlichen Synthesis einerseits und die ihnen durch ihr Familiendasein vermittelten Erfahrungen und Vorstellungen von Gesellschaftlichkeit, von gesellschaftlichem Zusammenhang andererseits sich darstellen? Was liegt näher als anzunehmen, daß den betroffenen Jugendlichen eine ihre Fähigkeit zum Ausgleich und zur Vermittlung übersteigende Diskrepanz zwischen dort dem ihnen neu entgegentretenden Begriff gesellschaftlicher Synthesis und hier der von ihnen mitgebrachten Vorstellung gesellschaftlichen Zusammenhangs, mithin aber, wenn jener Begriff und diese Vorstellung der Reflex und das Resultat von Realerfahrungen sind, eine Diskrepanz, ein Konflikt zweier gesellschaftlicher Sphären und Gesichter, zweier verschiedener und zu falscher Totalität sich separierender gesellschaftlicher Funktionszusammenhänge, zu schaffen macht?

Und in der Tat sticht, meine ich, die Diskrepanz des gesellschaftlichen Verhältnisses, in dem die mittelständische Kleinfamilie die ihrem Milieu entspringenden betroffenen Jugendlichen aufwachsen läßt, zu dem gesellschaftlichen Verhältnis, das ihnen nun in der Perspektive ihrer Berufsausbildung und ihres künftigen Berufslebens ange-

tragen wird, in die Augen. Zumindest ist das den Jugendlichen gewohnte Gesellschaftsverhältnis von jenem Charakter tätigen Existierens und aktiven Eingreifens himmelweit entfernt, der ihnen jetzt, zumindest der Ideologie und dem offiziellen gesellschaftlichen Selbstverständnis nach, als der wahre und wirkliche gesellschaftliche Charakter, als das Grundcharakteristikum überhaupt aller bürgerlichen – und am Ende nicht bloß bürgerlichen – Gesellschaftsbildung vorgestellt wird: nämlich als zugleich Konstituens und Konsequenz einer an der Aufgabe gesellschaftlicher Reproduktion orientierten und demgemäß im wesentlichen auf der Organisation der Arbeit basierenden primären gesellschaftlichen Synthesis. Von diesem, ihnen jetzt angetragenen neuen Verhältnis einer mittels Organisation der Arbeit vollzogenen Gesellschaftsbildung wissen die Jugendlichen aus mittelständisch gutem Hause in einem geradezu emphatischen Sinne nichts. Es ist ihnen bis dahin höchstens und nur ex negativo begegnet: in der undurchdringlichen Gestalt des Erhalters der Familie (traditionellerweise zumeist des Vaters), der immer dann, wenn er dieses Verhältnis herstellt, aus der Familie verschwindet und so geradezu planmäßig den Heranwachsenden die Kenntnis dieses anderen gesellschaftlichen Verhältnisses entzieht. Was ihnen bleibt und als ihre Erfahrung von gesellschaftlicher Synthesis prägend allemal offensteht, ist das genaue Gegenteil einer tätigen, aktiven Beziehung, eines mittels Arbeit und gemeinsamer Zwecksetzung konstituierten Verhältnisses: Es ist jenes nicht minder totale und nicht minder universal sich gebärdende Verhältnis, dessen für unsere spätkapitalistischen, »frei marktwirtschaftlichen« Gesellschaften charakteristische Allgegenwart und phänomenologische Vorherrschaft den ersteren den irreführenden Titel »Konsumgesellschaften« beschert hat. Dieser Titel ist insofern höchst irreführend, als er den Eindruck erweckt, es handele sich bei diesem, zumindest die Oberfläche unserer Gesellschaften prägenden Verhältnis um ein durch das privatökonomische Interesse konsumtiver Bedürfnisbefriedigung bestimmtes, und als er damit die Tatsache verschleiert, daß dieses Verhältnis vielmehr ganz und gar ein durch das privatkapitalistische Verlangen nach zirkulativer Wertrealisierung beherrschtes ist.

Was das für ein Verhältnis ist, von dem hier die Rede ist, dürfte damit wohl klar sein: Es ist dies Verhältnis, das in einem von Marx noch gar nicht vorhersehbaren Sinn und Ausmaß den Reichtum unserer Gesellschaften, ja, diese selbst, als eine »ungeheure Warensammlung« erscheinen läßt; dies Verhältnis eines totalisiert waren gesellschaftlichen Zusammenhangs, das seinen Grund in einer auf dem Hintergrund der ungesteuerten Entfaltung und Technologisierung von Produktivkräften vor sich gehenden rasanten Steigerung der industriellen Produktion hat und das seinen entscheidenden Ausdruck in einer konsequierenden Verselbständigung und Totalisierung der Zirkulationssphäre findet, jener Sphäre, der die in einer kapitalistischen Gesellschaft entscheidende Aufgabe eines Absatzes solch gesteigerter Produktion und d. h. Realisierung ihres Werts auf dem Markt zufällt und die zur Erfüllung der ihr zugewiesenen Aufgabe nun jene, gleichermaßen auf die Weckung neuer Bedürfnisse und auf die Zerstörung alter Gebrauchswerte abgestellten Absatz- und Reklamestrategien inszeniert, die die Außenseite unserer Gesellschaften, ihre maskenhafte Phänomenologie nur zu augenscheinlich verändern und bestimmen, weil sie in der Tat dazu tendieren, der gesamten Gesellschaft das Ansehen einer Warenvertriebsassoziation zu verleihen. Dies neue Verhältnis, das unsere Gesellschaften, kurz und bündig, in einen Super-Markt zu verwandeln tendiert, ist es, was die Jugendlichen aus mittelständisch gutem Haus

als das repräsentative gesellschaftliche Verhältnis erfahren. Die in diesem Verhältnis vorherrschenden Assoziationsweisen sind es, die ihren Begriff von Gesellschaftsbildung prägen. D. h. gesellschaftliche Assoziation, Intersubjektivität in einem institutionell verbindlichen Sinn, ist für jene Jugendlichen wesentlich und primär Moment und Resultat der Zirkulation von Waren, wesentlich und primär die Funktion eines Käufer- und Konsumentenverhaltens, das durch die in den Waren gleichermaßen versteckte und verkörperte zirkulative Wertrealisierungsabsicht und deren Strategien provoziert und bestimmt ist; ist also wesentlich und primär jene Assoziation und Intersubjektivität, die mich da ereilt und als passives Opfer vereinnahmt, wo ich reklametechnisch-statistisch, d. h. als Faktor und katalytisches Ferment einer nicht von mir, der aktuellen Person, sondern von einer Sache, dem der Realisierung bedürftigen potentiellen Wert der Waren, auszuführenden Handlung in Rechnung gestellt und organisiert werde.

Wenn ich sage, daß dieses, durch den Super-Markt vermittelte, gesellschaftliche Synthesis-Verhältnis, dieses warengesellschaftlich organisierte Verhältnis einer Assoziation der Mitglieder der Gesellschaft in ihrer Eigenschaft als nützliche, nämlich für die Wertrealisierung der Waren nützliche, Konsumenten den Begriff der mittelständischen Jugendlichen von Gesellschaftsbildung prägt und nun, da sie aus dieser passiven Vergesellschaftungsform heraustreten und sich aktiv, durch Arbeit, sozialisieren sollen, ihr Problem darstellt, so bedeutet das natürlich nicht, daß ich ihnen einen ihre Jugend hindurch dauernden Konsum-Rausch o. ä. unterstelle. Häufig ist das genaue Gegenteil der Fall. Ich behaupte nur, daß diese warengesellschaftlich vermittelte Vergesellschaftungsform so etwas wie den transzendentalen Begriff, den ehernen Rahmen ihrer Erfahrungen von Gesellschaftlichkeit überhaupt ausmacht. Und zwar in einem ganz anderen, totaleren Sinn, als das etwa für proletarische Jugendliche der Fall sein kann, bei denen teils die beschränktere ökonomische Potenz und Konsumtionskraft, teils und vor allem aber, daß die Arbeit als realer und konkreter Faktor in ihren Familien einen viel dominierenderen Platz hat und die Jugendlichen selber viel früher heimsucht, von vorneherein eine viel größere Distanz zu jenem als universelles Verhältnis sich aufspielenden warengesellschaftlichen Vergesellschaftungsmechanismus garantiert. Für die mittelständischen Jugendlichen also ist der Übergang von dem Zustand warengesellschaftlicher Assoziation in den Zustand einer auf Arbeit gegründeten Gesellschaftsorganisation ein entscheidendes Problem; – im Wortsinne entscheidend deshalb, weil diese Jugendlichen, denen nicht wie ihren proletarischen Altersgenossen eine gewohnheitsmäßige Verbindung dieser beiden Zustände frühzeitig durch ihre soziale Realität eingepaukt worden ist, nun feststellen müssen, daß es eine rationale Vermittlung zwischen diesen beiden Zuständen nicht gibt. D. h. sie müssen feststellen, daß es zwischen der Vergesellschaftung, die ein unter dem ästhetischen Schein und der Reklamemaske der Waren verborgener privativ fremder Wertrealisierungswille erzwingt, und der Vergesellschaftung, die ein, wenigstens dem formalen Anspruch nach, in der praktischen Synthesis und organisierenden Funktion von Arbeitsmitteln wirksamer, gemeinsamer Zwecksetzungswille erfordert, keinen vernünftigen und nämlich beide Zustände als konstitutive Momente einer Totalität erkennbar machenden Zusammenhang gibt. Diese Jugendlichen müssen, mit anderen Worten, feststellen, daß unsere Gesellschaft in den Vergesellschaftungsmodellen, in denen sie sich darstellt und reflektiert, objektiv schizophren ist. Und an dieser Schizophrenie

scheitern sie, wenn es ihnen nicht gelingt, noch nachträglich das zu vollbringen, was andere schon frühzeitig haben schaffen müssen: die Herstellung einer gewohnheitsmäßigen Verbindung zwischen diesen beiden Vergesellschaftungszuständen. Daß eine solche Verbindung durchaus möglich ist und daß man sich also auch an objektive Schizophrenie gewöhnen kann, dafür steht die große Majorität des bürgerlichen Nachwuchses ein.

Andere hingegen, die hier zur Debatte stehenden Jugendlichen, scheitern an dem Übergang. Sie scheitern, weil sie jene gewohnheitsmäßige Verbindung der beiden gleichzeitigen Vergesellschaftungsformen nicht zustande bringen wollen oder können. Sie scheitern, weil sie stattdessen die vorgängige Befreiung von dem warengesellschaftlichen Aggregatzustand, in dem sie aufgewachsen sind und in dem sie zu Recht nicht nur das Haupthindernis für den Übergang in eine aktive gesellschaftliche Existenz, sondern zugleich auch das Hauptpathologikum, die hauptsächliche Erscheinung der als objektive Schizophrenie konstatierten gesellschaftlichen Krankheit erblicken, – weil sie also die vorgängige Befreiung von dieser warengesellschaftlichen Assoziationsform für die *conditio sine qua non*, die unbedingte Voraussetzung eines Übergangs in jene andere, aktive gesellschaftliche Existenz halten. Vorgängige Befreiung von dem Falschen und Scheinbaren einer warengesellschaftlich hergestellten passiven Assoziation als Bedingung der Möglichkeit der Wahrheit und Wirklichkeit einer durch Arbeit vermittelten, tätigen gesellschaftlichen Organisation: das ist das geheime oder manifeste Programm der gesamten »Jugendbewegung« der 60er und 70er Jahre. Deshalb ist tatsächlich und folgerichtig der von Gudrun Ensslin und Andreas Baader inszenierte Frankfurter Kaufhausbrand so etwas wie ein Initialakt, ein Schlüsselereignis, eine programmatische Tat, ein Umschlagspunkt in dieser »Jugendbewegung« gewesen. Dieser symbolische Angriff auf die Zirkulationssphäre macht in aller Schärfe und Abstraktheit deutlich, worum es offen oder heimlich dieser »Jugendbewegung« zu tun ist; und er läßt aber auch bereits das ahnen, was dann die aus ihm sich ergebende Entwicklung bestätigt: daß nämlich ein solches Programm, wie das ihm zugrunde liegende, nicht bloß zum Scheitern verurteilt, sondern mehr noch, sich eigenhändig *ad absurdum* zu führen, bestimmt ist. Jene Entwicklung läßt deutlich werden, daß das Programm einer »vorgängigen Befreiung« ein Unding ist, weil man sich nicht von etwas befreien kann, ohne über Erfahrungen, Ansätze, Modelle dessen zu verfügen, wozu man sich befreien will. Wo sonst aber sollen diese Erfahrungen, Modelle, Ansätze dessen, wozu und wofür man sich befreien will, zu finden sein, wenn nicht in eben jenem alternativen Vergesellschaftungszustand, in den die Jugendlichen überzugehen gehalten sind, in den sie aber unter den bestehenden Verhältnissen nur um den Preis der Hinnahme einer objektiv schizophrenen Situation eintreten können und dessen Erreichung sie, weil sie von solcher Schizophrenie nichts wissen wollen, deshalb von einer vorgängigen Befreiung aus eben der warengesellschaftlich falschen Assoziation abhängig machen, aus der sich wirklich zu befreien, nun allerdings eine Bekanntschaft mit jenem alternativen Vergesellschaftungszustand ebensowohl schon voraussetzte. Das Dilemma ist klar, und bekannt sind die von der »Rote-Armee-Fraktion« paradigmatisch vorgelebten Konsequenzen: Vorläufige Befreiung von, unter Verzicht und ohne Rückgriff auf das, wozu befreit werden soll, bedeutet objektiv eine abstrakte Negativität, die sich am Ende in ebenso bloßer wie perspektivloser, vernichtender Symptomenkritik erschöpft. Und sie bedeutet subjektiv

einen wachsenden Zwang zur puristischen Zerstörung, der am Ende zu einem ebenso bloßen wie unwiderstehlichen Motiv zur Selbsterstörung verkommt.

Das durch scheinbare »revolutionäre Ungeduld« motivierte Programm einer »vorgängigen Befreiung« also endet entweder, wie das Schicksal der RAF und vergleichbarer Gruppen deutlich macht, in abstrakter Negativität oder es läuft – und damit sind wir denn endlich wieder bei den »Jugendreligionen« und fast auch schon am Schluß – auf sublimen Fetischismus hinaus. Die von den »Jugendreligionen« betroffenen Jugendlichen halten durchaus und mit aller Rigorosität am Programm einer »vorgängigen Befreiung« aus dem in ihrer mittelständischen Existenz ihnen zur zweiten Natur gewordenen und als Gefängnis, als Hindernis ihrer Fortentwicklung von ihnen realisierten Gesellschaftszustand fest. Aber zugleich ziehen sie die Konsequenz aus der Tatsache, daß »vorgängige Befreiung« ohne alternative Erfahrung sich in abstrakter Negativität verzehrt. Sie wollen also »vorgängige Befreiung« kraft alternativer Erfahrung. Aber das ist nicht bloß ein immanenter Widerspruch, das ist ein Paradox. Es ist eben das Paradox, das seit Kierkegaard als ständige Implikation durch unsere Erfahrungstheorien geistert und das seitdem auch immer die formell gleiche Lösung provoziert: Alternative Erfahrung, die dem Programm der »vorgängigen Befreiung« immanent bleibt und es nicht durchkreuzt, läßt sich nur durch einen theoretischen salto mortale, nämlich durch eine spekulative Überhöhung, existentielle Umfunktionierung und hypostasierende Wiedereinsetzung eben dessen gewinnen, wovon vorgängig befreit werden soll. Was demnach die Jugendlichen tun, ist dies, daß sie nach dem ehrwürdigen magischen Wahlspruch »Der Speer, der die Wunde schlug, wird sie auch heilen« ihre »vorgängige Befreiung« aus dem warengesellschaftlichen Assoziationsverhältnis, das sie gefangen hält, von der heilsamen Wirkung und dem erlösenden Beistand eines anderen Verhältnisses abhängig machen, das unter dem Vorgeben eines totaliter alternativen Erfahrungszusammenhangs in Wirklichkeit nichts anderes darstellt als eine verklarte Reproduktion, ein zu paradigmatischer Totalität aufgehobenes »spontanes Nachbild«, eine sozusagen metaphysische Wiederholung eben der warengesellschaftlichen Zwangsassoziation, aus der es befreien soll. D. h. das, was die Jugendlichen tun, indem sie das von mir so genannte fetischistische Totum, das halluzinatorische Subjekt-Objekt ihres Glaubens zelebrieren und die um dieses fetischistische Totum versammelte Lebensgemeinschaft inszenieren, ist dies, daß sie mit dem ganzen Pathos einer allumfassenden Konversion gegen Beelzebub Luzifer aufbieten und nämlich gegen die falschen, trügerischen Waren die eine, wahre Ware, gegen den Super-Markt den Super-Star und mithin gegen die warengesellschaftliche Assoziation die in diesem Sinne einer metaphysischen Verklärung des Gleichen wahre gesellschaftliche Assoziation ins Treffen führen.

Der Erfolg dieser immanent transzendierenden, d. h. im Rahmen der Voraussetzung die Voraussetzung negierenden, kurz, paradoxen Befreiungsaktion, als die sich die »Jugendreligionen« so entpuppen, ist ebenso durchschlagend wie in seinem objektiven Zynismus vernichtend. In der Tat wird eine Art effektive Befreiung aus dem die Jugendlichen bis dahin behindernden Zwangszusammenhang ihrer warengesellschaftlich verdinglichten Beziehungen und Bindungen erreicht. In der Tat wird so etwas erreicht wie die Darstellung einer durch ihre Unmittelbarkeit, ihren Asketismus und die Totalität ihres Anspruchs als förmliches Gegenmodell ausgewiesenen, alternativen Vergesellschaftung. Aber so gewiß das, mittels dessen befreit wird, eine bloße

metaphysische Wiederholung dessen ist, wovon befreit wird und so gewiß es als diese bloße metaphysische Wiederholung nolens volens nun auch das einzige ist, wozu befreit werden kann, so gewiß ist die Befreiung vielmehr eine Konversion, der vermeintliche Anfang zum Übergang vielmehr das kurzschlüssige Resultieren im status quo und, kurz, das scheinbare gesellschaftliche Gegenmodell in Wahrheit eine perfide Perfektionierung und Vollstreckung der gehabten Zwangsassoziation.

Indem die betroffenen Jugendlichen auf »vorgängiger Befreiung« aus jenem gesellschaftlichen Zwangsverhältnis, in dem sie befangen sind, unbedingt insistieren, verzichten sie auf eben den versuchsweisen Übergang in einen anderen gesellschaftlichen Zustand, der sie zwar der Situation objektiver Schizophrenie aussetzen würde, ihnen zugleich aber auch die einzigen Mittel zu einer effektiven Kritik und bestimmten Negation eben jenes, sie herkömmlicher Weise noch gefangen haltenden Zwangsverhältnisses an die Hand geben könnte. Und indem sie nun aber gleichzeitig dem Schicksal abstrakter Negativität entrinnen wollen, sind sie mangels sonstiger alternativer Erfahrung dazu gezwungen, ihre Zuflucht zu jener konstruierten Gegenerfahrungsinstanz zu nehmen, die sie in der Gestalt der Gründer ihrer diversen Gemeinschaften halluzinatorisch vereinnahmen, die ich unter dem Titel eines fetischistischen Totum erörtert habe und von der ich meine, daß wir sie als eine Instanz begreifen müssen, die nichts weiter darstellt und leistet als die Hypostasierung und Verklärung des zirkulativ zwangshaften Assoziationsmittels zum Mittel einer quasi-produktiven, spontanen Vergesellschaftung, der Ware zur Super-Ware, zum Wahren, zum schlechthinnigen Wert, kurz – und eben deshalb ist jene Instanz ein personales Objekt, ein Fetisch – des Objekts der Zwänge zum Subjekt der Erlösung. Aber sowenig diese Verklärung eine wirkliche Veränderung der objektiven Bedingungen dieser Jugendlichen, sosehr sie vielmehr nur eine metaphysische Wiederholung, d. h. in eins eine Mystifizierung und Perfektionierung eben dieser lähmenden Bedingungen ist, sowenig ist nun auch die durch sie den Jugendlichen gewährte »Befreiung« etwas anderes als eine, von jeder realen Befreiung weit entfernte, bloße Perfektionierung und zugleich Mystifizierung der Passivität und Abhängigkeit, in der sie durch jene, in der Gestalt des »fetischistischen Totum« nur hypostasierten und verklärten objektiven Bedingungen verhalten sind. Und zwar wird nun die Passivität und Abhängigkeit der Jugendlichen in der Weise perfektioniert und mystifiziert, daß so, wie dort der objektive Garant der wargesellschaftlichen Zwangsassoziation, die »ungeheure Warensammlung«, in der Gestalt des fetischistischen Totum einer quasi-produktiven, aktiv-spontanen Synthesisfunktion, kurz, der Bedeutung eines einheitsstiftenden Subjekts sich überführt findet, hier die subjektiven Opfer dieser Zwangsassoziation umgekehrt die Bedeutung von bloßen, durch diese Synthesisleistung allererst gesetzten und in ihr bestehenden Momenten, kurz, die Bedeutung objektiver Requisiten, erlangen. Die Verklärung des Garanten der die Jugendlichen lähmenden Zwangsassoziation zu einem Agenten, der ganz und gar in seinem Wertcharakter und der ihm daraus erwachsenden Funktion einer zirkulativen Einheitsstiftung aufgeht, verwandelt die Jugendlichen selber in Objekte, die nunmehr das, was ihnen vorher als sie verdinglichender Zwang widerfuhr, als ihre wesentliche Aufgabe erkennen und freiwillig ausüben, in Objekte, die sich mit der ihnen als ebenso heteronomer wie äußerlicher Zweck angemessenen Wertrealisierungsfunktion voll und ganz identifizieren, kurz in Waren, die das Marx'sche Entmystifizierungspathos Lügen strafen, indem sie eben doch sich selber zu Markte tragen.

Ob es sich um die latente Prostitution nach Art der permanenten Bettelei der Hare Krishna-Jünger, oder ob es sich um die manifeste Prostitution der »verdienstreichen« Proselytenmacherei der Kinder Gottes handelt, immer präsentieren sich die betroffenen Jugendlichen als Ausbeutungsobjekte, die sich zu dem Oberhaupt ihrer Sekte wie beseelte Waren zu ihrem eigenen, Gestalt gewordenen Wert verhalten und die mit verzehrendem Eifer ihre eigene Verwandlung in klingende Münze, ihre Wertrealisierung, ihre Überführung aus der Naturalform, die sie als Waren darstellen, in die Geldform, die das zur Super-Ware, zur Wertform als solcher geronnene fetischistische Totum vorstellt, betreiben. Damit aber dürfte am Ende klar sein, was die asketische Unmittelbarkeit, zu der sich die Jugendlichen in diesem »religiösen« Verhältnis durchringen, und was die formelle Befreiung, die sie in diesem Verhältnis erfahren, in Wahrheit bedeutet. In dem Maß, wie dieses Verhältnis sich als das Resultat einer bis an die Grenzen psychotischer Selbstobjektivation und d. h. Selbstvernichtung getriebenen Identifikation mit dem Aggressor erweist, erweist sich die Unmittelbarkeit, zu der es verhilft, als Ausdruck der bloßen Abstraktion von dem, was die Jugendlichen an die vielmehr extreme Vermitteltheit und tatsächliche Verdinglichung dieses ihres Verhältnisses noch irgend zu erinnern vermöchte, und erweist sich mithin die Befreiung, die es bewirkt, als Befreiung von dem, was den Jugendlichen ihre – durch eben solche Befreiung nun allerdings perfekt gemachte – Unfreiheit noch irgend vor Augen führen könnte.



AS 28: 1978, 216 S., 15,50 DM, Stud.
12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud.
11,- DM

Editorial: Wozu Forum Kritische Psychologie?

W. Maiers/M. Markard: Zur Existenzweise marxistischer Wissenschaft unter dem Berufsverbot

U. H.-Osterkamp: Erkenntnis-Emotionalität-Handlungsfähigkeit

P. Keiler/V. Schurig: Grundlagenprobleme der Naturgeschichte des Lernens

Arbeit und Arbeitslosigkeit

Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein (Tagungsbericht)

F. Haug/W. van Treeck/T. Waldhubel: Arbeitsorientierte Arbeitswissenschaft. Eine Umfrage

R. Kühnl: Politische Folgen der Arbeitslosigkeit

F. Deppe: Arbeiterbewußtsein und Krise

Programm des Kongresses »Arbeit und Arbeitslosigkeit in kritisch-psychologischer Sicht«

Jens Rohwer

Revolutionäres Potential in der neuen Jugend

Die Meinung, revolutionäres Potential sei eine Qualität immer noch ausschließlich des *Proletariats*, scheint mir nicht aufrechterhaltbar, es sei denn, man nehme in den Oberbegriff ausdrücklich einen in den kapitalistischen Industrienationen neuerdings als gesellschaftliche Kraft hervortretenden Teil der *Jugend* hinein. Er definiert sich subjektiv im Bewußtsein eines vielfältigen Im-Stich-gelassenseins von der etablierten Erwachsenengesellschaft, und dies Bewußtsein hat viele zusammenwirkende Gründe. Jugendarbeitslosigkeit, Berufsausbildungs- und Berufschancenlücke, Numerusclausus-Engpässe an den Hochschulen, dies alles verbunden mit technologischen, Arbeitsplätze und ganze Berufssparten wegrationalisierenden Innovationstrends, stehen zuerst ins Auge. Nicht neu, aber mitwirksam, ist eine entfaltunghemmende und auf die Bedürfnisse unserer Wirtschafts- und bürokratisch-hierarchischen Klassengesellschaftsordnung hin abrichtende Schule¹, desgleichen eine mit fragwürdigen Schutzansprüchen argumentierende Jugend- und Elternrechtsgesetzgebung.² Beide Bereiche werden heute, im Zusammenwirken mit den schon genannten und weiteren Herausforderungen eines sich ausbreitenden kritischen Bewußtseins und Emanzipationsbedürfnisses, mehr und mehr politisch virulent. Kollektiv sich akkumulierendes jugendliches Aufbegehren wird auch durch jene Formen von Kinder- und Jugendfeindlichkeit provoziert, die sich, in Auswirkung der Dominanz wirtschaftlicher und technokratischer Interessen (»Sachzwänge«), als Disharmonisierung des Familienlebens und Enthumanisierung des Wohnungs- und Städtebaus sowie Verkehrswesens immer mehr ausbreiten. Die Sozialpsychologie hat ergründet, warum viele Jugendliche sensibel erspüren, ob ein Kultursystem ihrer Entwicklung und Identitätsfindung günstig oder ungünstig ist.³ Daß »Weltschmerz«, psychopathische Ungeduld (Inaktivitätsneurose), Neigung zu moralisierender Radikalität, aber auch deren einem Enttäuschungszynismus entstammende Pendanten: hemmungslose Amoral und Jugendkriminalität bis zu tätigem Umwelts- und Gesellschaftshaß, der gleichen Quelle entspringen, heute aber neue Dimensionen annehmen, hängt mit der hier visierten generellen Zukunftsverunsicherung eng zusammen. Nicht nur die kritisch werdende, auch eine, wenn persönlich konkret betroffen, naivere Jugend sieht und fühlt sich zum bloßen *Objekt* eines seelenlosen büro- und ökonomokratischen Mechanismus erniedrigt, gewinnt aber gerade daraus, teilweise wenigstens, den Impuls zum Absprung in ein neues, eigenes, nicht nur individuelles, sondern mehr und mehr auch kollektives *Subjektsein und -bewußtsein*. Sie löst sich ab vom tradierten Bewußtsein jugendlichen *Vorstufendaseins* und wird so zur *eigenständigen gesellschaftlichen Qualität*⁴, ein noch kaum gewürdigter, neuartiger sozialgeschichtlicher Vorgang. Er wird durch oberflächlich-kurzzeitige Mitläufertrends verunklart und verwässert, ist aber dennoch mehr als bloße Übergangerscheinung und Variante üblichen Jugendlichenverhaltens.

These I: In den westlichen Industrienationen gibt es im Gesamtkomplex »Jugend heute« einen soziostrukturell und politisch relevanten Teilbereich, der sich durch eine geschichtlich neue existentielle und Bewußtseinslage sowie als in kollektiver Subjektivierung erlangte eigenständige gesellschaftliche Qualität von früheren Jugendlichen so-

wie dem konventionellen Teil der »Jugend heute« so grundlegend unterscheidet, daß man von einer »Neuen Jugend« sprechen kann.

Der neue Sachverhalt produziert für ihn typische, neue gesellschaftspolitische Probleme und Auseinandersetzungen. Beispiele in der BRD sind der Dauerstreit um das politische Mandat der Studenten und über das Ausmaß der politischen Autonomie der Jugendorganisationen der Parteien. Die »Neue Jugend« ist natürlich nicht diejenige dieser Jugendorganisationen, die allenfalls eine Art ambivalenter Bindeglieder zur etablierten Gesellschaft darstellen. Sie ist auch prinzipiell mißtrauisch gegen Formen staatlicher, kommunaler und verbandlicher »Jugendpflege«⁵, in denen sie durchsichtige Versuche erblickt, sie zu »objektivieren«, zu vereinnahmen, zu zähmen. Sie will nicht »vertreten« werden, sondern sie selbst sein. Ihr ist klar: Das »Vertretungskartell« aus Gewerkschaften, Parteien, Verbänden usw. denkt nicht daran – auch wenn mancher Juso sich dieser Hoffnung hingeben mag –, der Jugend eine reale Einwirkung auf die gesellschaftlichen Verhältnisse einzuräumen.⁶ Deshalb ist, was man mangelnde Kompromißfähigkeit der Jugend nennt, eher Realismus, obgleich sicherlich jugendtypische Mentalität mitwirkt, wenn Teile der Jugend der »Kleine-Brötchen-Bäckerei« der etablierten Gruppen rigoros absagen und auf radikalere Wege durchschlagende gesellschaftliche Veränderungen suchen. Ihre Bilder gesellschaftlicher Alternativen sind meistens marxistisch beeinflusst, aber überwiegend auf Einfachheit zugeschnitten, bündig, mehr oder weniger grobflächig. Auch das entspringt heute nicht mehr bloß jugendlicher Art schlechthin, sondern ist ebenso Reaktion auf täglich erlittenes In-Ohnmacht-gehaltenwerden von den Einschnürungen eines immer komplizierter und zugleich unfruchtbarer, unbeweglicher, freiheitsfeindlicher werdenden Verwaltungs-, Wirtschafts- und Formaldemokratiesystems. Die Jungen wollen diesen gordischen Knoten durchhauen, nicht aufdröseln. Die das System tragenden und darin etablierten Herren hingegen sehen in solcher Jugend ihren potentiellen Abholer, Feind und schließlich Todfeind. So schlagen sie verständnislos zu, und jugendliche Radikalität mag, doppelt gekränkt und verschaukelt sich fühlend, doppelt zurückzuschlagen versuchen. Streit und Entfremdung eskalieren, wobei die durch den Staat machtvoll repräsentierte konservative Gesellschaft den Kardinalfehler macht, das politische Mandat der Bürger, denen ja auch die Jugend über 18 Jahren zugehört, Stück für Stück wegzuschneiden, legislativ wie exekutiv. Der Bereich zugelassener politischer Auseinandersetzung wird allmählich so eingeengt, daß der ungebrochene Eigenständigkeitsimpetus der Neuen Jugend sich zu *revolutionärem Potential* aufstauen muß. Die Torheit der nur ans eigene Tageswohl denkenden Politiker der Traditionsgesellschaft erkennt das aber nicht. Offensichtlich sieht sie das Grundsätzlich-Neue und Tiefgreifende der Nöte der Jugend nicht.

These II: Das Prinzip der *Verrechtlichung des politischen Konfliktfelds* und damit der Illegalisierung eines immer größeren Bereichs dieses Felds, der in der BRD zum Teil bereits die Freiheit bloß verbaler Betätigung für verfassungskritische Ideen mitumfaßt, trifft in besonderem Maße die Jugend, deren ohnehin perspektivisch kritisch gewordene Lage nun auch noch hinsichtlich ihrer Möglichkeiten, an Erneuerungsplänen und -projekten und in entsprechenden Bewegungen unbedroht mitzuarbeiten, explosionsgefährlich eingeengt wird.

Hypothese I (Angenommen): Staat und Traditionsgesellschaft schreiten auf dem Weg verrechtlichender Einschränkung des politischen Aktionsfelds starrköpfig wei-

ter fort. Die Folge kann der Ausbruch eines »Jungbürgerkriegs« sein, dessen Vorwehen wir bereits erleben. Sie aber werden ihn zu verantworten haben.

Das Hauptreservoir der Neuen Jugend bildet die große Zahl derjenigen, die, teils wegen eines demokratisch berechtigten Anwachsens der Masse bildungswilligen Nachwuchses, teils wegen einer schon lange andauernden Groß-Niedergangsphase des weltwirtschaftlichen Akkumulationszyklus⁷ und der Arbeitsmarktfolgen des technologischen Innovationstrends, nicht mit hinlänglicher Sicherheit ihrer Eingliederung ins Berufsleben, ja oft nicht einmal einem Ausbildungsplatz in einem ihren Fähigkeiten und Neigungen auch nur einigermaßen entsprechenden Beruf entgegensehen können – was heute gleichermaßen Arbeitnehmer- und Selbständigenberufe betrifft. Dabei problematisieren viele schließlich sogar solche Eingliederung überhaupt (denn Not politisiert ihr Bewußtsein), so daß sie oft noch als Weit-über-30jährige – und faktisch endlich doch berufsintegriert – in gewissem Sinne immer noch zum hier gemeinten Teil der Jugend zu zählen sind, auch sich selbst zu ihm zählen und ihn politisch wirksam machen helfen.

Die Neue Jugend ist insgesamt noch vielfältiger differenziert, als bisher herausgestellt wurde. Wer lange oder überhaupt vergeblich einen Ausbildungs- oder Studien- und schließlich Arbeitsplatz sucht, ja sich vielleicht bereits in der Grundschule von dieser Problematik bedroht fühlen mußte, mag, je nach Herkunft, Außeneinflüssen und persönlicher Veranlagung, sehr verschieden reagieren und dabei eine mehr resignativ-passivistische oder aktivistische Entwicklung nehmen. Er kann »ausflippen« in Drogen- oder Trunksucht, einschlidern in Formen wirklicher oder sogenannter Kriminalität, psychopathisch ausweichen in Lethargie, in ein Hippies-, Gammler-, Tunixleben, auf dem »Psychomarkt« ein irrationales Heil suchen, usw. Ebenso aber ist aktives politisches Engagement möglich. Der dazu sich Entscheidende wählt die Konfrontation gegen die Mächte, welche die ihn bedrückenden Verhältnisse zementieren. In diesem mehr und mehr kriminalisierten Kampf gerät der Beteiligte in eine zunehmend problematischere Lage. Oft sind dann ursprünglich vielleicht noch vorhanden gewesene normalberufliche Ambitionen eines Tages endgültig, ja doppelt erledigt: von innen her (eigene Einstellung) und von außen (Berufsverbot).

Der Bereich »Neue Jugend« ist in der Tat so vielfältig differenziert, daß der Versuch, ihn dennoch als ein begrifflich Abgrenzbares darzutun, Soziologenkritik hervorrufen wird, schon deshalb, weil noch nicht einmal die Plastizität seiner Altersstrukturierung auch nur einigermaßen verbindlich in den Definitionsumkreis einbezogen werden kann. Meine Behauptung, die Neue Jugend sei trotzdem begrifflich faßbar und repräsentiere sogar eine eigenständige gesellschaftliche Qualität (These I), begründet sich vor allem in der Erkenntnis, daß diese Jugend nicht mehr, wie »normale« Jugendlichen in »normalen«, sich ohne bedeutende innere Widerstände reproduzierenden Gesellschaften, eine bloße »Vorstufe« voller gesellschaftlicher Existenz, ein »Prozeß der Ausgliederung einer Altersstufe zum Zwecke des Lernens« ist.⁸ Das trifft weder objektiv-existentiell noch subjektiv-bewußtseinsmäßig mehr zu. So einfach wie in den Jahren vor dem ersten Weltkrieg, wo der Vor- und Halbmündigkeitsstatus nicht nur der bürgerlichen Jugend noch eine Art Schonzeit war und in seinen Negativmomenten durch die sichere Verheißung zeitlich absehbarer gesellschaftlich-wirtschaftlicher Integration kompensiert wurde – wenn auch für Arbeiterkinder auf niederer Ebene –, hat es heute nicht einmal der dem mittelständigen Bürgertum ent-

stammende Jugendliche mehr, was indessen seine Solidarisierungsfähigkeit mit seinen Unterklassen-Leidensgenossen im ganzen eher stärkt, als daß es die vielbeunkte totale Dissoziation provozierte⁹, und sogar eine »Quasi-Klassen«-Einheit der Neuen Jugend konsolidieren hilft. (Neue Jugend als Blutsauffrischung und neues Reservoir des Marx'schen *Proletariats*?) Diese menschliche – nicht etwa auch politisch-programmatische – Solidarisierungsfähigkeit ist ein wichtiges Merkmal der Neuen Jugend. Sogar randschichtig stigmatisierte, kriminelle oder kriminalisierte Jugendliche werden von ihren nicht negativ-stigmatisierten Genossen nicht geringgeachtet oder gemieden, wofür die bürgerlich-kleinbürgerliche Gesellschaft durchweg kein Verständnis hat (»Sympathisanten«-Beschimpfung, halbherzige Gefangenrehabilitation). Nimmt man das Moment großzügiger menschlicher Solidarisierung zusammen mit dem der aufgehobenen Vorstufencharakters der Neuen Jugend, ist das Fenster zur hier aufzuzeigenden Perspektive ganz aufgestoßen. Es wird klar, daß die Neue Jugend, so unterschiedlich sie sich in ihren Entwicklungs-, Erfahrungs- und Bildungshorizonten ausfächert, sich dennoch in ihrem Verhalten, ihrem Kommunikationswesen, ja in ihrem gesamten Leben und Treiben insiderhaft zu harmonisieren neigt – im Sinne eines gesellschaftlichen Isolats, mit *eigener Sub- oder Parakultur*, abseits der offiziellen Kultur. An dieser Sub- oder Parakultur nimmt auch die breite jugendliche Mitläuferschaft teil, so daß von hier ein Druck auf die Gesamtgesellschaft ausgeht, der bereits gewichtigen Einfluß vor allem auf die Unterhaltungsmedien und den Musikunterricht in den Schulen ausübt. Über die ihm unehrerbietig erscheinende Abkehr vom tradierten Kultur-*Erbe* klagt verständlicherweise besonders der gestandene Bildungsbürger. (Leider gibt es in der BRD bisher keine engagierte Diskussion über »*die Kunst des Erbens*«, im Unterschied zur DDR, wo sie zeitweilig, von Bloch und Eisler eingeleitet, hohe Wellen schlug.¹⁰)

Das Kulturverhalten der Neuen Jugend läßt deren zunehmende Eigenständigkeit auch positiv-schöpferisch hervortreten, also nicht nur »versagend« (im Doppelsinne des Wortes), sondern in aus den neuen Lebensumständen heraus selbst entwickelten neuen Lebengestaltungs-, Kommunikations- und Kunstformen und sogar konkreten »Werk«-Schöpfungen, vornehmlich auf den Gebieten Theater und Spiel, Lied und Dichtung, Gebrauchs- und Agitationsgraphik. Am signifikantesten ist die kulturschöpferische Leistungsfähigkeit der Neuen Jugend, wo sie sich unmittelbar sozial- und politisch-engagiert niederschlagen kann: im Leben ihrer selbst geführten und selbst geschaffenen Jugendzentren und ihrer Buch- und Kinderläden, im selbstverständlichen Umfunktionieren behördlich oder durch Institutionen eingerichteter Jugendhäuser und -räume für die eigenen Lebensbelange, in der Organisation von Hilfe für in Not geratene, gestrauchelte oder politisch verfolgte Genossen – Gründung von Knast- und Frauengruppen und -häusern –, in Versuchen mit Alternativ-Zusammenlebensformen und Alternativ-Ökonomie (Stadt- und Landkommunen, Gemeinwirtschaft), bei der Planung und Durchführung von Demonstrationen und andern politischen Veranstaltungen, unter gleichzeitiger Entwicklung künstlerischer und handwerklicher Aktivität und Einfällen aktivierender Publikumseinbeziehung, und natürlich auch in ihrer Alternativ-Presse, die in erster Linie richtigstellender und ergänzender Insider-Information gegenüber der bürgerlichen Presse dient, aber auch für das allmählich Schriftlichkeit gewinnende *neue Sprechen* der Neuen Jugend Bedeutung erlangt. In allen diesen Aktivitäten erweist sich kreativer Eigen- und Neuwuchs –

wenn auch nicht mit ästhetisch-autonomem Anspruch, der der Neuen Jugend ebenso fragwürdig sein muß, wie bereits der »Jugendbewegung« vor dem ersten Weltkrieg der historische Ästhetizismus als Lebenslüge bewußt geworden war. Hier, in den Ansätzen neujugendlicher Subkultur, sind allein anerkannte Werte Lebensunmittelbarkeit und Lebensbrauchbarkeit. Was da an Kulturformen und -gehalten aufkeimt, kann primitiv im negativen wie positiven Sinne (im Sinne von Ursprünglichkeit) oder beides zugleich sein, ist aber auf keinen Fall sollerfüllende Make oder formalistisches Weiterschleppen entfremdeter Überlieferung, auch nicht deren ideologischer Neuaufputz – was leider von mancher Kulturkreation in manchen offiziell fortschrittsbemühten Ländern nicht gesagt werden kann, wo »von oben«, vom Machtdiktat oder vom Kopf her, Revolution weiterzubringen versucht wird, echte, lebensumgreifende Revolutionierung natürlich verfehlend.¹¹

These III: Die Isolats-, Sub- oder Parakultur der Neuen Jugend, erwachsend einem Kulturverzicht, ja Kulturstreik, ist Kulturreduktion *und* Kulturneuwuchs zugleich, und dies in schöpferischem In- und Durcheinander.

Hypothese II (Angenommen): Der Neuen Jugend gelingen Ausbau und Konsolidierung ihrer Eigenkultur und damit kulturerfüllte Lebensformen zwanglos-echter Sozialisierung, eines »Sozialismus von unten«, von der »Basis« her, nicht von einer Oben-Macht verordnet: dann könnte – utopische Hoffnung, aber realistisch vorstellbar – internationale Eskalation dieser Entwicklung eines Tages sogar die Welt bewegen; Sozialismus von unten, als breite Völker- und Völkermassen-Solidarisierung, würde sich den mit Sachzwanglogik auf uns zueilenden mundanen Katastrophenerwartungen entgegenwerfen . . . Ein Hypothesenschluß, in der Meinung hergesetzt, ein bißchen Hoffnungsmache sei eher vonnutzen als schädlich.

Die beträchtlichen negativen Erscheinungen im Leben und Verhalten der Neuen Jugend, von denen erst einige beiläufig erwähnt wurden, dürfen aber nicht unterschätzt werden. Ein problematischer, wenn auch wiederum plus-minus-ambivalenter Wesenszug ist der geschrumpfte Impetus zu sprachlicher Differenzierung, einschließlich verbaler Durchdringung der gesellschaftlichen Probleme. Man hat das Phänomen »Sprachverlust« oder »tendenzielle Sprachlosigkeit« genannt. Viele Jugendliche wenden sich schon in der Schule lieber »konkreteren« naturwissenschaftlichen als nur mittels sprachlicher Differenzierung erschließbaren Bildungsbereichen zu (relative Unbeliebtheit von Fächern wie Geschichte, Deutsch, Philosophie). Der Trend zu einfach begreifbaren Gegenständen hängt sicherlich mit der lästig fallenden fortschreitenden Komplizierung der Lebens- und Gesellschaftsverhältnisse in den entwickelten Industrienationen zusammen. Der seelische Druck, den diese Komplizierung ausübt, bringt einen tendenziellen Verzicht auf deren sprachlich-denkerische Bewältigung mit in Gang. Daß sich nun aber, und zwar auf menschlicher Ebene, ein Kompensationsphänomen besonderer Art daraus abgehoben hat, nämlich das Vordringen *transverbaler Kommunikationsvermögens*, verdient (*auch*) als besonderes Positivum neuer Jugendkultur Beachtung. Der Schutz- und Lebenshilfewert transverbaler wie auch verbal reduzierter, vornehmlich zeichenhafter, gestischer, blickvermittelter, durch Kleidungs- und Interessensangleichung bewirkter und natürlich auch vielfältig freigewordener sexueller Kommunikation wird offensichtlich von den jungen, noch lern- und einflußsensiblen, ihren Lebenshalt und -grund noch suchenden Menschen mehr oder weniger instinktiv erfaßt. So gesehen ist Sprachvernachlässigung zunächst

nur das Opfer, das einer guten andern Sache gebracht werden muß. Im übrigen: Die Neue Jugend riegelt sich auch von sprachlicher Traditionsbeeinflussung unwillkürlich mehr und mehr ab und entwickelt dabei bereits Ansätze eigener sprachlicher Kreativität.¹² Gleichwohl bleiben Bedenken gegen diese Entwicklung, eindringlich vertreten von gereiften Angehörigen der Neuen Jugend selbst, die sich über misera- bel, ja pfeifend und brüllend oder sogar brachial anstatt verbal geführte politische »Diskussionen« bekümmern oder als junge Lehrer und Hochschullehrer nicht mehr imstande sehen, schwierigere Themen, Stoffe, Lektüren mit ihren Schülern und Studenten befriedigend zu behandeln. Dieses Problem kann hier nur angerührt werden. Sicher wird aber auch hier die Plus-minus-Ambivalenz jugendlichen »Sprachverlusts« unauflöslich bestehenbleiben.

Nur äußerlich steht im Gegensatz zu Tendenzen wie Sprachverkürzung, Bevorzugung unmittelbar konkretisierbaren Wissens, unkompliziert-direktes Anfassens von Problemen u. ä. die *neue Subjektivität*¹³ der Neuen Jugend. In deren Neigung zu transverbaler Kommunikation zeigt sich die innere Zusammengehörigkeit der Merkmalsbereiche, wenn diese auch unterschiedliche positive wie unterschiedliche fragwürdige Qualitäten beinhalten. Die der neuen Subjektivität oft verbundene Neigung, vor Lebensproblemen in irrationale Bereiche auszuweichen oder introversive Nabelschau narzißtisch zu ästhetisieren, wird möglicherweise degenerativ mitverursacht und ist deshalb im Hinblick auf zukünftige Entwicklungen vielleicht noch bedenklicher als Sprachverlust, terrible Simplifikation von Problemen oder Versuche ihrer Lösung mit Gewalt. Diesen Negativa steht anderes positiv gegenüber. Subjektivismus gewinnt sittlichen Wert in Selbsterkenntnisdrang und Selbstkritik. Wo Vereinfachung, verbunden mit Geradheit und Offenheit, das Urteilen und Handeln bestimmt, entfallen Heuchelei, Unehrllichkeit und meistens auch Blender- und Strebertum. Daß das schlechthin gut sei (etwa auch dort, wo es »geschmacklos« provokativ wird wie im ominösen Göttinger »Bubacknachruf«), wird man nicht behaupten, es aber trotzdem, in seiner Kernsubstanz, zu den zukunftsweisenden Positiva zählen dürfen.

These IV: Die Neue Jugend, einschließlich sogar der ihr nur sehr bedingt zugehörigen extremistischen Randgruppen, ist moralisch keineswegs minderwertiger, eher sauberer, anständiger, als das Bürgertum konventionellen Zuschnitts. (Dieser These gebe ich wegen hundertfacher persönlicher Erfahrung einen besonders hohen Stellenwert!)

Zur »neuen Subjektivität« der Neuen Jugend sind hier nur knappste Hinweise möglich; der mir wichtigste: Ihre negativen Auswüchse, Folgen von Existenzangst und Identitätsfestigungsschwierigkeiten, können bruchlos in Heilung umschlagen. Krise weist auf Umkehr, signalisiert die Notwendigkeit der Wende. Fortschritt und Weiterentwicklung können aus Degenerationserscheinungen Anstöße gewinnen. Denkbar ist also, daß die Neue Jugend auch aus ihren psychischen Tiefs, dem in ihr stark verbreiteten individualistisch-isolationistischen Narzißmus und den Versuchen des Drogen- und Psychomarkts, einmal gestärkt hervorgeht, insbesondere wenn sie sich offenhält auch für die kleinen, täglichen Herausforderungen der gesellschaftlichen Wirklichkeit, und zwar der ganzen, nicht nur derjenigen ihrer eigenen Parakultur.

Hypothese III: Geschichtlicher Auftrag der Neuen Jugend könnte sein, die Gesamtgesellschaft zu offenem, ehrlichem, radikalem und damit womöglich wirklich

fruchtbarem Austrag der politischen und lebens-existentiellen Antinomien zwischen sich selbst – ihrem Isolatsbereich und Isolatsein – und dem gesellschaftlichen Ganzen und dessen Belangen, in die sie ja unentrinnbar integriert bleibt, provokativ zu *zwingen*.

Dem Problem des zunächst antinomischen, perspektivisch jedoch auf spätere Wiedervereinigung gerichteten Verhältnisses von Neuer Jugend und Gesamtgesellschaft entspringen zahlreiche Einzelfragen. Wo sind die von der Neuen Jugend ohne Gesichtverlust betretbaren Brücken zwischen beiden Bereichen? Sind es bestimmte – und welche – Bürgerinitiativen, vielleicht sogar gewerkschaftliche und Parteienentwicklungen, Initiativen fortschrittlicher Lehrer (*Freinet*-Lehrer etwa) oder »Graswurzler«? Inwieweit kann der neuen Entwicklungen weiterhin zuarbeitende Teil der Zwischengeneration der heute 30–40jährigen das Problem entschärfen, ohne klare Zielsetzungen zu verwässern? Ist überhaupt vorstellbar, daß die von der Neuen Jugend in eigener Kreativität entwickelten Ansätze eines »Sozialismus von unten« gesamtpolitisch relevant werden, ohne zwangsläufig von Oben-Entwicklungen und -Diktaten wieder negativ-nivelliert zu werden, und dies vielleicht sogar im Zusammenwirken mit den Negativ-Momenten der Neuen Jugend selbst? Solche Fragen können heute nur gestellt, nicht beantwortet werden. Daß das »revolutionäre Potential« der Neuen Jugend immerhin beträchtlich ist, scheint mir nachweisbar zu sein. Wo es einmal bleiben, ob es explodieren, friedlich expandieren, Veränderungen evolutionär erzwingen oder ineffizient (in »Reformismus«?) verkümmern und versickern wird, ist völlig offen. In der BRD könnte es sich zugleich realisieren und aufheben (im Doppelsinne des Wortes), wenn folgendes Unwahrscheinliche (*Utopie*) einträte –

Hypothese IV: Jedwede gesetzliche und verfassungsgesetzliche sowie von der Exekutive unternommene Einschränkung politischer Betätigungsfreiheit wird, soweit diese nicht die Form konkreter Aktion zu diktatorischem Umsturz annimmt, rückgängig gemacht, respektive unterbleibt. Die Wirtschafts- und Arbeitsrechtsordnung wird zumindest insoweit demokratisiert – auch mit Einkommen nivellierenden und Arbeitszeit senkenden Konsequenzen –, daß jedem heranwachsenden jungen Menschen eine seinen Entwicklungsmöglichkeiten und Interessen gerechtwerdende Bildung und Ausbildung sowie spätere Berufsausübung gesichert ist, notfalls unter Einführung sogar (zunächst) unwirtschaftlicher Formen der Arbeitsplatzteilung und gleichzeitigen Mehrberuflichkeit.¹⁴

Anmerkungen

1 Zum Probleme-Ozean »Schule« vorsichtshalber noch dies: daß auch »Abrichtung« *entfaltungsförderlich* ist, Voraussetzung für erfolgreiches Mitstrampeln auf Karriereleitern und – in starren Klassengesellschaften – sogar für simples Überleben, nämlich der hungernden Unterklasse (siehe Pestalozzi!). Aber kann das für uns gelten, heute? Keine Schulreformbewegung kann anders als historisch triftig kritisiert werden. Das unternehmen A. Rang und B. Rang-Dudzik in Bezug auf die neue »Gegenschulbewegung« in AS 21, 1978.

2 H. H. Heldmann: Jugendschutzrecht – Legende und Wirklichkeit, in: vorgänge 12/1974, S. 71 ff.

3 R. Döbert und G. Nunner-Winkler: Adoleszenzkrise und Identitätsbildung. Psychische und soziale Aspekte des Jugendalters in modernen Gesellschaften, Frankfurt 1975, S. 19.

4 L. Böhnisch, R. Münchmeier, E. Sander: »Jugend als soziale Gruppe hat keine ihr eigene gesellschaftliche Qualität«, zit. aus: Probleme und Chancen der Jugend heute, in: vorgänge 23/1976, S. 67. Das von den Autoren Gemeinte bezieht sich, wenn man den Kontext untersucht,

weder eindeutig auf Jugend schlechthin noch auf Jugend als »Produkt einer bestimmten historisch-sozialen Entwicklung der Gesellschaft«. Wäre der zweite Gesichtspunkt konsequent verfolgt worden, hätte man die unvorsichtige Verallgemeinerung sicher fallengelassen.

5 Eine frühe Quelle für die Erkenntnis des Unterschieds autonomen und gegängelten Jugendlebens ist Fritz Jödes Buch: *Jugendbewegung und Jugendpflege*, Hamburg 1917.

6 »Vertretungskartell . . .«, siehe Böhnisch, Münchmeier, Sander a.a.O., S. 70. – Daß »Repräsentativdemokratie« mit »Vertretungsdemokratie« eingedeutscht werden kann (und – hintersinnig gedoppelt – auch wird!), bekommt in diesem Zusammenhang neue Brisanz.

7 R. Schwender: Thesen zur Jugend-Subkultur in der BRD 1976, in: *vorgänge* 24/1976, S. 62–72; über Einflüsse der Wirtschafts-Akkumulationszyklik in den Abschnitten 13–24 detaillierte Beobachtungen.

8 Böhnisch, Münchmeier, Sander a.a.O., S. 67.

9 Interessiert für den Wahrheitsgehalt der Prognose, daß der durch wirtschaftliche Folgeprobleme (Jugendarbeitslosigkeit, Studien- und Ausbildungsplatzmisere) forcierte Leistungskampf um die besten und besseren Zeugnissenoten das Klima hinlänglicher Solidarität in den Schulklassen, Kameradschaft und Freundschaften, weitestgehend zerstören werde, hat mich die mir bekanntgewordene Wirklichkeit skeptisch werden lassen. Diesbezügliche empirische Untersuchungen kenne ich nicht.

10 E. Bloch und H. Eisler: *Die Kunst zu erben* (1938), Abdruck in: *alternative*, Heft 69 (1969), Berlin-West.

11 Worüber sich u. a. jüngere Mitglieder der von Lukács begründeten »Budapester Schule« kritisch verbreitet haben, siehe: Lukács, Heller, Fehér u. a. »Individuum und Praxis. Positionen der »Budapester Schule««, Frankfurt 1975.

12 Das konkret dingfest zu machende Ausmaß der bisher erfolgten Sprachveränderung ist noch nicht groß. Oft ist das signifikant Neue mehr der Tonfall und die im Zusammenhang längerer Rede oder Schreibe bemerkenswert lässige, zwanglos-unbekümmerte, auch durch Gestik mitgesteuerte *offene Art des Denkens*, die nur weniger im engeren Sinne sprachlicher (verbaler und grammatikalischer) Veränderungen bedarf, um sich zu artikulieren. Der Göttinger »Buckacknachruf« gehört in diesen Zusammenhang.

13 Der Begriff ist heute »in«, Literaturbeiträge überschlagen sich. Meiner Betrachtung gab wertvolle Anregungen Klaus Horn: Identitätsprobleme der Linken? Zeitgenössische Schwierigkeiten des Umgangs mit dem Psychischen beim Politikmachen. In: *Léviathan* 3/1977, S. 333–359. Die »Wiedereinführung von Subjektivität in die Wissenschaft« beschäftigte auch die Arbeitstagung des Arbeitskreises Politische Psychologie der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft in Frankfurt/Main im April 1978.

14 Radikalste Lösung: Wächst auf die Dauer (prinzipiell) die Zahl der Absolventen bestimmter Akademikerberufszweige weit über den Bedarf hinaus, ist andererseits der Bedarf an Bewerbern für unentbehrliche Elementarberufe, etwa Kranken- und Altenpflege, durch das freiwillige Arbeitsangebot nicht mehr zu decken, sollten jene Akademiker zwar allesamt in ihrem Hauptberuf beschäftigt werden, aber nur teilzeitlich oder zeitlich umschichtig, den freien Teil ihrer Arbeitskapazität aber der Bedarfsdeckung für die unter Nachwuchssorgen leidenden Elementarberufszweige zur Verfügung stellen müssen.

Das Argument bittet seine Leser um Mithilfe:

Um für einen *Argument-Sonderband Wissenschaftsgeschichte* einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zu erhalten, bitten wir unsere Leser um folgende Informationen:

- Wer arbeitet selbst auf dem Gebiet der Wissenschaftsgeschichte? Zu welchem Problem? In welchem Zusammenhang (Examensarbeit, Forschungsprojekt u. ä.)?
- Wer kennt Einzelne oder Gruppen, die auf diesem Gebiet arbeiten (Namen und wenn möglich Adressen)?

Bitte schreiben Sie möglichst bis **15. Februar** an die Redaktionsadresse:
Altsteinstr. 48 a, 1000 Berlin 33.

Eberhard Göbel

Die Lage der Studenten*

Das Deutsche Studentenwerk in Bonn (DSW) hat im Auftrag des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft (im August 1978) zum achten Mal seit 1950 die Daten zur sozialen Lage der Studenten veröffentlicht. Die sieben vorangegangenen Sozialerhebungen fanden in den Jahren 1951, 1953, 1959, 1963, 1967 und 1973 statt, so daß jede Nachkriegsgeneration der Studenten einmal befragt worden ist. Finanziell unterstützte der Bundesminister dieses Projekt, um »Grundlagen und Entscheidungshilfen für etwaige sozial- und hochschulpolitische Maßnahmen zu erhalten« (5). Die Verzögerung der Veröffentlichung der bereits 1976 erhobenen Daten um mehr als ein Jahr (der Abschlußbericht des DSW lag bereits im Juli 1977 druckfertig vor) resultiert augenscheinlich aus einem Interessengegensatz zwischen DSW und dem Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Gestritten wurde über das Vorwort des DSW und über die Interpretation der Daten. Die vom DSW erhobenen Sozialdaten, insbesondere hinsichtlich der finanziellen Lage der Studenten, haben sich, was die Förderung durch die öffentliche Hand betrifft, seit 1973 derart verschlechtert, daß sich der Auftraggeber dieser Erhebung als mitverantwortliche Institution für die schlechte Lage der Studenten zunächst weigerte, die Interpretationen des DSW zu veröffentlichen, worin die staatliche Sozialpolitik gegenüber den Studenten kritisiert wurde. Was inzwischen verändert wurde und wo Streichungen und Kürzungen im Vorwort oder Bericht vorgenommen worden sind, erfährt der Leser jedoch nicht. Im folgenden einige der wichtigsten Ergebnisse dieser achten Sozialerhebung.

1. Quantitative Entwicklung der Studentenschaft

Die Zahl der Studenten hat sich seit 1960 in der BRD verdreifacht. Besonders stark wuchs der Anteil der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen in der ersten Hälfte der 70er Jahre von 301 431 auf 543 729 im WS 1976/77, wobei jährlich die Zahl der Studenten um 40 000 zunahm (18 ff.). Bezieht man Studenten an Fachhochschulen, Pädagogischen Hochschulen usw. in diese Gesamtgruppe mit ein, so sind es im WS 1976/77 insgesamt 877 328 Studenten. Der Anteil der Studentinnen an der Studentenschaft erhöhte sich von 18% im Jahre 1956 auf ca. 33% im Jahre 1976. Von diesen hat die Hälfte Akademikereltern. Der Anteil der Arbeiterkinder aller Studentinnen betrug 1949 ca. 1,4% und hat sich im Jahre 1976 auf 10,2% erhöht. Von einer Chancengleichheit für Studentinnen und insbesondere für Studentinnen aus Arbeiterhaushalten kann allerdings trotz sichtbarer Verbesserungen noch keine Rede sein (19 f.). 1976 hatten 8,2% der Studentenschaft den »Zweiten Bildungsweg« absolviert – 2,4% weniger als 1973. Grund: die Möglichkeiten zum Erwerb einer speziellen Hochschulzulassung sind vom Staat eingeschränkt worden.

2. Favorisierte Fachgebiete der Studenten

Die Studenten verteilen sich laut amtlicher Statistik auf folgende Fachgebiete: 28% studieren Sprach- und Kulturwissenschaften; 23% Wirtschafts- und Sozialwissen-

* Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland. 8. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks. Bonn 1978 (232 S., br., kostenlos erhältlich).

schaften (einschließlich Jura); 20% Mathematik und Naturwissenschaften; 10% Medizin (Human-, Zahn- und Veterinärmedizin); 2% Agrar-, Forst- und Ernährungswissenschaften und 1% Kunstwissenschaften (22 f.). Von den Studentinnen studieren fast die Hälfte, nämlich 45%, Sprach- und Kulturwissenschaften (bei den Männern sind es nur 21%). Innerhalb der Naturwissenschaften dominieren noch immer die männlichen Studenten. In den Fächern Jura, Theologie und Architektur zeichnet sich eine Zunahme von Frauenanteilen ab.

3. Bildung und Beruf der Eltern von Studenten

Von den Vätern der Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen sind 63% voll im Erwerbsleben tätig. Der Anteil der voll erwerbstätigen Mütter beträgt dagegen nur 16%. Allerdings 56% aller Mütter sind Hausfrauen. Sowohl 1% der Mütter wie Väter der Studenten sind erwerbslos und bereits 20% der Väter und 9% der Mütter sind Rentner. Die Quote der Halbweisen, bei denen die Väter gestorben sind, beträgt 13% (24f.).

3.1. Bildung der Eltern

Der Bildungsstand der Eltern von Studenten liegt im Vergleich zur Bildungsstatistik des Bundesamtes für Statistik in Wiesbaden (vgl. die Ergebnisse der Volkszählung von 1970) *um ein vielfaches* über dem Bevölkerungsdurchschnitt, denn 36% der Väter von Studenten haben Abitur (Bevölkerungsdurchschnitt: 6,1% Abitur und davon haben 4,1% zusätzlich einen Hochschulabschluß); 23% der Väter haben einen Realschulabschluß (Bevölkerungsdurchschnitt: 7,2%); 40% der Väter haben einen Volksschulabschluß (Bevölkerungsdurchschnitt: 74,5%). Vergleicht man den Bildungsstand der Väter mit dem der Mütter von Studenten, so liegt letzterer *viel niedriger*, jedoch *um ein Vielfaches über* dem der weiblichen Durchschnittsbevölkerung. So haben 15% der Mütter von Studenten Abitur (Bevölkerungsdurchschnitt: 2,9% haben Abitur, davon 1,7% ebenfalls einen Hochschulabschluß); weitere 30% haben einen Realschulabschluß (Bevölkerungsdurchschnitt: 9,8%), 52% besitzen einen Volksschulabschluß (Bevölkerungsdurchschnitt: 80,6%) (vgl. 24ff.).

3.2 Beruf des Vaters

Der Anteil der Arbeiterkinder unter den Studenten ist von ca. 4% 1949 über 13% 1976 auf 18% im Jahre 1978 (absolut: ca. 100000) angestiegen. Betrug der Facharbeiterkinderanteil innerhalb der Arbeiterkinder 1949 noch 90%, so sank dieser Anteil auf 60% 1976, d. h. mit der Bildungsreform bekamen zunehmend auch Kinder angelernter und ungelernter Arbeiter die Chance, zu studieren. Umfaßt die Gruppe der Arbeiter innerhalb der Erwerbspersonen (laut offizieller Statistik) im Jahre 1976 mit 42,6% den *größten* Anteil (trotz einer Minusrate von 8,4% seit 1950), so ist die Gruppe der Arbeiterkinder die *kleinste* innerhalb der Studentenschaft. Von einer Chancengleichheit der Arbeiterkinder kann daher generell keine Rede sein, sie sind deutlich unterrepräsentiert. Dies stellt auch Björn Engholm, parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Bildung und Wissenschaft in seinem Vorwort fest (5). Der Anteil der Angestelltenkinder hat sich von 1949 bis 1976 von 20% auf 35% erhöht (Anteil der Angestellten an der Erwerbsbevölkerung im Jahre 1976: 35,2%). Der Anteil der Beamtenkinder wie auch der Selbständigen nahm im gleichen Zeitraum ab, Beamten-

kinder von 40% auf 25% und Kinder von Selbständigen von 35% auf 24% (vgl. 26 ff.). Der Anteil der Beamten an der erwerbstätigen Bevölkerung betrug 1976: 8,6% und der der Selbständigen 9,1%.

3.3. Selbstrekrutierungsquote ausgewählter Berufe

Die Selbstrekrutierungsquote ausgewählter Berufe ermöglicht das Erfassen von Standestradiationen bei der Berufswahl. Gefragt hatte das Deutsche Studentenwerk u. a., welche Studenten Väter mit folgenden Berufen haben: Arzt, Apotheker, Richter/Staatsanwalt, »Fabrikant«, Lehrer, Landwirt sowie Ingenieur und die entsprechenden Fachrichtungen des jeweiligen Berufes studieren. Der Anteil der Selbstrekrutierungsquote der Lehrer liegt mit 39% an der Spitze, gefolgt von Medizinern mit 30%, den Richtern/Staatsanwälten mit 28%, den »Fabrikanten« mit 21%, den Ingenieuren mit 18% und schließlich den Landwirten mit 9%. Die Selbstrekrutierungsquote der Apotheker konnte nicht exakt ermittelt werden (31).

4. Studienfinanzierung

Die erhobenen Daten zur Studienfinanzierung drücken am krassesten die schlechte soziale Lage der Studenten aus. Zwar ist seit der Einführung der Bundesausbildungsförderung (Bafög) im Oktober 1971 die Höhe des einzelnen Förderungsbetrages gestiegen und konnte unter Ausschöpfung aller Förderungsmöglichkeiten für einen Studenten 1976 insgesamt 550 DM betragen; im gleichen Zeitraum nahm aber der Anteil der staatlich Geförderten ab. Bekam beispielsweise 1973 die Hälfte der 17,2% geförderten Studenten noch eine Vollfinanzierung ihres Studiums durch Bafög, so war es 1976 nur noch ein Drittel von nur mehr 12,8% geförderten Studenten. Damit liegen die Zahlen von 1976 unter denen von 1963 und 1967. Parallel zur Verminderung der insgesamt staatlich Geförderten von 17,2% auf 12,8% in der Zeit von 1973 bis 1976 wurde die bereits in den 50er Jahren abgeschaffte Selbstbeteiligung der Studenten an der öffentlichen Studienfinanzierung 1974 wieder eingeführt. Inzwischen beträgt sie absolut maximal 130 DM pro Monat. Dieser Betrag ist ein unverzinsliches Darlehen vom Staat, das nach dem Studium zurückgezahlt werden muß.

Die Graduiertenförderung (Grafög), ein Ersatz für fehlende Assistentenstellen, wird seit 1974 nur noch als unverzinsliches VollDarlehen von 800 DM pro Monat gewährt, d. h. wer sich mit Hilfe von Grafög nach dem Studium weiterqualifizieren will, verschuldet sich (unabhängig von der Verschuldung durch das Bafög) bei einer Förderungsdauer von zwei Jahren mit ca. 20 000 DM. Damit findet ab 1974 eine zunehmende »Reprivatisierung« der Ausbildungskosten zu Lasten der Studenten statt, wie sie von CDU/CSU-Bildungspolitikern seit langem gefordert wird. Mit der Abnahme der staatlichen Förderung steigt zugleich der Anteil der Elternfinanzierung für die Ausbildung an. Die vorherrschende Form der Studienfinanzierung ist heute die sogenannte Mischfinanzierung als Kombination mehrerer Finanzierungsquellen: a) öffentlichen Mitteln, b) Elternfinanzierung, c) der Erwerbstätigkeit der Studenten neben dem Studium und während der Semesterferien. Ca. 20% der Studenten müssen regelmäßig neben dem Studium arbeiten. Am härtesten trifft der zunehmende Abbau der sozialen Sicherungen für Studenten Kinder aus einkommenschwachen Familien, insbesondere Arbeiterkinder, weil bei ihnen der Anteil der Elternfinanzierung mit 4% am niedrigsten liegt. Abgesehen von der Verschuldung der Studenten durch Bafög

und Grafög, nimmt der Anteil der sonstigen Selbstverschuldung innerhalb der Studentenschaft zu. Bereits 12,8% der befragten Studenten sind 1976 Schuldner: Gläubiger waren zu 48% Verwandte, 32% Freunde und Bekannte, 22% »andere Stellen« und nur zu ganzen 4% die Studentenwerke.

Der vom DSW errechnete Geldbetrag zum Lebensminimum betrug für 1976 638 DM, also knapp 100 DM über dem staatlichen *Höchstförderungssatz*. Aufgrund der Inflation kann heute (1978) mit einem Satz von *mindestens* 700 DM gerechnet werden. Die für Herbst 1979 geplante und schon 1978 angekündigte Erhöhung des Bafögsatzes auf 620 DM liegt also noch unter dem errechneten Bedarfsatz des DSW von 1976. Auf die Frage des DSW, bei welchem Budgetteil des monatlichen Einkommens zuerst Streichungen vorgenommen werden, werden von den Studenten an erster Stelle *Ernährung* und *Kleidung* angegeben. Bezüglich der Ernährung muß mit Gesundheitsschädigungen und Leistungsabfällen bei einem Teil der Studenten gerechnet werden. Bei einer möglichen Ausdehnung des monatlichen Einkommens würden sich die Studenten als erstes mehr Lehrbücher, politische Literatur, Belletristik, Zeitungen, Zeitschriften leisten bzw. angebotene kulturelle Veranstaltungen besuchen (vgl. 31 ff. und 83 ff.).

5. Das Wohnverhalten der Studenten

Die traditionelle Wohnform der Studenten, das Wohnen zur Untermiete gehört der Vergangenheit an. Wohnten 1953 noch 58% der Studenten zur Untermiete, so waren es 1976 nur noch 18%, von denen immerhin drei Fünftel einen separaten Eingang zu ihrer Wohnung besaßen. Die Eltern von Studenten beherbergen nur noch 21% ihrer studierenden Kinder (1953 waren es noch 30,7%). Im Verlauf des Studiums findet auch bei dieser Gruppe von Studenten mit wachsender Semesterzahl ein Loslösungsprozeß von den Eltern statt (in der Regel nach dem Grundstudium). In Studentenwohnheimen wohnen 12%. Dieser Anteil ist seit längerer Zeit konstant. Die vorherrschende Wohnform der Studenten ist die »eigene Wohnung« geworden. Hatten 1956 nur 4,6% eine Wohnung gemietet, so waren es 1976 ca. 30%. Neben dieser Form hat sich seit der Studentenbewegung der 60er Jahre die Wohngemeinschaft als neue kollektive Wohnform innerhalb der Studentenschaft durchgesetzt. Bereits 18% der befragten Studenten leben in einer Wohngemeinschaft. In der Regel wird diese Wohnform jedoch von Soziologie-, Psychologie- und Pädagogikstudenten favorisiert, während Naturwissenschaftler lieber alleine wohnen möchten. Mit steigendem Alter (ca. ab 25 Jahre) nimmt das Wohnen in Wohngemeinschaften allmählich ab. In den Kommentaren zur Wohnsituation von Studenten werden folgende Gründe für diese neue kollektive Wohn- und Lebensform angegeben: Möglichkeiten des Kontakts mit anderen Studenten, des Gedankenaustausches, der gemeinsamen fachlichen Arbeit, des Austausches von Studienorientierungen, des Erfahrungsaustausches, der gemeinsamen Freizeit und der Entwicklung der Persönlichkeit. Zugleich hilft diese Wohnform die Anonymität der Massenuniversität zu kompensieren. Das Anmieten einer entsprechenden großen Wohnung oder eines Hauses stößt jedoch auf starken Widerstand der Vermieter von Wohnraum bzw. von Hauseigentümern.

Vergleicht man die *Wohnwirklichkeit* mit den *Wohnwünschen* der befragten Studenten, so schneidet bei letzteren die Wohngemeinschaft mit 28% an zweiter Position recht gut ab. Zur Untermiete und bei den Eltern wollen jeweils nur 5% wohnen; ca. 11% bevorzugen ein Studentenwohnheim.

6. Fazit

Die seit 1974 anhaltende Wirtschaftskrise ist, wie diese Daten belegen, auch an den Studenten nicht spurlos vorübergegangen. Die in der Reformphase aufgebauten Ansätze zur sozialen Sicherung haben für viele Studenten einen empfindlichen Funktionsverlust – bedingt durch ein technokratisches Krisenmanagement – erlitten. Angesichts der zunehmenden Verschulung, Reglementierung und Verkürzung des Studiums ist bei dem derzeitig verbreiteten Zwang zur Nebenerwerbstätigkeit und der gleichzeitigen schlechten Arbeitsmarktlage – insbesondere für die aus sozial schwachen Familien kommenden Studenten – mit einer Zunahme der Studienabbrüche zu rechnen. Notwendig ist daher – neben einer inhaltlichen Studienreformpolitik – die Verstärkung des studentischen Sozialkampfes.



Gewerkschaften und Kultur

K. Maase: Gewerkschaftliche Kulturarbeit

L. Winckler: Soziale Stellung der Intelligenz in der Kulturindustrie und die Perspektive gewerkschaftlicher Orientierung

U. Klitzke: Ästhetische Arbeitsplatzgestaltung als Element gewerkschaftlicher Kulturarbeit

H. Hoffmann: Zum Verhältnis von öffentlicher und gewerkschaftlicher Kulturarbeit

D. Kramer: Neue Akzente in Freizeittheorie und -politik

Organisation und Spontaneität

Zwischenbilanzen fortschrittlicher Kulturarbeit

K. Pallowski: Der Werkkreis Literatur der Arbeitswelt als Modell alternativer Kulturarbeit

H.-W. Heister/D. Stern: Aspekte fortschrittlicher Musikproduktion

G. Wiese: Kulturelle Spontaneität im politischen Kampf. Das Beispiel Wuhl

D. Kramer: Kultur der Arbeiterklasse und kulturelle Aktivitäten in der Geschichte der Arbeiterbewegung – Forschungsbericht

R. Hillgärtner: Thesen zum Kulturbegriff

Dokumentation

K. Schwab/F. Eckhard/O. Todtenberg: Gespräch über gewerkschaftliche Kulturarbeit

AS 23, 1978, 192 S., 15,50 DM, Stud.
12,80 DM; im Abo 12,80 DM, Stud.
11,- DM

Werner Gestigkeit

Skizze zum »Selbstverständlichen und seiner Verfremdung« als ein Grundproblem historisch-politischer Bildung

Gegen Schichtschluß kam es in einem großen Automobilwerk unter den Arbeitern zu einer Diskussion über die allen bekannte Tatsache, daß in die produzierten Wagen »der Schrott mit eingebaut wird«, d. h. ihre Brauchbarkeit und Lebensdauer schon in der Produktion bewußt reduziert wird. Auch aus anderen Produktionsbereichen war diese Technik künstlichen Verschleißes bekannt und einer wußte immer weitere Beispiele aus einem Buch zu zitieren (V. Packard, 1962). Obwohl diese Tatsache von allen Kollegen zunächst als »fragwürdig« anerkannt wurde und im Grund auch unverständlich schien, fand sich nach kurzer Zeit eine plausible Erklärung: »Wenn die länger halten würden – angenommen doppelt so lange, was technisch durchaus möglich wäre –, dann brauchten und könnten auch nur die Hälfte der Wagen verkauft werden. Der Umsatz würde halbiert. Dies wiederum würde es notwendig machen, nur die Hälfte der bisherigen Anzahl Wagen zu bauen, und damit wäre ein großer Teil der jetzigen Arbeitsplätze überflüssig. An dieser Erklärung war kaum zu rütteln. Sie war einleuchtend und mußte eingesehen werden. Mehr noch: Daß dieses technisch-ökonomische Prinzip so und nicht anders funktioniert und in seiner Selbstverständlichkeit begriffen und bejaht werden muß, daran müssen das Unternehmen ebenso wie die von ihm abhängigen Arbeiter interessiert sein. Vermittelt über das Interesse des Unternehmens an hohem Umsatz, hatten die Arbeiter, hieran gebunden, gezwungenermaßen auch das Interesse am »künstlichen Verschleiß«, »denn wer will schon arbeitslos werden, nur weil Kisten zu lange halten!« Als einer, der es besser wußte, darauf hinwies, daß das keineswegs notwendigerweise so sein muß, sondern an der Struktur bestimmter Produktionsverhältnisse liege (die es deshalb zu ändern gelte), stieß er auf Unverständnis und Abwehr. Er wurde als »Besserwisser« abgetan. Sein richtiges Wissen konnte gegen die Selbstverständlichkeit dessen, was so nun einmal real existiert, nicht ankommen. Letzteres behielt trotz seiner Irrationalität recht.

In diesem Exempel ist enthalten, was es mit dem Selbstverständlichen auf sich hat und worin das Problem einer besserwissenden politischen Bildung besteht. Es ließen sich weitere, letztlich unzählige Beispiele derartiger Selbstverständlichkeiten und entsprechender Erklärungen anführen und dies keineswegs nur in Form unwissenden Alltagsbewußtseins. In allen Medien der herrschenden Öffentlichkeit und des durch ihre Produkte geprägten gesellschaftlichen Bewußtseins werden die verschiedensten ökonomisch-politischen Sachverhalte in gleichsam mustergültiger Form in ihrer eigentümlichen Selbstverständlichkeit reproduziert, oft sogar wissenschaftlich abgesegnet und sodann nicht selten und nicht zufällig (hier liegt noch ein vorgelagertes Problem) durch das unmittelbare Alltagsbewußtsein in ihrer einleuchtenden Evidenz bestätigt.

Die Frage lautet: Woher rührt und wie erklärt sich die hartnäckige Selbstverständlichkeit bestimmter Bewußtseinsformen und wie ist ihnen, sofern es die falsche Selbstverständlichkeit von nachweisbar verkehrtem Bewußtsein ist, beim Anspruch aufklärender politischer Bildung zu begegnen? Bei politischer Bildungsarbeit, die es

hauptsächlich mit unmittelbarem Alltagsbewußtsein zu tun hat, sind dabei zwei grundlegende Aspekte ineinander verbunden: a) stellt sich das Problem, wie wissenschaftliche Ergebnisse und die Form ihrer Gewinnung über den Bereich der Wissenschaft hinaus dem Alltagsbewußtsein vermittelbar sind und b) was in dieser Vermittlung grundsätzlich zu beachten ist, um verkehrtes, aber einer bestimmten Realität gegenüber selbstverständlich-richtig erscheinendes Bewußtsein sich seiner eigenen Verkehrung und Falschheit bewußt werden zu lassen. Das Problem spitzt sich zu, wenn festgestellt werden muß, daß »das Selbstverständliche« keineswegs nur eine *Bewußtseinsform* ist, um deren Kritik und Aufklärung es *allein* geht, sondern daß in dem Begriff auch der objektive, real existierende Sachverhalt miteinfaßt ist und »der ist nun einmal Realität und nicht wegzudiskutieren«. Grundlegende Bedeutung für das Problem selbstverständlich-verkehrten Bewußtseins und also für einen brauchbaren, eingreifenden Ideologiebegriff hat – bezogen zunächst auf die bürgerliche Gesellschaft – das »Fetisch-Kapitel« in Marx' Kapital. Das ist häufig erläutert worden und soll hier nicht wiederholt werden (Hahn, 1976; Holzkamp, 1973; Kühnl, 1973; Sorg, 1976). Hervorgehoben sei hier lediglich nochmals jene bedeutsame Formulierung des »Quidproquo«, d. h. der Verkehrung der bürgerlichen Gesellschaftsverhältnisse, das im Warenverhältnis seinen Anfang nimmt. Hier aus dem Zusammenhang gerissen heißt es dort: »(Den Produzenten) . . . *erscheinen* (die gesellschaftlichen Beziehungen ihrer Privatarbeiten) *als das, was sie sind, d. h. nicht als (. . .), sondern vielmehr . . .* (und es folgt jene die Verkehrung gleichfalls ausdrückende wie aufdeckende Formulierung) . . . als sachliche Verhältnisse der Personen und gesellschaftliche Verhältnisse der Sachen.«¹ Die hier wie in der gesamten Fetisch-Analyse enthaltene Erkenntnis ist verallgemeinerungsfähig für das Verhältnis von Realität und Bewußtsein, besonders im Hinblick auf das unmittelbare, praktisch-orientierende (Alltags-)Bewußtsein und anschauliche Denken gegenüber den objektiven Erscheinungen der Realität. Des weiteren steckt in der Fetisch-Analyse die Einsicht in die unmittelbare, eingebundene Richtigkeit des sich praktisch-orientierenden (Alltags-)Bewußtseins in jeweils objektiv-existierenden Verhältnissen und seien sie auch verkehrt. »Das ›verkehrte Bewußtsein‹ zeigt die Dinge unmittelbar ›als das, was sie sind‹. Es ist, obwohl verkehrt, praktisch richtig, weil der sozialökonomischen Realität und den normalen Handlungsweisen entsprechend.« (W. F. Haug, 1974, S. 170) Das »Selbstverständliche« bildet als eine bestimmte objektive Gedankenform jenes wesentliche Moment von Ideologie und ideologischen Tatbeständen in verkehrten gesellschaftlichen Verhältnissen, das deren unmittelbar-praktische Erscheinung und Richtigkeit reproduziert und bestätigt.² Damit ist gleichfalls ausgedrückt, daß Ideologie a) nicht nur eine Bewußtseinsform (und zwar eine falsche) ist, sondern b) immer die reale Verkehrung der objektiven Realität miteinschließt und c) in einem präzisen Ideologiebegriff deshalb die *Notwendigkeit* falschen Bewußtseins besonders beachtet ist.

Aus der Erkenntnis, daß die Verkehrung ideologischen Bewußtseins seine Ursache nicht in sich selbst hat und nicht durch Ideologiekritik (im Sinne von Bewußtseinskritik) in seiner Ursache aufzuheben ist, ließe sich die nicht selten praktizierte Konsequenz ziehen, das »falsche Bewußtsein« als solches zu »entlarven«, um sich sodann den Verhältnissen als Ursache des Übels zuzuwenden. Aus der Sicht politischer Bildung wäre dies freilich ein Kurzschluß, zielt sie doch gerade auf Bewußtwerdung ab. Bezichtigung und Entlarvung erzeugt meist nur schlechtes Gewissen, Unsicherheit,

Abwehr oder opportunistisches Einverständnis, nicht aber Wissen um das Falsche und seinen Grund. In bezug auf Lernprozesse im politischen Unterricht muß weitergehend die Frage interessieren, woher die Notwendigkeit falschen Bewußtseins rührt, d. h. warum es sich zwangsläufig verkehren läßt, anstatt die Verkehrung zugunsten »richtiger«, wissenschaftlich gültiger Erkenntnis abzuwehren. Ohne den je besonderen Charakter ideologischer Bewußtseinsformen, ihnen zugrunde liegender klassenspezifischer Verhältnisse, Standpunkte und (manipulativer) Interessen aus dem Blick zu verlieren, läßt sich die Frage nach der Verkehrbarkeit des unmittelbaren Alltagsbewußtseins und der sinnlichen Erkenntnis zunächst erkenntnistheoretisch bzw. wahrnehmungspsychologisch angehen. Klaus Holzkamp hat dies getan (ohne bemerkenswerterweise den Begriff der Ideologie systematisch mit einzuarbeiten, obwohl sie sich der sinnlichen Erkenntnis geradezu aufdrängt). (Holzkamp, 1973)

Das menschliche Bewußtsein existiert zunächst zum Zwecke sinnlich-praktischer Tätigkeit in den materiellen Verhältnissen einer bestimmten, vorgegebenen Realität. Im Begriff der sinnlich-praktischen Tätigkeit ist erfaßt und ausgedrückt, daß eine bestimmte Form menschlicher Erkenntnis an die praktische Lebenstätigkeit und ihren Formen gebunden und durch sie zunächst direkt geprägt ist. Ebenso wie diese Erkenntnistätigkeit als sinnliche Wahrnehmung und anschauliches Denken in ihrer orientierenden und »problemlösenden« Erkenntnisfunktion der unmittelbaren Lebensbewältigung dient (in welch' verkehrten Verhältnissen zunächst auch immer) und insofern *lebens-notwendig* ist, ebenso ist diese Erkenntnistätigkeit auf ihrer spezifischen »gnostischen Stufe« *notwendig beschränkt*, d. h. sie unterliegt bestimmten, organismisch bedingten Erkenntnissschranken. Die Beschränktheit drückt sich aus in der Gebundenheit der sinnlichen Wahrnehmung an die »Oberflächlichkeit« und das »Sichtbare« der Erscheinungen, in der Identifikation der sachlichen bzw. personalen Gegenstandsbedeutungen mit den figural-qualitativen Merkmalen ihrer Ding- und Körperlichkeit (bisher zu Verdinglichung bzw. Personalisierung), in der überisolierenden, widerspruchseleminierenden Wahrnehmung und Verlagerung objektiver Widersprüche in subjektives Unvermögen. Die unmittelbare Wahrnehmung wird bereits auf »organismischem Spezifitätsniveau« durch die ihrer Halbirrümlichkeit entgegenwirkenden Organisationseffekte in ihrer Begrenztheit bestimmt. »Die Organisationseffekte (hier bezogen auf optische Täuschung, – W. G.) behalten prinzipiell ihren Charakter des unmittelbaren So-und-nicht-anders-Seins der sinnlich erfahrenden Wirklichkeit, ihre dem rationalen Zugriff entzogene »Natürlichkeit« und »Selbstverständlichkeit« wider jede bewußte Intention und wider jedes bessere Wissen« (ebd., S. 329, zum Gesamten siehe Kap. 7 u. 8). Der Hinweis auf die verblüffend gleiche Erscheinung von Kommunisten und Faschisten am Ende der Weimarer Republik oder auf die Schaubilder der parlamentarischen Sitzverteilungen aus dieser Zeit, die offenkundig zeigen, daß die Republik zwischen den Radikalen von rechts und links zerrieben wurde, mag andeuten, wie schon in Ausnutzung der Organisationseffekte das anschauliche Denken des unmittelbaren Bewußtseins mustergültig erzeugt werden kann. Und auch bei dem Wissen, daß Faschisten und Kommunisten radikal gegensätzlich waren, erscheinen sie dennoch in ihren äußerlichen Ausdrucksformen weiterhin als gleich oder ähnlich. Gerade die Unausweichlichkeit der sinnlichen Erkenntnis vor täuschenden – und als solche bewußt inszenierten – Erscheinungen macht deren Einsatz wirkungsvoll möglich und ist durch »Anschauung« nur schwer widerlegbar.³

Trotz alledem sind Alltagsbewußtsein und sinnliche Erkenntnis in ihrer organismischen Beschränktheit und praktischen Unmittelbarkeit nicht *von sich aus* ideologische Erkenntnis. So wenig wie die Hand eines Maklers sich in ihrer organismischen Funktion von der Hand eines Schlossers prinzipiell unterscheidet und diese von sich aus Schwielen oder Schreibtischfinger hervorbringen, so wenig ist es die organismische Struktur und Funktion der Wahrnehmung, wodurch sich das Wesen der Dinge in der Erscheinung verkehrt zeigt und verbirgt. Auch bei gleicher organismischer Funktionsweise der Wahrnehmung ist historisch-gesellschaftlich bestimmt, was und wie wahrgenommen wird. Zu ideologischem Bewußtsein führt sinnliche Erkenntnis erst im Hinblick auf eine bestimmte, verkehrte Realität, wird als solche erst durch diese geprägt und kann sich aufgrund der Begrenztheit der unmittelbaren Wahrnehmung und des anschaulichen Denkens dagegen nicht zur Wehr setzen.⁴

Die Prägung durch eine bestimmte objektive Realität schlägt sich im unmittelbaren Bewußtsein nieder als deren Selbstverständlichkeit. Das Bewußtsein, das sich unmittelbar in den realen Verhältnissen zur praktischen Lebensbewältigung zurechtfinden und sie dazu erkennen muß, ist ihren Praxisformen unausweichlich ausgesetzt. Auch wenn die vergangene, historisch zu begreifende, oder die gegenwärtige Wirklichkeit verkehrt, fragwürdig oder gar erdrückend erscheint, fordert sie unmittelbar ihr Recht, und zwar in dem Sinne, daß ihre praktische Existenz wahrgenommen und ihren Gegebenheiten nachgekommen werden muß. In der Alltagssprache heißt es: es führt kein Weg drumrum.

Eine vorgegebene Realität zwingt denjenigen, der durch sie unmittelbar und alltäglich »durchkommen« muß, sie zunächst so zu verstehen, wie sie in ihrem praktischen Vorhandensein »nun mal da ist« und funktioniert. In diesem unmittelbar praktisch-notwendigen Sinne fordert die materielle Wirklichkeit *selbst ihre Verständlichkeit*.

Im Begriff des »Selbstverständlichen« ist die Unterworfenheit des unmittelbaren Bewußtseins unter die jeweils vorhandene (oder der geschichtlichen Betrachtung unterliegende) Realität ausgedrückt. Die jeweils spezifischen materiellen Verhältnisse gebieten von sich aus, als das verstanden zu werden, was sie praktisch sind und wie sie unmittelbar erscheinen. Hierin liegt der Grund affirmativer Erkenntnis. Das unmittelbar wahrnehmende Subjekt erkennt nicht kritisch, d. h. »unterschieden, geschieden« vom zu erkennenden Objekt, sondern erkennt nur nachvollziehend, wie das Objekt, d. h. die so-und-nicht-anders erscheinende Realität praktisch-unmittelbar verstanden werden will. Ohne auf die Ursachen einzugehen, nennt Werner Hofmann (1972) in seiner Typologie ideologischen Denkens unter 1.a): »Deutungen werden als unmittelbare Feststellungen von Tatsachen ausgegeben, an denen nicht zu rütteln ist. (Die Beweisform ist häufig: »Es versteht sich von selbst«, »für jeden Denkenden ist einleuchtend«, »ohne Zweifel« etc.)« (S. 60f.). Im Wort »selbstverständlich«, wie es in der Alltagssprache existiert, drückt sich in bezug auf eine verkehrte Realität (!) das Moment unmittelbarer, affirmativer Richtigkeit ideologischen Bewußtseins aus. Die Wirklichkeit wird darin nicht verkehrt verstanden, sondern das Verkehrte in ihr, wie es selbst ist, wird richtig verstanden. In alltäglichen, resignativen Redeweisen lautet das: »Na, praktisch isses doch so . . .« oder ». . . so läuft das nun mal, da kannste praktisch nichts dran machen«. Das »Selbstverständliche« umfaßt beide Seiten im unmittelbaren Erkenntnisprozeß des anschaulichen orientierenden Denkens. Das »Selbst« bezieht sich auf das zu erkennende Objekt, das sich das Erkenntnissubjekt

»verständlich« zu machen hat. Sobald etwas von sich aus »nicht-mehr-als-verständlich« erscheint, zwingt es immer nur in seiner offenkundigen Erscheinung und immanenten Logik bestätigt zu werden und sperrt sich damit im erkenntnistheoretisch grundlegenden Sinne gegen Kritik, durch die allein begreifende Erkenntnis möglich wird. Selbstverständliches Bewußtsein und kritisches Bewußtsein schließen einander aus.

Wenn also im Sinne begreifender Erkenntnis gilt, daß nichts »selbstverständlich« ist, sondern immer erst noch verstanden werden muß –, daß nichts schon selbst verstehend sich darbietet und auch das *Bekannte* nicht deshalb schon *erkannt* ist, so bedeutet dies, daß die zwingende Selbstverständlichkeit ideologischen Bewußtseins sich begreifender Erkenntnis in den Weg stellt und aufklärende Kritik abwehrt. Die Hauptfunktion nämlich, die das »Selbstverständliche« in der unmittelbaren, orientierenden Erkenntnistätigkeit erfüllt, ist die *Widerspruchseliminierung*. In dem Maße, wie das unmittelbare, alltägliche, auf Orientierung bedachte Bewußtsein unbegriffen den objektiven Widersprüchen der gesellschaftlichen Wirklichkeit ausgeliefert ist, muß es spontan die erfahrenen und auch »sichtbaren« Widersprüche und unbegreiflichen Erscheinungen subjektiv eliminieren.⁵ Dies geschieht, indem sie ihrer immanenten Logik gemäß als verständlich erklärt und damit in ihrer objektiven, sprich schreienden Widersprüchlichkeit subjektiv ausgelöscht werden. Man denke etwa an die jüngste Lebensmittelvernichtung der EWG (einerseits) und die Welthungerkatastrophe (andererseits). Ist das nicht jeweils verständlich?

Die Widersprüche werden im selbstverständlichen Denken in ihren gegensätzlichen Seiten auseinandergerissen, jeweils für sich isoliert wahrgenommen und in ihrer immanenten Verständlichkeit hingenommen. Wie in einem Vexierbild erscheint entweder die eine oder die andere Seite des Widerspruchs, ohne daß der Zusammenhang »gesehen« wird.⁶ Die Beschränktheit sinnlicher Wahrnehmung und Notwendigkeit der Orientierung in vorgegebenen Verhältnissen wirken in der widerspruchseleminierenden Funktion des unmittelbaren Alltagsbewußtseins zusammen.

Eine auf begreifende Erkenntnis abzielende politische Bildung, die die selbstverständliche Gültigkeit ideologischer Bewußtseinsformen ignoriert, umgeht oder frontal negiert, muß ebenso im wörtlichen Sinne oberflächlich bleiben wie eine, die affirmativ in der »stummen Gewalt des Selbstverständlichen« und seiner einleuchtenden Überzeugungskraft befangen ist. Erstere hätte nur dazu noch den Nachteil, die herrschenden, »offensichtlichen« Phänomene nicht für sich sprechen lassen zu können. Für eine aufklärende Bildung ist gerade die Anstrengung notwendig, über die unmittelbare Erscheinung der herrschenden Tatsachen hinauszugehen und zudem Standpunkte und Interessen, die sich häufig in ihrer verkehrten Ausdrucksform verbergen, ausfindig zu machen. Mit dem Gebrauch der Begriffe Standpunkt und Interesse ist nun jedoch unvermittelt ein Zusammenhang angesprochen, der zur klassenspezifischen Konkretisierung aller bisherigen Aussagen zwingt und das Problem von unbewußter und bewußter Manipulation ideologischen Bewußtseins zu klären hätte. Obwohl dieser Zusammenhang hier nicht ausgearbeitet werden kann, mag deutlich sein, daß sich insbesondere mit Selbstverständlichkeiten überzeugend manipulieren läßt.⁷

Aus dem bislang Gesagten lassen sich vorerst einige Konsequenzen für die historisch-politische Bildung festhalten: Die Überzeugungskraft selbstverständlicher Er-

klärungsmuster und die Wirkungsmöglichkeit aller Arten von Opium durch herrschende Ideologien kann für das beherrschte, ihnen unterworfenen und durch sie sich unmittelbar orientierende Bewußtsein in ihrer zunächst notwendigen Funktion nicht außer Kraft gesetzt werden, ohne daß gleichzeitig neue Orientierung ermöglicht wird. Jeder wird eher an falschen Erklärungen und verkehrtem Bewußtsein festhalten, als orientierungslos zu werden und wird eher Widersprüche eliminieren oder in Traumwelten auflösen, als ihnen unbegreiflich ausgeliefert zu sein. Statt tabuierender Umgehung oder frontaler Negation und Konfrontation mit hermetisch-richtigen Gegenauffassungen kommt es darauf an, das selbstverständlich-richtige Moment ideologischer Bewußtseinsformen aufzunehmen, um es in seiner standpunktgebundenen und manipulativ geprägten Bedingtheit in bestimmten Verhältnissen freizulegen. Überwindung und Aufklärung falschen Bewußtseins geht nicht, indem man meint, es durch richtiges austauschen und ersetzen zu können. Richtiges, begreifendes Bewußtsein entsteht nur durch das falsche hindurch – nicht drumrum und nicht drüber weg. Deshalb sind reale, ideologisch geprägte Erfahrungen und Sichtweisen, wie auch die offenkundig-überzeugende Wirkung bestimmter Phänomene und ihrer Kommentatoren nicht zu tabuieren oder zu leugnen und schlicht, weil Ideologie, einer einverständigen Lächerlichkeit preiszugeben, sondern es gilt, ihre eigentümliche Plausibilität »zuzugeben«, ihre Äußerung herauszufordern und sie *ernst zu nehmen*. Nur auf diese Weise kann abwehrende Verdrängung oder – umgekehrt – nachbetende Identifikation verhindert werden. In beidem nämlich existieren die abgelagerten ideologischen Auffassungen unberührt fort und schlagen in entsprechender Situation wieder durch.⁸

Bevor gezeigt werden kann, wie die »Konsequenzen« einzulösen sind, ist in nochmaliger Zuspitzung des Problems die grundsätzliche Frage zu klären, wie denn überhaupt verkehrtes Bewußtsein, wo es doch *notwendig* verkehrt ist, zu richtigem begreifendem Bewußtsein kommen kann. (Diese Frage stellt sich fraglos und immer aufs Neue zuerst auch für jeden Besserwisser.) Wurde nicht auf den Seiten zuvor gerade die unmittelbar-praktische Notwendigkeit und notwendige Beschränktheit des unmittelbaren (Alltags-)Bewußtseins und seiner sinnlichen Erkenntnis so vehement betont und begründet? Auch mit der – hier nicht weiter entwickelbaren – Auffassung, daß die objektive Wirklichkeit selbst es ist, die auch das unmittelbare Alltagsbewußtsein zu begreifender Erkenntnis zwingt und dies in dem Maße, wie die Wirklichkeit durch ihre Entwicklung eine unmittelbare Lebensbewältigung nicht mehr garantiert und unmittelbare Orientierung nicht mehr »ohne weiteres« gestattet und also im eigentlichen, wörtlichen Sinne – um die Not zu wenden – richtige, begreifende Erkenntnis *notwendig* macht⁹, ist noch nicht gesagt, daß diese Erkenntnis dem notwendig verkehrten Bewußtsein auch *möglich* ist. Mit der Aussage: »Das Alltagswissen ist in einem als unüberschreitbar vorauszusetzen und durch die wissenschaftliche Angehensweise in seiner scheinhaften Geschlossenheit, Glätte, ›Selbstverständlichkeit‹ aufzubrechen«, (Holzkamp, 1973, S. 21) – ist die erkenntnistheoretisch-didaktische Problematik in krasser Metaphorik benannt. Wie aber ist das »Aufbrechen« möglich, wo sich doch das Alltagsbewußtsein durch die Notwendigkeit selbstverständlicher Orientierung einbruchssicher verschließt und mit dem Pseudobeweis *augenscheinlicher* »Richtigkeit« gegenüber herrschenden Phänomenen gegen Kritik und »Entlarvung« seiner Verkehrtheit sich sperrt? Holzkamp übergeht bei seinem »Vorhaben,

den Übergang vom orientierenden zum begreifenden Alltagserkennen« (S. 390) zu bestimmen, das damit gegebene Vermittlungsproblem, indem er »begriffendes *Alltagserkennen*« (!) ohne weiteres voraussetzt und von ihren zwei Seiten sagt: »Auf der einen Seite setzt es an den vorgefundenen mehr oder weniger vermittelten Widerspruchsverhältnissen der Alltagspraxis an, auf der anderen Seite besteht es in der gezielten Aufarbeitung gesellschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse marxistischer Forschung, wobei diese beiden Seiten im Begreifensprozess in Wechselwirkung miteinander stehen.« (ebd., S. 390) Wie die Wechselwirkung zwischen beiden Seiten im grundlegenden erkenntnistheoretischen, wahrnehmungs-psychologischen und praktisch-didaktischen Sinne zu begreifen ist und das heißt noch zuvor, wie das selbstverständliche Alltagsbewußtsein den »Bruch mit dem Unmittelbaren« (ebd., S. 392) zu vollziehen *bereit und fähig* wird, bleibt bei Holzkamp (wie er selbst anmerkt) als Problem einer kritischen Denkpsychologie ungelöst und als Forschungsaufgabe bestehen.¹⁰

Die Möglichkeit, wodurch das dem Selbstverständlichen unterworfenene und zudem ideologische Alltagsbewußtsein zum begreifenden Alltagserkennen herausgefordert werden kann und Interesse an kritischer wissenschaftlicher Erkenntnis gewinnt, ist mit dem gegeben, was im Lehrstück und Epischen Theater von Bertolt Brecht als Verfremdungseffekt und Verfremdungstheorie entwickelt wurde. Die erkenntnistheoretisch-didaktische Brauchbarkeit des V-Effekts geht – was bislang kaum herausgearbeitet wurde – weit über Theater und Bühne hinaus.¹¹ In der metaphorischen Rede-weise der Philosophie und Erkenntnistheorie von der »Oberfläche« der Gesellschaft und der Erscheinungen oder der »Welt der Pseudokonkretheit« (K. Kosik, 1973) schleicht sich zwangsläufig mit den verwendeten Metaphern die Auffassung ein, als ob es »unter der Oberfläche« der erscheinenden Realität noch »die eigentliche« gäbe, und als ob »hinter« der pseudokonkreten Welt noch eine andere, die wirklich-konkrete existiere. Wenn auch der mit diesen Metaphern ausgedrückte erkenntnistheoretische Sachverhalt nicht gelegentlich werden kann, so bleibt doch entgegen diesen Sprachbildern hervorzuheben, daß es für sinnliche, wie für begriffliche Erkenntnis nur eine Welt und eine Wirklichkeit gibt – und das ist auch die erscheinende. Auch die Widersprüche, obwohl im selbstverständlichen Denken ausgeblendet, treten in der alltäglichen Lebenswirklichkeit zutage und werden dort praktisch erfahren. Ebenso drückt die historisch-gesellschaftliche Wirklichkeit, die uns in der sinnlichen Erkenntnis in ihrer Erscheinung entgegentritt, darin auch ihr Wesen aus – auch wenn es sich in der Verkehrung verbirgt und sich der Wahrnehmung nicht unmittelbar zeigt. Diese Tatsache hat grundlegende Bedeutung dafür, daß es zwischen notwendig verkehrtem, selbstverständlichem Alltagsbewußtsein und kritisch begreifender, wissenschaftlicher Erkenntnis keine unüberbrückbare Trennung gibt und liefert die Begründung für die Möglichkeit, daß das selbstverständliche Bewußtsein (noch nicht deren objektive Tatsachen!) durch Verfremdung im Sinne von Brechts Methode »aufgebrochen«, nein, viel besser: zum eigenen Öffnen provoziert werden kann.

Im Prolog und Epilog zum Lehrstück »Die Ausnahme und die Regel« schrieb Brecht 1930 (d. h. noch bevor er systematisch V-Effekt und theatralische Verfremdungstheorie entwickelt hatte) als Aufruf an das Publikum: »Wir aber bitten euch: Was nicht fremd ist, findet befremdlich! Was gewöhnlich ist, findet unerklärlich! Was da üblich ist, das soll euch erstaunen. Was die Regel ist, das erkennt als Mißbrauch –

und wo ihr Mißbrauch erkannt hat, da schafft Abhilfe!« (BGW 2/922) Bereits in diesem Aufruf ist – als Aufforderung zur Selbstanwendung! – die wesentliche Funktion des V-Effekts ausgedrückt, und Brecht hat bei seiner späteren theoretischen Fundierung immer wiederkehrend und neu akzentuierend »die Verfremdung des Selbstverständlichen« thematisiert. Aus der Fülle von Textstellen sei hier nur eine angeführt: »Die Selbstverständlichkeit, das heißt die besondere Gestalt, welche die Erfahrung im Bewußtsein angenommen hat, wird wieder aufgelöst, wenn sie durch den V-Effekt negiert und dann in eine neue Verständlichkeit verwandelt wird« (BGW 16/653).¹²

Die Aufgabe der Verfremdung im Darstellen und Denken besteht im wesentlichen darin, die Sachverhalte, Personen, Handlungen und Verhältnisse derartig ins Blickfeld zu rücken, daß sie in ihrer historisch-gesellschaftlichen Besonderheit und bewegenden, objektiven Widersprüchlichkeit in *Erscheinung treten*, also in der Organisation von Erfahrungselementen in »zeigender«, »vorführender« Absicht. Die gemeinhin zerrissenen und isoliert wahrgenommenen Seiten widersprüchlicher Phänomene sind so zu erfassen, daß sie in ihrem Zusammenhang und ihrer historischen »Einmaligkeit« zum *Vorschein* kommen und damit auch für die sinnliche Erkenntnis zugänglich und wahrnehmbar werden – und dies so aufdringlich, daß die Erklärung ihrer Selbstverständlichkeit nicht mehr überzeugen kann. Gegenüber den »offensichtlich« gemachten Widersprüchen verliert das Selbstverständliche seine widerspruchseliminierende Funktion. Die von ihm sonst erzwungene Affirmation wird durch die nunmehr entstehende Fragwürdigkeit und Erstaunlichkeit der jetzt offenkundig widersprüchlichen Erscheinungen außer Kraft gesetzt und weicht einer »kritischen Haltung«. Indem auch verkehrte Phänomene in ihrer unmittelbar erscheinenden »Richtigkeit« nicht geleugnet oder einem »falschen Bewußtsein« zum Vorwurf gemacht werden, sondern sie in dieser zunächst vorhandenen Richtigkeit ernstgenommen und bestätigt und dann aber auch ihr widersprüchlicher Zusammenhang und Grund in objektiven Verhältnissen vor Augen geführt werden, wird nicht mehr primär das Bewußtsein als verkehrt angegriffen und kritisiert. Zur Kritik stehen nunmehr die verkehrten Sachverhalte und sie bedingenden gesellschaftlichen Verhältnisse. Im Unterschied zu einer Kritik, die »persönlich wird«, ist die kritische Haltung grundsätzlich produktiv (siehe BGW 16/671 ff.) und ermöglicht ernsthaften, lustvollen (und auch kritisch-solidarischen) Streit.¹³ Durch die keineswegs nur gewieft-taktisch zu verstehende, sondern der unmittelbaren Richtigkeit Rechnung tragende Bestätigung ideologischen Bewußtseins, ist die Gefahr der Orientierungslosigkeit gebannt und die affektive Abwehr von Kritik damit nicht mehr notwendig. Man »kommt heran« – wechselseitig – und wird nachdenklich gegenüber der zwar gleichen, aber nunmehr befremdlich erscheinenden Wirklichkeit. Das orientierend-nachvollziehende, selbstverständliche Denken wird aufgehoben im zweifelnden, »eingreifenden Denken« (siehe BGW 16/531 ff.), das die Dinge nicht so hinnimmt, wie sie sind, sondern fragt, warum sie so sind und ob sie nicht auch anders sein könnten. Das »warum sie so sind« zielt auf genaueste, d. h. wissenschaftliche Erkenntnis dessen, was ist – warum so geworden und wohin sich entwickelnd (A). Das »ob sie nicht auch anders sein könnten« zielt ab auf veränderndes praktisches Handeln, wo Mißstand und Mißbrauch erkannt wurden (B).

(A) Verfremdendes Begreifen ist selbst noch nicht wissenschaftliche Erkenntnis, aber es zeigt ihre Nötwendigkeit und provoziert Neugier auf ihre Ergebnisse. Wäh-

rend die Anwendung verfremdender Darstellungen in vollendeter »Negation der Negation« bishin zu einer neuen Verständlichkeit wissenschaftliche Erkenntnis und Kenntnisse voraussetzt, ist verfremdendes Begreifen immer auch schon in spontaner, alltäglicher Form »ohne weiteres« möglich und jedem bekannt, der zuweilen seinen Augen nicht traut.¹⁴

(B) Indem politische Bildung – ebenso wie das Epische und Lehrstück-Theater – darauf abzielt, die selbstverständliche Wirklichkeit nicht so hinzunehmen wie sie ist, sondern zu Überlegungen provoziert, wie sie besser sein könnte, ist sie noch nicht selbst politische Praxis im direkten Sinn, führt allerdings mit zunehmender, »zwingender« Erkenntnis darauf zu und vermittelt sie immer fundierter. Ein häufig gewünschter, kurzschlüssiger Zusammenhang von Lernen und politischer Praxis ist damit in seiner Tragfähigkeit bezweifelt und abgelehnt.

Verbunden mit der offensichtlichen Gestaltung von Widersprüchen (a), der Aufdeckung ihrer objektiven, gesellschaftlichen Ursache und Entwicklung und ihrer Beurteilung vom gesellschaftlichen Standpunkt läßt sich Verfremdung in grundlegender Form durch *Historisierung* der Gegenwart und Geschichte (b), durch *Entpersonalisierung* bei gleichzeitiger Einsicht in die menschenmögliche Veränderbarkeit der Welt (c) und durch *Distanzierung* vom »Nachempfindbaren« (d) bewirken.

(b) Ebenso, wie dem unmittelbaren Bewußtsein die vorhandene Gegenwart als so-und-nicht-anders gegebener, selbstverständlicher Zustand und ihre historische Gewordenheit nicht als Entwicklung, sondern als Abfolge von Zuständen erscheint, ebenso gibt es für dieses Bewußtsein die selbstverständliche Hinnahe der Geschichte. Was sich geschichtlich ereignet hat, wird schon deshalb verständlich, weil es sich ereignet hat und wie es selbst nun einmal geschah. Ob Sklaverei oder Hexenverbrennung, Kinderarbeit, Weltkriege oder Judenverfolgung: indem historische Ereignisse als »geschehen« bekannt sind und in ihrer immanenten Begebenheit erklärt werden, wird ihre historische »Unbegreiflichkeit«, die Frage nach ihrer wesentlichen Ursache, ja ihr Skandal-Charakter ausgelöscht. Durch die historische Betrachtung der Gegenwart (wie aus anderer Zeit) und der Geschichte aus der Gegenwart heraus werden beide in gegenseitiger Historisierung verfremdet. Die unselbstverständliche Frage, warum es in unseren Großkaufhäusern, in denen alles zu haben ist, keine Sklaven zu kaufen gibt, verfremdet die historische Gegebenheit und macht merkwürdig bewußt, daß Menschen einmal gehandelt wurden. Umgekehrt wird ein historisches Licht geworfen auf humanere, heute selbstverständliche Formen der Lohnarbeit, etwa der »Gastarbeit«.

(c) Entgegen der aus offenkundigem Anschein und hinreichender Erfahrung vom selbstverständlichen Alltagsbewußtsein zu bestätigenden Geschichtsauffassung, daß »große Männer Geschichte machen«, wäre im Sinne eines »lesenden Arbeiters« zu fragen:

Wer baute das siebentorige Theben?

In den Büchern stehen die Namen von Königen.

Haben die Könige die Felsbrocken herbeigeschleppt?

(. . .)

Philipp von Spanien weinte, als seine Flotte

untergegangen war. Weinte sonst niemand? (siehe BGW 9/656)

Indem Geschichte keineswegs nur (obwohl eben auch) als Machwerk großer Män-

ner erscheint, sondern die verschwiegenen Anderen mit ihrer Arbeit und in ihrem Verhältnis zu den »großen Männern« in den Blick kommen, wird das untertänige, personalisierende Geschichtsbild befremdlich, und es entsteht Neugier, wer da noch alles mitmachte und mit welchem Ziel. Indem darüber hinaus Geschichte nicht aus dem böartigen oder guten Charakter der Menschen erklärt wird, sondern dieser umgekehrt aus den Bedingungen des Geschichtsverlaufs, weicht der Fatalismus über die »Schlechtigkeit der Menschen und der Welt« der forschenden Suche, wie die Welt und dabei die Menschen »zu bessern« sind. Zur Darstellung »seiner« ärgsten Feinde schrieb Brecht: »Auf keinen Fall jedoch durfte ich so etwas wie »den geborenen Nazi« gestalten. (. . .) Die Menschen dürfen nicht so behandelt werden, als könnten sie nur »so«; sie können auch anders.« (BGW 16/568 f.)

(d) Indem Erfahrungen, Verhaltensweisen und »Schicksale«, trotz ihrer unmittelbaren Nachvollzieh- und Nachempfindbarkeit, in ihrer in bestimmten Verhältnissen wurzelnden Verkehrtheit aufgedeckt werden, entsteht zu ihnen statt »Einführung« erstaunend Distanz.

In den alltäglichen Redeweisen »das muß man sich einmal genau vorstellen« oder »das kann ich unheimlich gut nachempfinden« ist jene Art von Erkenntnis ausgedrückt, die durch Einfühlung und Identifikation bzw. durch eindringliche Wahrnehmung Verständnis erbringen soll. Doch bewegt sich auch diese Form der Erkenntnis einschließlich der (Nach-)Empfindungen im Rahmen des Selbstverständlichen. Wiederum jedoch gilt, daß auch fragwürdige Identifikationen bzw. affektive Ablehnungen nicht zu tabuisieren, verheimlichen und zu verdrängen sind, sondern furchtlos ins Licht kritischer Diskussionen zu stellen sind. Durch den Widerspruch von einfühlsamen Verständnis bei gleichzeitiger Einsicht, daß der Gegenstand der Identifikation bzw. Abwehr damit noch nicht erkannt ist, wird Distanz geschaffen und befremdetes Staunen, das aufs Begreifen und Wissenwollen (auch in den Grund der Identifikation) aus ist. Denn, spricht der Philosoph im »Messingkauf«: »Wissen steckt in euren Ahnungen und Träumen, in euren Besorgnissen und Hoffnungen, in der Sympathie, im Verdacht. Vor allem aber meldet sich Wissen im Besserwissen, also im Widerspruch.« (BGW 16/638) Bei alledem paßt der – jeweils mit unterschiedlichen Mitteln zu erprobende – Verfremdungs-Effekt wie ein Zahnrad ins Räderwerk sich gemeinhin im Kreis drehender selbstverständlicher Erkenntnis und treibt sie – »wenn's greift« – zum kritischen Begreifen an, wodurch letztlich sinnliche-praktische und wissenschaftlich-begriffliche Erkenntnis sich gegenseitig befruchtend miteinander verbinden. Und auch wissenschaftliche Erkenntnis bleibt dadurch nicht – wie sooft sonst – kreisend in sich selbst, sondern bekommt kraftvollen Kontakt zur alltäglichen, sinnlich erfahrbaren, praktischen Realität, ihren Widersprüchen und Aufgaben.

Mit der vorliegenden Skizze ist mehr Arbeit entstanden als erledigt. Abgesehen von den Aspekten, die zwingend aus dieser Konzeption zur theoretischen Weiterbearbeitung anstehen, mag deutlich geworden sein, daß die »Verfremdung des Selbstverständlichen« allgemeine Bedeutung für's Lehren und Lernen hat und in den verschiedensten Bereichen – vom Theater-, Filme- und Zeitungsmachen, über publizistische Arbeit, Lehren und Lernen in Schule, Hochschule, Volkshochschule sowie in gewerkschaftlicher und organisationspolitischer Bildungsarbeit, bis hin zu Diskutieren am Arbeitsplatz und auf der Straße – angewendet werden kann, dafür jedoch mit

den spezifischen Mitteln konkret-praktisch erarbeitet werden muß. In bislang umfassendster Form knüpft die Verfremdungs-Konzeption an die Kritik des Rollenspiels an (Frigga Haug, 1977, insb. 14. und 15. Kapitel), geht in das Lehrstück als dessen praktische Kritik und Alternative ein und gehört insofern auch in jenen Arbeitszusammenhang, den Reiner Steinweg mit der Rekonstruktion des Brechtschen Lehrstücks initiiert hat und der als Lehrstück-Arbeit und Diskussion fortgeführt wird (Reiner Steinweg, 1972, 1976, 1978).

Zurückkehrend zum Exempel am Anfang dieser Skizze über den »eingebauten Schrott« sei knapp aufgezeigt, wodurch hier der Verfremdungs-Effekt einsetzte. Der richtige Hinweis des Besserwissers, daß der künstliche Verschleiß seine Ursache in bestimmten Produktionsverhältnissen hat, ging am Bewußtsein der anderen Arbeiter vorbei. Mehr noch: sie wehrten diese Einsicht als »graue Theorie« (und rote dazu) ab, indem sie auf die praktisch vorhandene Realität verwiesen, die nicht einfach wegzudenken ist. Dann trat Stille ein, bis der Besserwisser kleinlaut und nachdenklich sagte: »Wenn wir Wagen bauen, dann hat das den Zweck, daß man mit ihnen fahren kann – aus diesen und jenen nützlichen Gründen. Man könnte das mit Leuten vergleichen, die auf einer Insel wohnen und sich einen Karren bauen, um Menschen oder Material von einer Seite der Insel auf die andere zu transportieren. Was wäre nun davon zu halten, wenn die Inselbewohner die Räder ihres Karrens bewußt ansägen, damit dieser vorzeitig zusammenbricht. Dadurch könnten sie einen neuen Wagen bauen, und den wiederum gleich so brüchig, daß auch er auf keinen Fall zu lange hält. Und das alles würden sie immer wieder tun, nur um nicht ohne Arbeit, d. h. arbeitslos zu sein.« Der Effekt dieser Robinsonade bestand in nicht mehr, als die grundsätzliche Irrationalität des künstlichen Verschleißes, trotz und entgegen seiner Selbstverständlichkeit, in anderer Perspektive wahrzunehmen und seine Unverständlichkeit anzuerkennen. Mit der befremdenden Einsicht, daß etwas gleichermaßen selbstverständlich wie auch widersinnig und unverständlich ist, wurde Neugier provoziert, wissen zu wollen, wie dieser Widerspruch zu erklären ist. Der V-Effekt kam zustande, indem das vom Standpunkt verkaufs- und gewinnorientierter Produktionsverhältnisse selbstverständliche Phänomen künstlichen Verschleißes von Gebrauchswerten in eine Welt versetzt wurde, in der gesellschaftliche Produktion ohne private Aneignung herrscht und dadurch die Vernichtung von Gebrauchswerten schlagartig in ihrer Widersinnigkeit sichtbar wird.

In der Gesellschaftsform des Exempels sind die Automobil-Arbeiter Menschen, »die mit gemeinschaftlichen Produktionsmitteln arbeiten« (MEW 23, S. 92, siehe die Erkenntnisfunktion dieser Vorstellung daselbst) und der Standpunkt, von dem aus spontan ihr Tun beurteilt wird, ist der gesellschaftliche Standpunkt. Indem das Exempel diesen Standpunktwechsel erzwingt, die perspektivische Anordnung des künstlichen Verschleißes aber gleich bleibt, tritt mit dieser Standpunkt-Verrückung die Verrücktheit in Erscheinung. Der gleiche Effekt tritt ein, wenn bei gleichbleibendem Standpunkt die perspektivische Anordnung des Gegenstandes verändert wird: Man stelle sich etwa auf den Standpunkt eines Strumpfherstellers, der zusehen muß, wie alle Strümpfe plötzlich ungemein lange halten. Als selbstverständlich erscheint ein Phänomen, solange die Perspektive seiner Wahrnehmung und der (ihr entsprechende) Standpunkt eine Einheit bilden, die die Interpretation des Gegenstandes als selbstverständlich stützt. Eine Veränderung im naturwüchsigen Verhältnis von Standpunkt

und Perspektive oder gar Vertauschung zerstört diese Einheit: an die Stelle einer selbstverständlichen Interpretation tritt eine Irritation, die die Wahrnehmung gegen den Standpunkt des Wahrnehmenden kehrt. In einer Gesellschaft, in der der private, egoistische Standpunkt selbstverständlich ist, wird alles unselbstverständlich fremd, wenn es vom gesellschaftlichen Standpunkt beurteilt wird. Deshalb heißt es bei Brecht: »Alle Vorgänge unter den Menschen werden geprüft, alles muß vom gesellschaftlichen Standpunkt aus gesehen werden.« (BGW 16/631 – Hervorhebung bei B. B.)

Schlußbemerkung: Brecht soll sich einmal – aus Bosheit über die Uneinsichtigkeit New Yorker Theaterleute – als den »Einstein der neuen Bühnenform« bezeichnet haben. In Erweiterung dieses Selbstbewußtseins und entgegen den Grübeleien auf Brecht-Symposien über dessen schwindende Bedeutung ließe sich – nimmt man $E =$ Erkenntnisenergie und $m =$ Masse des Zubegreifenden – mit durchaus ernsthafter Schalkheit sagen:

$$E = m \cdot V\text{-Effekt}^2$$

Anmerkungen:

1 Diese »Kenner«-Zitierweise soll weniger der Einschüchterung als der Hervorhebung dienen und kann auch ein Studium des Zusammenhangs nicht ersetzen. Das ganze Zitat siehe MEW 23, S. 87 und zum Studium W. F. Haug, 1974, XI. Vorlesung ff.

2 Angemerkt sei hier, daß in Ideologie, um deren Bewußtmachung und Aufklärung es in dieser Skizze im wesentlichen geht, immer »das Selbstverständliche« enthalten ist bzw. sich im ideologischen Bewußtsein reproduziert. Deshalb sei die Hypothese, daß umgekehrt »das Selbstverständliche« nicht immer auch ideologisch sein muß, hier nicht weiter verfolgt.

3 Noch ohne von »Organisationseffekten« etc. etwas zu wissen, habe ich in einer Schulbuch-Analyse zum Ende der Weimarer Republik versucht, verschiedene »Selbstverständlichkeiten« und täuschende Effekte aufzudecken, siehe: W. Gestigkeit, Die Totalitarismus-Legende, in: R. Kühnl/G. Hardach, Die Zerstörung der Weimarer Republik, Köln 1977, auch in: Blätter für deut. und int. Politik, 3/77.

4 Daß sich das anschauliche Bewußtsein gegen Ideologie nicht unmittelbar wehren kann, hat zu der verständlichen aber falschen Auffassung geführt, daß Alltagsbewußtsein in sozusagen ontologischer Festlegung immer auch ideologisch ist und allein Wissenschaft sich darüber zu erheben vermag; so wohl auch bei K. Kosik, 1973, siehe I. Kapitel.

5 Daß Prozesse von »Widerspruchelemierung« – in politischen Diskussionen etwa – keineswegs nur kognitiv ablaufen, sondern weit mehr noch affektiv-emotional bestimmt sind, mag jedem aus Erfahrung bekannt sein und macht die Notwendigkeit deutlich, die »emotionale Seite« systematisch in dieses Konzept einzuarbeiten, was bislang noch nicht geschehen ist. Dennoch sei schon hier die These vertreten, daß sowohl affektiv-emotionale Prozesse, wie auch die Probleme der »Motivation« gerade durch »Verfremdungs-Effekte« zu bewältigen sind.

6 Wie »Widerspruchelemierung« durch selbstverständliche Erklärung geschieht und zu vexierbildhaftem Wechsel gegensätzlicher Perspektiven führt, ist z. B. an den Schulbuch-Darstellungen der Weltwirtschaftskrise zu sehen; siehe Kühnl/Hardach, 1977, S. 254 f.

7 Es mag auffallen, daß – neben dem Zusammenhang von Wissenschaft und Ideologie – auch der Begriff »sozialistische Ideologie« bislang nicht einbezogen wurde, obwohl er sich für die politische Bildung unausweichlich stellt. Da eine systematische Behandlung den vorgegebenen Rahmen sprengen würde, sei hier nur thesenartig festgehalten, daß die nach wie vor existierende »semantische Verdoppelung« des Ideologiebegriffs untauglich ist, – sich das Problem des Selbstverständlichen und der Verkehrung auch für sozialistische Ideologie stellt, sie »notwendig-richtiges Bewußtsein« nur einem (lebens)notwendigen Anspruch nach und als immer erneute Arbeitsaufgabe ist und nicht qua Definition und es also auch keinen unkritischen Begriff sozialistischer Ideologie geben kann. Da die Gleichsetzung von sozialistischer Ideologie = wissenschaftlicher Ideologie verschiedene Erkenntnisformen und Praxisbereiche ineinsetzt und diese sich dadurch eher im Weg stehen als fördern, sollte die Gleichsetzung fallengelassen werden. Siehe

dazu mit anderer Position Dieter Krause, *Der Ideologiebegriff im Marxismus, Das Argument* 103, Mai 1977.

8 Mit prinzipiell gleicher Intention schreibt Oskar Negt (1975) bezogen auf die Arbeiterbildung: »Werden nämlich diese Topoi einfach mit isolierten Tatsachen konfrontiert und als Vorurteile, ideologische Ablagerungen oder Wunschvorstellungen aufgelöst, ohne daß ihr rationaler Erfahrungskern in weiterführende Bewußtseinsbildung eingeht, so werden die Arbeiter eines wichtigen Mittels ihrer sozialen Orientierung und ihrer Informationsverarbeitung beraubt. Ihnen bleibt dann nur der Ausweg der Anpassung, der widerstandslosen Identifikation mit einer Gesellschaft, die ihre privaten Bedürfnisse nur durch Unterdrückung ihrer solidarischen und sozialen befriedigen kann.« (S. 67)

9 Diese recht grundlegende Aussage hat meiner Auffassung nach auch konkreteste Bedeutung für das Lernen in der Schule durch allen Zensuredruck und institutionelle Gebundenheit hindurch. In welch umfassenden Sinn dies des weiteren zu verstehen ist und welche Bereiche der Geschichte mit zur notwendigen Erkenntnis gehören, mag der Hinweis auf Peter Weis, *Die Ästhetik des Widerstands*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1975, andeuten. Dargestellt ist dort, wie sich Arbeiter unter den Bedingungen des Faschismus in Deutschland und Spanien aus der Notwendigkeit des Kampfes heraus die »sinnlichen Erkenntnisgehalte der Kunstwerke der Menschheitsgeschichte« aneignen.

10 Der von Holzkamp dennoch gemachte Versuch einer ansatzweisen Lösung (im letzten Kapitel 8.3) mit der Bestimmung einer »kritischen Praxis« und dem Beschreiben der »Methode des Aufstiegens vom Abstrakten zum Konkreten« und des logisch-historischen Verfahrens (S. 363 ff.) – bei gleichzeitig richtiger Feststellung, daß die Marxsche Methode mit dem methodischen Weg vom orientierenden zum begreifenden Erkennen nicht identisch sein kann und letzteres nicht lediglich in der Rezeption des Marxismus bestehen könne (S. 365/366) – zeigt nur weiterhin das Problem in seiner unbefriedigenden Ungelöstheit, denn es ist eine Vermittlung und Wechselbeziehung zu wissenschaftlichen Erkenntnisverfahren (zumal denen des dialektischen Materialismus!) vorausgesetzt, die das selbstverständliche, ideologisch geprägte Bewußtsein gerade abwehrt.

11 Bezogen auf die Marxsche Warenanalyse und ihre Darstellung schrieb W. F. Haug (1972): »Marx bemüht sich mit aller didaktischen Kunst, den Skandal der Gleichsetzung von Unvergleichlichem spürbar zu machen. Er muß sich um Verfremdung im Sinne Brechts bemühen. Denn für das Alltagsbewußtsein sind der Tausch und seine entfaltete Logik so selbstverständlich wie Natur« (S. 143). Angeregt durch diese Bemerkung ist die Verallgemeinerung dieser »didaktischen Kunst« mein Anliegen. Von Seiten der Pädagogik »Verfremden als didaktisches Prinzip« allgemein zu entwickeln, ist mir nur der knappe Aufsatz von Hans Rauschenberger bekannt: »Über das Lehren und seine Momente« in: T. W. Adorno, *Zum Bildungsbegriff der Gegenwart*, in der Reihe: *Kritische Beiträge zur Bildungstheorie*, Hrsg. H. J. Heydorn, Frankfurt/M. 1967, S. 95 ff.

12 Zum theoretischen Studium des theatralischen Verfremdungseffekts findet sich von Brecht das Wesentliche in Band 15 und vor allem 16 (»Messingkauf«, »Kleines Organon für das Theater«) der *Gesammelten Werke* (BGW).

13 Auch »Besserwisser« werden als solche nicht von vornherein akzeptiert und schon gar nicht deshalb, weil sie es von sich meinen. Gegenüber denen, die sie eines Besseren belehren wollen, müssen sie sich unter Beweis stellen. Um so notwendiger ist es gerade für sie, Widersprüche, denen auch sie unmittelbar ausgesetzt sind, nicht widerspruchelemnierend zu verdrängen. Daß diese Einsicht verallgemeinert auch gerade für linke Organisationen, die manches besser wissen, Bedeutung hat, wie auch für die Bewältigung realer Widersprüche im realen Sozialismus, mag der Hinweis auf Christoph Kievenheims Aufsatz »Wissenschaftlicher Sozialismus braucht innerparteiliche und gesellschaftliche Demokratie«, *Das Argument* 102, März 1977 und das Notat von Volker Braun »Über positive Haltung« in: »Es genügt nicht die einfache Wahrheit«, Leipzig 1975, S. 9 f. andeuten.

14 Die Wissenschaft für die Kunst zu gebrauchen, war eine grundlegende Intention Brechts. »Die Technik des Irritiertseins gegenüber landläufigen »selbstverständlichen«, niemals angezweifelten Vorgängen ist von der Wissenschaft sorgfältig aufgebaut worden, und es besteht kein Grund, warum die Kunst diese so unendlich nützliche Haltung nicht übernehmen sollte.« (BGW 15/347) Die spontane, alltägliche Form der Verfremdung demonstriert Brecht an einer

»Straßenszene« und versteht dies gleichzeitig als »Grundmodell einer Szene des epischen Theaters« (BGW 16/645 ff.).

Literaturverzeichnis

- Brecht, Bertolt, Gesammelte Werke (BGW), Frankfurt am Main 1967
- Hahn, Erich, Zur Kritik bürgerlichen Bewußtseins, in: Kurt Lenk (Hrsg.) Ideologie, Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Darmstadt/Neuwied 1976, 7. Auflage
- Haug, Frigga, 1977: Erziehung und gesellschaftliche Produktion: Kritik des Rollenspiels, Frankfurt/Main, New York, 1. Auflage
- Haug, Wolfgang Fritz, 1972: Kritik der Warenästhetik, Frankfurt/Main, 3. Auflage
- ders., 1974: Vorlesungen zur Einführung ins »Kapital«, Köln, 1. Auflage
- Hofmann, Werner, 1972: Universität, Ideologie, Gesellschaft. Beiträge zur Wissenssoziologie, Frankfurt/Main, 6. Auflage
- Holzkamp, Klaus, 1973: Sinnliche Erkenntnis – Historischer Ursprung und gesellschaftliche Funktion der Wahrnehmung, Frankfurt/Main, 1. Auflage
- Kosik, Karel, 1967: Dialektik des Konkreten, Frankfurt/Main
- Kühnl, Reinhard (Hrsg.), Geschichte und Ideologie, Reinbek 1973
- Lenk, Kurt (Hrsg.) 1976: Ideologie – Ideologiekritik und Wissenssoziologie, Darmstadt und Neuwied, 7. Auflage
- Marx/Engels-Werke, Band 23 (MEW 23), Berlin 1975
- Negt, Oskar, 1975: Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen, Frankfurt/Main, 5. Auflage
- Packard, Vance, 1962: Die geheimen Verführer, Frankfurt/Main, Berlin, Wien
- Sorg, Richard, Ideologietheorien, Köln 1976
- Steinweg, Reiner, 1972: Das Lehrstück, Brechts Theorie einer politisch-ästhetischen Erziehung, Stuttgart
- ders. (Hrsg.), 1976: Brechts Modell der Lehrstücke, Zeugnisse, Diskussion, Erfahrung, Frankfurt/Main
- ders. (Hrsg.), 1978: Auf Anregung Herrn Brechts: Lehrstücke mit Schülern, Arbeitern, Theaterleuten, Frankfurt/Main

DAS ARGUMENT 114

In Vorbereitung: Themenschwerpunkt Kultur

u. a.:

B. J. Warnken: Konkursmasse Soziokultur?

Tb. Metscher: Faust und kein Ende. Zum Streit um das kulturelle Erbe

K. H. Götze: Gegenwartsliteratur zwischen Resignation und Widerstand: Enzensbergers »Titanic« und Weiss' »Ästhetik des Widerstands«

Expose: *W. Busch:* Innerlichkeit und Machtstaatsideologie. Zu aktuellen Trends in den Kulturwissenschaften

Rolf Nemitz

»Mut zur Erziehung« als konservativer Spontaneismus*

»Erziehung läßt, indem sie dem Subjekt zu seiner Selbstwerdung hilft, die Welt wie sie ist.« (RS 252)

1

Die Veranstalter des Forums »Mut zur Erziehung«, das im Januar 1978 in Bonn stattfand, – die Kultusminister von Baden-Württemberg und Bayern, Hahn und Mayer, der Intendant des Süddeutschen Rundfunks, Bausch, der Philosoph Lübbe, ehemals Staatssekretär für das Hochschulwesen in Nordrhein-Westfalen, der Politologe Schwan, der Soziologe Tenbruck, der Erziehungswissenschaftler Aurin und der katholische Philosoph Spaemann, ehemals Professor für Pädagogik in Stuttgart, – sie sind fast alle als führende Köpfe rechter Kultur- und Bildungspolitik in Ministerien, Massenmedien und Universitäten bekannt. Das Forum muß als Teil einer neueren groß angelegten ideologischen Formierungsstrategie begriffen werden, als Versuch, die Propagierung sogenannter Grundwerte jetzt auch auf Pädagogik und Bildungspolitik auszudehnen (vgl. Holz 1977, Bayertz 1978, Blankenburg 1977). In seiner Analyse des Kongresses in der Zeitschrift »Demokratische Erziehung« hat Werner Rügemer davor gewarnt, sich durch die verstaubten Phrasen der rechten Erziehungstheoretiker benebeln zu lassen und das Neuartige ihrer Entwürfe zu übersehen: das Anknüpfen an modernste wissenschaftstheoretische Konzepte (Erlanger Schule, Habermas), die Kritik an der geisteswissenschaftlichen Pädagogik, die Forderung nach einem erfahrungswissenschaftlich orientierten Erziehungskonzept, die Einbeziehung von »Ideen-Politikern« aus der SPD (Lübbe und Schwan), die neue Strategie der Massenmobilisierung (Kampagne von Elternverbänden gegen die »Koop«-Schule in NRW) (Rügemer 1978). Rügemer und anderen Kritikern ging es darum, den antidemokratischen und antiwissenschaftlichen Charakter der Beiträge auf diesem Kongreß nachzuweisen. Ich will im folgenden eine andere Untersuchungsrichtung einschlagen. Am Beispiel von Spaemanns Vortrag, den die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« für wichtig genug hielt, um ihn ihren Lesern vollständig zur Kenntnis zu bringen, soll eine *Arbeitsweise* dargestellt werden. Spaemanns ideologische Praxis¹ soll nicht auf die ihr zugrundeliegenden gesellschaftlichen Interessen und Verhältnisse zurückgeführt werden, als deren Ausdruck dann seine Ideen erschienen, sondern es soll umgekehrt dargestellt werden, welche ideologischen Probleme sich, ausgehend von diesen Interessen, ergeben, und durch welche Form ideologischer Arbeit sie gelöst werden sollen.

2

Der »moralische Konsens der Nation« (ME 7) sei zerbrochen; Spaemann macht Angebote, ihn zu kitten. Fragt man danach, was für ein Phänomen das ist, ein »mora-

* Dieser Beitrag und der folgende von W. F. Haug sind aus der Arbeit des »Projekt Ideologie-Theorie« hervorgegangen, das den Argument-Sonderband AS 40, »Theorien über Ideologie«, vorbereitet.

lischer Konsens«, stößt man auf ein Schweigen. Es gehe um das, »was wir, die Erwachsenen, selbst für wertvoll, sinnvoll oder nützlich halten. Vorausgesetzt, wir finden überhaupt etwas gut, schön, nützlich und so weiter.« (ME 3) Heißt das, der Inhalt der Moral spielt keine Rolle, Hauptsache, man hat überhaupt eine? Es gehe darum, »die Selbstverständlichkeiten zu vermitteln, auf denen die Identität einer Zivilisation beruht« (ME 4) – und wieder keine Auskunft, um welche Selbstverständlichkeiten es sich da handelt. Heißt das, der Inhalt der Moral spielt keine Rolle, Hauptsache, er ist selbstverständlich? In einem Punkt legt Spaemann Wert auf Präzision: mit Politik habe dieser »moralische Konsens« nichts zu tun, ja, die Vermengung mit Politik sei für ihn lebensgefährlich: er hofft, daß »die Worte ›gut‹ und ›böse‹ . . . aus der für sie tödlichen Identifizierung mit politischen Richtungen befreit« werden (ME 17). Heißt das, der Inhalt der Moral tut nichts zur Sache, Hauptsache, er hat nichts mit Politik zu tun? Schließlich erhalten wir noch eine Auskunft über die Herkunft dieser unfaßbaren Moral: sie stammt »von weit her« (ME 18), genauer: es handele sich um »Residuen vorkapitalistischer Art« (ME 12).

Das Schweigen enthält Widersprüche. Warum muß über »Selbstverständlichkeiten« geredet werden? Und: Ist der »moralische Konsens« tatsächlich »gegen Kapitalismus oder Sozialismus indifferent« (ME 8), wenn seine Funktion sein soll, den Kapitalismus am Leben zu erhalten – »eine kapitalistische Wirtschaftsform lebt von Residuen vorkapitalistischer Art« (ME 12) –? Es ist erstaunlich, daß derartig vage und widersprüchliche Gedanken »unter Fachleuten Aufsehen erregt« haben sollen, und daß die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« meint, daß sie es verdienen, »auch einem breiteren Publikum bekannt gemacht zu werden«, wie es in der redaktionellen Vorbemerkung heißt. Hat »päd. extra« recht, wenn es von »intellektuell behinderten Bremer Stadtmusikanten« spricht, die »im Netze ihrer eigenen Begriffslosigkeit zappeln, daß einem geradezu wohl ums Herz werden kann«? (Speichert 1978) Handelt es sich, wie die »Demokratische Erziehung« meint, um einen »untauglichen Versuch« (Rügemer 1978)?

3

Nach diesem ersten Vorstoß, Spaemanns Ausführungen von ihrer logischen Stringenz her zu fassen, der uns merkwürdig ins Leere rennen ließ, wollen wir versuchen, den Text politisch zu identifizieren. Spaemann gibt sich keine besondere Mühe, seine politische Orientierung zu verbergen: Erziehung soll ein »affirmatives Verhältnis zu sich selbst und zur Welt« (ME 20) bewirken; die Rede ist von der »Kraft der Bejahung« (ME 22) usw. Die Sache scheint klar zu sein: der Mann steht rechts. Doch auch hier scheinen wir wieder auf Widersprüche zu stoßen. Es gehe um »Freiheit, Spontaneität, Selbstsein« (ME 26). Unter »Freiheit« und »Selbstsein« kann man sicherlich Verschiedenes verstehen – aber wie kommt die Spontaneität hierher? Spaemann – ein rechter »Sponti«?

Die Frage läßt sich beantworten. 1963 hat er ein Buch mit dem Titel »Reflexion und Spontaneität« veröffentlicht, seine Habilitationsschrift über Fénelon, einen französischen Erzbischof und Prinzenerzieher aus der Zeit Ludwig XIV. In einer neueren Schrift »Zur Kritik der politischen Utopie« findet man fast alle Konzepte, die Spaemann als die des Fénelon dargestellt hatte, als Spaemanns eigene Ansichten. Die »Stu-

dien über Fénelon« enthalten nicht nur ein ausführliches Plädoyer für einen bestimmten Spontaneismus, sondern erwecken zugleich den Eindruck, daß es sich bei diesem aristokratischen Geistlichen um den ersten »Antipädagogen« gehandelt hat: bei ihm seien »die Prinzipien der ›negativen Erziehung‹, die darauf achtet, ›que rien ne soit fait‹, klar entwickelt« (RS 158). Spaemann – ein rechter »Antipädagoge«?

Die Übereinstimmung mit bestimmten »antipädagogischen« Konzepten geht bis ins Detail. Ich greife auf das jüngst erschienene Werk »Zeit für Kinder« von E. v. Braunmühl zurück, dem Verfasser einer »Antipädagogik« (Weinheim und Basel 1975) und energischer Popularisator dieser Bewegung. Ich zitiere verschiedene Topoi. Erziehung als Organisierung von Kindheitserinnerung: v. Braunmühl: »Was mich leitet, ist die Vorstellung, daß eine gute Gegenwart für alle Beteiligten die Wahrscheinlichkeit einer schlechten Zukunft verringert, . . . weil Gegenwart und Zukunft gemäß den Erfahrungen aus der Vergangenheit gedeutet werden« (Braunmühl 1978, S. 124); Spaemann: »Die erste Verantwortung, die der Erzieher hat, ist die Verantwortung für die Kindheitserinnerungen, aus denen ein Mensch sein Leben lang leben wird.« (ME 19) Kinder als Unschulds-Vorbilder: v. Braunmühl: »Kinder leben . . . Unschuld und Freiheit vor« (a.a.O., S. 40); Spaemann (durch Fénelon hindurch): Fénelon erscheine die Abwesenheit der Vernunft bei Kindern »als Unschuld« (RS 146). Orientierung aufs Hier-und-Jetzt: v. Braunmühl: »Wärme und Gemeinschaft gibt es immer nur . . . im jeweiligen Hier und Jetzt« (a.a.O., S. 121); Spaemann: »unbedingte Gegenwärtigkeit, Handeln als Antwort auf die jeweilige Situation« (RS 147). Innere statt äußerer Freiheit: v. Braunmühl: »Kinder, die in innerer Freiheit leben . . . brauchen nicht um jeden Preis eine andere Welt, weil sie in der eigenen glücklich sein können« (a.a.O., S. 50); Spaemann: »Erziehung läßt, indem sie dem Subjekt zu seiner Selbstwertung hilft, die Welt wie sie ist« (RS 252). Der letzte Vergleich legt die Vermutung nahe, daß die Übereinstimmung zustande kommt, weil Braunmühl offenkundig dem rechten Flügel der »Antipädagogik«-Bewegung zuzurechnen ist. Aber auch mit linken Konzepten ergeben sich verblüffende Übereinstimmungen; nicht nur im allgemeinen Zugriff, wonach das Verhältnis von »Reflexion und Spontaneität« und die Kritik der Verwissenschaftlichung des Erziehungsprozesses bei Spaemann wie bei der linken neueren Reformpädagogik im Mittelpunkt stehen, sondern auch in einer Reihe von Details. Negt/Kluge etwa wollen Sozialisations- und Lernprozesse initiieren, die in einer »vorindustriellen, auf Bedürfnisbefriedigung durch reale Gebrauchswerte beruhenden Produktionsweise« ihren Ursprung haben (zit. nach Rang/Rang-Dudzik 1978, S. 14). Das erinnert an die »Residuen vorkapitalistischer Art« (ME 12), auf die Spaemann sich beruft.

Der Vergleich ermöglicht die Korrektur des geschichtslosen Vorurteils, »Spontaneität« als Verhaltens-Ziel sei ausschließlich im linken oder linksliberalen Spektrum anzutreffen. Wir stoßen auf eine rechts-katholische Spontaneitäts-Konzeption älteren Datums, die jetzt, im Zeichen einer allgemeinen Rechtsoffensive auf dem Bildungssektor aus der Schublade geholt wird, um damit Politik zu machen. Mehr besagt der Vergleich nicht. Die teilweise verblüffenden Übereinstimmungen des »unhistorischen Subjektivismus« (vgl. Rang/Rang-Dudzik 1978) von links und rechts dürfen nicht als Analyse-Ersatz gelesen werden. Sie zeigen nur, daß hier, wo man es kaum vermutet hätte, ein Problem besteht. Sie ermöglichen so eine einfache Frage, die wir uns sonst kaum gestellt hätten: Worin besteht der Unterschied zwischen den ver-

schiedenen Spontaneismus-Konzeptionen? Wir versprechen uns von der Frage zugleich Aufschlüsse über die eigentümliche Leerheit und Widersprüchlichkeit von Spaemanns Programm, die uns zu Anfang aufgestoßen waren.

4

Es ist unwahrscheinlich, daß Spaemann so reden würde: »Dieses Buch ist . . . eine Waffe . . . im antipädagogischen Freiheitskampf, den ich für den überfälligen und einzig sinnvollen Freiheitskampf unserer Zeit und Weltgegend halte.« (Braunmühl 1978, S. 9) Auch ein Schlagwort wie das von der »emanzipatorischen Sinnlichkeit« würde ihm, dem Kritiker des Emanzipations-Denkens (vgl. PU 142 ff.), kaum über die Lippen gehen. Er würde darin die Grenzüberschreitungen kritisieren: Spaemann fordert »Selbstsein« (ME 20) – gegen »Selbstverwirklichung« (ME 14). Sein Spontaneitäts-Ideal soll nicht politisch wirksam werden; es ist prinzipiell unpolitisch. Vernunft soll gezwungen werden, »ihren Zusammenhang mit Phantasie nicht preiszugeben« (PU 18), aber keinesfalls würde er fordern, die Phantasie an die Macht zu bringen. Spaemann organisiert Abgrenzungen. Spontaneität soll sich nach zwei Seiten abgrenzen: gegen Wissenschaft: »Für die Wissenschaft kann es Freiheit, Spontaneität, Selbstsein nicht geben« (ME 26), und gegen Politik: »Erziehung . . . zielt auf Selbstsein.« (ME 27) »Erziehung aber ist zunächst und in erster Linie nichts Politisches. Sie wird mißbraucht, wenn sie als Instrument der Revolution oder als Versicherung gegen Revolution verstanden wird« (ME 18). Die Krise des Bildungswesens bestehe gerade darin, daß Erziehung in den Zugriff von Wissenschaft und Politik geraten sei. In »Zur Kritik der politischen Utopie«, mit Aufsätzen aus den Jahren 1964 bis 1975, finden wir ihn damit befaßt, ein ganzes System von Abgrenzungen zu organisieren. Charakteristisch ist seine Auseinandersetzung mit der »Theologie der Revolution«, wie sie Ende der 60er Jahre diskutiert wurde. Die Kritik gilt nicht der Revolution, sondern der Vermischung. »Es ist der ganze Fehler der politischen Theologie, daß sie Theologie ist und nicht ein politischer Versuch, mit vernünftigen Gründen Christen für vernünftige Ziele zu mobilisieren.« (PU 73) Ob Kriege gerecht seien, dies zu beurteilen »ist die Sache von Politikern, Generälen oder Revolutionsführern, nicht von Theologen« (PU 69). Spaemann versteht seine eigene ideologische Praxis offenbar als eine Art »Grenzschutz«, um vorhandene Arbeitsteilungen gegen fortwährend drohende Überschreitungen zu stabilisieren. Drei Praxisfelder will er gegeneinander isolieren: durch Erziehung vermittelte moralische oder religiöse »Gesittung«, Politik, Wissenschaft. Spontaneität darf sich nur in der ersten Region aufhalten. Bevor wir zur näheren Untersuchung dieser eingesperrten Spontaneität kommen, müssen wir kurz ihre Stellung im System der Abgrenzungen rekonstruieren.

Spaemann strukturiert das Verhältnis der Bereiche durch die Beziehung von Mitteln und Zwecken (oder Zielen) menschlichen Handelns. »Wissenschaft im neuzeitlichen Sinne . . . ist Wissenschaft von Mitteln.« (PU 31) Politisches und sittliches Handeln hätte es dagegen mit Zwecken zu tun. Politische Zwecke seien durch gegensätzliche Interessen bestimmt: »man soll sich hüten, hier das Interesse gegenüber dem moralischen Pathos zu diffamieren«, »politisches Engagement ist immer gegen den Willen anderer gerichtet« (PU 34). Politisches Handeln setze Wissenschaft zur Mittel-Findung ein, sei aber selbst wissenschaftlich nicht begründbar: »Wo es ums Ganze des menschlichen Handlungszusammenhangs geht, da hört exakte Wissenschaft auf,

da fängt das Engagement an.« (PU 31) »Der Ursprung des Engagements ist schicksalhafte Faktizität.« (PU 33) Sittliches Handeln habe es demgegenüber nicht mit besonderen Zwecken oder Interessen zu tun: es wäre »unsittlich . . . , die Substanz sittlicher Unbedingtheit auf irgendeinen angebbaren Zweck hin zu funktionalisieren« (PU 18). Dennoch gehe es auch hier um Ziele, aber um unangebbare, absolute, solche nämlich, für die sich keine Mittel, also Verwirklichungsbedingungen, angeben lassen: Es gehe hier um die »Entschlossenheit auf ein unbedingtes Ziel in Verbindung mit ebenso unbedingter Gelassenheit – »indifference« – gegenüber seiner tatsächlichen Realisierung, gegenüber dem, was in der Situation tatsächlich möglich und am Werk ist« (RS 24). Auch sittliches Handeln könne wissenschaftlich nicht fundiert werden, hier herrsche die »Unmittelbarkeit einer Wertschätzung, die sich nicht durch Gründe vermittelt« (PU 9); Fénelons Leistung habe gerade darin bestanden, »das sittliche Phänomen in seiner Unableitbarkeit und Eigenständigkeit« scharf herauszuarbeiten. (RS 40) Wissenschaft soll das Reich der Mittel sein, Politik das Reich rationaler Mittel-Wahl für unbegründbare Zwecke, Moral das Reich merkwürdiger, von allen Mitteln, aller Wissenschaft und aller Politik losgelösten »Zwecke«. Politisches und moralisches Handeln laufen parallel: moralisch soll die *Haltung* sein, in der Politik gemacht wird. »Das christliche Liebesgebot verbietet nicht, Feinde zu haben und zu bekämpfen [Reich der Politik]. Es verbietet, sie zu hassen [Reich der Moral].« (PU 68) Die Tabuierung von Grenzüberschreitungen soll eine widersprüchliche Haltung ermöglichen. Politisch geht es um »Engagement«, moralisch zugleich um »Gelassenheit« (RS 236), politisch geht es um »Interessen«, moralisch zugleich um »Desinteresse« (RS 161), politisch geht es um Zweck-Mittel-Kalkulation, moralisch zugleich um Spontaneität, Politik ist auf Zukünftiges gerichtet, moralisch geht es zugleich um »das völlige Einssein mit der jeweils gegenwärtigen Situation« (RS 248). Gegen »Totalitätsansprüche« (PU 71) heißt es: »Wir sehen die Wirklichkeit unter partikularen Aspekten« (PU 71), und das soll offenbar bis zur Vereinigung des Widersprüchlichen forciert werden. Spaemann will ein schizophrenes Leben mit gespaltenem Bewußtsein organisieren. Ausgehend vom Standpunkt der Systemreproduktion scheint er anzunehmen, daß der Kapitalismus nur überleben wird, wenn es gelingen wird, eine zerrissene Lebensweise in dieser Zerrissenheit zu stabilisieren. Dagegen macht der neuere Spontaneismus die Rechte der Individuen geltend. Sie erfahren das departmentalisierte Dasein als qualvoll und versuchen, einen »Totalitätsanspruch« zu verwirklichen, indem sie die Einheitlichkeit des Lebens von der abgesperrten Spontaneität her aufrollen (vgl. den Aufsatz von Waldhubel in diesem Heft).

5

Von Spaemann selbst erfahren wir, daß seine Konzeption eines zerrissenen Lebens durchaus nicht zu den »Selbstverständlichkeiten« unserer Zivilisation gehört und durchaus nicht erst durch eine »Verunsicherungs- und Einschüchterungskampagne« der Linken ins Wanken geraten ist, die »in mancher Hinsicht nur die Fortsetzung jener kulturrevolutionären Kampagne« gewesen sei, »die nach 1933 in Deutschland stattgefunden . . . hatte« (ME 4). In seinen »Studien über Fénelon« rekonstruiert er die Entstehung einer sich gegen Wissenschaft und Interesse isolierenden Moral als Überlebensstrategie des durch die bürgerliche »noblesse de robe« der absolutistischen Epoche entmachteten Hochadels (RS v. a. 23,75, 142 Fn. 23, 148, 150, 160 f.).²

Alle Vorwürfe Spaemanns an die Adresse der »radikalemanzipatorischen Linken« (ME 12), die Erziehung durch Aufklärung über Interessen ersetze (ME 14), finden sich hier fast wörtlich wieder als Kritik an der Pädagogik der Aufklärung, die anscheinend nicht zu den »Selbstverständlichkeiten« unserer Zivilisation gerechnet werden darf, da für sie die »Erziehung im vollen Sinne nicht nötig ist – es handelt sich letztlich nur um Aufklärung über das wohlverstandene eigene Interesse« (RS 235).

Die alten theologischen Selbstverständlichkeiten waren dem wissenschaftlichen Zweifel ausgeliefert worden, die theologisch abgesicherte Ethik des Dienens und Herrschens hatte einer individualistischen Moral Platz gemacht, derzufolge jeder nach seiner eigenen Glückseligkeit zu streben habe. Moral, Wissenschaft und Interesse waren zu einer für die Hocharistokratie unverträglichen Einheit geworden. Auf der Suche nach neuen Orientierungen wandten sich fromme Damen aus diesen Kreisen (aber auch kleine Handwerker, die ähnlich von der Entwicklung überrollt wurden) der Mystik und ihrer Lehre von der »Seelenburg« als einem letzten uneinnehmbaren Fluchtpunkt« zu (RS 65). »Der Rückgriff auf die mystische Tradition wird zur Therapie für jene zeitgenössische »Neurasthenie«, die vor allem in übersteigerter Selbstreflexion und damit gleichzeitig einer wachsenden Handlungs lähmung sich kundtut, und zwar vor allem in jener Klasse der Hocharistokratie, die durch den Absolutismus ihrer eigentlichen Funktionen und damit ihrer *raison d'être* beraubt war.« (RS 23) Spontaneität wird zum Kern einer »Situationsethik« (RS 235), in der selbst noch die Erfahrung der Sinnlosigkeit als Erfüllung gedeutet werden kann, und die nur noch im »reinen guten Willen«, in der »Spontaneität des guten Willens selbst« (RS 40) einen Lebenssinn sieht. Das Kind, das aufgrund seiner Triebhaftigkeit und Unvernunft für den aufgeklärten Bürger »ein Gegenstand des Erschreckens« (RS 143) geworden sei, werde für den Hochadel zum ersehnten Inbegriff selbstverständlichen Lebens, Vorbild spontaner, durch Reflexion und Interesse nicht bedrohter Selbstgewißheit. Fénelons Leistung sei es gewesen, dieses Spontaneitätsstreben mit den Reflexions- und Leistungsanforderungen zu verbinden, die das bürgerlich werdende Leben an einen Adligen stellte, der nicht von der historischen Entwicklung niedergewalzt werden wollte, gleichzeitig aber dieses spontane Einverständnis gegen seine Auflösung durch Wissenschaft und Interesse zu immunisieren. Das ausbalancierte Verhältnis von Reflexion und durch sie unangreifbarer Spontaneität (»Einfalt«) sollte den Übergang zur pragmatischen Alltagsarbeit ermöglichen (RS 137): »Der Erwerb der Einfalt aber bedeutet unmittelbar zugleich: Übergang zum täglichen Leben, demgegenüber die Reflexion, auch und gerade die fromme, bloß noch als Zeitverlust erscheint.« (RS 135) Durch die Verbindung von Reflexion und Moral der spontanen Erfahrung der Sinnhaftigkeit jedweder Situation habe Fénelon versucht, Revolution durch Pädagogik überflüssig zu machen: »Wenn Fénelon von der natürlichen Gleichheit der Menschen und der Ungerechtigkeit der Dienstbarkeit spricht, so zieht er keine revolutionäre, sondern eine pädagogische Konsequenz, die darauf zielt, dieses Joch vorerst einmal so sanft wie möglich zu machen. Er erzieht die Reichen zum Reichsein wie später Pestalozzi die Armen zur Armut. Die Zukunftsdimension wird dabei aus seinem Denken mit Konsequenz verbannt. Das Höchste, was erreichbar ist, ist die Selbstaufhebung des Ich in der totalen Einheit mit der Situation, dem vollkommenen Gehörsam.« (RS 252) Es ist interessant, daß der Bürger Spaemann die Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft durch eine sozialistische Bewegung vorrangig mit

Mitteln zu bekämpfen sucht, wie sie ihm zufolge der Adel im Kampf gegen das Bürgertum entwickelt hat. (Das gilt übrigens auch, wenn er in seinem Vortrag auf dem Forum »Mut zur Erziehung« auf die von Plato entwickelte Erziehungskonzeption zurückzugreifen empfiehlt [ME 37] – auch dies die Philosophie eines Angehörigen des Hochadels gegen die Verbürgerlichung der antiken Welt.) Warum rekonstruiert er gegen die bürgerlich-aufklärerische Einheit von Moral, Wissenschaft und Interesse so eifrig die Traditionslinien der »Residuen vorkapitalistischer Art« (ME 12)?³

6

Wir haben Spontaneismus als eine Haltung kennengelernt, die eine untergehende Klasse durch Sinnvermittlung handlungsfähig machen soll, damit der Zweifel sie nicht in die Verzweiflung treibt. Spaemann greift auf Fénelons Versuch, »die Aufklärung von innen heraus zu überwinden« und »das Problem . . . der spirituellen Einheit der europäischen Menschheit . . . im Sinne der Gegenreformation zu lösen« (RS 195), zurück, um heute einen »moralischen Konsens« (ME 7) herzustellen. Ihre gesellschaftliche Funktion der Konsensbildung kann Moral nur wahrnehmen, indem sie eine individuelle Funktion der Sinnvermittlung realisiert. Der moralförmig vermittelte individuelle Lebenssinn darf nicht aus sozialen Interessen abgeleitet werden, da sonst der Konsens zerbräche. Die Durchsetzung der »besonderen Klasseninteressen in der Form allgemeiner Normen hat unweigerlich die Struktur einer Ableitung konkreter Regelungen aus Prinzipien (Grundideen), die ihrerseits als nicht mehr ableitbar vorgestellt werden. Sie dürften auch gar nicht aus ihrer Funktion der Produktionsverhältnisse abgeleitet werden« (Haug 1976, S. 928). Moral, wie auch immer beschaffen, muß gegen ihre wissenschaftliche Ableitung aus sozialen Interessen immunisiert werden, um Moral bleiben zu können. Zugleich aber muß sie, damit sie ihre Sinngebungsfunktion erfüllen kann, doch auf irgendeine Weise das Interesse der Individuen an der Kontrolle der eigenen Lebensbedingungen befriedigen. Und sie muß Reflexion mindestens insofern in sich aufnehmen, als im Alltag konkretes Handeln aus allgemeinen moralischen Prinzipien *abgeleitet* werden muß. Dies ist der Grundwiderspruch der Moralform. Jede inhaltliche Konkretion droht Interessen und Reflexion ins Spiel zu bringen. »Weil es kein Ziel der Menschheit als Ganzes gibt, ist nicht erlaubt, was nur von einem solchen Ziel her sinnvoll wäre« (RS 18) – und dennoch muß Moral ein allgemeines Ziel formulieren. Durch welche ideologischen Verschiebungen dieser Widerspruch am wirkungsvollsten stillgestellt werden kann, darüber streiten sich die Wert-Philosophen. Spaemann kritisiert fast alle gängigen Wertlehren, weil sie ihm zu dicht in die gefährliche Nähe des Interesses oder der Wissenschaft geraten sind: die »Wertethik« Schellers mit ihrer apriorischen, durch »Wertgefühl« unmittelbar zugänglichen Rangordnung von Werten »führt konsequent zu einer Tyrannei des jeweils obersten Wertes auf Kosten der übrigen, und die Wertethik schlägt auf diese Weise um in eine reine Zweckethik, die unter Umständen alle Verhaltensschemata auf diesen obersten Wert hin funktionalisiert« (PU 16); damit ist man bei einer anderen Wertlehre angelangt, der »eudämonistischen Ethik« mit ihrer Lehre vom höchsten Gut, das, sei es das Eigeninteresse, sei es die allgemeine Wohlfahrt, nach Spaemanns Auffassung auf bedrohliche Weise in die Artikulation sozialer Interessen umzuschlagen droht; auch die »Diskurs-Ethik« der Erlanger Schule müsse sich »vom Glauben an die wertschöpferische Kraft des Diskurses« (ME 36) lösen, der Moral zu stark in

Reflexionsnähe bringt. Spaemanns Versuch zur Herstellung von »moralischem Konsens« ist, wie dieser Rundschatz zeigt, keineswegs repräsentativ. Aber er ermöglicht aufgrund seiner Radikalität eine allgemeine Einsicht in die Dialektik der Moralform. Die merkwürdige Inhaltslosigkeit der angeblich »gemeineuropäischen Vorstellungen von Humanität und richtigem Leben« (ME 4) erklärt sich aus dem Versuch, dieser Dialektik der Moral zu entkommen durch die Propagierung einer rein formalen Moral (im Rückgriff auf eine entsprechend interpretierte Traditionslinie von Plato über Fénelon und Kant bis Schopenhauer). »Die wahre Moral spottet der Moral.« (RS 236) Der Kern dieser Moral als reiner Form besteht in Spontaneität: im spontanen Empfinden der Sinnhaftigkeit vorgefundener Lebensumstände, wie einschränkend sie auch immer von den Individuen erfahren werden mögen. Spaemann weiß, daß diese Haltung nur eine Aussicht auf Verbreitung hat, wenn sie schon da ist. Der notwendige Selbstverständlichkeits-Effekt würde sich sonst nicht einstellen. Der Rückgriff auf »vorkapitalistische Residuen« wie »Ehre« und »Dienen« ist deswegen kein Wiederbelebungsversuch vergessener Theorien. Bis in unsere Zeit existieren Institutionen feudaler Herkunft, die noch gewisse Züge dieser Vergangenheit tragen (etwa das von Spaemann erwähnte Krankenhaus mit seinem Dienst-Ethos [ME 13], genauer gesehen allerdings eine feudalistisch-kapitalistisch-sozialistische Mischform). Im Feudalismus mußten Herrschaft und Unterwerfung nicht als allgemeine Gleichheit erscheinen, er erzeugte Haltungen des Einverstandenseins mit offenkundiger Herrschaft. In den Institutionen mit Zügen feudaler Lebensformen, zu denen auch die Familie mit ihren unmittelbaren persönlichen Abhängigkeitsverhältnissen gehört, existieren, da sie zugleich auch ein gewisses Aufgehobensein gegen die privatisierende bürgerliche Lebensweise ermöglichen, Formen jenes spontanen Einverstandenseins, auf denen Spaemanns Spontaneitäts-Konzept aufbauen kann.

7

In einer Zeit, da die meisten Krankenschwestern sich ihrer Interessen als Lohnabhängige bewußt werden, mag dieser Versuch, Restformen spontanen Einverstandenseins mit vorgefundener Herrschaftsformen hochzuhalten, aussichtslos erscheinen. Wir sollten uns deshalb klarer machen, welche Leistungen dieses vom Standpunkt der ideologischen Reproduktion des Systems aus entwickelte Konzept für die Individuen erbringt. Was bedeutet die Frage der Moral für sie praktisch? Zur »Struktur des ethischen Handelns« gehöre »die Unmittelbarkeit einer Wertschätzung« (PU 9). Moral organisiert die Bewertung einer Situation. Sie steht insofern in engem Zusammenhang mit menschlicher Emotionalität als Bewertung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen im Hinblick auf die subjektiven Bedürfnisse (vgl. hierzu und zum folgenden Holzkamp-Osterkamp 1978); hierauf stützen sich die traditionellen psychologischen Wertlehren. Da die Ziele menschlichen Handelns nicht spontanen Handlungsimpulsen entspringen, sondern immer durch gesellschaftliche Tätigkeit vermittelt sind, müssen mögliche Handlungsalternativen begriffen und auf ihren subjektiven Befriedigungswert hin überprüft werden. Emotionale Sicherheit, Gefühlsgewißheit, entsteht, wenn antizipiert werden kann, daß die spontanen Handlungsimpulse die Unterstützung der gesellschaftlichen Umwelt erfahren werden. Emotionale Unsicherheit muß sich in dem Maße einstellen, wie eine förderliche Aufnahme der spontanen Handlungsimpulse nicht voraussehbar ist. Dauerhafte emotionale Befriedigung kann

es demnach nur geben, wenn die eigenen Tätigkeiten in ihren gesellschaftlichen Zusammenhängen begriffen und entsprechend geplant werden. Spaemann ist es darum zu tun, auf diese »Gefühlsgewißheit« Einfluß zu nehmen, die er mit einem Begriff der philosophischen Tradition »moralische Gewißheit« nennt (vgl. PU 41 ff.). Er betätigt sich als praktischer Psychologe und versucht, mit dem kontrollierten Absperrungsverhältnis von Wissenschaft, Moral und Politik zugleich eine Persönlichkeitsstruktur zu organisieren, ein bestimmtes Verhältnis von Emotion, Kognition und Handeln, das den psychischen Gesetzmäßigkeiten widerspricht. Solche bestimmten Verhältnisse von Kognition, Emotion und Handeln können wir *Haltungen* nennen: »Erziehung führt in Haltungen und Gesinnungen ein« (ME 18). Es ist anzunehmen, daß die konkreten Persönlichkeitsstrukturen ohne die sie vermittelnde ideologische Praxis von Intellektuellen wie Spaemann gar nicht begreifbar wäre. Psychologisch können wir sein Konzept so ausdrücken: er will eine emotional positive Bewertung von Situationen und Handlungen ermöglichen, deren Begreifen gerade den emotional unbefriedigenden Mangel an sozialem Eingebettetsein zeigen würde. Er will das Eigeninteresse aus der Emotion herauslösen. Zugleich kann er aber nicht wissenschaftliche Erkenntnis und politisches Handeln abschaffen wollen. Er muß eine psychische Entzweigung organisieren. »Eine moderne Erziehung muß den Gedanken der einfachen Aufhebung der Entzweigung . . . entsagen.« (ME 27) Die Lebensbedingungen sollen nicht durch Handeln erträglich gemacht werden, sondern durch Haltungen. Hierzu dient der Rückgriff auf »Spontaneität« und »Gelassenheit«, auf »Desinteresse« und »reinen guten Willen« (RS 40). »Das einzige Gut, das absolut in unserer Macht steht, ist der gute Wille« (PU 51), behauptet er. Die emotionale Befriedigung soll in ein absolutes Diesseits verlegt werden, das nur die Kehrseite des Jenseits ist. Welche Chancen hat die Haltung der von allen Verwirklichungsbedingungen losgelösten emotionalen Befriedigung?

Spaemann rechnet mit der Widersprüchlichkeit des Strebens nach emotionaler Befriedigung. Jeder Versuch, seine Erkenntnisse und Interessen umzusetzen, um emotional befriedigendere Lebensumstände herzustellen, bedeutet zugleich ein emotionales Risiko. Die Lehrer beispielsweise, die Spaemann anspricht, gerieten mit ihren Versuchen, Erziehung zu verwissenschaftlichen und zur Wahrnehmung von Interessen zu befähigen, nicht nur in Schwierigkeiten mit den herrschenden Mächten, sondern die Schwierigkeiten mit den Schülern, in deren Interesse sie zu arbeiten sich vorgenommen hatten, schienen eher noch größer als geringer zu werden. Die Universität hatte ihnen kaum etwas von den notwendigen Fähigkeiten vermittelt; qualvoll mußte aus Tausenden von Fehlern gelernt werden. Der Versuch, einem sinnlosen Lehrerdasein zu entkommen und mehr emotionale Sicherheit zu gewinnen, mußte zur emotionalen Verunsicherung führen. Hier hakt Spaemann ein. »Neue politische Verhältnisse sind nämlich nur dann gerechtfertigt, wenn sie erheblich besser sind als die alten. Wenn sie nur anders sind, sind sie schon dadurch, daß sie neue sind, schlechter. Sie verbrauchen nämlich mehr Energie, sich ihnen anzupassen, als diejenigen, die die Annehmlichkeit des Gewohnten für sich haben.« (PU 75) Er bietet ein Feindbild an, die Linken mit ihrer »Verunsicherungs- und Einschüchterungskampagne« (ME 4), und macht zugleich ein positives Angebot: Er versucht, alle jene Handlungspartikel zu mobilisieren, in denen üblicherweise hier und jetzt Befriedigung gewonnen wird. Dazu gehören besagte feudale Residuen fraglosen Einverständenseins, dazu gehört,

daß jedes Handeln irgendwo auf »Selbstverständlichkeiten« zurückgreift, die jetzt so weit wie möglich in den Vordergrund geholt werden sollen, dazu gehört auch die Mobilisierung von Sehnsüchten, »zu werden wie die Kinder«.

Wir sehen klarer, was es mit der widersprüchlichen Behauptung, »Erziehung ist etwas Selbstverständliches« (ME 1), auf sich hat. Hier spricht Spaemann nicht über ideologische Praxis, sondern in ihr. In strategische Sprache übersetzt, sagt er: Erziehung ist in der Haltung der Selbstverständlichkeit zu betreiben. Es soll eine Haltung eingenommen werden, die, um die emotionale Sicherheit nicht zu gefährden, sich aggressiv gegen alles wehrt, was sie bedrohen könnte. »Mut zur Erziehung« braucht man, um die Gefährdung einer trügerischen Sicherheit durch wissenschaftliche Einsicht in eigene und fremde Interessen abzuwehren, die Parole soll einen Abwehrmechanismus in Gang setzen. Spaemann geht davon aus, daß wirksamer als bestimmte Inhalte die Haltungen des Erziehers vermittelt werden: »Erziehung führt in Haltungen und Gesinnungen ein«. Die Weitergabe dieser Haltung der unbedingten Zufriedenheit an die nachwachsende Generation ist die »persönlichkeitsbildende Nebenwirkung« (ME 2), die Spaemann zufolge Erziehung ausmacht. Erziehung in der Haltung des spontanen Einverständnisses soll zum spontanen Einverständnis erziehen. Immer wieder kommt Spaemann darauf zu sprechen, daß Pädagogik im Grunde Therapie sei⁴, tatsächlich erinnert sein Programm stark an jene verhaltenstherapeutischen Konzepte, in denen ein abstraktes Einverständnis mit sich selbst Ziel der Behandlung ist.

8

Vom Standpunkt der ideologischen Reproduktion aus sind jedoch, selbst wenn es gelingen sollte, die subjektive Befriedigung am Sein-Lassen zu verbreiten, noch nicht alle Probleme gelöst. Die »formelle Struktur des ethischen Handelns« besteht nicht nur aus jener »Unmittelbarkeit einer Wertschätzung, die sich nicht durch Gründe vermittelt«, sondern hinzu kommt »eine ausschlaggebende Entscheidung durch die Vernunft, die die Impulse zum Schönen koordiniert und am Ziel des guten Lebens im Ganzen kritisch mißt.« (PU 9) Also wird ethisches Handeln doch der Vernunft preisgegeben? Ja, aber nicht der Vernunft der Masse, sondern von Intellektuellen wie Spaemann. Er nennt sie Philosophen. Das objektive Ziel ethischen Handelns, die ideologische Reproduktion, darf nicht unmittelbar als subjektives Ziel verfolgt werden; nur als scheinbar nicht durch gesellschaftliche Interessen vermittelt erfüllt Moral ihre Konsensfunktion. Dieses Auseinandertreten von Sinn und Bedeutung, wie Leontjew sagen würde, oder von Formalobjekt und Motiv, wie Spaemann es in der Sprache der katholischen Moralphilosophie nennt, birgt permanent die Gefahr der Desintegration in sich. Denn die Lebensumstände ändern sich, während Moral zum Festhalten ermuntert wird. Hier tritt die Vernunft in Gestalt einer bestimmten Intellektuellengruppierung auf. Sie hat gewissermaßen eine vorsichtige Pflege der Moral-Residuen zu betreiben, um die Reproduktion des »Ganzen« zu sichern. »Wo dieses Residuum sich weigert, sich durch die aufs Ganze gerichtete Vernunft zu vermitteln, da hat die Philosophie Bedenken und stellt sich auf die Seite der Politik . . . Aber die Philosophie ergreift hier nicht ein für allemal nach einer Seite Partei.« (PU 12) Genauso müsse der Staat daran gehindert werden eine allzu umstandslose Verteidigung der Individuen auf diese Gesellschaft (die bei Spaemann mit Rationalität gleichgesetzt wird)

zu betreiben: »Alle Moral differenzierter Zivilisationen gründet in einer stabilisierten Spannung . . . zwischen dem Prinzip der Ehre [Inbegriff jener vorkapitalistischen Residuen] und dem Prinzip der Rationalität.« (PU 13) Neben den Reichen von Moral, Politik und Wissenschaft gibt es demnach ein viertes, das der »Philosophie«, dessen privilegierte Bewohner einzig Intellektuelle von der Art Spaemanns sind, die vermittelnd in die Konflikte zwischen politischer Sphäre und moralischer Privatsphäre eingreifen, als die einzigen, die wissen dürfen, daß der moralische Spontaneismus der ideologischen Reproduktion zu dienen hat. Hier hält er es mit Plato: »Das gemeinsame Beste ist eine ideell eindeutige Größe. Sie bleibt es, wenn auch nur wenige sie kennen. Die Herrschaft des Allgemeinen kann jederzeit durch den Weisen repräsentiert werden.« (PU VII)

Anmerkungen

1 Vgl. zu den im folgenden verwandten Begriffen »ideologische Praxis«, »ideologische Arbeit«, »ideologische Verschiebung« den Beitrag von W. F. Haug in diesem Heft.

2 Im folgenden wird Spaemanns Theorie über Fénelon als richtig unterstellt. Es wäre jedoch zu prüfen, ob sein Verfahren, den Prozeß der Verbürgerlichung vom Standpunkt des untergehenden Hochadels aus zu erfassen, überhaupt in der Lage ist, die Dynamik dieses Prozesses zu begreifen, und ob dies nicht nur vom Standpunkt der sich entwickelnden Klasse möglich ist.

3 Hierzu gehört auch sein Buch über de Bonald. De Bonald ist, wie Fénelon, katholischer Adliger. Seine historische Bedeutung habe darin bestanden, daß er »zum ersten Mal die Theorie der Gesellschaft als umgreifende prima philosophia an die Stelle der Metaphysik gesetzt« hat. »Die Idee eines unausweichlichen, totalen Engagements durch die Gesellschaft war nicht eine Idee der Revolution, sondern der Konterrevolution.« (Der Ursprung . . ., S. 208)

4 Der Zusammenhang von Spontaneität und Gehorsam sei »heute jedem Psychotherapeuten bekannt«. »Ein frustriertes, durch rigorose Selbstkontrolle – durch ein hypertrophiertes Über-Ich – in der natürlichen Spontaneität gehemmtes Wesen, dessen skrupelhafte Selbstreflexion neurotischen Zwangscharakter angenommen hat, soll dadurch »von sich« und d. h. zugleich »zu sich« befreit werden, daß es die Über-Ich Funktion auf den Therapeuten überträgt, unter dessen Anleitung die Spontaneität der Lebensvollzüge wieder in Fluß gebracht und eine lebendige Integration ermöglicht wird.« (RS 181)

Literaturverzeichnis

Spaemann, R.: Der Ursprung der Soziologie aus dem Geist der Restauration. Studien über L. G. A. de Bonald. München 1959.

ders.: Reflexion und Spontaneität. Studien über Fénelon. Stuttgart 1963. – Zit. als RS.

ders.: Zur Kritik der politischen Utopie. Zehn Kapitel politische Philosophie. Klett Verlag, Stuttgart 1977 (199 S., br., 29,- DM). – Zit. als PU.

ders.: Vortrag auf dem Forum »Mut zur Erziehung«, abgedruckt unter dem Titel »Ein Lump ist, wer mehr gibt, als er hat. Was heißt »Mut zur Erziehung««, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 14. 4. 1978, S. 9 f. – Zit. als ME. Die Zahlen nach diesem Kürzel verweisen auf die 37 Absätze des Textes.

außerdem

Bayertz, K.: Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. Zur Funktion der gegenwärtigen Grundwerte-Diskussion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 23 Jg. (1978), H. 7, S. 804–821. Jetzt auch in: Bayertz/Holz 1978.

Bayertz, K., u. H. H. Holz (Hrsg.): Grundwerte. Der Streit um die geistigen Grundlagen der Demokratie. Köln 1978.

Blankenburg, M.: Konturen einer »Ideen-Politik«. In: Sozialistische Politik 39, 9 Jg. (1977), H. 1, S. 144–158.

- Braunmühl, E. v.: Zeit für Kinder. Theorie und Praxis von Kinderfeindlichkeit, Kinderfreundlichkeit, Kinderschutz. Zur Beseitigung der Unsicherheit im Umgang mit Kindern. Ein Lernbuch. Frankfurt/M. 1978.
- Haug, W. F.: Zwei Kapitel über ideologischen Klassenkampf. In: Das Argument 100, 18. Jg. (1976), S. 905–935.
- ders.: Notiz zur gegenwärtigen ideologischen Arbeit in der EKD. In diesem Heft.
- Holz, H. H.: »Werte« contra Demokratie? Zur Grundwerte-Diskussion. In: Blätter für deutsche und internationale Politik, 22. Jg. (1977), H. 10, S. 1204–1221. Jetzt auch in: Bayertz/Holz 1978.
- Holkamp-Osterkamp, U.: Erkenntnis, Emotionalität, Handlungsfähigkeit. In: Forum kritische Psychologie 3. Argument-Sonderband AS 28. Berlin/West 1978, S. 13–90.
- Rang, A., u. B. Rang-Dudzik: Elemente einer historischen Kritik der gegenwärtigen Reformpädagogik. Die Alternativlosigkeit der westdeutschen Alternativschulkonzepte. In: Reformpädagogik und Berufspädagogik. Schule und Erziehung (VI). Argument-Sonderband AS 21, Berlin/West 1978, S. 6–62.
- Rügemer, W.: Wozu Erziehung und Erziehung wozu? »Mut zur Erziehung«: Der untaugliche Versuch, die Krise der herrschenden Pädagogik und Bildungspolitik durch die »Besinnung auf Grundwerte« lösen zu wollen. In: Demokratische Erziehung, 4. Jg. (1978), H. 3, S. 302–312. Überarb. Fassung in: Bayertz/Holz 1978.
- Speichert, H.: Betrifft: Mut zur Erziehung. In: päd. extra 2/1978, S. 5.
- Walldubel, Th.: Sponti-Bewegung: Flucht in den Alltag? In diesem Heft.

Zur Theorie der Ideologie und der ideologischen Kämpfe erschienen in Argument bisher u. a. folgende Aufsätze:

- Herbert Schnädelbach*, Was ist Ideologie? in: *Argument* 50, Sonderband
- Dieter Krause*, Noch einmal: Was ist Ideologie? Ideologiekritik als Absage an die Aufklärung, in: *Argument* 66
- W. F. Haug*, Zwei Kapitel über den ideologischen Klassenkampf, in: *Argument* 100
- Rolf Nemitz*, Technik als Ideologie, in: *Argument* 103
- Dieter Krause*, Der Ideologiebegriff im Marxismus, in: *Argument* 103
- Karin Priester*, Zur Staatstheorie bei Antonio Gramsci, in: *Argument* 104
- W. F. Haug*, Zur Dialektik von gesellschaftlicher Basis und politischem Überbau im Sozialismus, in: *Argument* 106 (»Staat und Ideologie«)
- Harold Woetzel*, Haugs »Kritik des Absurdismus« als Beitrag zur Ideologie-Theorie, in: *Argument* 106

Studienhefte (SH):

- W. F. Haug*, Kampagnen-Analysen (1) – SH 4
(Inhalt: 1. Der sexuell-politische Skandal als Instrument antidemokratischer Kampagnen. 2. Die Kampagne um das Zentralinstitut für Medizin vor dem Hintergrund eines neuen McCarthyismus)
- Friedrich Tomberg*, Basis und Überbau im historischen Materialismus – SH 16

Notiz zur gegenwärtigen ideologischen Arbeit in der EKD

Bewußte Arbeit an ideologischem Material, bewußt angestrebte Ideologisierungsschübe sind seit einigen Jahren im Rahmen der Neukonservativen Offensive an der Tagesordnung. Seit der Bildung der »Semantikgruppe« der CDU (vgl. die Rezension von Manfred Behrens in diesem Heft: Fetscher u. a., Worte machen keine Politik) wird der ideologische Klassenkampf von rechts verstärkt mit wissenschaftlicher Beratung geführt. Als Diskussion um die »geistigen Grundwerte« und als Arbeit an einem vertieften Feindbild der »freiheitlichen Ordnung« und in vielen anderen Formen wird diese Anstrengung in Szene gesetzt. Die Offensive an *pädagogischer* Front analysiert Rolf Nemitz in diesem Heft am Beispiel des »Forums Mut zur Erziehung«. – Der als Kandidat für das Bundespräsidentenamt vorgesehene Bundestagspräsident Carstens wiederholte jüngst die Schlagworte dieser Offensive: er warnte auf der Eröffnungsveranstaltung der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung am 23. 11. 78 »vor jenen pädagogischen Richtungen, die es als Aufgabe der Schule ansehen, die Kinder von allen Bindungen . . . zu befreien. Er könne sich kaum eine verheerendere pädagogische Richtung vorstellen wie die antiautoritäre Erziehung und die Konfliktpädagogik. Die Schule dürfe nicht darauf verzichten, den Kindern Wertvorstellungen zu vermitteln. An den Schulen müsse wieder erzogen werden, damit die Kinder in den Stand gesetzt werden, ihre Rolle als Glieder des Gemeinwesens zu übernehmen«. (FAZ, 24. 11. 78) *Zementierung von Bindungen – Vermittlung von Wertvorstellungen – endlich wieder Erziehung zum freiwillig-konformen Gesellschaftsmitglied*: Umriss eines Programms zur Erneuerung der Schule als ideologischer Staatsapparat.

In den Kirchen wird von den konservativen Kräften versucht, konvergierende Entwicklungen voranzutreiben. Ein Bericht aus der »Frankfurter Allgemeinen« von Karl Alfred Odin über die letzte Tagung der 5. Synode der »Evangelischen Kirche in Deutschland« (EKD) dokumentiert diese Entwicklung so deutlich, daß er sich als Untersuchungsmaterial anbietet. Er ist geeignet, sowohl bestimmte gesellschaftliche Hintergründe der »Grundwerte-Diskussion« als auch die Vorgehensweise der im engeren Sinn *ideologischen Arbeit* – d. h. die Transposition sozialer Interessenlagen ins Ideologieförmige – deutlich zu machen. Für den analytischen Wert dieses Textmaterials ist es ohne Bedeutung, die Zutat des Berichterstatters Odin von den berichteten »Quellen« zu scheiden. Deshalb werden die in indirekter Rede abgefaßten Berichtstellen in gleicher Weise zitiert wie die einem bestimmten Redner zugeschriebenen Zitate.

Die herrschende Tendenz wurde vom Vorsitzenden des Rats der EKD, Bischof Claß, in seinem Rechenschaftsbericht umrissen. »Claß wies hin auf die im Volk erneuerte Suche nach dem Sinn, dem sittlichen, geistigen Wert. (. . .) Die Suche nach den Grundwerten in unserer Gesellschaft zeige an, daß wir sie verloren haben«. (. . .) Die Kirche müsse davor warnen, Autorität durch Ethik ersetzen zu wollen: »Was den Menschen trägt und verpflichtet, was ihn bindet und befreit, kann nicht dem zufälligen Ergebnis ethischer Diskussion überlassen bleiben.« (FAZ, 6. 11. 78)

Daß die angedeutete Absage an den herrschaftsfreien Diskurs ebensowenig zufällig ist wie die Orientierung auf planmäßige Arbeit autorisierter Instanzen, macht das »Hauptreferat« zur Bildungspolitik deutlich, über das K. A. Odin drei Tage später

emphatisch-einverständlich berichtete.¹ In diesem Referat habe sich ein »Bruch mit der Vergangenheit« bekundet, genauer, mit der von der letzten Bildungssynode der EKD 1970 in Frankfurt festgelegten Linie. Odin charakterisiert die Situation von 1970: »Das war die Zeit des Aufholens des Modernitätsrückstandes des deutschen Bildungswesens, der Mobilisierung der Begabungsreserven. Dahinter stand eine doppelte Schubkraft: der Sog des Arbeitsmarktes in der überhitzten Konjunktur und der gesellschaftspolitische Antrieb, allen Menschen in allen Bildungseinrichtungen gleiche Chancen zu verschaffen.« Die damalige Synode blieb »im Zirkel der Vorstellungen, die damals in der Luft lagen«.

Der *Bruch*, der Einschnitt in der ideologischen Linie der EKD lasse sich gerade dadurch »eindrucksvoll erkennen«, daß derselbe Referent damals wie heute das Hauptreferat hielt: Karl-Ernst Nipkow, Professor für Religionspädagogik an der Universität Tübingen, Verfasser einer Reihe von Standardwerken über Religionspädagogik bzw. -unterricht.²

* * *

Nipkow: »Die Werte, die faktisch unsere Gesellschaft regieren – Erhöhung des Lebensstandards und des Konsums, soziales Prestige und soziale Sicherheit –, erweisen sich als ausgesprochen konjunkturanfällig. Einen Sinn, der Lebenskrisen überwindet, vermögen diese Werte jedoch aus sich heraus nicht zu stiften.«

Die Grundform, in der sich das Denken hier ganz selbstverständlich bewegt, ist die uralte Form des Ideologischen: »Werte regieren unsere Gesellschaft.«*

Im wissenschaftlichen Diskurs verlangen die Begriffe »regieren« und »Gesellschaft«, in andern Aussagen organisiert zu werden. Bestimmte Politiker regieren den Staat; die gesellschaftliche Arbeit wird vom Kapital beherrscht; über »geistige Werte« vermittelt sich gesellschaftliche Herrschaft mit der politischen Regierung.

Nipkows Rede ist zwar keine wissenschaftliche, aber sie ist alles andere als sinnlos. Sie orientiert auf eine bestimmte Art von Praxis, deren organisierender Teil sie ist. Bestimmte Werte regieren *jetzt*; andere sollen an die Regierung gebracht, ein *Regierungswechsel der Werte* soll herbeigeführt werden. Wir nennen diese eigentümliche Art von Praxis, die in der »geistig-werthafter« Vermittlung zwischen gesellschaftlich-ökonomischer Herrschaft und politisch-staatlicher Machtausübung ihr Feld hat, *ideologische Praxis* und die eigentümliche Art von Arbeit an ideologischem Material bzw. an der ideologischen Umformung bestimmter gesellschaftlicher Interessen *ideologische Arbeit*. Wie sich bei Sigmund Freud die *Traumarbeit* rekonstruieren läßt ohne die Annahme eines bewußten Subjekts, so läßt sich hier die ideologische Arbeit in ihrer Logik rekonstruieren, ohne daß der Frage nach dem Grad von selber nicht-ideologischer, dem Material und seiner ideologischen Form überlegener, weil beides instrumentalisierender Bewußtheit der Ideologen vorrangig Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. *Wir müssen kein Subjekt der Ideologie annehmen, um ein ideologisches Subjekt bei der Arbeit zu beobachten.*

Nipkow arbeitet also an einem Regierungswechsel der »Werte«. Welche sind in seiner Sicht faktisch noch an der Regierung? – »Steigender Lebensstandard und soziale

* In einfachen Anführungszeichen stehen nicht Originalzitate, sondern durch Herauslösung strukturierender Elemente oder durch ergänzende Auffüllung von Lücken, deren verschwiegener Gehalt die zu analysierende Rede (Diskurs) in ihrer Eigenart bestimmt, gewonnene *synthetische Aussagen*.

Sicherheit« – übersetzbar letztlich mit ›kontinuierliche Erhöhung der Reallöhne bei Arbeitsplatzgarantie und entsprechend immer besser funktionierender Altersversorgung«. – Aber sind dies überhaupt geistige Werte? Sind dies nicht viel mehr materielle Werte, unmittelbar *gesellschaftliche Interessen*, sprich: Interessen vor allem der nichtkapitalistischen Klassen und Schichten? – Wir halten diese Beobachtung fest: Als zu Stürzende werden die geistigen Werte nicht mehr als solche ausgesprochen, sondern vorab aus ihrer geistigen Wertform gestürzt.

Die Begründung ist, überraschend unumwunden, ökonomisch. »Diese Werte erweisen sich als ausgesprochen konjunkturanfällig.« Auch ihre mehr ins Geistig-Werthafte verschobene Fassung – ›Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit und Sicherheit« – entrückt sie noch nicht weit genug aus dem Bereich materieller Interessen.

Ergänzen wir die angedeutete ökonomische Problemskizze: Die chronische Wirtschaftskrise (mit ihren Folgekrisen der Reform- und Sozialpolitik) machte die Beziehung auf diese »Werte« brüchig, ließ sie als illusionär erscheinen. Und die Illusion, die als solche erscheint, ist schon im Verfliegen. Diese »Werte« büßen ihre kohäsive (d. h. Zusammenhalt stiftende) Kraft ein, entfalten vielleicht gar antikohäsive Kraft, d. h. motivieren vielleicht sogar von der Krise Betroffene, sich im Namen dieser »Werte« zwecks Veränderung der Gesellschaft zu organisieren. Eine Gesellschaft aber, die, ohne periodische Wirtschaftskrisen, den Arbeitenden die Früchte ihrer Arbeit zur Verfügung stellen und dauerhaft sowohl das Recht auf Arbeit garantieren könnte, als auch die Sicherheit für Kranke und Alte usw., eine solche Gesellschaft wäre sozialistisch. Nur eine sozialistische Gesellschaft wäre den ›halbmaterialistischen« (d. h. den materiellen Interessen nicht weit genug entrückten) Werten, wie wir sie mit Nipkow formuliert haben, angemessen. Halten wir fest: *Der Schein, diese »Werte« regierten die Gesellschaft, trug scheinsozialistische Züge.* Es war eine Illusion – und zwar eine *staatstragende Illusion* – zu glauben, diese »Werte« ließen sich auf kapitalistischer Grundlage politisch ›verwirklichen«. (Was es mit der Vorstellung der ›Werteverwirklichung‹ auf sich hat, ist getrennt zu untersuchen.) Die *Realität* entsprechend zu organisieren hätte eine Veränderung des gesellschaftlichen Systems erfordert. Aber selbst die Organisation der bloßen *Illusion* von der Herrschaft dieser Werte erfordert innerhalb des Kapitalismus eine spezifische ökonomische Situation: die Hochkonjunktur. Die Wirtschaftskrise bringt diese Illusion zur Krise.

* * *

Soviel sehen die führenden Männer der EKD anscheinend klar: Die Wirtschaftskrise führte notwendig zur Krise der (›unsere Gesellschaft regierenden‹) Werte. Was tun? – Zuerst wird festgestellt, was nicht zu tun ist: »Nipkow lehnte Gedankenkonstruktionen einer neuen Gesellschaft ab.« Wir entnehmen der Ablehnung, daß ihm der Gedanke an diese Konsequenz wenigstens nicht ganz fremd ist. Zumindest muß damit gerechnet werden, daß andere ihn denken. Was also tun? – Statt der zielkonformen Umwandlung der (zielformen) Gesellschaft will er zu einer dieser (durch Wirtschaftskrisen bestimmten) Gesellschaft konformen Umwandlung der Ziele beitragen. Es zeigt sich, daß dies mehr erfordert als bloß den Austausch eines Inhalts durch einen andern. Es erfordert einen neuen Schub idealisierender Verschiebung der Ziele in einen Bereich ›ideeller Werte«, der dem Bereich materieller Interessen entrückt ist. Wir nennen diese Verschiebung (Transposition) die *ideologische Verschiebung* oder Ent-

rückung. Bei der ideologischen Verschiebung werden gesellschaftliche Interessen in ein geistiges Jenseits der Gesellschaft, ins *Sozialtranszendente* verschoben. Die Besonderheit dieser sozialtranszendenten Wertförmigkeit ist näher zu untersuchen.

* * *

Die Rede (der Wert-Diskurs) wird durch ein umfassendes Schweigen definiert (begrenzt): Vermittlungszusammenhänge werden ins Unbewußte der Ideologie verdrängt. Von der *ideologischen Umschranke* ragen nur einige disparate Ausläufer – gleichsam nur die Spitze des Eisbergs – ins Ausgesprochene hinein: »Man möchte sich auf unmittelbar mögliche Schritte eines sinnerfüllten Lebens beschränken.« Das durch diese Beschränkung Ausgegrenzte wird nicht ausgesprochen.

Das Schweigen sagt: »Man möchte nicht, daß das Verlangen nach einem sinnvollen Leben die Schranken der kapitalistischen Gesellschaft überschreitet.«

»Man möchte die mittelbar möglichen Schritte eines (nicht mehr nur illusionär) sinnerfüllten Lebens vermeiden.«

»Man möchte sich auf unmittelbar mögliche Schritte eines sinnerfüllten Lebens beschränken.«

Die ideologische Verschiebung zeigt sich hier als die behauptete Verschiebung der Sinnerfüllung ins Unmittelbare. Was bedeutet das? Versuchen wir, ob sich diese Verschiebung als etwas für die ideologische Form Spezifisches interpretieren läßt!

These: Die Verschiebung der Sinnerfüllung in die Unmittelbarkeit ist die Verschiebung der Lösung eines sozialen Problems (nämlich der *Vergesellschaftungskrise*) in die Innerlichkeit der Privatexistenzen, die sich in spezifischen ideologischen Verkehrsformen zwischen Privatleuten äußern wird. Sie sollen eine Gemeinschaft derer bilden, die auf reales Gemeinwesen zugunsten eines – in spezifischer Form äußerlich darzustellenden – inneren Wertbezugs (»Frömmigkeit«) verzichten.

»Anstelle der Zweckmäßigkeit soll der Sinn in allen Lebensbezügen voranstehen.« – »Sinn statt Zweckmäßigkeit« – treten Sinn und Zweck auseinander? Um zu verhindern, daß dieser Gegensatz in Selbstverständlichkeit unbemerkt hingenommen wird, führen wir ein kleines Aussagenexperiment durch.

»Anstelle der Sinnhaftigkeit soll der Sinn in allen Lebensbezügen voranstehen.«

»Anstelle der Zweckmäßigkeit soll der Zweck in allen Lebensbezügen voranstehen.«

Beides kann man nicht sagen, und doch nähern sich diese sinn-widrigen Aussagen der Wahrheit: Das Ziel ist alles, der Weg ist nichts. Es ist nicht ohne tiefere Bedeutung, daß dieser Satz die Umkehrung des von Eduard Bernstein artikulierten Prinzips des Reformismus ist: »Der Weg ist alles, das Ziel ist nichts.« Wir vermuten, daß diese beiden Gegen-Sätze sich verhalten wie die reale gesellschaftliche Praxis und ihr verhimmelter Reflex. Sehen wir zu, ob unser Material diese Vermutung bestätigt.

Die Verhimmelung von Sinn- und Zweckvorstellungen reißt sie von der »irdischen« Verbindung mit dem Sinn- und Zweckgemäßen los. Die Befriedigung wird ins Jenseits verlegt. Was bleibt den Unzufriedenen dieser Welt? Sie sollen unmittelbar an ihre Befriedigung im Jenseits »glauben«. Dieser Glaube (man wird neu überlegen müssen, was das ist) leistet etwas Reales im Leben. – Wer den Glauben in der Absicht der Realisierung dieser Leistung aus gesellschaftlichen Gründen mobilisiert, der behandelt dieses Ideologische *insofern* nicht-ideologisch; dies bestimmt die nicht-ideologische Sinn- und Zweckmäßigkeit des Glaubens, wie sie von nicht-gläubigem Standpunkt instrumentalisiert wird.

* * *

»Allmählich fällt die Scheu, sich nicht nur im kleinen Kreis, sondern auch öffentlich als Christ zu zeigen und zu sagen, was man glaubt. Frömmigkeit beginnt wieder heimisch zu werden.«

Konstitutiv für »Frömmigkeit« im hier fungierenden Sinn (es gibt durchaus andere Formen und Funktionen von Frömmigkeit) ist laut Kontext offenkundig die Hin- nahme der Wirtschaftsstruktur bei gleichzeitiger Idealisierung (Verhimmelung, Ver- jenseitigung) der von dieser Wirtschaftsstruktur enttäuschten Lebensbedürfnisse. Religiöses zeigt sich hier als Jenseitsgemeinwesen bei Verlust des diesseitigen Gemein- wesens. Genauer: Auch der Bezug auf ein Jenseitsgemeinwesen hat die Funktion, ein diesseitiges Gemeinwesen zu zementieren, nämlich ein *ideologisches Gemeinwe- sen*.

Unabhängig von den Absichten und der Authentizität der an solcher ideologischer Verschiebung Mitwirkenden läßt sich festhalten: Der gesellschaftlich herrschenden kapitalistischen Klasse und ihren politischen Vertretern kommt diese Verschiebung des Sozialismus in den Himmel zweifellos sehr zupaß.

* * *

Die »die Gesellschaft regierenden Werte« der sozialliberalen Reformpolitik, die auf der EKD-Synode gestürzt werden sollten, hatten Hoffnungen auf die Verwirklichung des Gemeinwesens in diesem gegenwärtigen Leben geweckt. Die Wirtschaftskrise verwandelt diese Hoffnungen in enttäuschte Illusionen. Das gemeinsame Hoffen hatte große Teile der lohnabhängigen Massen (eine Mehrheit) als Massenbasis der Re- gierung zusammengehalten. Dieser Zusammenhalt ist teils erlahmt, teils versuchen ihn die konservativen Ideologen aufzulösen. Unterschiedliche Interessen überlagern sich zu dieser Offensive von Rechts. Darunter wirken auch – von kapitalistischen In- teressen relativ abgelöste – Interessen an der Selbsterhaltung ideologischer Apparate und Institutionen. Wenn die zusammenhaltende Kraft der ideologischen Oberfläche erlahmt, finden unterschiedliche Radikalisierungen statt, nicht nur politische, son- dern auch religiöse, deren Bedrohung die Kirche ganz unmittelbar spüren kann. Die Wirtschaftskrise löste nicht nur eine Krise der »Werte« aus, sondern zunächst vor al- lem unzählige individuelle Lebenskrisen. Verlust der Arbeit, Zerschlagung von Be- rufswünschen usw. drohen den Alltag für viele zunehmend sinnlos zu machen. Wer nicht mehr auf Reformpolitik hofft, wird – wenn er sich nicht einer sozialistischen Arbeiterbewegung zuwenden kann – von der Lebenskrise entweder in die Depression oder die Übertäubung derselben durch Schnaps oder Heroin geführt, vielleicht aber auch in irgendwelche sektiererischen Heilsbewegungen, seien es politische oder – dies betrifft die große Mehrzahl der Fälle – religiöse. Nipkow: »Am Zulauf zu den Jugend- religionen, auch der fast religiösen Hingabe an »alternativen Lebensstil« oder an den Umweltschutz kann man ablesen, wie die Kirchen die sittlichen und religiösen An- triebe vieler Menschen nicht mehr zu binden vermögen. Es ist an der Zeit, daß in der Bundesrepublik die Frage nach dem Sinn aufgebrochen ist.« »Es ist an der Zeit, nach- dem im Leben vor allem vieler Jugendlichen der bisherige Sinn-Zirkel aufgebrochen ist, daß man sich in den höheren Etagen der ideologischen Staatsapparate der Bundes- republik mit der ideologischen Reorganisation des Sinn-Horizonts befaßt.«

Vor allem in den Schulen zeigte sich, daß die Sinn-Krise auf die Motivationen für Lernen und Leistung übergreift. Zuerst müßte der Sinn-Zirkel für die Schüler wieder

geschlossen werden, bevor die Schule im Sinne ihres Auftrags wirksam werden kann. Aber Lebenssinn ist kein Lehrstoff. »Den Sinn des Lebens in Schule und Erziehung den Kindern als Lehrstoff vorzusetzen nutzt nichts«; stattdessen müßten sie die Orientierung auf diesen Sinn an den Erwachsenen erfahren können – als deren Verhalten bestimmend; solange Eltern und Lehrer sich an materiellen Interessen orientieren, ist kein der materiellen Sphäre *entrückter* Sinn an ihnen zu erfahren – an dieser Stelle wird die Argumentation Nipkows zunehmend unbestimmt. Die Orientierung an materiellen Interessen führt zur Motivationskrise für die von der Wirtschaftskrise Betroffenen oder perspektivisch Bedrohten. Da Sinn nicht als Stoff gelehrt, sondern nur vorgelebt werden kann, erfahren die Kinder die von den Erwachsenen vorgelebten Orientierungsmuster nicht mehr ohne weiteres als sinnvoll. »Zu den Forderungen Nipkows gehört darum, daß die Erwachsenen wieder lernen, Vorbild zu sein.« Gemeint ist die Vorbildlichkeit im Bezug auf sozialtranszendente Werte, die krisenfester sind als die halbmaterialistischen der sozialliberalen Reformpolitik.

Schülern die Sinnfrage glaubhaft zu beantworten, so daß ihre Lern- und Leistungsmotivation trotz unsicherer Berufsperspektive wieder wächst, ist, wie man andeutungsweise den Ausführungen Nipkows entnehmen kann, nicht leicht. Die der Sinnrekonstruktion dienenden Sätze drohen in jedem Augenblick in die Kraftlosigkeit hohler Phrasen herabzusinken. »Lernen und Leistung dürften nicht pauschal verdächtigt werden. Beides sei nötiger denn je. Aber man müsse wissen, wofür man leiste und wem die Leistung diene. Leistung sei nicht Selbstzweck.« – Cui bono? Wem nützt das? Aber Nipkow fragt anders: *Wem dient das?* – Wofür also sollen wir leisten? Dieses Wofür ist eben der »Sinn«. Wem »dient« die Leistung der Lohnabhängigen in erster Linie? Ideologieförmiger »Sinn« ist das Wofür von Lernen und Leistung nur, wenn es *nicht* erfahrbar den Lernenden und Produzierenden dient, wenn es also *nicht* für sie selbst gut ist, die sich Selbstzweck sind. Die Sinnfrage bricht in dem Maße auf, in dem Arbeiten und Sich-Qualifizieren nicht als nützlich für die Arbeitenden und Lernenden erfahren wird.

These: Der ideologische Sinn entspringt der Negation des Interesses. Die ideologische Sinnförmigkeit entsteht durch die Verschiebung von Ansprüchen (solchen auf ein erfülltes selbstzweckhaftes Leben in der Gemeinschaft) auf »höchste ideelle Werte«, die als Selbstzweck gelten. Unter der Herrschaft fremder Zwecke wird der Selbstzweck ins Ideologische verschoben. Der Bezug auf die idealisierten Werte stabilisiert das Verhalten unter der Herrschaft fremder Zwecke und in einer naturhaft hinzunehmenden Gesellschaftsstruktur. Die entfremdeten Zwecke der Massen werden verhimmelt und wirken herab auf die Massen im Sinne eines systemkonformen Verhaltens in der Entfremdung. Reale Unzufriedenheit und ideologische Befriedigung werden immer aufs Neue durch ideologische Arbeit (wie wir sie hier an einem exemplarischen Fall analysierten) vermittelt.

Anmerkungen

1 »Die Erziehung stärker am Sinn orientieren. Die Synode in Bethel und die Bildung«, FAZ, 9. 11. 78.

2 U. a.: »Evangelische Unterweisung oder evangelischer Religionsunterricht?« 1964, 3. Aufl. 1967; »Grundfragen des Religionsunterrichts in der Gegenwart« 1967, 2. Aufl. 1969; »Schule und Religionsunterricht im Wandel« 1971; »Grundfragen der Religionspädagogik I«, 1975.

Helmut Gollwitzer

Sowjetkritik und Antikommunismus

Ein namhafter Sprecher der APO-Generation sagte mir vor einiger Zeit: »Die DKP-Genossen stellen uns immer die Thälmannsche Testfrage: ›Wie hältst du's mit der Sowjetunion?‹ Die Frage stimmt, sie ist zentral; nur die Antwort muß genau umgekehrt lauten wie die, die sie wünschen.« Die Äußerung geschah in einem Gespräch, in dem ich meine Sorge über die z. Zt. in der deutschen Linken einreißende Polarisierung aussprach: immer schärfer wird der sowjetkritische Ton der einen; immer rigider wird von den anderen die Bedingung sowjetkonformer Prämissen für die Zusammenarbeit gestellt (wie wir z. B. beim Dritten Internationalen Russell-Tribunal erfahren haben). Persönliche Freundschaften derer, die in der Studentenbewegung gemeinsam ihr politisches Erwachen gehabt hatten, zerbrechen. Übergreifende Projekte – vom BdWi bis zu dieser Zeitschrift – werden mißtrauisch befragt, wie weit ihre DKP-Lastigkeit gehe – oder ob sie schon dem »Antikommunismus« verfallen seien. Die Fälle Biermann und Bahro werden eifrig ausgenützt zur Entlarvung oder zur Forderung von Offenbarungseiden. Manchen kann man im gleichen Satz den desolaten Zustand der Linken beklagen und sofort das Seinige zu diesem desolaten Zustand beitragen hören, indem er die Haltung anderer und die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit ihnen beurteilt nach jener eingangs zitierten Testfrage – so oder so.

Diese Testfrage zur zentralen zu machen, halte ich für einen entscheidenden Fehler, für ein Zeichen unpolitischen, abstrakten und sektiererischen Denkens, und ich will das begründen. Ich beginne mit einer Erinnerung an die Jahre zwischen 1945 und 1968.

I.

In der Adenauer-Ära waren für die Opposition (außerhalb der SPD und der dann verbotenen KPD) hinsichtlich des »Ostens« drei Gesichtspunkte maßgebend, die zunächst auch von der entstehenden APO übernommen wurden: 1. Bekämpfung des Antikommunismus; 2. darum Gerechtigkeit für die Sowjetunion und die Ostblockstaaten, einschließlich der DDR; 3. unter Voraussetzung von 1. und 2.: Freiheit zur Sowjetkritik.

Für die KPD-Anhänger war der dritte Punkt schwer zu schlucken; über die Gleichsetzung von Sowjetkritik mit Antikommunismus kamen – und kommen – sie nur schwer hinaus; aber sie ließen sich die für uns unverzichtbare Freiheit gefallen des für sie nötigen partiellen Bündnisses wegen. Unverzichtbar war diese Freiheit für uns – nicht nur, aber auch – aus konkret-politischen Gründen: 1. nur mit klarer Sowjetkritik konnten wir deutlich machen, daß wir den Sowjetkommunismus nicht (wie es bei den Kommunisten mindestens den Anschein hatte) als Modell für die Bundesrepublik ansahen, und daß unsere politischen Vorschläge (z. B. vor 1955 die Neutralisierung Gesamtdeutschlands) nicht zur Kapitulation vor der Sowjetunion führen sollten. 2. Angesichts der herrschenden antikommunistischen Stimmung in der westdeutschen Bevölkerung war diese Verdeutlichung unerlässlich fürs politische Überleben. (Das zeigte sich an dem kurzfristigen Wahlbündnis von Gustav Heinemanns Gesamtdeutscher Volkspartei mit dem im Verdacht kommunistischer Steuerung stehenden »Bund der Deutschen« von Joseph Wirth für die Bundestagswahlen 1953, das der

GVP eine massive Verleumdungskampagne mit einer Reihe von darauffolgenden Prozessen einbrachte und zum Scheitern von Heinemanns Parteiversuch beitrug.)

Diesen herrschenden Antikommunismus sahen wir als zentrale Gefahr an aus mehreren Gründen: Er ist die Fortsetzung traditioneller Russen- und Slawenverachtung (im Rahmen des seltsamen europäischen Verachtungsgefälles von West nach Ost) und hat auf die Sünden der Väter (z. B. preußische Polen-Politik) die Untaten des Zweiten Weltkriegs gegen die slawischen Völker gehäuft. Er ist ständiger Ansatzpunkt für nationalistische Hybris und – in der Mischung von Hybris und Russenangst – Nährboden für die massenhafte Zustimmung zur Aufrüstung und für Feindstereotypen. Er blockiert durch einseitige Zuweisung aller Schuld am Weltzustand an die Kommunisten sowohl die nötige Auseinandersetzung der Deutschen mit ihrer eigenen Vergangenheit wie auch eine von Vorurteilen freie Sicht der heutigen Welt-situation. Daß die Adenauer-Politik, in den Mitteln nicht wählerisch, diese Ressentiments für sich ausnützte, statt den Deutschen die Notwendigkeit der Beendigung des »vierzigjährigen Krieges gegen Rußland« (Thomas Dehler, 1958) klarzumachen, gehört zu ihren schlimmsten Sünden.

Der Antikommunismus steht also im Gegensatz zu einer deutschen Friedenspolitik. Weil unsere Zwischenlage durch keine einseitige Westbindung aufgehoben werden kann, muß Normalisierung ebenso gegenüber dem Osten eintreten wie gegenüber dem Westen, und sie kann nicht eintreten, solange das östliche System verteufelt wird, oder solange man versucht, durch Propaganda die in diesem System lebenden Völker gegen ihr System zu mobilisieren. Soll von der heutigen BRD nicht neue Kriegsgefahr ausgehen, muß die Normalisierung von der Beziehung zu den kommunistischen Staaten auch auf die Einstellung zum Kommunismus selbst sich ausdehnen (die SPD will dieser Konsequenz immer noch ausweichen).

Die in der Opposition gegen den Kalten-Kriegs-Kurs sich zusammenfindenden Liberalen und Sozialisten waren in innenpolitischer Hinsicht einig in der Erkenntnis, daß es für die westdeutsche Republik – zumal angesichts der Teilung Deutschlands und angesichts der kommunistisch geführten DDR – entscheidend sein werde, ob man lerne, mit Kommunisten zu leben. Seit der Niederschlagung der Spartakus-Aufstände war die Dämonisierung der Kommunisten im Gange gewesen; Hitler hatte sie auf die Spitze getrieben. Sollte für die neue Republik die Absage an den Nazismus grundlegend sein, dann mußte das nicht nur an der Abschwörung des Antisemitismus sich zeigen, sondern auch an der Abschwörung des Antikommunismus. An ihr mußte sich zeigen, ob die im Grundrechtskatalog proklamierte Liberalität in der Chancengleichheit für alle politischen Konzeptionen (mit Ausschluß der faschistischen und rassistischen, also diese Chancengleichheit bestreitenden) verwirklicht würde. Bei aller Skepsis, ob einer bürgerlichen Demokratie dies überhaupt möglich sein werde (die Bourgeoisie kann dem Antisemitismus natürlich ungleich leichter absagen als der Verteufelung des Kommunismus), mußte und muß die bürgerliche Verfassung beim Wort genommen werden; Fortsetzung der antikommunistischen Dämonisierung mußte den im Grundgesetz gemeinten liberalen Staat im ganzen gefährden. Das Bundesverfassungsgericht, dafür besonders zuständig, schlug schon mit dem KPD-Verbot von 1956 den entgegengesetzten Weg ein, auf dem es bis heute sich fortbewegt, und der Radikalerlaß ist der bisher letzte Beweis für die Unverträglichkeit des Antikommunismus mit der liberalen Rechtsstaatsidee des Grundgesetzes.

Schließlich war im besonderen den Sozialisten klar: Der Antikommunismus ist nur die Spitze des Antisozialismus, auch dieser in Deutschland traditionell. Den Sack schlägt man, aber den Esel meint man. Die SPD, die derartige Erfahrung mit immer neuem Erstaunen beklagt, wird durch ihren Unvereinbarkeitsbeschuß¹ nach rechts gedrängt, Sozialisten aber begegnen bei ihren antikapitalistischen Schritten der Kooperation der Kommunisten; schämen sie sich dieser Nähe, so bremst das ihren Antikapitalismus. Sie müssen ihre Sowjetkritik, ohne sie zu mindern, verbinden mit der Fähigkeit zur Kooperation mit Kommunisten, wie punktuell oder wie ausgedehnt auch immer. Die Erfahrungen in den anderen Ländern des Westens haben das genugsam bewiesen.

Diese ganze gegen den Antikommunismus gerichtete Konzeption ergab sich nach dem Zusammenbruch des Hitlerstaates in auffallend spontaner Weise, und zwar – wohlgemerkt! – schon in der Zeit des noch vorhandenen Stalinismus; dessen Untaten konnten diese Konzeption nicht verhindern. Daran zeigt sich: Man wandte sich gegen die Verteufelung der Kommunisten nicht, wie sofort vorgeworfen, aus Gutgläubigkeit, aus Mangel an Interesse an der bürgerlichen Demokratie mit ihren Freiheitsrechten, aus Illusionen über die Sowjetunion und aus Verknennung der abschreckenden östlichen Realität. Man widerstand der Schwarz-Weiß-Malerei und dem Feindbild aus *eigenem* Interesse, aus Interesse an *unserer*, von den Auswirkungen des Antikommunismus vielfältig bedrohten Entwicklung. Unsere Friedenspolitik, unsere Demokratie, unser antikapitalistischer Kampf waren und sind durch ihn gefährdet. Im Blick auf die östlichen Staaten konnten wir nur hoffen, es werde ihnen gelingen, die stalinistischen Fesseln zu überwinden und nach so langer Entartung ihren Sozialismus neu und weiter zu entwickeln. Wir konnten und können ihnen dabei helfen nicht durch weiteren Antikommunismus, nicht durch Betreiben des Sturzes ihrer kommunistischen Führungen und durch ihre Rückentwicklung in den Kapitalismus – schon der Gedanke an die riesigen Blutopfer, die ein Eintreten der Amalrikschen Vision vom Zerfall der Sowjetunion zur Folge hätte, müßte davon abschrecken –, sondern durch Entspannungspolitik, Normalisierung der Einstellung zum Kommunismus und durch westeuropäischen Sozialismus zur Begünstigung der osteuropäischen Evolution zu einer sozialistischen Demokratie.

Daraus folgte: jegliches Paktieren mit dem Antikommunismus mußten wir uns schlechterdings verbieten. Zwar war es nicht zu vermeiden, daß unsere Sowjetkritik partiell sich deckte mit den Argumenten, die die antikommunistische Propaganda aus den despotischen Zügen des Sowjetsystems bezog, und daß sie von ihr mitverwendet wurde. Sie deshalb – wie die sie darum als »antikommunistisch« denunzierenden Kommunisten oft verlangten – zu unterlassen, kam nicht in Frage, weil sie für die Profilierung unserer eigenen Position unerläßlich war, und weil die Hoffnung nicht aufgegeben werden konnte, solche Kritik werde auf die Dauer auch von den Kommunisten im Zuge ihrer eigenen Entwicklung als berechtigt erkannt werden. Lernunfähigkeit der Kommunisten ist ein Dogma des Antikommunismus, ein metaphysisches Dogma, dessen Falschheit sowohl die seitherige Entwicklung der westeuropäischen kommunistischen Parteien wie auch die Entwicklung im Ostblock, wie unbefriedigend sie auch noch sein mag, erwiesen hat. Aber mit aller Sorgsamkeit mußten wir das Unsere tun, um der antikommunistischen Propaganda die Verwendung unserer Sowjetkritik so schwer wie möglich zu machen und dies eben durch sofort damit ver-

bundene und entschieden unterstrichene Herausstellung der beiden anderen Gesichtspunkte, der Absage an den Antikommunismus und der Gerechtigkeit für die sowjetischen Realitäten.

II.

Gegenüber dieser Linie der linken Opposition in der BRD, die – wie gesagt – zunächst auch in der APO übernommen worden war, bildet sich in den letzten Jahren eine antisowjetische Haltung heraus, die auf harten Konfrontationskurs mit den Mitgliedern und Sympathisanten der DKP geht, wobei für die Absicht dieses Aufsatzes uninteressant ist, auf welcher der beiden Seiten die Ursache und die Wirkung liegt. Ich ignoriere die maoistischen K-Gruppen, weil bei ihnen Anspruch und Bedeutung grotesk auseinanderklaffen und ihr theoretischer Wirrwarr sie undurchschaubar macht.

Es sei mir erlaubt, von meinen persönlichen Erfahrungen her zu sprechen, die schon hinter dem ersten Teil standen. Ich konnte den Weg einer Anzahl von jüngeren Genossen aus der Studentenbewegung verfolgen. Sie sind zum geringeren Teil zur DKP gegangen, zum größeren Teil zum linken Flügel der SPD, zum Sozialistischen Büro und zu mancherlei Aktivitäten, alle aber aus dem gleichen Impuls, mit dem gleichen Fundus marxistischer Theorie. Heute haben die ersteren und die letzteren den kommunikativen Kontakt weithin verloren und sehen sich vielfach nur noch als Gegner. Bei dem unter linken Richtungen üblichen Ton nicht nur scharfer, sondern herabsetzender Polemik haben sie sich inzwischen genug an Kränkung angetan, um ständig mit der Aufrechnung ihrer Bosheiten beschäftigt zu sein. Noch nennen sie sich Genossen, aber schon hat die vor zehn Jahren neu entdeckte Anrede keine verbindende und verpflichtende Kraft mehr.

Es droht bei sowjetkritischen Linken die gleiche Intoleranz, die man der DKP-Seite und erst recht den Sowjetkommunisten vorwirft. Es droht die Beteiligung an der gesellschaftlichen Exkommunizierung der Kommunisten, die man beim Radikalen-Erlaß beklagt. Schon gibt es Erfahrungen, daß DKP-Genossen oder solchen, die man der Sympathie mit der DKP verdächtigt, für ihr berufliches Fortkommen, etwa im akademischen Bereiche, von Linken ebenso Steine in den Weg gelegt werden, wie wir das von Rechten gewohnt sind.

Zuvor: Diese bedenkliche Entwicklung hat natürlich ihre Ursachen: 1. Im Kampf gegen die Berufsverbote wurde die Beobachtung gemacht, daß die Solidarität der DKP-Genossen manchmal begrenzter war als die Solidarität, die sie verlangten: Ging es um ein Mitglied der K-Gruppen, so wurde mitunter die Solidarität verweigert. 2. Hinsichtlich der Berufsverbote gegen nicht-konforme Bürger der Oststaaten, erst recht in den Fällen Biermann, Havemann, Bahro u. a., verlangten die DKP-Genossen Zustimmung zu ihrer Rechtfertigung dieser Maßnahmen. 3. Immer mehr erscheint nicht-kommunistischen Sozialisten die Entstehung der beiden Supermächte (zu denen in absehbarer Zeit die dritte, China, treten wird) als Entstehung zweier (bzw. dreier) bürokratisch-technokratischer Menschheitsgefängnisse, als Gegenteil des sozialistischen Zieles, eines Sozialismus der Befreiung und der Selbstverwaltung, darum unterschiedslos als zwei (bzw. drei) Gestalten der gleichen Unterdrückung der Völker und Menschen. Daraus ergibt sich der Zweifel, ob die Ablehnung des Antikommunismus durch die frühere Opposition der heutigen Lage noch angemessen sei. Eben

dies aber – und darüber sollte wenigstens diskutiert werden – ist m. E. auch heute zu behaupten aufgrund unserer eigenen Interessen in der BRD.

Wieso soll die Beurteilung der Sowjetunion die zentrale Frage für uns sein und die Testfrage für jeden Sozialisten noch dazu? Die zentrale Frage für uns ist *unser* Kapitalismus, *unsere* kapitalistische Krise, die Rolle *unseres* Staates innerhalb der imperialistischen Politik, die Erhaltung *unserer* demokratischen Rechte und Institutionen, wie sehr auch noch unter bürgerlichen Bedingungen, die Stärkung *unserer* sozialistischen Bewegung. Und vor allem: Es geht heute um den gemeinsamen Kampf ums Überleben der Menschheit, gegen Umweltverschmutzung und Ressourcenverschleuderung, gegen Rüstungswahnsinn und psychische Verelendung, anfangend in *unserem* Lande und hinausreichend über den ganzen Globus. Was es an Differenzen unter uns gibt, kann eine Spaltung in diesem Kampfe nicht legitimieren, – also auch nicht unsere verschiedene Beurteilung der Entwicklung des Sowjetkommunismus einschließlich der DDR.

Damit soll natürlich nicht bestritten werden, daß für die sozialistische Bewegung die Beurteilung der Sowjetunion ein unerläßliches und wichtiges Thema ist. Daß sich in den letzten Jahren die Sowjetkritik in den Vordergrund schob, ist ebenso erklärlich wie die Tatsache, daß sich einige der DKP und der Sowjetapologie zuwandten. Der langjährige Streit um die für die Sowjetunion passenden Etiketten konnte nun in Nachfolge von Otto Rühle, Ernest Mandel, Paul Mattick u. a. mit immer neuen Vorschlägen fortgesetzt werden. Gemessen wird dabei mit ziemlich verschiedenen Sozialismus-Vorstellungen, etwa von der von Jean Elleinstein, der den industriellen Aufbau unter Stalin schon einem sozialistischen Aufbau gleichsetzt, bis zu einer idealistisch hochgestochenen, die nur noch die gelungene »freie Assoziation freier Individuen« den Namen »sozialistisch« verdienen läßt, unter Ignorierung des schwierigen historischen Prozesses hin zu einer sozialistischen Menschheit, in dem wir uns heute befinden, mit all seinen Rückschlägen und Einseitigkeiten. Hat man nun aber – nach welchem Kriterium auch immer – entschieden, daß am realen Sozialismus alles real sei außer dem Sozialismus, dann droht die Hemmung wegzufallen, die nach den eingangs aufgezählten drei Gesichtspunkten der früheren Opposition half, ihre Sowjetkritik vom Antikommunismus zu unterscheiden, ja, diesem entgegenzustellen. Die beiden ersten Gesichtspunkte werden nicht mehr beachtet. Weder scheut man die Nachbarschaft, ja, Verwechselbarkeit mit antikommunistischen Organisationen, noch bemüht man sich um historisch-gerechtes Verstehen der sowjetischen Entwicklung zur Erklärung der sozialistischen Defizite und zur Verhinderung einer rein moralischen Gerichtsverhandlung über KPdSU und SED.

Beim letzten Breschnew-Besuch in Bonn konnte man in der Bundesrepublik und in Westberlin Plakate sehen, die die Verletzung der Menschenrechte im Ostbereich anklagten; nur aus der Nähe war an den Unterschriften zu erkennen, ob sie von rechten oder linken Gruppen stammten. Während der ersten Sitzung des Dritten Internationalen Russell-Tribunals gipfelte eine Unterstützungsveranstaltung in der Forderung eines nächsten Russell-Tribunals über die Lage der Menschenrechte in der DDR. Wieviel auch über die Menschenrechte in den Ostblockstaaten zu sagen ist – bedenklich ist in beiden und in vielen anderen Fällen die Bedenkenlosigkeit, mit der die Verwechselbarkeit mit den antikommunistischen Parolen und die Verwendbarkeit für die hinter diesen stehenden Interessen in Kauf genommen werden, und wie wenig Interesse an der Frage von Bündnissen für das bei *uns* Nötige besteht.

Der Streit, in welchem Maße oder ob überhaupt die sowjet-kommunistischen Staaten sozialistisch seien, wird immer wieder aufbrechen; in ihm muß jede Auffassung, auch die negativste, diskutiert werden dürfen, und er ist selber ein Symptom für die unerhörten Rückschläge, Enttäuschungen und Entartungen, die in der bisherigen Geschichte der sozialistischen Bewegung zu erfahren gewesen sind. Aber dieser Streit sollte nicht den Blick verstellen für einige Tatsachen, die von einer unter sozialistischem Aspekt getriebenen Analyse der heutigen Situation nicht übersehen werden dürfen: 1. Die sich heute sozialistisch nennenden Länder sind aus dem kapitalistischen Weltsystem ausgeschieden und damit für dieses, obwohl von ihm – insbesondere vom Weltmarkt – immer noch abhängig, zum zentralen Problem geworden, in solchem Maße, daß die Führungskräfte des Westens sich mit allen Mitteln und Künsten bemühen, das weitere Ausscheren eines noch so kleinen Landes zu verhindern. Die Existenz des in sich so zerspaltenen »sozialistischen Lagers« ist für Sozialisten in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern zugleich wegen ihrer despotischen Züge eine ständige Belastung *und* als Widerpart zur Herrschaft der Konzerne zumindest eine zu begrüßende Begrenzung der kapitalistischen Omnipotenz, von dieser sehr fühlbar vermerkt. Auf keinen Fall kann ihre Reintegration in das kapitalistische System ein Wunsch von Sozialisten sein, sondern nur ihre Weiterentwicklung in eine Zukunft, in der ihre Realität besser ihrer Selbstbezeichnung entspricht. Dabei wird man für eine neue Revolutionierung ihrer erstarrten Herrschaftsverhältnisse nur eine evolutionäre Weise erhoffen und (was unsere höchst geringen Möglichkeiten der Mitwirkung anlangt) betreiben dürfen. Ein gewaltsamer Sturz, z. B. der SED-Führung, als Ziel sozialdemokratischer Politik an die Wand gemalt, dürfte weder der Zielsetzung von Schmidt / Wehner / Brandt entsprechen noch eine zulässige Spekulation in sozialistischen Köpfen sein; zu hoch wäre bei einem solchen Vorgang das Risiko der kapitalistischen Rückentwicklung anstelle einer sozialistischen Weiterentwicklung. 2. Die sich sozialistisch nennenden Länder sind aus der Hunger- und Verelendungskatastrophe der Dritten Welt ausgeschieden. Mit Sicherheit kann man sagen, daß sie sich mitten in ihr befänden, wären sie nicht in den Bereich des »realen Sozialismus« einbezogen worden. Humaner Sozialismus muß ihnen größere Freiheiten wünschen, dies aber nicht um den Preis eines Zurücksinkens in das sie umgebende Elend. Kritik dieser Länder darf nicht geschehen ohne die Anerkennung dessen, was dort täglich an Versorgung der Bevölkerung mit Stillung der materiellen Grundbedürfnisse, Arbeit, Bildung, Gleichstellung der Frau usw., also mit Erfüllung grundlegender und anderwärts versagter Menschenrechte geleistet wird. 3. Die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt haben ihren Rückhalt an der Existenz dieser Länder. »Will man kein Don Quichotte sein«, schreibt mir soeben ein chilenischer, nicht der KP angehörender Genosse, »so braucht man dazu die Unterstützung jener Staaten, Länder, Völker und politischen Parteien, die sich auf Weltebene im Gegensatz zu den herrschenden Klassen und Ländern befinden. Und dies sind die sozialistischen Staaten. Dies ist jener verpönte »real existierende Sozialismus«, den so viele Intellektuelle geradezu als die Negation ihrer sozialistischen Vorstellungen empfinden, darunter, glaube ich, auch Sie. Ohne diesen »nicht-europäischen«, ohne diesen »asiatischen« Marxismus, der in den Staaten Osteuropas, Kubas, Vietnams usw. repräsentiert wird, gibt es keinen antiimperialistischen Kampf, geschweige denn einen Sieg über den Imperialismus . . . Ohne Unterstützung der Sowjetunion, der DDR, Kubas usw. hätte

es kein befreites Angola gegeben, schon gar nicht davon zu sprechen, daß es ein befreites Vietnam gegeben hätte. Und ohne Unterstützung der Sowjetunion, der DDR, Kubas usw. wird es kein befreites Chile, Brasilien, Panama usw. geben.« 4. Der in der Haltung zum Sowjetkommunismus entstandene Spalt in der linken Bewegung ändert nichts daran, daß diejenigen, die sich der DKP zuwenden, in den Punkten, auf die es bei uns hier ankommt, im antikapitalistischen Kampfe stehen nicht weniger als die anderen. Unter den Opfern der Berufsverbote stammen die meisten aus ihren Reihen. In der antikapitalistischen Aufklärung, im Kampf für Abrüstung, in den Bürgerinitiativen stehen sie ihren Mann und ihre Frau nicht schlechter als die anderen. Vor der Arbeit, die kommunistische Gewerkschaftler und Betriebsräte »vor Ort«, d. h. in den Betrieben leisten, können wir sozialistischen Intellektuellen, denen die Sowjetkritik so leicht von der Feder geht, nur den Hut ziehen. – Dies alles ist zu beherzigen, wenn aus Sowjetkritik nicht ein Hilfsdienst für den immer reaktionären Antikommunismus werden soll.

III.

Es gehören immer zwei dazu, wenn es Verständigung geben soll – so auch bei der heute der gefährlichen Polarisierung entgegensetzenden Verständigung innerhalb der linken Bewegung. Die Haltung der Sowjetkritiker müßte wacher sein gegen die Gefahr der Ausnützung durch den Antikommunismus und gerechter und offener gegenüber dem »realen Sozialismus«; die Haltung der Sowjetapologeten (sie mögen mir diese Etikette einen Augenblick – der Kontrastierung wegen – verzeihen, weil Apologetik, also Verteidigung des Bestehenden, ja nicht eo ipso etwas Verfehltes sein muß) müßte statt empfindlich gegen Kritik empfänglich für sie sein, und natürlich nicht nur für freundliche, sorgsam begrenzte, sondern ebenso auch für scharfe, ja auch ungerichte und feindselige. Wie soll ich je die Wahrheit über mich erfahren, wenn ich nicht auch begierig nach der Wahrheit in den Anklagen meiner Feinde frage, ebenso in den Anklagen früherer, jetzt zu Gegnern, für mich zu Ketzern gewordener Freunde? Das Üble an der antikommunistischen Propaganda sind die hinter ihr stehenden Intentionen und Interessen, nicht ihr Mangel an wahren Elementen. Enthielte sie nicht soviel Wahres und würde sie von den Sowjetkommunisten nicht ständig mit neuem Stoff beliefert, aus dem sie ihre Munition fabriziert, sie könnte nicht auf die Dauer so breite und tiefgehende Wirkung haben. Die Deportationen und Zwangsarbeitslager sind leider keine Erfindung von Solschenizyn – wie schön, wenn es so wäre! – und lassen sich weder durch Ignorierung noch durch Verweis auf Soschenizyns politische Torheiten aus der Geschichte streichen. Durch die Greuel der stalinschen Periode ist alles, was sich auf den Marxismus beruft, bis auf die Knochen blamiert. Daraus kann man sich nicht herausarbeiten durch Verdrängen und Verkleinern, sondern nur durch Kenntnisnahme und Eingeständnis der Realitäten. Ein wie mitleiderregendes Bild boten zahlreiche hochachtbare Kommunisten (auch ein mir so teurer Name wie der von Ernst Bloch ist hier zu nennen), die 1956 das, was alle Welt längst wußte, erst glaubten, als es der Sekretär der KPdSU, noch dazu sehr abgemildert und unvollständig, auf dem zwanzigsten Parteitag vortrug: aus dem Märchenhimmel fallende Kinder, die hören, daß es keinen Weihnachtsmann gibt! Mit der Parole vom »Personenkult« das zu bewältigen, konnte nur von einer Partei versucht werden, der der Marxismus aus einer kritischen – und also auch selbstkritischen anzuwendenden – Methode zur Staatsreli-

gion verkommen war. Aber immerhin, man wagte die Entstalinisierung, und sie brachte große Fortschritte, die es verboten, die jetzigen Herrschaftsmethoden in der SU als Neostalinismus zu denunzieren. Die Unzulänglichkeiten in der Bewältigung der Vergangenheit sind vielmehr Merkmale einer Bewältigung durch eine herrschende Schicht, die – parallel zur Bundesrepublik! – mit der Schuld und dem Profit dieser Vergangenheit durch unzählige Biographien verbunden ist und sich deshalb von deren Methoden² nur allmählich und mit Rückfällen zu lösen vermag.

Ein Eingeständnis ohne alles Drumherumgerede ist nötig. Es genügt nicht die erfreuliche Versicherung, man wolle das östliche Modell nicht auf uns übertragen. Es muß die Katastrophe für die sozialistische Bewegung eingestanden werden, die darin besteht, daß 60 Jahre nach der Oktoberrevolution die Zusammengehörigkeit der Worte Sozialismus und Demokratie als tautologische Zielangabe sich in einen Gegensatz verwandelt hat – das *handicap*, mit dem wir täglich zu tun haben. Auf die Sowjetunion richten sich hoffnungsvoll die Blicke vieler unterdrückter Menschen außerhalb Europas, noch nicht aber z. B. die Blicke der westdeutschen Arbeiter und Intellektuellen, wenn man von der kleinen Minderheit der DKP und ihres Umfeldes absieht. Statt daß bürgerliche, *formale* Demokratie zur sozialistischen, *materialen* weiterentwickelt wäre, sehen wir hierarchische Systeme, von der Sowjetunion hegemonial kontrolliert, – immer noch mit Kindergartengängelung erwachsener Menschen, – mit Verbindung der Funktionen mit so großen materiellen und Macht-Privilegien, daß für historische Materialisten deren Verteidigung als politisches Ziel des Funktionsapparats sich unvermeidlich ergibt, – trotz aller rechtsstaatlichen Fortschritte gegenüber der Stalinzeit immer noch mit Rechtsunsicherheit durch die Einheit von Geheimdienst und Polizei, – mit allen Schattierungen des Strafvollzugs von human bis brutal, – statt öffentlicher Kontrolle der Regierenden Informationsmangel der Öffentlichkeit und gerade deswegen weitgehende Uninformiertheit der Führenden mit der Folge enormer Fehlentscheidungen in Wirtschaft, Innen- und Außenpolitik, diskutiert nur im engsten Führungskreis, dessen Entscheidungen den Untertanen obrigkeitlich offenbart werden, – im Kulturellen der Freiheit zur ungebundenen Kreativität ermangelnd, am antiquierten Dogma der Unvereinbarkeit von Religion und Wissenschaft versteift festhaltend.³ Statt Gartenlaube-Schilderungen à la Peter Schütts »Ab nach Sibirien« sind von Kommunisten, die ernst genommen werden wollen, klare Eingeständnisse des Abstands dieser Realität von dem im Worte »sozialistisch« enthaltenen Anspruch zu erwarten, damit aussichtsreich darüber diskutiert werden kann, ob es sich um einen Abstand *vom* sozialistischen Weg oder um einen Abstand *auf* dem sozialistischen Weg vom sozialistischen Ziel handelt.

Nur wenn man sich der Realität schonungslos stellt – und zwar öffentlich und nicht nur hinter den Kulissen, hinter dem »Feind hört mit!«-Vorhang, der noch immer der Denk-Unterwerfung gedient hat –, nur dann kann man mit Aussicht auf Gehörtwerden auch vom Positiven sprechen, von den sozialistischen Errungenschaften, und nur dann kann man auch für mildernde Umstände plädieren, d. h. für Beachtung der politischen Bedingungen, unter denen die eingekreiste Sowjetunion aufgebaut werden mußte, und der historischen Bedingungen: Aufbau der sozialistischen Gesellschaft nicht nach der Prognose der Klassiker als das neue, bessere, humanere Produktionssystem für die unter dem Kapitalismus entwickelten Produktivkräfte, sondern in einem Agrarland am Anfang der Industrialisierung – und noch dazu auf der Grenze von

Europa und Asien. Weshalb so erbittert auf das Stichwort von der »asiatischen Produktionsweise« reagieren, das von Rudolf Bahro (in anderer Weise als von Rudi Dutschke und sicher noch sehr überprüfungsbedürftig) herangezogen worden ist, um zu erklären, wie wenig die sowjetische Entwicklung den Erwartungen der Führer der Oktoberrevolution und der europäischen Revolutionäre entsprochen hat? Hier geschieht eine notwendige Anreicherung der marxistischen Methode, die als eine historische selber von ihren historischen Bedingungen geprägt, darum bisher zu eurozentrisch gewesen ist. In Lateinamerika, Asien und Afrika ist seit langem das Bemühen im Gange, sie so zu modifizieren, daß sie nicht-europäischen Voraussetzungen und Traditionen besser entsprechen kann.⁴ So verweist jenes Stichwort sowohl auf einen Ballast von Voraussetzungen, der eine demokratisch-emanzipatorische Entwicklung des osteuropäischen Sozialismus verhindert hat, wie auch auf kulturelle Besonderheiten der betreffenden Völker, die von der sozialistischen Revolution nicht niedergewalzt, sondern fruchtbar gemacht werden sollen.⁵

Es besteht darum aller Anlaß, die mit jenem Stichwort angedeutete historische Frage mit allem Ernst aufzunehmen, und dies auch, damit kommunistische Selbstkritik wirklich eine marxistische sei und nicht nur eine personalisierend-moralische. Solange sie mit der Kategorie des Personenkultes auskommt, ist sie das sicher nicht. Die soeben von fünf führenden Intellektuellen der KPF herausgegebene Rechenschaft »L'U.R.S.S. et nous«⁶ stößt ungleich weiter vor, stellt sich der Frage: »Ist die UdSSR sozialistisch?«, nennt die Vorstellung, der Stalinismus sei »ein Tumor auf einem gesunden Körper«, eine Fiktion, die aufgegeben werden muß, bedauert die Verdammung von Trotzki und Bucharin und die Verkennung der Bedeutung von R. Luxemburg und A. Gramsci und gipfelt in fünf selbstkritischen Fragen des Herausgebers, die die Massenbasis, die Verselbständigung der Partei und ihrer Führung, die gesellschaftlichen Widersprüche, das demokratische Defizit und das Ethos der Partei betreffen. Die »Libération« (8. 9. 1978) stellt dazu fest, daß solche Frageweise immer noch mit dem Rücken zu der nötigen Gesellschaftsanalyse steht, zu einem »Examen der Fakten, Kräfte und Delirien, die in der sowjetischen Gesellschaft dieser Epoche am Werke waren«; die Fehler würden nur in den Kalkulationen und Konzeptionen der Parteiführung gesucht. Das läßt an die Abfertiger des Buches von R. Bahro aus dem DKP-Lager denken: Indem sie seinen Versuch einer Analyse der objektiven Ursachen für die sowjetische Entwicklung abweisen, bleibt nur übrig, deren Defizite der Subjektivität der Partei und ihrer Führung anzulasten. Je weniger die Abhängigkeit der Partei von den objektiven Faktoren, zu denen auch die Erbmasse der »asiatischen Produktionsweise« gehört, zugegeben wird, desto vernichtender muß das Urteil über die dergestalt als überlegenes Subjekt der Geschichte gerettete Partei lauten. Im besonderen die Arbeit von Bahro bietet den Genossen der auf Moskau orientierten Parteien die Chance, ihre eigene Geschichte zu verstehen, indem sie Bahros Ansatz aufgreifen und in kritischer Diskussion weiter verfolgen. Dann wird sie selbst die Scham ergreifen über die Behandlung, die eine inmitten ihrer politischen und ökonomischen Stabilität offenbar durch ihre eigene ideologische Sterilität nur panisch reagierende Bürokratie ihm zuteil werden läßt, und weil sie sich für die DDR verantwortlich wissen, werden gerade sie es dann sein, die sich – ob öffentlich oder hinter den Kulissen – dafür einsetzen, daß dieser Schandfleck für die DDR bereinigt und R. Bahro in Freiheit an der Diskussion über sein Buch teilnehmen kann.

Den DKP-Genossen würde das helfen, für sich selbst ein klareres Verständnis der sowjetischen Form des Sozialismus und des Verhältnisses derselben zu den westeuropäischen Traditionen, damit auch zum vorleninschen Marxismus als einem westeuropäischen Gewächs und zur westeuropäischen Arbeiterbewegung zu gewinnen. Ohne das kann man im westlichen Bereich nicht politisch arbeiten – oder verdient tatsächlich die Mißachtung, die Breschnew nach Mlynars Bericht bei den Moskauer Verhandlungen mit der Dubcek-Gruppe im August 1968 über die westeuropäischen kommunistischen Parteien geäußert hat. Damit würde, wie heute endlich bei diesen Parteien, so dann auch bei der DKP die Identifikation von Sozialismus und Sowjet-Kommunismus wegfallen. Vorerst bekommen wir sie immer noch zu hören, wenn uns die DKP-Genossen verkünden: »Es gibt keinen ›dritten Weg‹ zwischen Kapitalismus und Sozialismus«. Das ist gewiß: Eine Gesellschaft kann nur entweder kapitalistisch oder sozialistisch sein, und wer da eine Mischform will, der wird nur eine Variation von Kapitalismus zustandebringen. Aber dann kommt die voreilige Gleichsetzung: Weil Sozialismus = Sowjetkommunismus, darum gibt es keinen dritten Weg zwischen Kapitalismus und sowjetischem Weg zum Sozialismus. So klang es seit Gründung der Komintern. Mit dieser Alternative bekamen der westliche Arbeiter und der westliche Sozialist nur zwei Wege vorgelegt, die beide für sie abschreckend waren, und was Wunder, wenn sie dann den kapitalistischen als die angenehmere Art, kaputtzugehen, wählten? Es gibt keinen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus, aber es gibt, zum Glück, viele Wege zum Sozialismus – und nicht nur den sowjetischen. Diese Selbstverständlichkeit hat Stalin vor 30 Jahren dem Anton Akkermann und seinen Freunden zu sagen verboten, sehr zum Schaden der sozialistischen Bewegung in Deutschland. Inzwischen ist sie historische Wirklichkeit geworden. Für die DKP bedeutet das: sie muß noch deutlicher als bisher sagen, daß es ihr bei aller Gerechtigkeit für die Sowjetunion und Verbindung zur Sowjetunion und zur DDR um einen nicht-sowjetischen Weg zum Sozialismus für Westdeutschland geht. Von einem Sozialismus mit französischer Farbe kann Georges Marchais sprechen; wie wir Deutschen durch unsere faschistische Vergangenheit dran sind, kann man daran sehen, daß der entsprechende Ausdruck »Sozialismus mit deutscher Farbe« allseits nur unangenehme Empfindungen wecken kann. Lassen wir also die Frage nach der nationalen Farbe – entscheidend ist, daß es sich um einen nicht-sowjetischen Weg handeln muß. Daß ihr Ziel sei, dem deutschen Volk den sowjetischen Weg zum Sozialismus zu *ersparen* – das muß die DKP deutlich und ohne Kautelen sagen, wenn sie Aussicht auf politische Wirkung bekommen will. »Sowjetischer Weg« ist hier historisch zu verstehen: abgesehen vom Stalinismus, der doch nicht nur ein Betriebsunfall war, sondern seine tiefen Gründe in der Konstruktion und Mentalität der KPdSU ebenso wie in der russischen Tradition hatte, – all die Fehlplanungen und Schwankungen von Anfang an mit den daraus resultierenden ökonomischen Ineffizienzen und den Mangelentwicklungen des sozialistischen Bewußtseins, der »demokratische Zentralismus« als ein Zentralismus ohne Demokratie, mit oligarchischer Partei- und Staatsführung, die Kollektivierung der Landwirtschaft und der forcierte Aufbau der Schwerindustrie ohne Rücksicht auf Verluste, die Erstickung von Diskussion und Kritik und die brutale Behandlung der Andersdenkenden. Das war der schwere Weg des Sowjetvolkes zur jetzigen Macht und den jetzigen Errungenschaften. Das kann und soll nicht unser Weg sein. Dies muß klarer gesagt werden, dann wird es auch

leichter eine Basis der Kooperation zwischen den beiden jetzt sich polarisierenden Strömungen der Linken geben. Nicht einmal die Invasion in die CSSR vom August 1968 kann die Testfrage sein. Für mich wie für viele ist sie – samt der darauf folgenden »Normalisierung« in der CSSR – eine der verhängnisvollsten Fehlentscheidungen der Sowjetführung, moralisch wie politisch gleich verheerend. Ich muß von jedem, mit dem Kooperation aussichtsreich sein soll, erwarten, daß er diese Beurteilung ernst nimmt und zu diskutieren bereit ist, auch wenn ihm – wegen größeren Zutrauens zur politischen Weisheit der Sowjetführung – daran liegt, erklärende und entlastende Argumente vorzubringen. Was aber für die Zusammenarbeit hier bei *uns* nötig ist, ist unabhängig von der Beurteilung der Sowjetunion und ihrer Politik die für uns wichtige Übereinstimmung: Der sozialistische Weg, den wir für die Bundesrepublik anstreben, wird aufgrund der gänzlich anderen Bedingungen keine Ähnlichkeit mit der sowjetischen Entwicklung haben können.

IV.

Es geht darum, daß die Diskussion, die nötig ist (und auch möglich, weil wir für sie – da ja eine revolutionäre Situation nicht in Sicht ist – noch Zeit haben), *gemeinsam* geführt wird, nicht in jedem der beiden Lager, in die sich die Linken in der BRD z. Zt. wegen der Sowjetfrage auseinanderpolarisieren, getrennt und gegeneinander, im Schlagabtausch mit gegenseitigen Verdammungen, die nur der Selbstbestätigung dienen und nicht den geringsten Erkenntnisfortschritt bringen, zudem unfähig machen zu der bei *uns* hier für *unsere* Probleme und Aufgaben nötigen Kooperation.

Eine solche Kooperation wird auf theoretischer Ebene seit Jahren in dieser Zeitschrift versucht, mit wechselndem Erfolg, auch mit wechselnder Gewichtsverteilung, mal dem einen zu DKP-lastig, mal dem anderen zu wenig, darum immer wieder auch mit Abbestellungen und Aufkündigung der Mitarbeit bedacht – und also immer wieder in Finanznot. Sie hält zäh an der Überzeugung von der Notwendigkeit dieser Kooperation und Diskussion fest und ist dadurch einzigartig und deswegen unentbehrlich geworden. Sie tut das auf einem Reflexionsniveau, das nur erreicht werden kann, wenn man sich nicht selbst einmauert in »selbstverschuldete Unmündigkeit« (Kant). Diese – es ist wahr – meinen viele oft genug und in einem oft zunehmenden Prozeß an Genossen wahrzunehmen, die zur DKP stoßen, vor allem wohl wegen der dort gehegten Meinung, eine offene Diskussion dürfe nur parteiintern geführt werden, nach außen müsse die Partei geschlossen erscheinen, zumal bei ihrer jetzigen Kleinheit und Isoliertheit. Nichts falscher als diese Meinung! Nicht nur für Intellektuelle, auch für Arbeiter sind monolithische Parteien nur noch abschreckend, ohne jeden Zauber, und es hat noch nie eine monolithisch sein wollende Gruppe gegeben, die sich vor dem damit verbundenen Verdummungs- und Sterilisierungsprozeß hätte schützen können. Aber ähnliche Borniertheit werden die DKP-Genossen oft genug auch bei den Sowjetkritikern beobachten, und so möge jeder seinen »Austritt aus selbstverschuldeter Unmündigkeit« darin betätigen, daß er sich zu der offenen Diskussion fähig macht, für die dieser Aufsatz plädiert und für die diese Zeitschrift eine Chance sein soll. Deshalb kommt es nach wie vor darauf an, 1. dem Antikommunismus unter uns keine Chance zu geben, 2. uns zu konzentrieren auf die gemeinsame Arbeit, die wir unter westdeutschen und westeuropäischen Bedingungen zu leisten haben, und 3. die nötige Diskussion innerhalb der Linken so zu führen, daß der Un-

terschied zwischen einer positiveren und einer negativeren Einschätzung des »real existierenden Sozialismus« diese gemeinsame Arbeit nicht hindert oder gar unmöglich macht.

Anmerkungen

1 Der »Unvereinbarkeitsbeschuß« besagt, daß die Mitgliedschaft in der SPD unvereinbar sei mit der Zusammenarbeit mit Kommunisten.

2 Zur Frage des Mißbrauchs der Psychiatrie gegen Dissidenten verweise ich auf den Aufsatz von Erich Wulff: Psychiatrie und Herrschaft. Politische Indienstnahme der Psychiatrie in West und Ost, in: *Argument* 110 und 111/1978.

3 Ergänzende Andeutung auf Bitte der Redaktion: Die Antiquiertheit des Dogmas zeigt sich an der Antiquiertheit seiner Formulierung: 1. Der Phänomen- und Aussagebereich von Wissenschaft einerseits, Religion andererseits ist längst nicht so genau bestimmbar und abgrenzbar, wie die Formulierung voraussetzt und suggeriert. 2. Der Singular (»die« Wissenschaft, »die« Religion) faßt Phänomene von großer Verschiedenheit zu einer Einheit zusammen, die höchst problematisch ist und kaum verifiziert werden kann. 3. Miteinander »unvereinbar« kann man – soweit überhaupt genau bestimmbar – wissenschaftliche und religiöse Aussagesätze nennen, wobei es nötig ist, sie nicht nach dem unzulänglichen Schema rational/irrational zu verteilen, sondern auf zwei verschiedene Ebenen der menschlichen Vernunft, auf deren einer die wissenschaftlich-technische Sprache (instrumentelle Vernunft), auf deren anderer die symbolische Sprache angesiedelt ist. Die Schlußfolgerung, daß diese verschiedenen Aussageweisen nicht von ein und derselben Person vereinigt werden können, daß also jeweils die gleiche Person nur auf der einen oder auf der anderen Aussageebene ihr Weltverhältnis aussprechen könne (»entweder Wissenschaftler oder Christ«), ist Exempel eines logischen Kurzschlusses. 4. Wer nur Aussagen auf der wissenschaftlichen Ebene die Chance, wahr zu sein, zuspricht, verengt den Wahrheitsbegriff auf die Möglichkeiten der instrumentellen Vernunft und schließt damit nicht nur religiöse Aussagen, sondern auch sehr viele andere Beziehungen zwischen dem menschlichen Subjekt und der Welt von der Chance, wahr zu sein, aus. Dies ist eine wahrhaft eurozentrische, d. h. im neuzeitlichen europäischen Denken realisierte Engführung, der Menschen anderer Tradition sich heute nicht mehr zu beugen gedanken. 5. »Wovon man nicht sprechen kann, darüber muß man schweigen« (Ludwig Wittgenstein, *Tractatus logico-philosophicus*, letzter Satz). Das heißt, im Sinne des späteren Wittgenstein bescheidener formuliert: »Wovon man nicht auf der wissenschaftlichen Aussageebene sprechen kann, darüber muß man auf dieser Ebene schweigen«. Ob man gänzlich davon schweigt oder andere Aussagemöglichkeiten zu haben meint, darüber kann von der wissenschaftlichen Ebene aus nicht entschieden werden. Jenes Dogma ist also samt seiner Begrifflichkeit tief unterhalb des Niveaus der heutigen wissenschaftstheoretischen und religionswissenschaftlichen Diskussion; infolge der Bindung an dieses Dogma gilt das auch für die einschlägige Literatur in der Sowjetunion und der DDR, die, weil auf dem Reflexionsniveau des 19. Jahrhunderts verharrend, zu einem so wichtigen Teil des Marx'schen Denkens, wie es die Marx'sche Religionskritik darstellt, seit langem nur zu Rezitationen, nicht aber zu produktiven Beiträgen imstande ist.

4 Für die indische Diskussion vgl. den ausgezeichneten Überblick von Bastian Wielenga, *Marxist Views on Indian Historical Perspective*, Bangalore 1977, für die lateinamerikanische Diskussion vgl. Darcy Ribeiro, *Der zivilisatorische Prozeß*, Frankfurt/M. 1971.

5 Vgl. dazu Wolfg. F. Haug, »Marxismus, Dritte Welt und Eurozentrismus«, Thesen zur III. Konferenz »Sozialismus in der Welt«, Cavtat 1978, unveröff. MS (erscheint in einem der nächsten *Argument*-Hefte – Anm. d. Red.).

6 Hg. von Francis Cohen (Mitarbeiter der Außenpolitischen Sektion des ZK der KPF und Herausgeber der Zeitschrift *Nouvelle Critique*), unter Mitwirkung von Alexander Adler, Maurice Decailot, Claude Frioux und Léon Robel; Editions Sociales, Paris 1978; dazu ausführlich *L'Humanité* vom 4. 9. 1978.

Macht und Gesundheit

Politisch-ökonomische Bedingungen der Resistenz des Gesundheitswesens gegenüber Strukturveränderungen*

1. Vorbemerkung
2. Die Rolle der Gesundheitspolitik des Staates im Rahmen herrschaftssichernder politisch-sozialer Bündnisstrategien
 - 2.1. Mittelstandspolitik und Gesundheitswesen
 - 2.2. Politisch-soziale Bedeutung der Krankenhausträger
 - 2.3. Ärztliche Niederlassung
3. Ökonomisches Interesse an der Rückständigkeit
4. Drei Schlußfolgerungen

1. Vorbemerkung

Das Gesundheitswesen ist ökonomisch desintegriert, die Ineffizienz seiner Strukturen verursacht einen erheblichen ökonomischen Problemdruck, der sich seit Beginn der wirtschaftlichen Stagnation und der daraus resultierenden Finanzierungsgpässe der öffentlichen Haushalte weiter verstärkt hat.¹

Besonders von fortschrittlichen Autoren ist Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre davon ausgegangen worden, daß dieser systemimmanente Veränderungsdruck groß genug sein würde, um die überkommenen Strukturen des Gesundheitswesens zu durchbrechen. Vor allem einem der Haupthindernisse grundlegender Reformen, dem ambulanten Behandlungsmonopol der ärztlichen Niederlassung wurde – nicht zuletzt von den Standesorganisationen selbst – schlechte Prognosen gestellt. Die zu erwartenden Konfliktlinien wurden eher darin gesehen, daß sich dann technokratische Modernisierungsstrategen auf der einen Seite und arbeitnehmerorientierte Reformen auf der anderen Seite gegenüberstehen. Stattdessen sind, und dies trotz gesamtgesellschaftlich verstärktem wirtschaftlichen Problemdruck, die Grundstrukturen unverändert geblieben.

Im folgenden geht es darum, einige im Gesundheitswesen selbst liegende politische und ökonomische Faktoren dafür zu benennen, daß das Gesundheitswesen – etwa im Vergleich zum Bildungs- und Forschungswesen – trotz erheblicher Modernisierungsdefizite eine hohe Resistenz gegenüber strukturellen Veränderungen aufweist. Dabei zeigt es sich, daß die tendenziell zunehmende Unverträglichkeit von Aufwand und Nutzen der Gesundheitsinstitutionen mit den Erfordernissen der ökonomischen Systemreproduktion und denen der Versorgung der Sozialversicherten weniger und nicht in erster Linie ein »Steuerungsproblem«² als ein *Machtproblem* ist.

Vor allem nach dem Beginn der sozialliberalen Regierungsära (1969) wurden auf einem breiten politischen Spektrum mit unterschiedlichen Motivationen erhebliche Mängel des Gesundheitswesens öffentlich thematisiert³, deren Ursachen vor allem den folgenden Ebenen zugeordnet werden können:

* Für Hinweise danke ich R. Rosenbrock

- der rückständigen Arbeitsorganisation *innerhalb* der bestehenden Institutionen;
- der mangelnden Arbeitsteiligkeit und Kooperation *zwischen* den Institutionen und den einzelnen Sektoren;
- dem Widerspruch zwischen der primär kurativen Ausrichtung der medizinischen Institutionen zu den von den modernen Volkskrankheiten diktierten, vorwiegend präventiven und rehabilitativen Erfordernissen und – schließlich als Ergebnis – auf
- der »strukturellen Ineffizienz«. Diese drückt sich einerseits in einer zunehmend ungünstigeren Kosten-Nutzen-Relation des ökonomischen Gesundheitsaufwandes aus, was zur ökonomischen Desintegration führt und in qualitativer Hinsicht zur medizinischen Fehlversorgung.

Zwei Zusammenhänge sollen hier beleuchtet werden, von denen her – wenn auch keinesfalls ausschließlich – die weitgehende Immunität des Gesundheitswesens gegen den von seiner makro-ökonomischen und medizinischen Dysfunktionalität ausgehenden *Veränderungs- bzw. Integrationsdruck* erklärlich wird. Beide haben langfristigen Charakter und sind letztlich nur verständlich, wenn die Bedingungen der Vor- und Frühgeschichte der Bundesrepublik mitgedacht werden:

Die *erste* Ursache liegt in der Funktion begründet, die der Gesundheitspolitik im Rahmen herrschaftssichernder politisch sozialer *staatlicher* Integrationsstrategien zukommt. Die Gesamtstrategie seiner Regierungen befindet sich auf dem Gebiet der Gesundheitspolitik in der Bundesrepublik in einem spezifischen Widerspruch zwischen der Sicherung der gesamtwirtschaftlichen Verwertungsbedingungen und der Stabilität des politisch-sozialen status quo.

Die *zweite* Ursache ist in dem politischen *Machtpotential* zu suchen, welches jene gesellschaftlichen Gruppen zu entfalten in der Lage sind, deren *ökonomische Interessen* sich mit den bestehenden Strukturen des Gesundheitswesens weitgehend decken. Soweit diese politische Macht sich aus der objektiven sozialen Stabilisierungsfunktion solcher im Gesundheitswesen eingebundenen Gruppen ergibt, wird im ersten Punkt darauf eingegangen. Hier geht es jedoch um eine Skizzierung dessen, was im engeren, mehr ökonomischen Sinne als »medizinisch-industrieller Komplex« bezeichnet werden könnte.

2. Die Rolle der Gesundheitspolitik des Staates im Rahmen herrschaftssichernder politisch-sozialer Bündnisstrategien

2.1 Mittelstandspolitik und Gesundheitswesen

Im folgenden soll die These begründet werden, daß dieselben Strukturen, die ökonomisch desintegriert sind, auf der staatlichen Wirkungsebene der politisch-sozialen Stabilisierung des bestehenden Herrschaftsgefüges durchaus positiv-funktionale Eigenschaften hatten und haben, die durch ökonomische Anpassungsstrategien gefährdet werden. Der Hauptgrund liegt vor allem in der »*mittelstandskonservierenden Funktion*« des Gesundheitswesens. Das heißt: die bestehenden Institutionen konservieren in einem hohen Maße soziale Gruppen, denen für den Bestand des gesellschaftlichen status quo, der bestehenden Herrschafts- und Machtstrukturen in der Bundesrepublik, entscheidende Bedeutung zukommt. Dabei ist es relativ gleichgültig, ob es sich um freiberufliche Gruppen (Niedergelassene Ärzte, Apotheker) oder um privilegierte Bezieher von Kontrakteinkommen (z. B. Chefärzte) handelt.

Diese Stabilisierungsfunktion kommt auch im Selbstverständnis ihrer ideologischen Interessenwahrer zum Ausdruck. So besteht nach *Deneke*⁴ die besondere Stellung der freien Berufe zum einen in »ihrer *Mittler- und Maklerfunktion*«. ⁵ Den freien Berufen kommt nach ihrer herrschenden Eigeneinschätzung »eine soziale, die zwischenmenschlichen Beziehungen *ganz allgemein regelnde Funktion* zu. Die Mittlerrolle wird insbesondere zwischen Individuum und Staat bzw. Gesellschaft erfüllt.« ⁶ Eine zweite Bedeutung der freien Berufe wird gesehen in ihrer Funktion als »Statthalter der Freiheit«⁷, indem sie die Aufgabe haben, »die individuelle Freiheit, der sie sich selbst verschworen haben, auch für die anderen zu garantieren.«⁸ Schließlich wird in der mittelstandsapologetischen Literatur als weiteres Spezifikum freiberuflicher Tätigkeit die Funktion der »*Kulturvermittlung*« hervorgehoben.⁹

Entkleidet von dem schwülstigen Ballast, den das deutsche mittelständische Bürgertum zur Rechtfertigung seiner privilegierten Existenz aufbietet, werden dabei doch auch Elemente der realen Bedeutung dieser Schichten für das politisch-soziale Herrschaftsgefüge der bundesdeutschen Gesellschaft ausgesprochen. Auch hier sollen nur die wichtigsten Momente genannt werden:

- je schmaler die soziale Basis der Kapitaleigner durch die Unternehmenskonzentration und -zentralisation in der Gesellschaft wird, umso mehr ist ihre politisch-ökonomisch dominierende Stellung abhängig von der Stärke der Mittelschichten und dem politischen Bündnis mit diesen.

- Die aktive Organisation des Klassenkompromisses durch den Staat, d. h. vor allem: die politische und ideologische Integration der Arbeiterbewegung in die herrschende Gesellschaftsordnung vollzieht sich im wesentlichen über die Mittelschichten. Die Überfremdung des Interessenbewußtseins der Lohnabhängigen konnte nie durch die herrschende Klasse selbst geschehen. Auch hier fungieren Angehörige der Mittelschichten als notwendige Ideologieproduzenten und -verbreiter (»Mittler- und Maklerfunktion«). Auch identifiziert sich sozialüberfremdetes Lohnabhängigenbewußtsein weitgehend mit den Leitbildern der Mittelschichten.

Die diesbezügliche Bedeutung der akademischen Mittelschichten, seien sie freiberuflich wie die niedergelassenen Ärzte, Rechtsanwälte, Architekten etc. oder seien es Gehaltsempfänger mit privilegiertem sozialen Status wie Chefärzte, Richter, hohe Beamte und Offiziere, Universitätsordinarien usw., hat in den 50er Jahren noch erheblich zugenommen. Und zwar in dem Maße, wie durch die ungezügelte und staatlich geförderte Kapitalakkumulation die »klassischen« produzierenden und gewerbetreibenden Mittelschichten verdrängt wurden. So sank die Zahl der bäuerlichen Betriebe zwischen 1949 und 1966 um 36 Prozent, die Einzelhandelsbetriebe verringerten sich von 1950 bis 1966 um 18 Prozent und die Handwerksbetriebe gingen im selben Zeitraum um 27,5 Prozent zurück.¹⁰

Je mehr also die kleinen Warenproduzenten und Händler der Kapitalkonzentration zum Opfer fielen, um so wichtiger wurde die »*Mittelstandspolitik*« im doppelten Sinne. Die freischaffenden und gehaltsbeziehenden Mittelschichten mußten selbst integriert und konserviert werden, damit sie wiederum die Lohnabhängigen und ihre Interessenorganisationen politisch integrieren konnten. Diese strategischen Überlegungen hatten sich schon vor Gründung der Bundesrepublik innerhalb der herrschenden politischen und sozialen Kräfte durchgesetzt und dominierten – wie von *Hartwich* überzeugend nachgewiesen wurde¹¹ – bereits die Diskussion um die Entstehung des Grundgesetzes.

Staatliche Interventionen im Gesundheitswesen, mögen sie von der allgemeinen ökonomischen Systemrationalität und ihren jeweiligen besonderen Erfordernissen her gesehen noch so begründet sein, konfliktieren in fast jeder denkbaren Form mit der Stabilisierungsfunktion im politisch-sozialen Bereich, die von den davon betroffenen Mittelschichten objektiv wahrgenommen wird. Auch und gerade *wenn das Gesundheitswesen nach dem Kriterium der makro-ökonomischen Kapitalverwertungsbedingungen reformiert werden soll, muß dies den sozialen Status der in den alten Strukturen konservierten Mittelschichten verschlechtern*, indem sie quantitativ reduziert und partiell ihre Lage an die der Lohnabhängigen angeglichen wird. Je notwendiger aber die stabilisierende Potenz dieser Mittelschichten im Gesundheitswesen wird (niedergelassene Ärzte, Oberärzte, Chefärzte, Apotheker etc.), umso größer sind auch deren Möglichkeiten, interessenpolitischen Druck auf den Staat auszuüben. Die Resistenz des Gesundheitswesens und seiner zentralen Institutionen, der ärztlichen Niederlassung und des Krankenhauses gegenüber Veränderungen ist also eine Funktion ihres Beitrages zur Stabilisierung des politisch-sozialen Herrschaftsgefüges der Gesellschaft. Die objektive Möglichkeit der ärztlichen Standesorganisationen, Krankenhausträger usw., strukturkonservierende Druckpolitik auszuüben, hängt demnach von zwei Faktoren ab:

1. Von ihrem Beitrag zur Erhaltung des gesellschaftlichen status quo und
2. von dem entgegenwirkenden Problemdruck, der sich aus der ökonomischen Desintegration des bestehenden Gesundheitssystems ergibt.

Die Schlußfolgerung, durch den Problemdruck der ökonomischen Stagnation werde der gesundheitspolitische status quo aus den Angeln gehoben, kann nicht gezogen werden: Denn ökonomische Krisen sind stets latent auch politische Legitimationskrisen; und gerade zu deren Verhinderung und Bewältigung bedürfen die Herrschenden der ideologischen »Mittlerrolle« der Mittelschichten.

Die zentrale Stellung in diesem Zusammenhang kommt – wie noch zu zeigen ist – der *ärztlichen Niederlassung* zu. Wenig beachtet blieb bislang die Rolle der *Krankenhausträger*, die darum hier, obgleich weniger gewichtig, vorangestellt werden soll. Ihr Beitrag zur politisch-sozialen Stabilisierung besteht:

1. *direkt* in der politisch-sozialen Bedeutung des Krankenhauses und seiner Träger,
2. in der *alimentierenden und stützenden Funktion*, die die bestehenden Krankenhausstrukturen für die anderen Sektoren des Gesundheitswesens, insbesondere die Niederlassung, haben.

2.2. Politisch-soziale Bedeutung der Krankenhausträger

Das gesundheitspolitische Gewicht der privaten und freigemeinnützigen Krankenhausträger geht *nicht* primär aus ihrem Anteil an der Krankenhausversorgung hervor (Tab. 1).

| Jahres- ende | öffentliche | | freigemeinn. | | private | |
|-----------------|--------------------|-----------|--------------------|-----------|--------------------|-----------|
| | Kranken- häuser | Pl'betten | Kranken- häuser | Pl'betten | Kranken- häuser | Pl'betten |
| 1960 | 39,1 | 56,0 | 36,1 | 37,0 | 24,9 | 7,0 |
| 1970 | 37,3 | 54,6 | 35,4 | 36,5 | 27,3 | 8,9 |
| 1976 | 37,0 | 52,8 | 33,7 | 35,3 | 29,3 | 11,9 |

Quelle: Stat. Bundesamt, FS A, Reihe 7 (1976); FS 12, Reihe 1 (1978) (eig. Berechng.)

Tab. 1: Verteilung der Krankenhäuser und planmäßigen Betten auf Krankenhausträger (in Prozent)

Wesentlicher ist die Funktion, die dem Unterhalt von Krankenhäusern für die gesellschaftspolitische *Legitimation der verschiedenen Träger* zukommt. Dem wurde von konservativer Seite bereits von der Grundgesetzentstehung an und in der gesamten späteren von ihr beeinflussten Sozialgesetzgebung Rechnung getragen, indem die wohlfahrtspflegerischen Funktionen so weitgehend wie möglich »entstaatlicht« wurden. »Die aus dem Sozialstaatsgrundsatz des Grundgesetzes fließende staatliche Aufgabe der Hilfe, Fürsorge und Korrektur«, wurde de facto als »sekundär, eben subsidiär« behandelt und den freien Wohlfahrtsverbänden, insbesondere *kirchlicher Art* der Vorrang eingeräumt.¹² Symptomatisch ist, daß bereits in das Grundgesetz zwar kirchenpolitische Fragen, »nicht aber soziale und wirtschaftliche Grundrechte«¹³ eingegangen sind. Das Bündnis zwischen den politisch dominierenden konservativen Kräften und der Kirche – das nicht zuletzt in der Namensgebung der führenden bürgerlichen Partei seinen Ausdruck findet – hat konkrete Auswirkungen auf die Gesundheits- und Krankenhauspolitik: Das ergibt sich vor allem aus der Rolle der Kirchen in der Restauration der kapitalistischen Gesellschaftsordnung in den Westzonen und später der Bundesrepublik. Als einzige bürgerliche Institution von Bedeutung galten die Kirchen nach Kriegsende nicht als unmittelbare Kollaborateure mit den herrschenden Kräften des Faschismus. Dadurch waren ihre Vertreter in der Lage, die »christlich-abendländisch« verbrämte Legitimation für die Restaurierung der alten Besitz- und Machtverhältnisse, der späteren Wiederaufrüstung und des »kalten Krieges« (der nicht zuletzt ein Instrument innenpolitischer Disziplinierung der Arbeiterbewegung war) zu liefern. So erklärte beispielsweise die Fuldaer Bischofskonferenz 1954: »Die Wiederbewaffnung (. . .) ist eine notwendige Forderung eines jeden Christen, denn es muß das christliche Abendland geschützt werden gegen die Gefahr des Bolschewismus, gegen jene teuflischen Ideologien, welche Christentum und Kirche mit allen Mitteln ausrotten wollen.«¹⁴ Der evangelische Landesbischof *Lilje* beteuerte: »Der Unternehmer ist ein aufgebbares Element, ein nicht wegzudenkender Faktor unserer heutigen wirtschaftlichen und sozialen und staatlichen Ordnung. Ohne den Unternehmer als Typus unserer Gesellschaft kann es zu einer vollständigen Sozialisierung des öffentlichen Lebens kommen.«¹⁵

Mit der rasch sich vollziehenden Verstädterung und Säkularisierung des Alltagslebens geriet nun die Kirche ihrerseits in zunehmende Legitimationsnöte, die auch ihrer politischen Funktion für die Regierenden abträglich waren. In diesem Zusammenhang muß dann auch das gemeinsame Interesse gesehen werden, das Klerus und herrschende Klasse an der unangetasteten kirchlichen Krankenhausträgerschaft haben. Denn hieraus kann auch unter gewandelten Bedingungen die Kirche ihre soziale Legitimation beziehen. Sie ist in zunehmendem Maße darauf angewiesen. Die Forderung nach *Eigenwirtschaftlichkeit*, d. h. Eigentümerautonomie im Krankenhausbereich ist also nicht lediglich – wie *Dammroff* formuliert – als »Ausdruck der bürgerlich-konventionellen Gerechtigkeitsauffassung«¹⁶ – anzusehen, sondern hat ihre Bedeutung für das konservative Bündnis im Rahmen der politisch-sozialen Stabilisierungspolitik. Denn danach muß, unabhängig vom prozentualen Anteil der freigemeinnützigen Träger am Krankenhauswesen, dessen Verfaßtheit mit deren Erfordernissen kompatibel sein.

Die *innere Struktur* des Krankenhauses mit seinem hierarchischen Chefarztsystem, den Privatstationen sowie der Einteilung nach Pflegeklassen ist im doppelten

Wortsinne mittelschichtkonservierend. Zum einen bewahrt sie eine Schicht ökonomisch und sozial hochprivilegierter Chefärzte. Zum anderen bietet sie in der ersten und zweiten Pflegeklasse (die auch nach der neuen BpflV nur verbal beseitigt sind), eine Unterbringung und Behandlung¹⁷, durch die sich die Mittelschichtpatienten von den allgemeinen Bedingungen der Krankenhausversorgung weitgehend unabhängig machen können. Mit der Autonomie der Träger bleiben auch diese Strukturen unangetastet. Zudem ist hier noch anzumerken, daß die weltanschaulich orientierten Krankenhausträger über die Institution als unmittelbare Ideologievermittler gegenüber Patienten und Angehörigen fungieren können. Gegen die arbeitsverfassungsrechtlichen Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte des Personals (Personalvertretungs- bzw. Betriebsverfassungsgesetz) sind sie überdies noch durch die »Tendenzschutz«-Klausel abgesichert.

2.3. Ärztliche Niederlassung

Im Zentrum des Zusammenhangs von staatlicher Gesundheitspolitik und politisch-sozialer Stabilisierung stehen freilich die *niedergelassenen Ärzte*. Sie sind in mindestens zweifacher Hinsicht als die *innere Strukturklammer des Gesundheitswesens* anzusehen. Zum einen politisch durch die von ihnen dominierten ständischen Interessenorganisationen. Zum anderen wegen ihrer zentralen Stellung im interdependenten Gesamtgefüge der medizinischen Institutionen. *Naschold* sieht zu Recht in ihrer Statusbedrohung eine wesentliche Bedingung für das Scheitern des Blank'schen Versuchs eines Krankenversicherungs-Neuregelungsgesetzes 1959, und sicher ist die Erfahrung, die man staatlicherseits dabei gemacht hat, auch Hauptgrund für das Unterbleiben weiterer ähnlicher Versuche.

Durch die Interdependenzen ökonomischer, inhaltlich-arbeitsteiliger und politischer Art, die zwischen Arztpraxis und Krankenhaus bestehen, werden durch krankenhauspolitische Interventionen immer auch Interessen der niedergelassenen Ärzte berührt und deren politische Potentiale gegebenenfalls auf den Plan gerufen. Dadurch können die Auswirkungen, die von der Krankenhauspolitik auf die Verteilungs- und Statusinteressen der niedergelassenen Ärzte ausgehen, auch nicht ohne Einfluß auf die krankenhauspolitischen Akteure sein: Insgesamt kommt das bestehende Krankenhauswesen den Interessen der niedergelassenen Ärzte entgegen. Das betrifft sowohl die Trägerautonomie, als auch die Beschränkung des Krankenhauses auf stationäre Versorgung.

Zwar konkurrieren die niedergelassenen Ärzte mit den Krankenhäusern ökonomisch um Anteile am Fonds der Gesetzlichen Krankenversicherungen und werden somit auch durch die staatliche Limitierung der Pflegesätze alimentiert. Dennoch haben die Standesorganisationen, in denen Ideologie und Interessen der freipraktizierenden Ärzte dominant sind, ihr politisches Gewicht stets gegen eine staatliche Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung in die Waagschale geworfen. Ihr verteilungspolitisches Interesse drückt sich eher in Forderungen nach Verbilligung bzw. Verknappung der Krankenhausleistungen aus. Aus der Perspektive der 70er Jahre nicht zu Unrecht, wird von einer staatlichen Finanzierungsbeteiligung an den Krankenhauskosten langfristig eine Statusbedrohung auch der niedergelassenen Ärzte befürchtet. Denn mit der staatlichen Teilfinanzierung verbinden sich staatliche Regulierungskompetenzen. Man ging davon aus: »Bezuschussung jedweder Art provoziert

Eingriffswünsche (. . .) wer subventioniert, interveniert«. ¹⁸ Und da staatliche Interventionen nach einer Planung erfolgen sollen, ist vom Standesinteresse der »freien Berufe« her zu befürchten, daß in einem interdependenten System nicht der stationäre Teil geplant, der ambulante jedoch weiterhin spontaner Entwicklung überlassen bleiben kann. ¹⁹ Dieses ist der reale Kern der bis Mitte der 60er Jahre das herrschende wirtschaftspolitische Denken bestimmenden neoliberalen Ideologie, nach der »jeder interventionistische Eingriff notwendigerweise weitere Eingriffe nach sich ziehe und so in lawinenhaftem Anschwellen im wirtschaftlichen Kollektivismus und der Zwangswirtschaft ende.« ²⁰ Auch hier also stehen ordnungspolitische Interessen eines mächtigen mittelstandspolitischen Potentials einer der ökonomischen Systemrationalität verpflichteten staatlichen Politik entgegen. Und auch hier lagen die Prioritäten der Regierungspolitik bislang – mit Ausnahme der gescheiterten KVNG-Vorhabens von 1959, das allerdings keine Reform, sondern einen sozialpolitischen Kahlschlag beabsichtigte – stets auf dem Aspekt der politisch-sozialen Stabilisierung.

Einen Einblick in die Bedingungslosigkeit, mit der diese Prioritäten, also die Funktionalisierung von Gesundheitspolitik unter machtpolitische Ziele, praktiziert werden, gibt *Naschold* in seiner Analyse des Aufstiegs und Falls des KVNG-Vorhabens des CDU-Sozialministers Blank: Die Kassenärztliche Bundesvereinigung formulierte die Sorge, daß durch die geplante Kombination von Inanspruchnahmegebühr und einer neuen-Gebührenordnung »sowie mit der Verschärfung der vertrauensärztlichen Kontrollen Einkommenseinbußen größeren Ausmaßes zu erwarten« gewesen wären. »Das BMAuS sah in diesem Argument den Hauptgrund des ärztlichen Widerstands gegen die Reform (. . .). In privaten Gesprächen mit Vertretern der KBV (Kassenärztliche Bundesvereinigung) gaben die Beamten zu verstehen, daß, sollte die Ärzteschaft durch die Reform Einkommenseinbußen erleiden, »der präventive Hahn für die freipraktizierende Ärzteschaft weiter geöffnet« würde, was praktisch auf eine Einkommensgarantie für einen freien Beruf hinauslief.« ²¹ Nach dem Scheitern dieser »Reform« wurde dann der »präventive Hahn«, der sich weniger an den volksgesundheitlichen Notwendigkeiten, als vielmehr an den medizinischen Möglichkeiten der ärztlichen Einzelpraxis orientiert, erst zehn Jahre später »aufgedreht«. Gesundheitspolitik?

Festzuhalten bleibt allerdings: Die Grundlage einer solchen Prioritätensetzung ist der entsprechend große Finanzierungsspielraum von Staat und Sozialversicherungen, der es gestattet, die, durch die gegen die ökonomische Systemrationalität verstoßende Reformblockierung entstehenden, Kosten weiterhin zu decken.

3. Ökonomisches Interesse an der Rückständigkeit

Eine weitere Ursache für das Beharrungsvermögen des Gesundheitswesens gegenüber dem gesellschaftlich wirksamen Integrations- und Veränderungsdruck liegt im politischen Eigengewicht jener Kräfte, deren ökonomische Interessen an die bestehenden Strukturen gebunden sind. Hierbei spielen die Krankenhausträger nur eine Nebenrolle. Im Vordergrund steht zum einen die *kassenärztliche Einzelpraxis*, der im Gesundheitswesen eine Schlüsselrolle zukommt, und die von den freiberuflichen niedergelassenen Ärzten und Chefärzten dominierten Standesorganisationen. ²² Deren Macht erweist sich allerdings auch hier als »delegierte Macht« ²³: sie beruht nämlich darauf, daß die ständische Ärzteschaft, indem sie das Gesundheitswesen in seiner

ökonomischen Dysfunktionalität konserviert, damit zugleich auch den Verwertungsinteressen jener Kapitale entgegenkommt, für die der »Medizinalmarkt«²⁴ als stabiler Verkäufermarkt von Bedeutung ist.

Diese ökonomische Interessenidentität bildet dann die Grundlage für die bislang weitgehend praktizierte *politische Symbiose* zwischen ärztlichen Standesorganisationen und den im Medizinsektor engagierten Unternehmen. Für das politische Gewicht dieser Koalition ist entscheidend, daß das Gesundheitswesen Absatzmarkt gerade solcher Industriesektoren ist (vor allem der Elektro- und Chemiebranche), deren *Konzentrationsgrad* in der Bundesrepublik mit am weitesten entwickelt ist, und die somit ökonomische Stärke in ein erhebliches politisches Machtpotential umzusetzen in der Lage sind.

Vom Reifegrad ihrer Produktionsweise her gesehen, gehen also die Interessen der rückständigen, mittelständischen Strukturen im medizinischen Bereich zusammen mit denen der hoch entwickelten multinationalen Konzerne der Chemie- und Elektrobranche.

Deren ökonomische Interessen können nicht an den Umsatzziffern der Betriebe gemessen werden, die für den Medizinalmarkt produzieren und deren Absatz direkt oder indirekt zum größten Teil über das kassenärztliche System und das Krankenhaus vermittelt wird. Vielmehr geht es um die Funktion dieser Teilbereiche für die *Gesamtkonzerne* denen sie größtenteils angehören, mit ihren vielfältigen Verflechtungen und Verbindungen im Industrie- und Bankensektor sowie im staatlichen Bereich.²⁵ Das politische Gewicht, das hier in die Waagschale geworfen werden kann, ist also nicht das einzelner Zuliefererbetriebe, sondern das der großen Konzerne, denen viele von ihnen angehören.

Diese Mischkonzerne stehen unter dem Druck der internationalen, monopolistischen Konkurrenz, von der her ihnen bestimmte Strategien aufgenötigt werden. Und hier erweisen sich gerade die besonderen Eigenschaften des Medizinalmarktes als höchst funktional: Der Konkurrenzdruck ist identisch mit *Expansionszwang* in internationalen Ausmaßen (z. B. BASF²⁶, Hoechst, Siemens, AEG usw.). Die Expansion auf neue Märkte ist aber verbunden mit hoher Unsicherheit und teilweise temporären Verlusten, da meist zuerst Vorteile der Konkurrenz (know-how, erfahrenes Personal, Marktkenntnis, Kommunikation mit zuständigen staatlichen Stellen usw.) aufgeholt werden müssen. Das wird auch durch die häufiger werdende, weil risikolosere Expansion mittels internationaler Beteiligungssysteme nur modifiziert. In jedem Fall liegen die Voraussetzungen für Expansionsstrategien eines Konzerns u. a. darin, daß er in bestimmten Teilsektoren Gewinne in einer solchen Höhe realisieren kann, die über das für die Re-Investition in diesen Sektoren erforderliche Eigenkapital weit hinausgehen, und die in die neu expandierenden Bereiche transferiert werden können. Dazu müssen die Märkte aber nicht nur die Realisierung von hohen, sondern auch von *sicheren und kontinuierlichen Monopol- oder Oligopolgewinnen* möglich machen. Dafür bietet das Gesundheitswesen als Absatzmarkt fast optimale Voraussetzungen.

Beispielsweise:

- Sicherheit und Langfristigkeit der Nachfrage durch die Solidarfinanzierung der Sozialversicherungen;
- expandierendes Volumen;
- relative Konjunkturunabhängigkeit;

- geringe Käufertransparenz (hohe Diversifikationsmöglichkeiten);
- abgrenzbare Zielgruppe bei Werbung etc.

Diesen gewünschten und durch die monopolistische Konkurrenz auch erforderlichen Bedingungen kommen noch zusätzlich gerade die Eigenschaften des Gesundheitswesens entgegen, in denen sich seine strukturelle Ineffizienz ausdrückt. Auch hier nur einige Beispiele:

- Die insgesamt kurative Ausrichtung senkt nicht die Zahl der Behandlungsfälle, durch die die Nachfrage nach medizinischen Leistungsarten und Waren ausgelöst wird;
- die ungeplante, spontane Entwicklung der Institutionen der Leistungserstellung führt zu heterogenen Auslastungsquoten und macht das Vorhandensein von Überkapazitäten zur Notwendigkeit;
- das ambulante Behandlungsmonopol und die daraus resultierende Trennung von Arztpraxis und Krankenhaus führt teilweise zur Verdoppelung der medizinisch-technischen Ausrüstung;
- das Angebot der normalen Ein-Mann-Kassenpraxis besteht aus institutionellen Gründen zu einem Großteil aus symptomatischer Medikamentenverschreibung. *Hüssler*, selbst Ständesvertreter, stellt dazu fest: »Die Lückenbüßerfunktion des Medikamentes . . ., ist nicht zu bestreiten. Eine rasche Rezeptur ist zeitsparender als eine eingehende Beratung (und bringt das gleiche Honorar) . . .«²⁷;
- auch die strukturellen Bedingungen der Leistungserstellung im Krankenhaus erzwingen die Substitution von ärztlicher und pflegerischer Arbeitszeit durch Arzneimittel (z. B. Psychopharmaka statt psychotherapeutische Maßnahmen, Ersatz der Nachtschwester durch Schlaftabletten)²⁸;
- der Material- und Geräteeinkauf ist so dezentral, daß alleine schon aufgrund der fehlenden Transparenz die Bedingungen für einen »Verkäufermarkt« gegeben wären.

Für die großen Chemie- und Elektrokonzerne ist der Medizinalmarkt eine wichtige Größe in ihrer zwangsläufig expansiven Gesamtstrategie. Für diese ist das Gesundheitswesen umso funktionaler, je ähnlicher seine zukünftigen Strukturen den jetzigen sind. *Also nicht nur die politische Macht des in der »Medizin-Produktion« direkt investierten Kapitals, sondern die Macht der in diesen Sektoren investierenden Gesamtkonzerne wird gesundheitspolitisch im Bündnis mit den Ständesorganisationen in die Waagschale geworfen.*

Die politische Symbiose zwischen Ständesorganisationen und dem am Medizinalmarkt engagierten Kapital sichert also ersteren ihren ökonomischen und sozialen Status und letzteren ihren Absatzmarkt. Die Formen, in denen diese Koalition sich im Alltag realisiert, sind vielfältig, sie reichen von der Finanzierung der Ständespresse durch Pharmakonzerne, über die Instrumentalisierung des ärztlichen Images und Propagandaapparates zur Verhinderung eines wirksamen Arzneimittelschutzes²⁹, bis zur unmittelbaren Einflußnahme seitens der Konzerne auf staatliche Entscheidungen³⁰, mit oder ohne entsprechende Zuhilfenahme der von ihnen dominierten Interessenverbände. Der Präsident der Deutschen Ärztekammer *Stockhausen* formulierte die Notwendigkeit dieses Bündnisses aus seiner Sicht: »Wenn Arzt und Industrie sich nicht gemeinsam bemühen, dann werden die politischen Kräfte stark, die zum Nachteil des Patienten nach dem Staat rufen.«³¹

In dieser politischen Konstellation liegt jedoch ein *Widerspruch*, der nicht übersehen werden darf, weil er tendenziell auf eine Auflösung der Symbiose hinwirken könnte: Einerseits sind hier hochkonzentrierte Kapitalgruppen im Spiel, die gegenüber dem anderen Kapital, dadurch daß sie im Medizinalmarkt engagiert sind, bestimmte *Partialinteressen* innerhalb des Kapitals vertreten. Deren Gewicht ist in der Bundesrepublik besonders groß. Das erklärt zu einem Teil die Unterschiede des westdeutschen Gesundheitswesens zu dem anderer vergleichbarer kapitalistischer Industrieländer, in denen diese Art von Industrie nicht eine entsprechende Macht entfalten kann, da ihr Konzentrationsgrad nicht dermaßen fortgeschritten ist. Aber gerade aufgrund dieses überdurchschnittlichen Konzentrations- und Verflechtungsgrades sind die betreffenden Konzerne auch in sehr vielen anderen Branchen engagiert, in denen sich die Gesundheitskosten nicht vorwiegend als Absatzfaktor, sondern einzig als Kostenfaktor niederschlagen. D. h. auch für sie ist das Gesundheitswesen und dessen Ineffizienz im Lohn- sowie im Leistungsbereich ein *Kostenfaktor*, wie für das gesamte andere Kapital auch. Das Partialinteresse dieser Konzerne verliert folglich für sie selbst um so mehr an Gewicht, je mehr sich die *Grenzverluste* aus der Dysfunktionalität des Gesundheitswesens den aus demselben Umstand sich ergebenden *Grenzprofite* angleichen.

Der dargestellte Zusammenhang des politisch-ökonomischen Machtkartells im Gesundheitswesen macht auch noch eine weitere Korrektur der gängigen Kritik am »medizinisch-industriellen Komplex« erforderlich: Hier stehen nämlich fast ausschließlich die *Machtpreisbildungsmöglichkeiten* bei medizinischen Diensten (Honorare) und Gütern (Preise) im Mittelpunkt.³² Daß die gesundheitspolitische Koalition zwischen mittelständischer Ärzteschaft und der im Gesundheitsmarkt engagierten Großindustrie durch die damit verbundene Preissetzungsmacht ein erheblicher Kostenfaktor ist, ist zwar ein verteilungspolitisches Problem, jedoch das gesundheitspolitisch geringere. Entscheidender ist, daß es sich bei dieser Symbiose um das *politisch-ökonomische Machtzentrum im Gesundheitswesen* handelt, dessen wirtschaftliche Interessen sich mit den *bestehenden Strukturen* weitgehend decken und durch das die bestehenden *Leistungsinstitutionen und -inhalte* weitgehend geprägt werden.³³ Die Frage nach dem ökonomisch-politischen Beharrungspotential im Gesundheitswesen, die sich bei gesundheitspolitischen Maßnahmen stellt, hat also hier anzusetzen.

4. Drei Schlußfolgerungen

(1) Die gegenwärtige kostenorientierte Gesundheitspolitik läßt die skizzierten Machtstrukturen unangetastet. Lediglich mit dem indirekten Steuerungsinstrument der restriktiven Nachfragefinanzierung (»Grundlohnorientierte Ausgabenpolitik« u. a. m.) wird Druck ausgeübt. Dieser wird jedoch, dank weitgehend ungeschwächter Machtpositionen, in unerwünschte Richtung weitergegeben: Zum einen in Richtung der Patienten (Leistungsverschlechterung, formelle und informelle Kostenselbstbeteiligung etc.) und zum anderen auf die im Gesundheitswesen Beschäftigten (Verschlechterung von Einkommen und sozialer Sicherheit u. a. durch Reprivatisierung; Arbeitsintensivierung durch Stellenverknappung usw.).³⁴ Mögliche »echte« Rationalisierungen werden eher verhindert, weil auch Verbesserungsinvestitionen zunächst finanziert werden müssen.

(2) Die Tiefe staatlicher Eingriffe verteilt sich über die einzelnen Institutionen des Gesundheitswesens ebenfalls in Abhängigkeit von Gegenwehrmöglichkeiten. Hier sind die öffentlichen Krankenhäuser in der ungünstigsten Position: Sie sind nicht nur – wie die anderen Krankenhäuser – abhängig von staatlichen Investitionszuschüssen und der Aufnahme in den Landes-Krankenhausbedarfsplan, sondern hier hat der Staat Eigentumsrecht und somit unmittelbaren Zugriff (z. B. durch Stellenstopp).³⁵ Aber gerade das Krankenhaus ist aufgrund seiner Eigenschaft, der am spätesten intervenierende Teil des Gesundheitswesens zu sein, der sachlich ungeeignetste Ansatzpunkt für Reformen.

(3) Eine alternative strategische Möglichkeit könnte darin liegen, Krankheit, Verschleiß und vorzeitigen Tod stärker dadurch zu bekämpfen, daß die pathogenen Faktoren in der Arbeits- und Lebenswelt *präventiv* angegangen werden.³⁶ Damit könnte auf längere Sicht die Zahl der Behandlungsfälle gesenkt und das kurative System entlastet werden. Allerdings sind auch hier Illusionen, Reformen wären ohne die politische Mobilisierung der Betroffenen zu erreichen, fehl am Platze: Denn gesundheitsbezogene Eingriffe in die Arbeits- und Konsumbedingungen sind zugleich auch Eingriffe in privatwirtschaftlich dominierte Gestaltungsbereiche. Das Durchsetzungsproblem stellt sich damit im gesamtgesellschaftlichen Maßstab.

Anmerkungen

1 Vgl. Kühn, H.: Gesamtwirtschaftlicher Bedingungswechsel der Krankenhauspolitik, in: Das Argument (AS 12), Berlin/W 1976, S. 26 ff.; ders.: Gesellschaftliche Bedingungen der Finanzierung professioneller Gesundheitsleistungen, in: Keupp, H.; Zaumseil, M. (Hrsg.): Die gesellschaftliche Organisierung psychischen Leidens, Frankfurt/M. 1978, S. 90 ff.

2 Vgl. exemplarisch: Herder-Dorneich, Ph.: Kostenexplosion im Gesundheitswesen und ihre Steuerung, in: Beilage zur Wochenzeitung das Parlament B 16/76 v. 17. 4. 1976, S. 3 ff.; Die empirische Basis dieses – durchaus einflußreichen – Theoretikers ist in diesem Falle die Erfahrung eines Biertrinkers beim Vereinsausflug (S. 22 f.).

3 Literatur vgl. Schagen, U.: Editorial, Warum kritisches Jahrbuch?, in: Jahrbuch f. kritische Medizin, Bd. 1, Berlin/W 1976, S. 1 ff. (Anm. 12 ff.).

4 Deneke, V.: Die freien Berufe, Stuttgart 1956.

5 referiert n.: Rauskolb, Ch.: Lobby in weiß, Frankfurt/M. u. Köln 1976, S. 37.

6 ebenda.

7 Deneke, V.: Die freien Berufe, a.a.O., S. 342, zit. n. Rauskolb, Ch.: Lobby . . . , a.a.O., S. 37.

8 ebenda.

9 ebenda.

10 Vgl.: Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik, Beitr. d. IMSF, Nr. 4, Frankfurt/M. 1976, S. 16.

11 Vgl. Hartwich, H.-H.: Sozialstaatspostulat und gesellschaftlicher status quo, Köln und Opladen 1970, bes. S. 452 ff.

12 ebenda, S. 340 ff.

13 ebenda, S. 48.

14 zit. n.: Kuczynski, J.: So war es wirklich, Berlin/DDR 1969, S. 152.

15 zit. n.: Hofmann, W.: Kirche und Welt, in: ders.: Abschied vom Bürgertum, Frankfurt/M. 1970, S. 25.

16 Dammroff, E.: Finanzierung der Infrastruktur, Zürich 1970, S. 15.

17 Das geläufige Gegenargument, nicht die »ärztliche Behandlung«, sondern »lediglich« die Unterbringung differiere nach Pflegeklassen, ist insofern hinfällig, weil davon ausgegangen werden kann, daß es die *Gesamtsituation* des Patienten ist, die den therapeutischen Erfolg bestimmt.

- 18 *Thiemeyer, Th.*: Wirtschaftslehre öffentlicher Betriebe, Reinbek 1975, S. 122.
- 19 *Lemmer, E.*: Beziehungen zu den Ärzten und Zahnärzten, in: Krankenversicherung 1972, Bonn-Bad Godesberg 1972, S. 27 ff.
- 20 *Ohm, H.*: Allgemeine Volkswirtschaftspolitik, Bd. 1, Berlin/W 1965, S. 98; Der »Neoliberalismus« als herrschende Lehre ist zwar spätestens seit 1966/67 endgültig verschlissen, bleibt aber weiterhin Ideologie der mittelständischen Unternehmer und freiberuflich Tätigen.
- 21 *Naschold, F.*: Kassenärzte und Krankenversicherungsreform, Freiburg 1967, S. 229.
- 22 *Rauskolb, Ch.*: Lobby . . . , a.a.O.
- 23 *Navarro, V.*: Die Struktur des monopolistischen Sektors und seine Bedeutung für das Gesundheitswesen, in: Jahrbuch für kritische Medizin (AS 8) Bd. 1, Berlin/W 1976, S. 213.
- 24 Einen Überblick über die gesamte Breite und Vielfalt der Absatzmöglichkeiten für die verschiedenen Zulieferer bietet: *Becker, A.*: Der Medizinalmarkt, Stöcking 1971; Für die Pharmaindustrie vgl.: *Rosenbrock, R.*: Der Pharmamarkt. Eine Untersuchung über Struktur und Konkurrenzformen der westdeutschen pharmazeutischen Industrie, Diss., Bremen 1976, S. 6 ff.
- 25 Exemplarisch: *Räuschel, J.*: Die BASF. Zur Anatomie eines multinationalen Konzerns, Köln 1975; *Friege, H.*; *Kaiser, P. M.*: Die IG-Farben-Nachfolger BASF, Bayer und Hoechst als multinationale Konzerne, in: Blätter f. dt. u. intern. Politik, Nr. 6/1974, S. 582 ff.
- 26 Vgl. ebenda.
- 27 *Häussler, S.*: Medikamentation und Rehabilitation in der Hand des praktischen Arztes, in: Arbeitsmedizin, Sozialmedizin, Arbeitshygiene, Nr. 6/1971, S. 88.
- 28 Vgl. *Herder-Dorneich, Ph., u. a.*: Zur Dienstleistungsökonomik, Berlin/W. 1972, S. 29 ff.
- 29 Die entsprechenden Aktivitäten der Standesorganisationen werden von kritischen Ärzten wie folgt zusammengefaßt: »Mit Schlagworten wie Vertrauen zu Arzt und Arznei, Therapie- und Verordnungsfreiheit des Arztes, staatlicher Dirigismus, Bedrohung des therapeutischen Fortschritts . . . sowie der Verharmlosung der skandalösen Zustände in der Arzneimittelversorgung und der Verbreitung von unzureichenden und falschen Angaben über die Arbeit der FDA und der Forschung der Industrie wurde von führenden Funktionären . . . die immer wieder aufkommende Kritik an den Zuständen im Arzneimittelwesen mit ärztlicher Autorität zu beschwichtigen versucht.« *Arbeitsgemeinschaft unabhängiger Ärzte (Hrsg.)*: Die Schein-Heiligen, Berlin/West 1975, S. 96.
- 30 »Das Arzneimittelrecht trägt so deutlich die Handschrift der pharmazeutischen Industrie, daß deren Hauptgeschäftsführer Hans-Otto Scholl zufrieden »die beispielhafte Zusammenarbeit« zwischen der Pharma-Lobby und dem Focke-Haus (Gesundheitsministerium, H. K.) loben konnte.« DER SPIEGEL, Nr. 23/1975, S. 25.
- 31 Deutsches Ärzteblatt, Nr. 19/1974, S. 1421.
- 32 Vgl. *Liefmann-Keil, E.*: Überlegungen zur Verbesserung der Position der gesetzlichen Krankenversicherung auf dem Arzneimittelmarkt, in: Bundesarbeitsblatt Nr. 9/1972, S. 503 ff.; Aber auch kritische Autoren stellen meist nur das Marktverhalten in den Vordergrund, z. B.: *Jahn, E., u. v. a.*: Die Gesundheitssicherung in der Bundesrepublik Deutschland (WWI-Studie Nr. 20) Köln 1971; *Scholmer, J.*: Patient und Profitmedizin, Opladen 1973, S. 72 ff.
- 33 In diesem Sinne zu den Verhältnissen in den USA: *Navarro, V.*: Die Struktur des . . . , a.a.O., S. 207 ff.; Eine eingehende Analyse der Machtstrukturen des bundesdeutschen Gesundheitswesens, die dringend nötig ist, hätte auch sowohl die – hier nicht berücksichtigte – Versicherungswirtschaft einzubeziehen, wie auch die Politik und Verflechtungen der ständisch orientierten Angestelltenkassen.
- 34 Vgl. *Kühn, H.*: Gewerkschaftliche Gesundheitspolitik im volkswirtschaftlichen Zusammenhang, IIVG-Preprint, Berlin/W 1977, abgedr. in: ötv-gesundheitsreport, Nr. 5/1977, S. 3 ff.
- 35 Vgl. *ders.*: Gesamtwirtschaftlicher Bedingungswechsel . . . , a.a.O., S. 38 ff.
- 36 Vgl.: *Kühn, H.*; *Hauß, F.*: Entwicklungstendenzen im medizinischen Arbeitsschutz, in: Jahrbuch f. kritische Medizin, Bd. 3 (AS 27) Berlin/W 1978, S. 96 ff.

Henning Melber

Des schwarzen Mannes Land?

Zur nationalen Frage und dem antikolonialen Befreiungskampf in der Republik Südafrika

Der vorliegende Aufsatz will die Diskussion zur Einschätzung des rassistischen Faktors in der südafrikanischen Gesellschaft rezipieren und die damit eng verbundene nationale Frage behandeln sowie die Bedeutung dieser Aspekte für die unterschiedlichen Positionen innerhalb der verschiedenen organisatorischen Träger des nationalen Befreiungskampfes in Südafrika aufzeigen.¹ Damit ist die Hoffnung verbunden, durch die Darstellung und Wiedergabe kontroverser Ansichten zur Versachlichung der gegenwärtig stark emotional bestimmten Auseinandersetzung beitragen zu können. Ein historischer Exkurs, der von Relevanz für die gegenwärtigen Auseinandersetzungen ist, soll dabei zum Verständnis beitragen. Denn in den Zielen und Forderungen sowohl des Pan Africanist Congress of Azania als auch der Black Consciousness Movement, wird die historische Parallele zur Diskussion um die »Eingeborenenrepublik« deutlich, wie sie im Rahmen der Debatte innerhalb des Exekutiv-Komitees der III. Kommunistischen Internationale 1927/28 geführt wurde und Anlaß für eine Grundsatzdiskussion innerhalb der organisatorischen Träger nationaler Befreiung nicht nur während der damaligen Zeit geworden ist.

Die These der Eingeborenenrepublik und ihre Bedeutung für die Einschätzung der südafrikanischen Rassen- und Klassenfrage

In einer Resolution des Exekutiv-Komitees der III. Kommunistischen Internationale (EKKI) anläßlich des 6. Weltkongresses 1928 wurde die »Losung von der unabhängigen südafrikanischen Eingeborenenrepublik als Zwischenstadium auf dem Weg zu einer Arbeiter- und Bauern-Republik, die allen Rassen . . . die gleichen uneingeschränkten Rechte einräumt«², als Empfehlung an die Kommunistische Partei Südafrikas (CPSA) verabschiedet. Dieser Losung lag die Einschätzung zugrunde, daß – trotz der verwaltungsjuristischen Modifikationen im politischen Überbau und der Etablierung »autonomer« nationalstaatlicher Strukturen und Herrschaftsinstanzen durch die Delegierung der politischen Macht an die weiße Siedlerschaft – noch immer koloniale Gesellschaftsverhältnisse und -strukturen existierten. Demgegenüber konstatierte das EKKI:

»Südafrika ist ein Land der Schwarzen. . . . Folglich ist die nationale Frage in Südafrika, die auf der Agrarfrage beruht, die Grundlage der Revolution in Südafrika. . . . Daraus ergibt sich, daß die Kommunistische Partei, wenn sie ihre Aufgabe richtig versteht, der Führer der nationalen, agrarischen revolutionären Bewegung der eingeborenen Massen wird und werden muß. . . . Es ist notwendig, den eingeborenen Massen zu sagen, daß angesichts der bestehenden politischen und ökonomischen Diskriminierung der Eingeborenen und der rücksichtslosen Unterdrückung durch die weißen Unterdrücker die von der Komintern aufgestellte Losung einer Eingeborenenrepublik die Übergabe des Landes ausschließlich an die landlose und landarme Bevölkerung bedeutet. . . . Die weißen werktätigen Massen müssen erkennen, daß sie in Südafrika nationale Minderheiten darstellen und es ihre Aufgabe ist, die eingeborenen Massen zu unterstützen und mit ihnen gemeinsam gegen die weiße Bourgeoisie und die britischen Imperialisten zu kämpfen.«³

Damals sah die fast ausschließliche weiße Führung der CPSA in dieser Forderung nach der Errichtung einer Eingeborenenrepublik das Stigma des latenten (Gegen-) Rassismus. Sie vertrat die Position, daß dies vor allem in der konkreten politischen Arbeit die Möglichkeit verbaue, das Proletariat aller Rassen im gemeinsamen Kampf gegen die kolonialkapitalistischen Verhältnisse auf der Grundlage des objektiv gemeinsamen Status zu vereinigen und zu mobilisieren.⁴ Die weiße Arbeiterschaft war allerdings an der Aufrechterhaltung ihrer ökonomischen Position in Abgrenzung zur Konkurrenz unqualifizierter, billiger schwarzer Arbeitskraft mehr interessiert als an der grundlegenden Veränderung der südafrikanischen Gesellschaft. Dennoch wurde die weiße Arbeiterschaft, deren Arbeitskämpfe zu jener Zeit primär auf die Steigerung ihrer eigenen Löhne abzielten, in der Argumentation der CPSA zu einem Proletariat »für sich« im potentiell revolutionären Sinne, betraut mit der avantgardistischen Führungsrolle, hochstilisiert. In Wirklichkeit repräsentierte die weiße Arbeiterschaft spätestens seit Errichtung der »Pakt-Regierung« nach der »Rand-Revolte« Mitte der 20er Jahre die eigentliche Machtbasis der nationalen burischen Bourgeoisie und des britischen Imperialismus.⁵ Durch dieses Bündnis zwischen Kapitalbesitzern und weißer Siedlerschaft wurde die Herausbildung der spezifischen Form der gesellschaftlichen Machtverhältnisse innerhalb des Landes endgültig entlang der Rassenzugehörigkeit als dem allgemeinsten Bestimmungsmoment neben den diesem zugrunde liegenden kapitalistischen Produktionsverhältnissen verankert.⁶ Die Ablehnung der Losung einer Eingeborenenrepublik durch die CPSA (die sich angesichts der drohenden Verschärfung juristischer Repressionsmaßnahmen seitens des Staates zu Beginn der 50er Jahre auf Beschluß der Exekutive freiwillig auflöste, um sich erst 1962 im Ausland als SACP offiziell zu rekonstituieren) mußte die Partei in der Folgezeit mit einem Verlust an Bedeutung bezahlen, die in den vergangenen Jahren erst durch die Mitarbeit im Exilflügel des ANC⁷ über Entscheidungs- und Führungspositionen individueller Vertreter der Partei kompensiert werden konnte.

Daß die Losung einer Eingeborenenrepublik seit ihrer Ablehnung durch die CPSA nicht an Relevanz verloren hat, verdeutlichen die Auseinandersetzungen innerhalb der gegenwärtigen Träger des nationalen Befreiungskampfes. Denn auch der Austritt aus dem Commonwealth-Verbund, der von der burischen Nationalbourgeoisie vorgenommen wurde, sowie die damit verbundene Gründung der Republik Südafrika zu Beginn der 60er Jahre hat an den bestehenden kolonialen Grundmustern und der südafrikanischen Rasistenherrschaft grundsätzlich nichts geändert. Weder integrationistische noch separatistische Lösungsvorschläge und Forderungen – sowohl seitens der herrschenden weißen Minderheit als auch von Teilen der unterdrückten afrikanischen Mehrheit – können darüber hinwegtäuschen, daß die koloniale Fremdherrschaft und die damit verbundene Landfrage für die Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung Südafrikas noch immer der Kern ihrer Entrechtung und Knechtschaft darstellt. Ihrer Produktionsmittel (Nutzungsrechte und Besitz von Grund und Boden) im Zuge der kolonialen Unterwerfung und erzwungenen Proletarisierung beraubt, wurde den Afrikanern der Status rechtloser Kolonialobjekte zuerteilt, deren Emanzipation über eine Vielzahl rassistischer Gesetze im ökonomischen, sozialen und politischen Bereich seit Jahrzehnten zu verhindern versucht wurde. Angesichts dieser Konstellation sollen die unterschiedlichen Positionen der Organisationen, die als Träger nationaler Befreiung bezeichnet werden können, in der Einschätzung des südafrikanischen Staa-

tes und seines rassistischen Apparates, sowie der daraus gezogenen Konsequenz im Hinblick auf die als historisch notwendig erachtete Abfolge der Etappen und die damit verbundenen Zielsetzungen und Aufgaben nationaler Befreiung bestimmt werden.

Entwicklung und gegenwärtige Positionen der antikolonialen Organisationen

Der 1912 gegründete African National Congress of South Africa (ANC) ist die älteste der bestehenden Organisationen des Befreiungskampfes. Nach einer langen Tradition kleinbürgerlich-integrationistischer Forderungen nach Beteiligung der Afrikaner am herrschenden weißen System änderte sich die politische Kampfform des ANC zunehmend in Richtung auf eine Strategie, die in der (vorläufig noch gewaltfreien) Konfrontation mit dem Regime die einzige Möglichkeit zur Verwirklichung ihrer Forderungen sah. Ausdruck der wachsenden Militanz innerhalb der jüngeren Generation und ihres Bewußtseins, daß eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse nur durch die Afrikaner selbst herbeigeführt werden könne, war das von der panafrikanisch beeinflussten revolutionären Jugendliga des ANC im März 1944 verabschiedete Manifest. Dieses orientierte sich am Konzept des afrikanischen Nationalismus und forderte als zentralen Punkt das Recht auf Selbstbestimmung des afrikanischen Volkes.⁸ Als infolge der Übernahme der politischen Macht durch die burische Nationale Partei in den Jahren nach 1948 die juristische Institutionalisierung der Bantustan-Konzeption (d. h. der Schaffung von politischen Institutionen in den Stammesreservaten als Legitimation ihrer späteren Entlassung in die Scheinautonomie) und die zu ihr komplementäre »kleine Apartheid« das Alltagsleben strikt nach der Rassen-, bzw. Stammeszugehörigkeit zu determinieren begann und eine radikale Trennungslinie zwischen den einzelnen Bevölkerungsgruppen gezogen wurde, folgte die Zeit der landesweiten Protestkampagnen und Massenaktionen des gewaltfreien Widerstandes. In dieser Phase gelang es dem ANC, durch die von ihm wahrgenommene Führungsrolle zur nationalen Bewegung der Afrikaner heranzuwachsen. Zugleich bewirkte die strikte rassische Reglementierung des Lebens eine neuerlich veränderte Strategie des ANC: er sah künftig in einer Zusammenarbeit mit Anti-Apartheid-Organisationen aller Bevölkerungsgruppen (der 1955 gebildeten sogenannten »Congress Alliance«) den geeignetsten Weg, über eine größtmögliche Beteiligung aller Apartheid-Gegner das südafrikanische Regime bezüglich der verschärften Rassengesetzgebung unter Druck zu setzen. Die von der Kongreß-Allianz gemeinsam verabschiedete »Freedom Charter« war Ausdruck dieser neuen Bündnispolitik, bildet bis heute die Plattform der ANC-Politik und führte letztlich zur Entstehung des Pan Africanist Congress of Azania (PAC), der sich gegen dieses multirassische Konzept abgrenzte.

Der PAC – zu dessen Gründungsmitgliedern ein Großteil der ANC-Jugendliga zählte – begründete den Aufbau einer eigenen Organisation damit, daß der ANC von den Prinzipien des Manifestes der Jugendliga abgewichen sei und in seiner kompromißhaften Allianz-Politik die zentrale Grundlage des Kampfes (afrikanischer Nationalismus und das Recht auf Selbstbestimmung des schwarzen Volkes von Südafrika) durch eine multirassische Konzeption ersetzt habe. Der am 27. Februar 1978 nach langjähriger Haft und Hausarrest verstorbene Führer des PAC, Robert Mangaliso Sobukwe, hielt auf dem Gründungskonvent des PAC 1959 in seiner Kritik dem multirassischen Konzept des ANC die konkreten historischen Erfahrungen der schwarzen Bevölkerung entgegen, während er zugleich auf den bestimmenden Einfluß der mate-

riellen Bedingungen auf das politische Bewußtsein verwies, um auf dieser Grundlage entscheiden zu können, wer Träger des Freiheitskampfes und wer Verbündeter im Kampf sein könne. Dabei gelangt er zu dem Schluß: »Die Afrikaner sind die Einzigen, die aufgrund ihrer materiellen Lage überhaupt ein Interesse an einer völligen Überprüfung der gegenwärtigen Gesellschaftsstrukturen haben können . . .«⁹ Und hinsichtlich der Kooperation mit Teilen der übrigen Bevölkerungsgruppen – insbesondere linksliberaler Weißer der intellektuellen Oberschicht – konstatierte Sobukwe: »Wir wollen aus niemandem Nutzen ziehen, noch beabsichtigen wir, von irgendjemandem benutzt zu werden. Wir wollen Afrikanern die Erkenntnis der Tatsache einprägen, daß sie ihre eigene Befreiung erkämpfen müssen.«¹⁰

Mit dem Massaker von Sharpeville, das die Antwort des Rassistenregimes auf eine gewaltlose Demonstration im Jahre 1960 darstellte, trat bei beiden Organisationen eine doppelte Veränderung ein: zum einen wurden sie im Zuge der landesweiten Aufstände und darauffolgenden Massenverhaftungen illegalisiert und ihre Strukturen weitgehend zerschlagen, zum anderen entschieden sich beide Organisationen – anfangs durch die Gründung von Sabotagezellen im Untergrund – zur Aufnahme revolutionärer Gegengewalt. Dabei begannen sich Programmatik und Strategie beider Organisationen, deren Aktivitäten sich während der 60er Jahre hauptsächlich auf die Etablierung von Strukturen im Exil, der Aufnahme externer Verbindungen sowie der Reorganisation im Lande selbst konzentrierten, zunehmend zu unterscheiden, auch wenn der PAC noch im Dezember 1972 feststellte: »Wir glauben nicht, daß es grundsätzlich irgendwelche ideologischen Differenzen gibt zwischen dem PAC und der Politik des Afrikanischen National Kongress (ANC), . . . Die Differenzen sind organisatorischer Art und in dieser Hinsicht mögen die Meinungen weit genug auseinanderklaffen, um den Eindruck zu erwecken, daß radikale ideologische Differenzen bestehen.«¹¹

Diese »organisatorischen« Differenzen haben sich bislang jedoch als unüberbrückbar für ein gemeinsames Vorgehen erwiesen. Angesichts konkreter Widersprüche zwischen den gegenwärtigen Auffassungen von PAC und ANC ist eine solche Aussage deshalb eher dem verbalen Anspruch des PAC zugunsten der Bildung einer antikolonialen Bündnisfront zuzuschreiben, ohne daß bisher von einer der Organisationen erkennbare Zugeständnisse erfolgt wären, die eine dafür notwendige gemeinsame Aktionsgrundlage schaffen könnten. Grundsätzlich lassen sich die verschiedenen Auffassungen dabei auf die Frage der Mitgliedschaft von Weißen, der Einschätzung des südafrikanischen Staates sowie die daraus resultierende Forderung nach den Kampfzielen reduzieren. Nach wie vor versucht der ANC, über eine enge Zusammenarbeit mit kleineren Organisationen und Individuen aller Bevölkerungsgruppen und auf der Grundlage der Forderung nach einer multirassischen Gesellschaft mit gleichen demokratischen Rechten für alle, durch die Abschaffung der Apartheid die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse einzuleiten.¹² Demgegenüber sieht der PAC in der Erringung nationaler Unabhängigkeit die Voraussetzung einer sozialen Transformation, die allein durch den Kampf der schwarzen Bevölkerung und das Vertrauen in die eigene Kraft gewährleistet wird. Diesen beiden Positionen liegt eine unterschiedliche Einschätzung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnisse zugrunde. So führte Potlako Leballo namens des PAC im Juli 1975 auf der OAU-Gipfelkonferenz in Kampala zum »Status der Schwindlerrepublik von Südafrika« aus:

»Der koloniale Status des Landes, unter der Herrschaft des imperialistischen Konsortiums der Investoren und Handelspartner, die über 80% des südafrikanischen Privateigentums besitzen, im Bunde mit der weißen Bourgeoisie, deren bedeutsamer Bestandteil die weiße Regierung ist, ist durch die Lostrennung (aus dem Commonwealth-Verbund, d. V.) nicht verändert worden.«¹³ Dagegen stellt der ANC fest, Südafrika ». . . ist keine Kolonie, hat dabei für die überwältigende Mehrheit seiner Bevölkerung alle Charakteristika der klassischen Kolonie. . . . Was seine Struktur einzigartig und die Situation so kompliziert macht ist, daß die Ausbeuternation nicht wie in den klassischen imperialistischen Verhältnissen in einem geographisch entfernten Mutterland, sondern innerhalb der Landesgrenze wohnt. Zudem hat das herrschende Volk in unserem Land Wurzeln geschlagen. Es ist also nur noch historisch gesehen ein Fremdkörper.«¹⁴ Letzteres impliziert, daß die etablierten Strukturen einer als »vielrassig« zu bezeichnenden Gesellschaft – Resultat einer dreihundertjährigen Kolonialgeschichte – teilweise als unveränderbar akzeptiert werden und letztlich die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse auf der Grundlage des Zusammenlebens verschiedener Bevölkerungsgruppen angestrebt wird. Diese Einschätzung meint, daß den Afrikanern zwar im Zuge der Kolonisierung ihr Land geraubt wurde, daß aber inzwischen alle in Südafrika lebenden Menschen unabhängig von ihrer Hautfarbe eine Nation bilden. Statt dessen fordert der PAC die vollständige Negation des kolonialen Systems und der vom Kolonialismus produzierten Phänomene, um den Aufbau genuiner, ausschließlich vom schwarzen Volk getragener und erarbeiteter Alternativen einer gesellschaftlichen Ordnung zu ermöglichen, in der die Rassenfrage deshalb keine Rolle mehr spielt, weil über der Errichtung einer humanen Gesellschaft die Frage der Hautfarbe irrelevant wird.

An diese Auffassung knüpft auch die Position des Black Consciousness Movement an, die sich als Folge des politisch-organisatorischen Vakuums nach Sharpeville Anfang der 70er Jahre zu einer Massenbewegung entwickelte. Ihr afrikanischer Nationalismus geht davon aus, ». . . daß das Land den Afrikanern von den weißen Kolonialisten geraubt wurde. Da den Afrikanern, Indern und Mischlingen bis heute alle nationalen und demokratischen Rechte vorenthalten werden . . . definieren die afrikanischen Nationalisten ihren Kampf als einen Kampf für nationale Befreiung.«¹⁵ Daraus folgt für die Zusammenarbeit mit Teilen der weißen Bevölkerung: »Erst wenn das afrikanische Volk seine vollen nationalen und demokratischen Rechte wiedererlangt hat, erst wenn das Land seinen rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben ist, erst dann ist der Zeitpunkt gekommen, daran zu denken, daß Schwarz und Weiß gemeinsam leben und arbeiten können.«¹⁶ Anfangs waren es intellektuelle Afrikaner, die sich in der Studentenorganisation SASO (South African Students Organisation) zusammengeschlossen hatten und unter Betonung kultureller und sozialpsychologischer Aspekte in Anlehnung an die Black-Power-Bewegung sowie beeinflusst durch die Negritude eine Definition schwarzen Bewußtseins entwickelten. Im Laufe der 70er Jahre vermochte die Bewegung des Black Consciousness auch im Volk eine Massenbasis herzustellen. »Schwarz wird dabei nicht als Hautfarbe verstanden, sondern ist Zeichen für unsere Lage, das heißt für die Situation und die Erfahrungen, die sich aus der Art und Weise des Lebens in Südafrika ergeben.«¹⁷ Als Ausgangspunkt des Black Consciousness gilt demnach die gemeinsame Erfahrung der rassischen Unterdrückung, die zu bekämpfen die SASO unter dem Motto »Black man you are on your own« und mit der

Forderung nach organisatorischer Einheit aller als »Nicht-Weißer« definierter Menschen propagierte. Drohte anfangs die Gefahr, daß sich diese Philosophie des Schwarz-Seins in die Irrwege der Negritude – einer politisch ineffektiven Selbstbestätigung und Kompensation für den kleinbürgerlich-intellektuellen Kolonisierten – auf der Grundlage kultureller Gegenwerte begeben könnte, so setzte sich zu Beginn der 70er Jahre eine Fraktion innerhalb der schwarzen Studentenschaft durch, die bei Gründung der Black People's Convention (BPC) keine apolitische Kanalisation in einem Sammelbecken kultureller Strömungen anstrebte, sondern eine politische Dachorganisation als Repräsentant und Sprachrohr des landesweiten Widerstandes gegen das Rassistenregime institutionalisieren wollte.¹⁸

Damit sollte vorläufig auf legaler Basis das so dringend benötigte Kampfinstrument geschaffen werden, um das seit Anfang der 60er Jahre herrschende politisch-organisatorische Vakuum unter der afrikanischen Bevölkerung ausfüllen zu können. In der Folgezeit gelang dies durch die Gründung zahlreicher Organisationen auf regionaler und lokaler Ebene. Diese Orientierung auf die Basis vermochte unmittelbar an die Bedürfnisse der Schwarzen anzuknüpfen und versuchte erfolgreich, in deren unmittelbarem Lebensbereich Alternativen zu entwickeln sowie Selbsthilfe und Solidarisierung zu fördern.

Die organisatorische Verankerung und gesellschaftliche Vertiefung der Black Consciousness Bewegung hatte sowohl quantitative als auch qualitative Veränderungen der politischen Aktionen zur Folge. Ende 1972 existierten bereits über 70 schwarze Organisationen in allen gesellschaftlichen Bereichen. Mit dem Aufbau dieses institutionellen Rahmens verlagerte sich der Schwerpunkt der Bewegung zunehmend von der psychologischen Emanzipation der intellektuellen Avantgarde hin zur politischen Aktion und Massenarbeit auf der Grundlage der materiellen Bedingungen des Bewußtseins. Black Consciousness wurde zur nationalen Befreiungsbewegung, in der das schwarze Volk seine Erfahrungen von Unterdrückung und Ausbeutung, Rasendiskriminierung und der alltäglichen Erniedrigung ebenso repräsentiert sah wie den Versuch, gegenüber diesem gesellschaftlichen Zwangssystem die eigene, schwarze Alternative zu entwickeln und sie ihr entgegenzuhalten.¹⁹ Dem Vorwurf des schwarzen Rassismus, mit dem sich die Bewegung seit ihrer Gründung konfrontiert sieht, hält dabei der ehemalige SASO-Vorsitzende Henry Isaacs entgegen: »Wenngleich es stimmt, daß die Bewegung im gegenwärtigen Stadium »farbenprogrammiert« ist, so ist dies doch lediglich Ausdruck der strukturellen Verhältnisse des Systems, gegen das sie operiert.«²⁰ Während der bisherigen Volkskämpfe, die seit Mitte 1976 unter dem Banner der Black Consciousness gegen das weiße Gewaltregime geführt werden, war dabei von sekundärer Bedeutung, inwieweit innerhalb der Bewegung unterschiedliche Organisationen des nationalen Befreiungskampfes personell repräsentiert waren. Die Zugehörigkeit zu einer der anderen Befreiungsbewegungen erwies sich bis zum heutigen Tag in der konkreten Situation des Widerstandes als unwichtig. Grundlage war vielmehr die Gemeinsamkeit des Kampfes gegen die herrschende Fremdbestimmung und das vom Rassismus in seiner spezifischen Ausformung bestimmte kolonialkapitalistische System.

Schlußbemerkung

Azania (des schwarzen Menschen Land) ist die Antwort der Afrikaner auf das Süd-

afrika der Weißen²¹, ist die Forderung nach der »Eingeborenenrepublik«, wie sie bereits vor 50 Jahren formuliert wurde, in ihrer Modifikation gemäß den gegenwärtigen Bedingungen. Nicht-rassistisch und nicht-kapitalistisch sind dabei die Gesellschaftsvorstellungen, die als Ergebnis einer rassistischen Unterdrückung unter den Produktionsverhältnissen eines kolonialkapitalistischen Minderheitsregimes als Minimalplattform aller antikolonialen Organisationen dieses Spektrums gelten. Die verschiedenen Auffassungen über den zur Verwirklichung dieser gesellschaftlichen Alternativvorstellungen zu beschreitenden Weg beschränken sich gegenwärtig vor allem auf die theoretischen Positionen und politischen Auseinandersetzungen der einzelnen Organisationen im Bereich der Auslandsorganisationen. Die Frage nach den unmittelbaren Prioritäten des nationalen Befreiungskampfes ist unterdessen durch die Menschen in Azania selbst, die diesen Kampf konkret führen, längst beantwortet worden: »Während sich gegenseitig zerstörende Auseinandersetzungen in den externen Missionen (der Befreiungsbewegungen, d. V.) weiterhin zur Tagesordnung gehören, bildet sich innerhalb des Landes unter dem Volk eine wirkliche Einheit, bei der die Menschen die Notwendigkeit betonen, sich auf ihre eigenen Kräfte zu verlassen. Dies könnte möglicherweise der Beginn der Erkenntnis durch das Volk sein, daß ›der Reis nicht außerhalb des Topfes gekocht werden kann.«²² Die Solidarität mit dem afrikanischen Volk und die Unterstützung seines Befreiungskampfes sollte dabei in der gegenwärtigen Phase der unterschiedlichen organisatorischen und programmatischen Form durch die drei Träger – ANC, PAC und Black Consciousness Bewegung – im Ausland nicht zum Gegenstand theoretisch bestimmter und legitimierter Einschätzungen über die »korrekte Linie« der beteiligten Parteien gemacht werden. Die Aufgabe kritischer Solidarität kann im gegenwärtigen Stadium der nationalen Befreiung im südlichen Afrika nicht in der selektiven Unterstützung bzw. Bekämpfung spezifischer Positionen innerhalb dieses Organisationsspektrums liegen, sondern in der grundsätzlichen Anerkennung aller Träger der antikolonialen Bewegung und ihrer Kampfziele: einer mehr als bloß formalen Dekolonisation Südafrikas.²³ Die politische Entscheidung sollte somit zugunsten der erforderlichen Schritte für eine Annäherung der Positionen fallen – um eine gemeinsame Minimalplattform zur Verwirklichung des gemeinsamen Zieles der Befreiung von kolonialer Fremdherrschaft, Ausbeutung und Rassismus zu erarbeiten und umzusetzen. Für die eigene Praxis und ihr Verständnis von Solidarität bedeutet dies, die von den Organisationen zumindest in den externen Missionen praktizierte Abgrenzungspolitik nicht durch ausschließliche Unterstützung und Propagierung einer der Organisationen zu bestätigen und zu fördern. Kritische Solidarität würde diesem Verständnis entsprechend nicht gleichbedeutend sein mit der Negierung existierender Unterschiede, sondern ihnen zum Trotz die Gemeinsamkeit des Kampfes anerkennen und die Befreiung Südafrikas durch die kolonisierte Bevölkerung selbst akzeptieren.

Anmerkungen

1 Aufgrund des begrenzten Umfanges muß die Darstellung notwendigerweise fragmentarisch bleiben. So muß auf eine Beschreibung der konkreten gesellschaftlichen Strukturen der südafrikanischen Gesellschaft sowie ihrer historischen Herausbildung verzichtet werden.

2 Zit. nach: A. Lerumo, »Fünfzig Jahre Kampf der Südafrikanischen Kommunistischen Partei 1921–1971«, Berlin (DDR) 1973, S. 225.

3 Ebenda, S. 225 ff.

4 »Diese Unterschiede (gegenüber der Position der Komintern, d. V.) beschränkten sich nicht nur auf die pragmatische Einschätzung, inwieweit eine bestimmte Lösung, die als Leitsatz betrachtet wurde, geeignet war. Sie betrafen das Wesen der ideologischen Einstellung zur kolonialen und nationalen Frage. . . . Dabei unterschätzten er (S. P. Bunting, der den Standpunkt des Zentralkomitees als Leiter der ausschließlich weißen Delegation vertrat, d. V.) und andere führende Kommunisten die Bedeutung der nationalen Befreiungsbewegung der Afrikaner. Sie verstanden nicht, daß die nationale Befreiung der Afrikaner im Mittelpunkt des revolutionären Kampfes in Südafrika stehen mußte. Es gelang ihnen auch nicht, die Leninsche Unterscheidung zwischen dem Nationalismus einer unterdrückenden und einer unterdrückten Nation voll zu verstehen.« A. Lerumo, a. a. O., S. 116. Siehe dazu auch die Schilderung der internen Auseinandersetzungen um die endgültige Fassung der Resolution zwischen dem EKKI und der CPSA-Delegation, die bei Harry Haywood in »Memoirs of a Black Bolshevik«, Chicago 1977, enthalten ist. Auszüge dieser Beschreibung finden sich auch in: »Ikwezi«, No. 5, April 1977, S. 4 ff. Buntings Rede vor dem EKKI ist nachzulesen in: »Ikwezi«, No. 4, December 1976, S. 21 ff.

5 Siehe dazu u. a.: Eddie Webster, »Background to the Supply and Control of Labour in the Gold Mines«, in: »South African Labour Bulletin«, Vol. 1 No. 7, November/December 1974, S. 5–16; Dan O'Meara, »White Trade Unionism, Political Power and Afrikaner Nationalism«, in: »South African Labour Bulletin«, Vol. 1 No. 10, April 1975, S. 31–51; sowie im deutschsprachigen Raum Bettina Decke, »Industrialisierung und Herrschaft in Südafrika«, Neuwied und Berlin 1972.

6 Zur Frage der Bestimmung und Funktion der weißen Lohnarbeiterschaft Südafrikas liegen mittlerweile mehrere leistungswerte Beiträge vor. So zum einen die relativ ökonomistische, aber empirisch interessante Arbeit von Robert Davies, »The White Working-Class in South Africa«, in: »new left review«, No. 82, November–December 1973, S. 40–59. Die bisher wohl gelungenste Verbindung ökonomischer, sozialer, rassistischer, politischer und ideologischer Aspekte findet sich bei Howard Simson, »The Myth of the White Working Class in South Africa«, in: »The African Review—Special Issue on Southern Africa«, Vol. 4 No. 4, 1974, S. 189–204. Auch der in der gleichen Ausgabe enthaltene Beitrag von Phyllis MacRae zum Verhältnis von Rasse und Klasse wird der Behandlung des Themas durch eine differenzierte Analyse gerecht: Phyllis MacRae, »Race and Class in Southern Africa«, in: ebenda, S. 237–258. Eine abstrakt-mechanistische Beurteilung der komplexen südafrikanischen Situation liefert Klaus Brade, der sich in der Analyse durch eine Generalisierung von in einem anderen historischen und gesellschaftlichen Kontext entwickelter Marxscher Theorie als zu dogmatisch für die Beurteilung des südafrikanischen Gesellschaftsgefüges erweist und den spezifischen Bedingungsfaktoren des südafrikanischen Klassenkampfes nicht hinreichend gerecht wird. Klaus Brade, »Zur Rolle der Arbeiterklasse in der Republik Südafrika«, in: »Die Arbeiterklasse in Asien und Afrika—Formierung und Kampf«, Berlin (DDR) 1974, S. 263–273.

7 Der African National Congress of South Africa ermöglichte durch einen in Morogoro/Tanzania 1969 gefaßten Beschluß den Funktionären der SACP die Übernahme von Ämtern innerhalb des ANC.

8 »Von diesem Standpunkt aus sah sich die Jugendliga genötigt, ungeachtet der früheren – und späteren – Kooperation des ANC mit Liberalen und Kommunisten, ihre eigene Position zu der Südafrikanischen Kommunistischen Partei und zu liberalen Elementen in der weißen Gesellschaft kritisch daraufhin zu überprüfen, inwieweit dort nicht-afrikanische Interessen gefördert würden.« Informationsstelle Südliches Afrika (Hrsg.), »Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung (1943 bis 1976)«, Bonn 1977, S. 20.

9 Zit. nach: »Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung . . .«, a. a. O., S. 125.

10 Ebenda. Dabei werden die »Mischlinge« als Teil der Afrikaner betrachtet, wohingegen bei der indischen Bevölkerungsgruppe zwischen kleinbürgerlich-korruptierten Händlern und anderen materiell begünstigten Schichten einerseits sowie dem indischen Proletariat als ebenso unterdrückt wie die afrikanische Mehrheit andererseits unterschieden wurde. Die Beiträge Sobukwes sind auch nachzulesen in: »Hört die Stimme Afrikas! Reden 1949–1959«, Köln 1978.

11 »Brief Resume of Policy and Programme of the PAC«, December 1972, zit. in der deutschen Übersetzung nach: »Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung . . .«, a. a. O., S. 160.

12 Die enge personelle und materielle Verflechtung mit der SACP führte Ende 1975 zum Austritt/Ausschluß von acht Mitgliedern des ANC, die sich als ANC/African Nationalists auf das Jugendliga-Manifest beriefen und gegen die Beteiligung von Weißen sowie die organisatorische Einflußnahme seitens der SACP auf die Politik des ANC Stellung bezogen. Die Alternative zur gegenwärtigen ANC-Politik wird von den African Nationalists, die durch die Formen der Kooperation mit der SACP die Autonomie des ANC nicht mehr gewährleistet sahen, in einem Bündnis mit dem PAC und der Black Consciousness Bewegung gesehen. Darüber hinaus fordern sie die Reorientierung des ANC auf die im Manifest der Jugendliga enthaltenen Positionen des afrikanischen Nationalismus.

13 »The Status of the Bogus Republic of South Africa«, July 1975, zit. in der deutschen Übersetzung nach: »Dokumente der südafrikanischen Befreiungsbewegung . . .«, a.a.O., S. 185.

14 »Strategy and Tactics of the ANC (Morogoro 1969)«, zit. nach: ebenda, S. 53.

15 »Die politische Bedeutung der Black Consciousness Movement im Befreiungsprozeß des Volkes von Azania«, in: »Azania – Itemba Letus«, Jahrgang 2, Nummer 2, S. 30. »Itemba« ist das Sprachrohr einer Gruppe Afrikaner(innen) aus dem südlichen Afrika, die in der Bundesrepublik im Exil leben.

16 Ebenda, S. 31.

17 Vertreter der SASO in: Erika Runge, »Südafrika – Rassendiktatur zwischen Elend und Widerstand. Protokolle und Dokumente zur Apartheid«, Reinbek 1974, S. 136.

18 Eine Beschreibung und Analyse der Entwicklung der Black Consciousness Bewegung bis Mitte 1974 findet sich bei Hans Baumgärtner, »Pseudo-Befreiung oder Revolution? Black Consciousness – durch Selbstfindung aus der Sackgasse des Schwarzen Widerstands?«, in: »afrika heute/III. welt«, doppelheft 11/12, November 1974 – Februar 1975, S. 70–76.

19 Ein Zeugnis von Breite und Entschlossenheit des schwarzen Bewußtseins sind die von Gisela Albrecht zwischen August und Oktober 1976 gesammelten Interviews. Selbst offensichtlich nachhaltig beeindruckt vom Stand der Bewegung, hat die Autorin zudem diese Dokumente des gegenwärtigen Freiheitskampfes in einem Aufsatz über den »Aufstand in den Köpfen« in einer für jeden weißen Leser betroffen machenden Form gewürdigt. Gisela Albrecht, »Soweto oder Der Aufstand der Vorstädte. Gespräch mit Südafrikanern«, Reinbek 1977.

20 Henry Isaacs, »The Emergence and Impact of the Black Consciousness Movement«, in: »Ikwezi«, No. 4, December 1976, S. 14 (Ü. d. V.).

21 Der Begriff wird vom PAC, dem ANC/AN und der Black Consciousness Bewegung verwendet, wohingegen der ANC und die SACP argumentieren, daß das Volk über die Umbenennung des Landes noch nicht entschieden hätte. Zum Einwand des ANC gegen die Bezeichnung Azania siehe auch: »Time for an end to the Myth«, in: »Sechaba«, official organ of the african national congress south africa, Vol. 11, 3rd quarter 1977, S. 64. Ferner die Replik von David Dube, »ANC-CP Prefers Colonial and Racist Name to Azania«, in: »Ikwezi«, Number 8, March 1978, S. 43–46, sowie die Ableitung und Begründung des Namens durch den PAC in dem Artikel »Viva Azania!«, in: »Azania News«, Official Organ of the Pan Africanist Congress of Azania, Volume 13 Nos. 1–3, January – March 1978, S. 29–32. Ende April 1978 formierte sich als Reaktion auf die Illegalisierung von 18 Organisationen der Black Consciousness Bewegung im Oktober 1977 die Azania Peoples' Organisation (AZAPO). Siehe dazu: Frankfurter Rundschau vom 2. Mai 1978.

22 Henry Isaacs, a.a.O., S. 14 (Ü. d. V.).

23 Daher beschränkt sich der vorliegende Beitrag vorrangig darauf, die existierenden unterschiedlichen Positionen in ihren relevantesten Aspekten zu verdeutlichen, ohne sie gleichzeitig dezidiert zu bewerten. Dennoch dürfte deutlich geworden sein, daß die Sympathien des Verfassers bei den Positionen des Black Consciousness liegen, die ihm aufgrund eines mehrjährigen Aufenthaltes im südlichen Afrika als die am ehesten der Realität südafrikanischer Rassen- und Klassenverhältnisse entsprechenden und den gegenwärtigen Anforderungen nationaler Befreiung gerecht werdenden erscheinen.

Kongreßankündigungen und -berichte

Hochschultage des BdWi. 29. Januar – 2. Februar 1979

Die 7. (a. o.) Delegiertenkonferenz des Bundes demokratischer Wissenschaftler (BdWi) verabschiedete »Vorschläge und Forderungen für eine demokratische Studienreform« (vgl. Argument 112, S. 877). Die Delegiertenkonferenz beschloß, zur Verbreiterung der Diskussion über die »Vorschläge und Forderungen« wie über die Studienreform insgesamt an sämtlichen Hochschulen »Hochschultage 1979« durchzuführen. Hier sollen auch die Studienreformprobleme einzelner wissenschaftlicher Disziplinen öffentlich diskutiert und die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit zwischen Wissenschaftlern, Studenten und Gewerkschaftsbewegung erarbeitet werden.

»Internationaler Kongreß für und über Rudolf Bahro«

Berlin/West, 16.–19. 11. 1978

In den letzten Jahren hat die kritische Beschäftigung mit dem »Realen Sozialismus« in den verschiedensten Gruppierungen der westeuropäischen Linken eine bemerkenswerte Konjunktur erlebt. Internationalität und Gleichzeitigkeit dieses Prozesses können freilich seine *Heterogenität* nicht verbergen: Bestrebungen nicht zuletzt in eurokommunistischen und -sozialistischen Parteien, über kritische Verarbeitung der Erfahrungen und Fehlentwicklungen des »Realen Sozialismus« zur schärferen Bestimmung des nationalen Wegs zum Sozialismus beizutragen; Strategien in der europäischen Sozialdemokratie, durch eine aktivere Dissidentenpolitik einerseits die »Freiheit oder Sozialismus«-Demagogie der europäischen Rechten zu unterlaufen und andererseits die eurokommunistische Konkurrenz zu paralisieren; maoistische Versuche, Antisowjetismus im Sinne der chinesischen Außenpolitik zu funktionalisieren; Bestrebungen, die nach 1968 zerfallene »Neue Linke« weniger über innerkapitalistische Klassenkämpfe, als durch Schaffung eines außenpolitischen Feindbildes wieder zusammenzuschweißen; Bemühungen z. B. der »nouveaux philosophes«, den Archipel Gulag als adäquate politische Form des Marxismus zu verkaufen und damit die wissenschaftliche Perspektive der sozialistischen Bewegung selbst zu kriminalisieren – diese *Gegensätzlichkeit* in der strategischen Orientierung der einbegriffenen politischen Strömungen (die sich auch in deren unterschiedlich innigem Verhältnis zu den bürgerlichen ideologischen Apparaten ausdrückt) bedingt den zeitweiligen und zweckbedingten Charakter der in diesem Bereich entstehenden Bündnisse, die zwar gemeinsame Diskussion, aber kaum politische Vereinheitlichung zu stiften vermögen. Bemühungen, dem *internationalen* Charakter dieses Prozesses gleichwohl in entsprechenden Diskussionsformen Rechnung zu tragen, fanden bereits im November 1977 mit der Konferenz »Macht und Opposition in den nachrevolutionären Gesellschaften« in Venedig ersten Ausdruck, an der neben osteuropäischen Oppositionellen und Vertretern der »Neuen Linken« auch prominente Mitglieder eurokommunistischer Parteien (Althusser, Comin, Elleinstein, Lombardo-Radice, Trentin) teilnahmen. In diese Tradition (die mit einer internationalen theoretischen Konferenz in Mailand Anfang 1979 fortgesetzt werden soll) soll sich nach dem Willen seiner Veranstalter auch der Kongreß »für und über« Rudolf Bahro einreihen, der mit seiner Themenstellung zwei Ziele verfolgte: *für* den inhaftierten Bahro internationale Solidarität zu organisieren; und *über* Bahros Buch diskutierend, theoretische Probleme sozialistischer Politik zu erörtern.

Jenseits dieses Minimalnenners wurden allerdings hinter und vor den Kulissen von den verschiedensten Richtungen erheblich weiterreichende Ziele verfolgt: So hatte die

Gruppierung um Dutschke, Rabehl, Scharrer u. a., die die Gründung einer neuen linken Partei in der Bundesrepublik anstrebt, ihr Engagement in Sachen Bahro von Anfang an entlang den ideologischen Integrationspolen ihres Parteiprojekts (»progressiver Antisowjetismus«, »nationale Wiedervereinigung«) ausgerichtet und in diesem Sinne das vom »Spiegel« lancierte (Bahros Anliegen auf den Kopf stellende) angebliche »Manifest« eines Bundes demokratischer Kommunisten in der DDR aufgegriffen (vgl. u. a. Manfred Scharrer, Zur nationalen Frage. Rudolf Bahro und das »Manifest« des Bundes demokratischer Kommunisten – ein Vergleich, in: Langer Marsch, Nr. 32, Januar 1978, S. 3–5). Eine Gruppe sowjetischer Dissidenten forderte auf dem Kongreß, die Eurokommunisten zu bewegen, die osteuropäischen KPs vor das »Ultimatum« zu stellen, entweder die Forderungen der Dissidenten zu erfüllen oder den »Abbruch aller diplomatischen Beziehungen« mit den eurokommunistischen KPs zu vergewärtigen. Vor allem die SPD unterstützte den Kongreß über verschiedene Kanäle massiv (materielle Hilfe durch die EVA, Solidaritätstelegramm Willy Brandts, Empfang des Berliner SPD-Landesverbands für die Delegationen der ausländischen »Schwesterparteien«). Das naheliegende Motiv, im Wahljahr 1979 abbröckelnde linke Wählerprozenze durch demonstratives »Zurück zur politischen Diskussion« wieder einzubinden, wurde zwar weitgehend verschwiegen, aber der stellvertretende Berliner Landesvorsitzende ließ keinen Zweifel daran, daß er vom Kongreß einen Beitrag zur Spaltung des linken *und* des konservativen Lagers erwarte: »An dieser Frage werden sich die Geister scheiden. Euro-Kommunisten sind genauso aufgefordert, Stellung zu beziehen, wie Anhänger der SED, DKP und SEW. Aber auch wer als Konservativer moralisch glaubwürdig bleiben will, kann dies nur dann sein, wenn er das Leiden der Oppositionellen in den osteuropäischen Staaten nicht weiterhin benutzt als politisches Kampfmittel zur Diffamierung und Unterdrückung demokratischer Sozialisten im eigenen Lande.« (Waldemar Schulze, Beim Bahro-Kongreß müssen sich die Fronten klären, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, Nr. 213, 6. 11. 1978.) Seine damit verbundene Hoffnung, »daß der Kongreß gerade die jungen Menschen in unserem Lande noch stärker sensibilisiert für die Rahmenbedingungen der Chance einer demokratisch-sozialistischen Entwicklung« (im Klartext: sie zu Anhängern der SPD-Politik macht) dürfte der Kongreßverlauf aber kaum erfüllt haben: Weite Teile der Diskussion gerieten spontan zur Abrechnung mit sozialdemokratischer Politik: der Beitrag der internationalen Sozialdemokratie zur Isolierung der SU seit 1917 und damit zur Entstehung des Stalinismus wurde ebenso hervorgehoben wie die Diskrepanz zwischen Berufsverbotspolitik im eignen Land und Einsatz für die Bürgerrechte in Osteuropa. Die Abschlußresolution des Kongresses (u. a. auch von den offiziellen Vertretern von PCI, PSI und PSOE unterzeichnet) nimmt gegen die Berufsverbote in der Bundesrepublik ebenso Stellung wie gegen die Verfolgung von Bürgern osteuropäischer Staaten wegen ihrer politischen oder religiösen Überzeugungen. Positionen, die den Bruch mit den osteuropäischen KPs zum Kriterium der Zusammenarbeit mit Kommunisten machen wollen, fanden keinen Eingang in die Resolution.

So sehr der Kongreß damit in der politischen Tendenz dokumentieren konnte, daß die Auseinandersetzung um Bahro nicht nur Element der Spaltung der Linken, sondern auch Feld gemeinsamer Diskussionen sein kann – so wenig vermochte er in wissenschaftlicher Hinsicht zu befriedigen: in drei Podiumsdiskussionen (je ca. 3500 Zuhörer), die in Anlehnung an den Aufbau von Bahros Buch nacheinander die Komplexe »Oktoberrevolution«, »Prager Frühling«, »Produktionsziel: reich entwickelte Persönlichkeit« behandelten und neun Arbeitsgruppen (900–1200 Teilnehmer), die Einzelaspekte der »Alternative« diskutieren sollten, wurde (mit einigen Ausnahmen) über weite Strecken eine zentrifugale Debatte geführt, in der die Diskutanten sich

meist weder aufeinander noch auf Bahro bezogen – ein Resultat mangelnder inhaltlicher Vorbereitung (der ausgezeichnete Materialienband wurde erst zu Kongreßbeginn an die ca. 1800 angemeldeten Teilnehmer ausgegeben) und Überfrachtung der Tagesordnung mit Statements und Referaten (u. a. von Mandel, v. Oertzen, Rossanda, Crovatta, Bolaffi, Ticktin, Rabehl, Dutschke, Pelikan, Hejzlar, Bosse, Krovozza, Leithäuser u. v. a.).

Ein greifbares theoretisches Ergebnis des Kongresses gibt es daher nicht. Chronisches Problem in den Diskussionen war das Auseinanderfallen von Basis- und Überbauanalysen. Die meisten westlichen Teilnehmer waren z. B. bemüht, die osteuropäischen Gesellschaften als *Produktionsweisen* zu analysieren, freilich mit ganz unterschiedlichen Ergebnissen: »kapitalistische Produktionsweise« (Rossanda), »eingefrorene Übergangsgesellschaft« (Mandel), »Übergang ins Nichts« (Ticktin), »staatliche Industrialisierungssysteme« (Rabehl). Die osteuropäischen Oppositionellen hingegen konzentrierten sich mit Ausnahmen Vajdas ausschließlich auf *Überbauphänomene*: das Fehlen politischer Rechte, die Allmacht der Polizei, den politischen Druck der UdSSR, die Identität von Partei und Staat etc. (Hejzlar, Pelikan, Kravin, Weil) – mit der Konsequenz, (1) das Umfeld ihrer politischen Strategie nur noch mit moralisch-denzuntorischen Kategorien erfassen zu können wie »totalitär« (Weil), »Despotie«, »Blasphemie«, »Usurpatoren« (Kravin), und (2) das Problem der ökonomischen und soziokulturellen *Inhalte* sozialistischer Politik systematisch zu unterschätzen: die Kritik an Šiks Wirtschaftsprogramm glaubte Hejzlar mit dem Verweis auf die Notwendigkeit von »Effizienz« und »Konsumerweiterung« erledigen zu können. Das Problem, inwieweit *sozialistische* Perspektive und Politik über die abgelöste Betrachtung politischer Formen zu begründen sind bzw. inwieweit politische Formen »an sich« sozialistisch oder nichtsozialistisch sein können, lag auch zahlreichen weiteren Kontroversen zugrunde: War das Sozialistische an der Oktoberrevolution nur die Räteform? Ist der Stalinismus Produkt eines ökonomischen Sachzwangs oder gibt es in unterentwickelten Ländern politische Alternativen zur Vermeidung despotischer Industrialisierungsformen? Garantieren demokratische Institutionen ökonomische Effizienz? Muß die Entwicklung des Eurokommunismus als Ausdruck einer sozialen Bewegung eigener Qualität untersucht werden oder reicht es aus, sie innerhalb der an politischen Institutionen fixierten Stalinisierungs-versus-Sozialdemokratisierungs-Schablone zu verarbeiten? Welche Bedeutung hat das Lob der »gelebten Rebellion« (Heinz Brandt) an sich für die persönliche Emanzipation in sozialistischer Perspektive?

Die Aufhebung der *vertikalen Arbeitsteilung*, Angelpunkt von Bahros ökonomischem Programm, bildete den zweiten Schwerpunkt der Kongreßdiskussion, der freilich für die Beurteilung *politischer* Prozesse kaum fruchtbar gemacht wurde, obwohl gerade dieser Komplex mit differenzierten Vorlagen von Damus, Glaeßner, Mänike-Gyongyösi, Ch. Neusüss u. a. vorzüglich vorbereitet worden war. Diskutiert wurde v. a. Bahros These vom »überschüssigen Bewußtsein« als entscheidendem Emanzipationspotential, als dessen sozialen Träger innerhalb des Gesamtarbeiters er primär die Intelligenz begreift. Kritisiert wurde an dieser These *erstens* die Unterschätzung der Rolle der Arbeiterschaft in den empirischen sozialen Konflikten in Osteuropa (CSSR, Polen) und *zweitens* die analytische Reduktion »überschüssigen Bewußtseins« auf bloße *Intellektualität*, die die Problematik des »ganzen Menschen« mit seinen nichtintellektuellen Emotionen und Bedürfnissen ausblende. Freilich verstanden nur wenige Diskutanten (besonders der letzten Podiumsdiskussion) diesen Hinweis als Aufforderung, auch diese Bereiche in die *wissenschaftliche* Erarbeitung der sozialistischen Perspektive einzubeziehen: des größten Beifalls konnten sich stets die Appelle von Heinz Brandt u. a. gewiß sein, den Sozialismus »nicht aus Büchern«

abzuleiten, sich »massenhaft gut zu fühlen«, ab sofort »auf die Stellvertreterpolitik zu pfeifen« usw. Daß persönliche Emanzipation und Aufhebung von Herrschaft auch an ökonomische Bedingungen gebunden sind, darüber legten sich die Diskutanten primär nur in Forderungen nach der 35-Stunden-Woche und Verkürzung und Bezahlung der Hausarbeit (zwecks größerer Freizeit) Rechenschaft ab. Die in mehreren Arbeitsgruppen diskutierten wesentlich grundlegenden ökonomischen Probleme wie alternative Wachstumsmodelle, Effizienzkriterien, Kostenrechnung, Verhältnis von gesamtgesellschaftlicher zu kommunaler Planung, Bildungssystem etc. wurden in ihrer Bedeutung für die Aufhebung vertikaler Arbeitsteilung vom Kongreßplenium überhaupt nicht berücksichtigt.

Wäre die faktische Quintessenz der abschließenden Podiumsdiskussion – grau, grau sei alle Theorie, doch grün des Lebens goldner Baum – das wirkliche Ergebnis des Bahro-Kongresses gewesen, so hätte Rudolf Bahro sein Buch überhaupt nicht zu schreiben brauchen.

Thomas Scheffler (Berlin/West)

32. Historikertag

Hamburg, 4.–8. 10. 1978

Die FAZ (v. 2. 10. 78) hatte sich vom Historikertag »wieder ein einigermaßen verbindliches Geschichtsbild« gewünscht. H. Schmidt konterte strikt: ». . . verbindlich ist allein das Grundgesetz«. Gefordert sei ein toleranter Pluralismus (»nicht nur regional und an einzelnen Fachbereichen«), was als eine Attacke gegen den herrschenden rechten Dogmatismus verstanden werden konnte. Unüberhörbar war dabei jedoch der systematische Kontext des Kanzlers, daß die »Geschichte (wie der Krieg) zu wichtig sei, um sie den Historikern (wie den Generälen) zu überlassen« (frei nach Clemenceau), daß Geschichte und ihr Bild also in die gesamtgesellschaftliche Verantwortung gehörten. Sieht man von der traditionellen unheiligen Allianz in diesem Vergleich ab, kann es eine wichtige Anregung für die Wissenschaft sein. Die eigentliche Schwierigkeit setzt da an, wie denn der Maßstab des Grundgesetzes und welcher eigentlich umgesetzt und verwirklicht werden soll. Die Skepsis, »ob wir ohne ein Geschichtsbild auskommen können« zum Begreifen unsrer Gegenwart (FAZ v. 23. 10.) wird besonders deutlich, wenn doch auch der Kanzler »die offene Gesellschaft gegen ihre Feinde« geschützt sehen will. Andererseits wird jede Verbindlichkeit als »ideologischer Mißbrauch der Geschichte«, wovor der Vorsitzende des Geschichtslehrerverbandes Grassmann ebenso wie die Presse (vgl. Welt v. 6. 10. 78) warnten, verdächtigt. Den Anlaß dazu hatte der Vorsitzende des Historikerverbandes G. A. Ritter benannt, als er auf die effektive Propagierung eines materialistischen Geschichtsbildes durch das sozialistische Ausland verwies.

Die Bedeutung der Verbindlichkeit und die Frage nach dem Maßstab, deren Klärung notwendige Voraussetzung für die irrtumslose Erkenntnis der »wahren Feinde« ist, zeigte sich auch auf der methodologischen Ebene, wenn Grassmann es für unhistorisch erklärte, die Karlsbader Beschlüsse und Demagogenverfolgungen so zu behandeln, daß damit die Berufsverbotepraxis der BRD kritisiert werden kann. Hiermit wurde der seit langem erhobenen Forderung, wieder mehr die Ereignisse, die konkreten Fakten und die Personalgeschichte zu würdigen, entsprochen. Danach wird die sozial-, wirtschafts-, struktur- und theoriebewußte Geschichte zwar als ein notwendiges Übel angesehen, die wirkliche Geschichte habe jedoch die »dramatis personae

und ihre individuelle Verantwortung« zu berücksichtigen. Daß die Geschichtswissenschaft endlich von der Alleinverantwortung für die politische Bildung befreit werden müßte, machte der Kanzler am Beispiel des Faschismus klar. Faschismus wie auch Antifaschismus seien »Begriffe, die die Welt eher vernebeln, aber nicht klären«. Gegen theoretisch fundierte und gesamtgesellschaftliche Erkenntnis und für fakten- und personenbezogene Geschichtsschreibung sprach er sich ebenso aus wie der niedersächsische Kultusminister Remmers, der die Schulbücher von Faschismustheorie und pädagogischer Wissenschaftlichkeit säubern will (vgl. FAZ v. 4. 11.). Daß die Diskussion noch nicht beendet ist, beweisen die Überlegung des hessischen Ministerpräsidenten H. Börner anläßlich einer GEW-Tagung zur sog. Reichskristallnacht, daß zu dem nicht verbindlichen Geschichtsbild »auch . . . die Auseinandersetzung . . . zwischen reich und arm« gehöre, was die FAZ sofort als neue Verbindlichkeit aufspießte (9. 11.).

Im Unterschied zu dem von Scheel auf dem letzten Historikertag geforderten national ausgerichteten Geschichtsbild (vgl. *das Argument*, 103, 393 f.) machte H. Schmidt klar, daß auch die einheitliche Nation historisch nur als Auftrag des Grundgesetzes für die Zukunft gesehen werden könne. Für diese Zukunft bedauerte entsprechend Grassmann, daß heute schon immer weniger Historiker sich mit der Geschichte Ostpreußens, Schlesiens etc. befassen würden und sprach sich gegen die Konstruktion eines »westdeutschen Geschichtsbewußtseins« aus.

Doch bei diesem Historikertag mußte eine Alleinherrschaft der eher konservativen Geschichtsauffassung, der traditionellen Personen- und Faktengeschichte, des Nationalismus ebenso vermieden werden, wie der aktuelle historische Kitsch nicht mit dem Neuaufschwung der reinen Fachforschung verwechselt werden durfte. Diese drei Tendenzen bezeichnete die FAZ treffend als »die falschen Gönner« (10. 10.). So hatten sich der Hamburger Schulsenator gegen H. Lübbecke's unvorsichtigem Jubel über die »Rehabilitierung des (alten deutschen) Historismus« gewandt, wie Grassmann gegen die Indienstahne der Geschichte durch den Konservatismus zur Disziplinierung unzufriedener Bevölkerungsteile. Wie dagegen G. A. Ritter ausführte, sollte es dem Historikertag um ein spannungsvolles Gleichgewicht zwischen Tradition und Modernisierung gehen. Beide Richtungen kamen deshalb zu Wort: im Eingangsreferat über Karl IV., in den traditionell stark besuchten Sektionen zur mittelalterlichen Geschichte und zur Bismarckzeit die rehabilitierte Personengeschichte, in dem Schlußreferat über die »Weltwirtschaft im 20. Jh.«, dem übergreifenden Thema zur Wissenschaftsgeschichte, den Sektionen zu Quantifizierbarkeitsproblemen, der Medizingeschichte etc. die sozioökonomische und theoretische Modernisierung. Drei weitere im Vergleich zum letzten Historikertag neue Akzente sind noch hervorzuheben:

Was damals noch als hoffnungsvolle Alternative zur offiziellen Geschichtswissenschaft erscheinen konnte, war nunmehr harmonisch integriert: die Konzeption der »Historischen Sozialwissenschaften« mit ihren Hauptvertretern Wehler und Kocka in der Sektion zum Vergleich europäischer Klassen- und Schichtenstrukturen, worauf sich auch Hobsbawm und Pollard einließen. Auch inhaltlich war man sich hier mehrheitlich einig, daß das »dichotomische Klassenmodell« von Marx, das zu ausschließlich am Marktmechanismus des 19. Jh. orientiert gewesen sei, durch das für die moderne Industriegesellschaft differenzierte Modell von M. Weber ersetzt werden müßte.

Ferner manifestierte sich die Hinwendung der Fachdisziplin zur Modernisierung und brennender Wissenschaftsprobleme auch in Sektionen wie zum antifaschistischen Widerstand und zur Arbeiterbewegung, bei denen allerdings die Qualität recht unterschiedlich war. Den Referenten über den Widerstand mußte vorgeworfen werden, daß sie sich zuerst einmal den Forschungsstand hätten aneignen müssen

(H. A. Winkler). Die Unfähigkeit zu einem antifaschistischen Geschichtsbild zeigte sich in Kosthorst's Versuch, Goerdeler zum demokratischen Vorbild hochzustilisieren, wogegen W. Mommsen zu recht heftig protestierte. Demgegenüber wurde zur Arbeiterbewegung solide empirische Forschung über Organisationsprobleme (Gewerkschaften) und Entfremdung zwischen Führung und Mitgliedern bzw. unorganisierten Arbeitern vorgelegt, wenngleich methodologische Fragen der Begriffssicherheit ebenso unberücksichtigt blieben wie – dem modischen Trend in dieser Wissenschaftssparte entsprechend – ideologische Probleme.

Schließlich ist insgesamt die Geschichtswissenschaft wieder öffentlich anerkannt und der Wiederaufbau des Geschichtsunterrichts in den Schulen hat begonnen, womit sich »das Heil in der Offensive« nach der Devise Ritters tatsächlich eingestellt hat. Das belegt auch praktisch das starke Interesse z. B. an der Sektion zur Geschichtsdidaktik, wo allerdings der Praxisbezug noch zu gering blieb und deshalb keine konkreten Ratschläge für die Geschichtslehrer herauspringen konnten.

Die Antwort auf die Frage »Geschichte im Aufwind – warum?« (FR v. 12. 10.) könnte darin liegen, daß sich der Historikeralltag wieder normalisiert hat in der Wiederherstellung der alten Arbeitsteilung zwischen einer (relativ) »reinen« Theorie und »reinen« Forschung. Damit ist die »Krise« – Ausdruck einer abstrakten Polarisierung zwischen den Postulaten »mehr Theorie, Soziales und Wirtschaftliches« versus »mehr Quellenarbeit und Spezialisierung« – überwunden, indem die befürchtete »Soziologisierung« der Historie mittels der aktuellen »Historisierung« (= »Weberianisierung«) der Soziologie neutralisiert wurde. Die jüngeren Historiker haben ihre Theoriepflicht längst absolviert und küren sich seit geraumer Zeit durch die »eigentliche« Historikerarbeit, das Quellenstudium oder arbeiten geduldetermaßen an einer neuen »Historik«. Aber ist das dann nicht doch der »alte Historismus« (Lübbe)? Reicht der gemeinsame Kampf gegen den Historischen Materialismus als kleinster Nenner aus, um die vom Kanzler und der FAZ sorgenvoll konstatierte »Entfremdung zwischen Wissenschaft und Öffentlichkeit« (FAZ v. 6. 10.) zu überwinden? Wo bleibt die verbindliche Mitteilung und Orientierung an die Öffentlichkeit, deren Grundlegung in einer neuen Einheitlichkeit H. Diwald schon 1976 und heute wieder die FAZ forderten? Das alte Dilemma wiederholt sich: Die vorherrschende Geschichtstheorie versagt – und was tun?

Einen Ausweg könnte man in der von F. Fischer begründeten Konzeption einer »rücksichtslosen Quellenveröffentlichung« sehen. Aber Fischer durfte – als der bekannteste Historiker der gastgebenden Hamburger Universität – nur einen demonstrativ gutbesuchten »öffentlichen Vortrag« außerhalb des offiziellen Wissenschaftsprogramms halten statt an repräsentativer Stelle zu Anfang oder zu Ende des Historikertages, was einer beschämenden Provokation gleichkam. Er erläuterte den »Stellenwert des Ersten Weltkrieges in der Kontinuitätsproblematik der deutschen Geschichte« mit einer prononcierten Deutlichkeit, die die Schärfe ihres Urteils nicht unter dem Deckmantel überdifferenzierender Distanziertheit verbarg, und unterstrich die Kontinuität und Dominanz des konservativen, militärisch-bürokratischen und obrigkeitsstaatlichen Elements aus dem 19. Jh. bis 1945. Insbesondere verwies er darauf, daß es die gleichen sozialen Kräfte gewesen seien, die zur Durchsetzung imperialistischer Expansionspläne und interner Herrschaftsstabilisierung die beiden Weltkriege bewußt und planmäßig herbeigeführt hätten. Die enge Quellenorientierung seiner Thesen zeigte zwar, daß so die Gewinnung realistischer Einsichten durchaus möglich ist, verweist aber gleichzeitig auf eine gewisse analytische Begrenztheit dieser Vorgehensweise: Bestimmte Kategorien und Theorien – wie etwa zum Kapitalismus, Imperialismus, Faschismus etc. – fehlten, obwohl sie erst vergleichende – weil systematisch und theoretisch fundierte – Aussagen erlauben würden. Prinzipiell steht da-

mit diese Konzeption im Einklang mit dem aktuellen Trend unserer Wissenschaft, wie er treffend im Vorwort zur Fischer-Festschrift von seiner Schule formuliert wurde, nämlich »die zum Teil ausufernde ›reine‹ Theoriedebatte wieder mehr auf empirische Grundlagen zu stellen«.

Dennoch ist diese Konzeption der radikalen Quellendarstellung eine materiale Diskussionsbasis für fortschrittliche Historiker, die für eine verbindliche Orientierung in der Geschichte eintreten. Doch auch ihre prinzipielle Position war auf dem Historikertag wieder nicht öffentlich vertreten. Daß sie von der offiziellen Historie – selbstverständlich – nicht geduldet wird, enthebt sie nicht, dennoch teilzunehmen. In die bitter notwendige Auseinandersetzung innerhalb des Historikerverbandes und der BRD konnten fortschrittliche Historiker nicht eingreifen, weil sie zum größten Teil keine Mitglieder des Verbandes sind (und auf dem Historikertag nur vereinzelt und schweigend erschienen waren) und weil ihre wissenschaftliche Arbeit nur ungenügend theoretisch entfaltet und empirisch dargestellt ist. Diese schwerwiegenden Probleme des wissenschaftlichen Selbstverständnisses und der organisatorischen Praxis werfen die Frage auf, ob es nicht an der Zeit und ein erster Lösungsschritt wäre, in den Verband einzutreten und dort die *gemeinsame* Diskussion zu führen. Zum Pro und Kontra dieses Vorschlages könnten Vorüberlegungen in dieser Zeitschrift debattiert werden.

Werner Bührer / Lars Lambrecht / Peter W. Reuter / Axel Schildt (Hamburg)

»Zur Ökonomie demokratischer Wirtschaftsreformen«

Herbsttagung des Arbeitskreises »Politische Ökonomie«. Bergisch-Gladbach, 29. 9. – 1. 10. 1978

Der Anstoß zum Thema der Tagung ergab sich aus dem Dilemma, in dem man sich als linker Kritiker der aktuellen Wirtschaftspolitik befangen fühlt: Zum einen ist es leicht, den theoretischen Ansatz der herrschenden Wirtschaftslehre – wie er sich z. B. in den Gutachten des Sachverständigenrats manifestiert – als verfehlt zu »entlarven« und die Unwirksamkeit der verfolgten wirtschaftspolitischen Strategien in bezug auf das Beschäftigungsziel zu konstatieren. Zum andern befriedigt die Alternative nicht, verstärkt eine keynesianische Vollbeschäftigungspolitik zu fordern, wenn man davon überzeugt ist, daß sie langfristig kein ökonomisches Allheilmittel darstellt und politisch-gesellschaftliche Defekte des kapitalistischen Wirtschaftssystems fort-schreibt.

Geht man davon aus, daß »die Defizienzen marktwirtschaftlich-kapitalistischer Systeme in gewandelter Form in einem System mit prinzipiell zentraler Entscheidung erneut (und vielleicht noch schlimmer) auftreten«, kann die Lösung nicht in einer forcierten Verstaatlichung liegen. Es ginge vielmehr darum, liberal-demokratische Prozesse durch ein dezentrales Entscheidungssystem zu ermöglichen, gleichzeitig aber die Kanalisierung dieser Entscheidungen in demokratisch erstellte gesellschaftliche Pläne zu gewährleisten. Das Programm einer so verstandenen Wirtschaftsdemokratie bestünde also darin, das privat-dezentrale durch ein gemeinschaftlich-dezentrales System abzulösen. (Vgl. H. Baisch u. a.: Die Wirtschaftskrise in der BRD. Leviathan 2/1977, 206 f.)

Welche theoretischen Probleme es da noch zu bewältigen gilt, zeigte sich während der Tagung* in der Diskussion über die Theorie dezentral-gemeinschaftlicher Steuerung. Eine Position ging davon aus, daß von den bekannten (und möglichen?) Vergesellschaftungsmedien Markt und Plan das marktwirtschaftliche Koordinationssystem immer noch das geringere Übel sei; als Konsequenz wurde eine Art Konkurrenzso-

zialismus vorgeschlagen, der inhaltlich dem jugoslawischen Modell ähnelte – wobei freilich gesamtwirtschaftliche Niveau- und Strukturstörungen nicht ausgeschlossen werden und die Wirtschaftsdemokratie eher nur eine Betriebsdemokratie sein kann.

Die Gegenposition wies auf die Folgekosten marktwirtschaftlicher Koordinationsverfahren hin: welche Möglichkeiten bestehen in einer Geldwirtschaft, den Konkurrenzdruck und das tauschwertorientierte Akkumulationsverhalten abzubauen? Auch sei die Trennung des einzelnen von der Gesellschaft hier keineswegs aufgehoben; Entfremdungserscheinungen wie etwa in der Form des »Betriebsegoismus« sind im jugoslawischen System ein wichtiges Problem. Aus der Kritik an der »sprachlosen Kommunikation« im Marktsystem (Johannes Berger) wurde ein Plädoyer für die Bürokratie entwickelt, die die menschlichen Beziehungen transparenter erscheinen lasse und zudem eher in der Lage sei, materielle Gleichheit und Gerechtigkeit zu gewährleisten. Erfahrungen und Möglichkeiten einer indirekten Planung und Lenkung, die die politischen und ökonomischen Nachteile eines strikten Zentralismus zu vermeiden sucht, müßten konkret untersucht werden.

Als dritte Position wurde die »Utopie« einer Bildung von autonom-autarken Regionen erwähnt, die wegen ihrer Überschaubarkeit bessere Voraussetzungen für Formen direkter Demokratie bieten. Allerdings treten hier wirtschaftliche »Kosten« in Gestalt mangelnder Produktivität und (interregionaler) Arbeitsteilung auf, so daß dieser Alternative aufgrund ihrer Beschneidung des materiellen »Wohlstands« zumindest in hochentwickelten Industrieländern keine große Realisierungschance eingeräumt wurde.

Ein zweiter Schwerpunkt der Tagung lag auf den Erfahrungsberichten über Wirtschaftsreformansätze im westeuropäischen Ausland. Hier wurde deutlich, daß die Fragestellung einer letztlich wohlfahrtstheoretischen Debatte über die politisch und ökonomisch »effizienteste« Form des Sozialismus oft wenig Bezug zu den konkreten Interessen und Determinanten aufweist, die in diesen Ländern zu so unterschiedlichen Reformstrategien wie Verstaatlichung, Reprivatisierung oder autonomistischer Selbstverwaltung führen. Dieses Problem der Relevanz der theoretischen Diskussion für die reale Bewegung ist nicht zuletzt für die Frage der politischen Durchsetzbarkeit alternativer Wirtschafts- und Gesellschaftsreformen von zentraler Bedeutung.

Der Arbeitskreis »Politische Ökonomie« wird sich auf seiner Tagung im Herbst 1979 weiterführend mit dem Komplex der Wirtschaftsdemokratie befassen.

Peter Spahn (Berlin/West)

* Folgende Beiträge wurden diskutiert:

Zur Einführung in die Problematik der Wirtschaftsdemokratie:

1. K. Novy: Anmerkungen zum Stand der Theorie der Wirtschaftsreform;
2. G. Buchholz, G. Köhler, A. Kramer: Sozialreform als Lernprozeß.

Zur Theorie dezentral-gemeinschaftlicher Steuerung:

3. H. G. Nutzinger: Mikroökonomische Ansatzpunkte demokratischer Wirtschaftsplanung;
4. H.-J. Wagner: Dezentrale Planung und Eigentumsrechte;
5. J. Backhaus: Formen und Kriterien der Sozialisierung;
6. R. Steininger-Fetzer: Zur Diskussion um Investitionslenkung.

Zu Erfahrungsberichten über historische und aktuelle Wirtschaftsreformen:

7. K. Gretschmann: Konzepte ökonomischer Basissteuerung – der englische Fabier-Sozialismus;
8. E. Alteköster: Der Fall Italien – Arbeiterdemokratie im gemischtwirtschaftlichen System;
9. G. Leithäuser: Autogestion in Frankreich;
10. E. Haas: Erfahrungen und Folgerungen mit dem großen verstaatlichten Sektor Österreichs.

Zur Kampagne für die Rehabilitation von N. I. Bucharin

Wie jeder Einzelne seine Handlungsfähigkeit nur erhalten kann durch die bewußte Verarbeitung von Erfahrungen – seiner selbst und der anderen –, so brauchen soziale Bewegungen zur Bestimmung ihrer Strategien das Begreifen ihrer eigenen Geschichte. Für die Arbeiterbewegung gehört das Geschichtsstudium zum Lebensnotwendigen. Nach der Zerschlagung der deutschen Arbeiterbewegung durch den Faschismus hat die Bourgeoisie den ideologischen Klassenkampf besonders auf diesem Feld geführt: mit Erfolg rechnete sie den Arbeiterparteien den Terror unter Stalin vor, um die Entwicklung des Sozialismus unter den Arbeitern zu ersticken. Sie tat dies mit Erfolg, weil der stalinsche Terror Wirklichkeit gewesen war und weil die kommunistischen Parteien im Westen seine Rechtfertigung betrieben hatten. Der XX. Parteitag der KPdSU, auf dem Chruschtschow die Stalinherrschaft öffentlich kritisierte, öffnete daher nicht nur den Weg zur innersowjetischen Demokratisierung, sondern ermutigte die Arbeiterparteien zur praktischen Kritik ihrer eigenen Geschichte. Die Rehabilitation einer Reihe von Kampfgefährten Lenins, die unter Stalin verurteilt und hingerichtet worden waren, erlaubte den Arbeiterparteien die Rückgewinnung eines Stücks ihrer Geschichte und damit den Übergang von der Abwehr des Antikommunismus zur offensive.

Diese Möglichkeit ist allerdings weder von der KPdSU noch von allen Arbeiterparteien des Westens bisher genügend genutzt worden. Viele wichtige Zusammenhänge der 30er bis 50er Jahre sind nach wie vor unklar, die Fälle einer Reihe von Führern der KPdSU, die dem Terror zum Opfer fielen, sind bis heute nicht öffentlich überprüft worden. – Nun betreibt die »Bertrand Russell Peace Foundation« eine Kampagne, die die Revision des Verfahrens gegen Nikolaj Ivanovič Bucharin (vgl. Ken Coates: *The Case of Nikolai Bukharin*, Nottingham 1978), seine Rehabilitation und die öffentliche Klärung der Umstände seiner Verurteilung zum Ziel hat. Namhafte Sozialisten, Kommunisten und Demokraten unterstützen diesen Aufruf an den sowjetischen Parteivorsitzenden, die Zeitungen einiger kommunistischer Parteien (z. B. der italienischen) berichten ausführlich über die Kampagne.

Bucharin, einer der »Männer der ersten Stunde« in der russischen Revolution und Führer der Kommunistischen Internationale, wurde zusammen mit anderen Angeklagten des sogenannten »Blocks der Rechten und Trotzkisten« vom Militärkollegium des Obersten Gerichtshofs der UdSSR im März 1938 wegen Spionage, Verrat, Sabotage und Mord zum Tode verurteilt und hingerichtet. Bucharin hatte ein Geständnis abgelegt und sich im Sinne der Anklage für schuldig erklärt. Nach allem, was man heute über die Prozesse der Stalinzeit weiß, sind Zweifel an der Richtigkeit solcher häufig unter physischer und psychischer Folter erpreßter Geständnisse berechtigt. Zudem scheint es, daß die Rehabilitation Bucharins nach dem XX. Parteitag der KPdSU vorgesehen war, aus bestimmten Rücksichten dann aber nicht durchgeführt wurde. Frau und Sohn Bucharins setzen sich seit 1961 vergeblich für die Rehabilitation ein.

Wie immer in solchen Fällen werden sich auch die von einer Rehabilitationskampagne für Bucharin etwas versprechen, denen es nicht um ein breites Linksbündnis sondern um die Spaltung der Linken in eine pro- und eine antisowjetische Richtung geht. Sollen wir uns deswegen gegen die Initiative aussprechen? – Lenin schlug als praktische Richtschnur für den ideologischen Klassenkampf von links vor: auf keinen Fall die Massen belügen, ihnen schonungslos die Wahrheit sagen, auch und gerade wo Fehler gemacht worden sind. Unwissenheit und Bewußtlosigkeit können nur der Reaktion dienen. Die Öffnung der Archive, die schärfste Überprüfung der Verurteilung Bucharins und seines Ausschlusses aus der KPdSU vor den Augen der internationalen Arbeiterbewegung kann hier aus Schwäche Stärke machen.

Besprechungen

Philosophie

Lefèvre, Wolfgang: *Naturtheorie und Produktionsweise. Probleme einer materialistischen Wissenschaftsgeschichtsschreibung – Eine Studie zur Genese der neuzeitlichen Naturwissenschaft.* Luchterhand-Verlag, Darmstadt 1978 (187 S., br., 34,- DM).

Der Autor will die Entstehung der klassischen Physik (Galilei/Newton) durch »sozialgeschichtliche Orientierung« rekonstruieren (11) und dabei das Verhältnis von sozioökonomisch-politischer, wissenschaftlicher und philosophischer Entwicklung deutlich machen. Er kommt zu folgendem allgemeinem Ergebnis: Umwälzungen in der Produktion haben, weil neue Problemstellungen sichtbar wurden, die Entstehung der neuen Physik ermöglicht, aber noch nicht funktional notwendig gemacht. Dies wurde sie erst dadurch, daß das aufsteigende Bürgertum der Manufakturperiode im Klassenkampf ein antireligiöses Weltbild brauchte, das »die erscheinende Realität als Zusammenhang von innerer Notwendigkeit auffaßt« (120). Ein unmittelbar an der ökonomischen Lebensweise der Klasse anknüpfendes Weltbild materialistischer Immanenz war nicht möglich, da die Warengesellschaft noch in embryonaler Abhängigkeit zur Feudalgesellschaft stand; so blieb nur das Terrain der Physik.

Infolgedessen begreift Lefèvre den *Inhalt* der Newtonschen Theorie als Übergang zur Betrachtung physikalischer Gesamtzusammenhänge. Durch die abstrakte Unterscheidung von Masse und Gewichtskraft sei die Ebene der Wirkeigenschaften einzelner Dinge überschritten: »das, was als Eigenschaft eines Körpers sein Gewicht ist (er »hat« Gewicht), das ist als Moment des Anziehungszusammenhangs zwischen Körpern seine Masse (sie wirken als Masse anziehend) etc.« (112 f.). Das Verhältnis von Wirkzusammenhang und Wirkeigenschaft ist für Lefèvre eines von »allgemeiner« und »besonderer« *Naturkraft* (24). Daraus ergibt sich sein Ansatz zur Ableitung der neuen Theorie aus dem Entwicklungsstand der *Produktivkräfte*: Begriffe, die wie der Massen-Begriff Naturkräfte in allgemeiner Form widerspiegeln, setzen die praktische Nutzung derselben Kräfte – im gegebenen Fall: der Wind- und Wasserkraft – voraus (29). Die Frage der *physikalischen Methodologie* stellt sich dann so: die Wirkeigenschaften der Dinge müssen als Ausdruck des zunächst unsichtbaren Wirkzusammenhangs begriffen, dieser muß also aus jenen begrifflich und vor allem praktisch – denn Abstraktion »ist ja eine durchaus technische Frage« (93) – isoliert werden (24). Antwort gibt Newtons »analytische Methode« in der Interpretation von Lefèvre: zuerst ist induktiv, wohl durch Beobachtung der technischen Nutzung von Naturkräften, Theorie auszuarbeiten (169), sodann läßt diese im Experiment »bestimmte Eigenschaften von Dingen als Momente des Prozesses wirken . . . , aus dem andere Eigenschaften als Resultate hervorgehen« (113). Lefèvre denkt dabei an die Formulierung von Engels, wonach im Experiment Dinge aus ihren eigenen Existenzbedingungen erzeugt werden, wobei die Existenzbedingungen wiederum ein anderer Name für seinen Begriff der allgemeinen Naturkraft sind (105 f.).

In einige Schwierigkeiten gerät Lefèvres Ansatz bei dem Versuch, die ersten Schritte zur neuen Physik zu erklären, die ja nicht Galilei, sondern Kopernikus tat; der aber experimentierte nicht mit allgemeinen Naturkräften, sondern war, wenigstens dem Anschein nach, reiner Mathematiker. Lefèvre macht ihn zum »Vertreter jenes eine ästhetisch-mathematische Welteinheit imaginierenden Denkens der Renaissance« (52 f.), als der er eher der mittelalterlichen als der neuzeitlichen Wissenschaft zuzurechnen sei (48); er sei kein Materialist, sondern Agnostiker und zudem noch Platonist gewesen. Die mathematische Form der kopernikanischen Theorie gilt Le-

fèvre als »spekulativ«; dadurch, daß die Mathematik später auf die Lösung »praktischer Probleme« angewandt worden sei, habe sie sich in materialistischer Weise verändert, nämlich auf »Reinheit der Abstraktion« verzichtet (97 f.) und sich stattdessen mit »ungefährer Geltung« zufriedengegeben (96). – Diese höchst zweifelhaften Thesen machen den Widerspruch auch nicht erträglicher, der in der Behauptung liegt, ein materialistisches Weltbild habe zunächst »spekulativ« vorgebracht, also so auch gefunden werden können (z. B. 77).

Wenn sich hier Grenzen des Ansatzes zeigen, gelingt die Darstellung der Auswirkung der neuen Physik auf die zeitgenössische philosophische Debatte um so überzeugender. Das beherrschende philosophische Thema jener Zeit war der cartesianische Dualismus von *res cogitans* und *res extensa*, in dem Lefèvre den Unterschied von Kraft und Materie wiedererkennt (125). Während aber Galilei und Newton mit dem Massen-Begriff (den Lefèvre ja als Widerspiegelung einer allgemeinen Naturkraft deutet) die Idee einer materie-immanenten Kraft vorbilden, ist der unabhängig von beiden konzipierte Materie-Begriff des Descartes nur durch Ausdehnung definiert, und die Kraft, die solche Materie in Bewegung setzt, muß von außen dazukommen (128 ff.). Die Korpuskulartheorien dieser Zeit und Leibniz' kritisch gegen ihren »blinden Determinismus« gerichtete Monadologie werden von Lefèvre als Lösungsvorschläge innerhalb derselben Problematik dargestellt. Die Schranken der Debatte führt er auf ein ideologisches Rezeptionsschema zurück, in dem »die erscheinende Realität als Zusammenhang von innerer Notwendigkeit« nur um den Preis ihrer kontemplativen Zurückführung »auf eine unveränderliche Natur«, die nach dem Machtantritt der bürgerlichen Klasse politisch geboten war, begriffen werden konnte (140). Der »konstitutiv praktische« Charakter der Physik und ihre Inhalte weisen aber über solche Schranken gerade hinaus und können schon deshalb nicht bürgerliche Ideologie sein (151).

Der Anspruch des Autors, »die Entwicklung der Philosophie in ihrem Verhältnis zur Entwicklung der Wissenschaften zu betrachten« (12), ist eingelöst. Dennoch: er ließe sich noch weit mehr radikalisieren. Es ist nicht zu übersehen, daß die Physik, die hier als Thema der Philosophie bestimmt wird, selber schon philosophisch vorgeedeutet ist, ein Zirkel, der wenigstens in der hier vorliegenden Form keineswegs unvermeidlich scheint. Immerhin steht und fällt das gesamte Gedankengebäude Lefèvres mit der Richtigkeit seiner Interpretation der physikalischen Aussagen; da reicht es nicht aus, daß die philosophische Identifizierung von Massen-Begriff und Begriff der allgemeinen Naturkraft – wie Lefèvre formuliert: der Umstand, daß der Begriff »Kraft« hier »in einem gegenüber dem Gebrauch in der heutigen Physik allgemeineren Sinne« gebraucht wird (177) – bloß in einem lapidaren Fußnoten-Satz gerechtfertigt wird. Diese Schwäche schmälert aber nicht die Bedeutung des Buches, das in der Integration bisheriger marxistischer Beiträge zur Galilei-Literatur, in der Stringenz der Argumentation und in der Fülle der verarbeiteten Informationen (leider auch in der Höhe des Kaufpreises) neue Maßstäbe setzt, sondern zeigt nur, wie es weitergehen muß: jetzt kommt es darauf an, durch Berücksichtigung der inneren Logik von Physik und Mathematik eine noch höhere Integrationsstufe zu erreichen.

Michael Jäger (Berlin/West)

Manthey, Jürgen (Hrsg.): Der neue Irrationalismus. Literaturmagazin 9. Rowohlt-Verlag, Reinbek 1978 (339 S., br., 12,- DM).

Im Editorial wird auf die Aktualität des Themas hingewiesen: Irrationalismus in Gestalt einer unzulänglichen Auseinandersetzung mit dem Faschismus, in reaktionärer Schul- und Hochschulpolitik, in der Beschäftigung mit Nietzsche und Bukowski,

Schopenhauer und Kierkegaard. Den Anfang macht ein Gespräch zwischen Colletti, Glucksmann und Lévy, das zwar wenig Neues zur »Neuen Philosophie« und zum Verhältnis zwischen Marxismus und Irrationalismus zu sagen weiß, die bekannten Thesen aber noch einmal in konzentrierter Form darbietet. »Glucksmann: Meiner Meinung nach kommt auch der Marxismus voll und ganz von der vatikanischen Bürokratie her.« (36) Die Auseinandersetzung damit leisten anschließend O. Negt und J. Améry, wobei Negt mit dem Zugeständnis, hier werde ein »an sich richtiger Ansatzpunkt« (40) verfolgt, der »Neuen Philosophie« ihre Existenzberechtigung immerhin insofern bescheinigt, als sie auf ein »zentrales Problem der Erneuerung des Marxismus«, »den sogenannten subjektiven Faktor« (48) verweise. Auch W. Gottschalch stellt die Frage nach der Relevanz dieses Denkens, das sich in vielen Punkten auf Foucault beruft, und er gelangt zu dem Schluß, daß diese »Rekolonisatoren« – wie L. Baier sie nennt – »nicht scharf genug kritisiert werden« können (Baier, 87): »Foucaults Denken, seine Lehren kommen allen jenen entgegen, die unentschiedene Situationen nicht aushalten, die nicht warten können, denen es an jenem Stehvermögen in der Erfolglosigkeit fehlt, das in den politischen Kämpfen heute erst Erfolg verheißen kann.« (72) D. Schlesak setzt sich mit dem Verhältnis von Subjektivität und Wissenschaft in der aktuellen Wissenschaftsdiskussion auseinander, weiß aber nach Darstellung des Problems nur auf den Lösungsversuch C. F. v. Weizsäckers hinzuweisen: »Die Wissenschaft führt an eine Schwelle der Erfahrung, die sich der Meditation, aber nicht der Reflexion erschließt.« (111)

Mit den tagespolitischen und literaturwissenschaftlichen Schwierigkeiten eines indifferenten Begriffs von Irrationalismus (als Beispiel »Die Zerstörung der Vernunft« von G. Lukács) setzt sich L. Kreuzer auseinander. Er weist nach, daß dieses Verfahren der Gegenauflklärung »wie ein Geschenk erscheinen« muß (118). Um ein Aufreißen des strengen Dualismus von ratio und irratio bemühen sich ebenfalls P. M. Stephan und J. Peters. In Einzelbeispielen (z. B. Hochhuth) schildert Peters die Verfügblichkeit dieser undialektischen Gegenüberstellung. Wohin dagegen ein ebenso unreflektiertes Sichversenken in den Irrationalismus führt untersucht O. Jägersberg am Beispiel Bukowski. »Der Bukowski-Typus schleppt sich mit den Krücken eines kraftstrotzenden Jargons durch immergleiche Seiten fader Welt, liebt und prügelt, ißt und trinkt durchschnittlich. Nur von allem ein bißchen mehr bis zu viel mehr. . . . Ich weiß wovon ich rede, ich bin auch so einer.« (150)

Die Behandlung des Todes in der neueren Literatur erörtert M. Rutschky in seinem Aufsatz »Die Todesdrohung«. Sie »eröffnet«, so der Autor, »einen [letzten ? R. K.] Freiraum, in dem das Schreiben Materialien ergreifen kann, die zuvor tabuisiert waren.« (163) Unmenschlichkeit als Problem der ästhetischen Reproduktion, speziell im Faschismus, ist das Thema von E. Bucks Beitrag »Götterdämmerung allüberall«. Adorno hielt das für unmöglich und nach Sichtung der unterschiedlichsten dramatischen Bewältigungsversuche von Brecht bis Zuckmayer kann Buck nur dem Film »Der gewöhnliche Faschismus« (Michail Romm) konzedieren – unter Berücksichtigung des Spannungsfeldes von ratio und irratio im Verhältnis zum Faschismus – eine gelungene Methodik entwickelt zu haben. Als Abrundung dieses Aufsatzteils ist anscheinend das Gespräch zwischen H. Ch. Buch und H. Marcuse gedacht. Marcuse postuliert die Entwicklung einer sozialistischen Moral (217).

Ralf Konersmann (Münster)

Fetscher, Iring, und Horst E. Richter (Hrsg.): Worte machen keine Politik. Beiträge zu einem Kampf um politische Begriffe, Reinbek 1976 (154 S., br., 4,80 DM).

Etwa 1973 richtete die CDU eine linguistische Arbeitsgruppe, »Semantikgruppe«

(47), ein mit dem Ziel, die Verwendung ihrer zentralen politischen Begriffe zu koordinieren, »Anweisungen für eine politische Sprachpraxis« (35) zu erarbeiten. Auslöser war die Wahlniederlage der CDU/CSU 1972. Die sozialliberale Politik war spätestens damit als eine Epoche in die politische Geschichte der BRD eingegangen, hatte einige politische »Werte« etabliert (»Reformpolitik«, »Chancengleichheit«, »Demokratisierung«, »Lebensqualität«, etc.).

Das Ziel der CDU-Offensive besteht darin, »die verbale Präsenz in traditionell von der sozial-liberalen Koalition »besetzten« Politikfeldern« (47) zu sichern. Nach Biedenkopf vollzieht sich die »moderne Revolution« der Gesellschaft »durch die Sprache« (25). – Politische Begriffe sind nicht eindeutig, sondern umstritten; um sie herum bilden sich Bedeutungsfelder dadurch, daß verschiedene ideologische Konzepte um sie konkurrieren. Ideologischer Kampf zielt u. a. darauf, das Bedeutungsfeld eines politischen Begriffs zu beherrschen. Es kommt darauf an, bestimmte politisch-moralische Orientierungen oder Wertsetzungen zu »kulturellen Selbstverständlichkeiten« (29) zu machen. Nach Biedenkopf sind politische Aussagen so zu machen, »daß sie sich gewissermaßen selbst erklären« (25). Ivo kritisiert dies als eine Sprache, die den Dialog verweigert (25, 38). Es handelt sich dabei um eine allgemeine Grundstruktur des Ideologischen. Sprache, die sich selbst erklärt, weist nicht über sich hinaus, d. h. bereitet politische Probleme nicht handlungsrelevant auf. Wir sind hier bei der strategischen Grundorientierung der Sprachpolitik (Ideologie) der CDU angelangt: »Die Abschirmung des Zuhörers vor eventuellen Konflikten und bestehenden gesellschaftlichen Problemen, ihre Abhandlung im allgemeinen haben zum Ziel, dem Sprecher das Handlungsfeld zu überlassen.« (58) Eine sich selbst erklärende Sprache kann nicht zu einer Bewußtwerdung der sozialen Interessen beitragen. Umgekehrt: je größer die politische Massenlethargie, desto wichtiger und wirksamer sind semantische Manöver. Semantische Strategien können nicht durchschaut werden, da die ideologischen Orientierungen nicht anhand eigener Eingriffsmöglichkeiten in bestimmte politische Praxisfelder überprüft werden können. Die Wirkung von Angst-Erzeugungs-Strategien beruht auf der mangelnden Realitätskontrolle der Massen; Angst ist die Reaktion auf die durch Politiker und Medien erzeugten Gefühle der Bedrohung der erreichten privaten Rückzugspositionen. »Angst ist der Feind allen Argumentierens.« (87)

Der Schlußsatz von Richters CDU-Kritik zeigt die Schwäche des ganzen Bandes: »So kann man mit Worten paktieren – Freiheit, Selbständigkeit, Leistung –, ohne sich ernstlich der Sache zu verschreiben, die diese Worte eigentlich meinen.« (18) Dieser Rückzug auf »eigentliche« Bedeutungen der politischen Leitbegriffe produziert keine bewußten Haltungen für die ideologische Auseinandersetzung, sondern bleibt verfangen in ideologischen Grundmustern. Manfred Behrens (Berlin/West)

Alternative 118: Münchhausen-Effekt. Von der Materialität der Ideologie. Alternative-Verlag, Berlin/West 1978 (62 S., br., 5,- DM).

Als Ideologiekritik des marxistischen Ideologiebegriffs verstehen Christiane Kammler, Gerhard Plumpe und Peter Schöttler das von ihnen zusammengestellte Heft. Die gegenwärtige Diskussion werde »von einem philosophischen Ideologiebegriff bestimmt und begrenzt, der letzten Endes auf der Konzeption des Subjekts als Ursprung seiner selbst (»seiner« Handlungen, »seiner« Politik, »seiner« Geschichte) basiert« (1) – nach der Methode jenes Barons von Münchhausen, der sich an den eigenen Haaren aus dem Sumpf zog. Anknüpfend an frühere Ausgaben der *Alternative* wird die Auffassung Althusserers vertreten, nach der »das Subjekt nicht als *Ursprung*, sondern als *Effekt* eines objektiven Prozesses« (1) zu begreifen ist. Nun wird man, auch wenn man Althusser darin zustimmt, daß die Ideologie des »freien« Subjekts Resultat

bürgerlicher Produktionsstrukturen ist, ihm nicht darin folgen müssen, daß für eine marxistische Ideologietheorie menschliche Praxis und Subjektivität überhaupt sich auf eine bloße Funktion »objektiver« Strukturen reduzieren. Für Kammler / Plumpe / Schöttler sitzt man damit aber bereits der bürgerlichen Ideologie auf, da die Subjektkategorie per definitionem ideologisch ist. Eine Verarbeitung und Kritik des Althusser'schen Ansatzes innerhalb der marxistischen Theorie ist deshalb weder möglich noch überhaupt erwünscht: »Der prinzipielle Gegensatz zwischen beiden Problematiken verbietet, daß die folgenden Texte als ›Ergänzungen‹ verstanden werden, die bestimmte ›Lücken‹ und ›Defizite‹ der ideologischen (!) Ideologiekonzeption lediglich kompensieren (auf derartige ›Ergänzungen‹ zielen verschiedene Beiträge zum Ideologieproblem in der Zeitschrift *Das Argument*)« (1).

Der von Kammler/Plumpe/Schöttler gemeinsam verfaßte Hauptaufsatz referiert Althusser's »Theorie des ideologischen Klassenkampfes« als wissenschaftliche Alternative zur »Philosophie der Ideologie«. Dazu werden unterschiedslos alle marxistischen Positionen gezählt, soweit sie an der Subjektkategorie festhalten – mit zwei Grundpositionen: Erstens einer »ideologiekritischen«, die sich aus der Entfremdungsproblematik des jungen Marx herleitet und sich über das Fetischkapitel im »Kapital«, den frühen Lukács und die Kritische Theorie fortsetzt bis in »jenes in sich widersprüchliche Spektrum, das man als ›Westberliner FU-Marxismus‹ bezeichnen könnte« (4). Zweitens einer »ideologiewissenschaftlichen«, die von der Widerspiegelungskategorie ausgeht und vor allem in den sozialistischen Ländern vorherrscht. »Die erste Position schreibt sich ein in eine humanistisch-geschichtsteologische Problematik, die zweite greift auf eine anthropologische und/oder ontologische Begründung zurück« (4). »Beide reduzieren Ideologie auf ein Bewußtseinsphänomen, ihr gemeinsamer Nenner liegt in letzter Instanz in der ›Dialektik‹ von Subjekt und Objekt« (4). Abgesehen davon, daß Kammler/Plumpe/Schöttlers Klassifikationen sich wohl kaum halten lassen, abgesehen auch von der mehr als nur fragwürdigen Gleichung »junger Marx – Kritische Theorie – FU-Marxismus«, ist an dieser Kritik sicher vieles richtig. Sie erfolgt jedoch völlig undifferenziert und hat nur die Funktion eines Großreinemachens für die anschließende Präsentation der Althusser'schen Ideologietheorie. Althusser selbst, oft dunkel und nicht selten Probleme statt Antworten formulierend, ist in dieser formal auf Thesen, inhaltlich auf Lehrsätze getrimmten Reproduktion aber nur als Karikatur wiederzuerkennen. Das Ganze wirkt epigonal, die Haltung – bedingungslose Abgrenzung nach der einen Seite, litaneihaftes Nachbeten nach der anderen – sektiererisch. Die zentrale These ist die, daß Ideologie nicht bloß als ideeller Reflex einer materiellen Wirklichkeit, sondern selbst materiell in ideologischen Praxen und Apparaten existiert. Kammler/Plumpe/Schöttler folgern daraus, freilich mit Althusser: »die Ewigkeit, d. h. die omnihistorische Existenz von Ideologie« (9) und wenden sich damit gleichermaßen gegen die Auffassung, daß Ideologie mit der Existenz des Warenfetichs entsteht und vergeht (wie für Lukács und die Frankfurter Schule) und gegen die Möglichkeit einer »wissenschaftlichen Ideologie«, wie sie in den sozialistischen Ländern propagiert wird.

Folgt aber aus der berechtigten Kritik an einem auf »falsches Bewußtsein« reduzierten Ideologiebegriff und dem wichtigen Hinweis auf die »Materialität der Ideologie« wirklich ihr allgemeinhistorischer Charakter? Kammler/Plumpe/Schöttler wenden sich damit *auch* gegen einen kritischen Ideologiebegriff, der in der Perspektive einer wissenschaftlichen Weltanschauung konzipiert ist. Haugs einschlägige Thesen, die der Aufsatz unausdrücklich zurückweist, werden nicht diskutiert, sondern zusammen mit Lukács und Adorno ausgestellt in einer Sammlung »Philosophische Ideologiebegriffe«, in der auch die DDR-Philosophie mit Zitaten vertreten ist. Ein derart sich abschließender Diskurs, der sich mit anderen Positionen nicht auseinandersetzt,

sondern sie als Kuriositäten präsentiert, ist trotz wissenschaftlichem Pathos nicht wissenschaftlich.

Zu den übrigen Beiträgen: Etienne Balibar befaßt sich mit der als Folge der politisch-ökonomischen Krise entstandenen Irrationalismuswelle in Frankreich. Es sei wichtig, diese nicht im Sinne einer »ideologischen Tendenzwende« als bewußte Preisgabe rationalistischer Positionen durch die Bourgeoisie aufzufassen, sondern selbst als Funktion der herrschenden rationalistischen Subjekt-Ideologie: die Bourgeoisie fabriziert keine Ideen, sondern »ist materiell von ›ihrer‹ herrschenden Ideologie *erfaßt*, ist durch ihre Ideologie determiniert« (19). Bernard Edelman analysiert eine »regionale Ideologie«: die Durchsetzung der »juristisch strukturierten Kunstideologie der bürgerlichen Gesellschaft« (31) im Bereich von Film und Photographie. Besonderes Interesse verdient der knappe Textauszug aus Michel Pêcheux' Buch »Les vérités de La Palice«: Als subjektkonstituierende und Sinneffekte erzeugende omnihistorische Struktur fällt Ideologie nach Auffassung der Althusser-Schule nicht primär in den Gegenstandsbereich des historischen Materialismus (aufgefaßt als »Wissenschaft von der Geschichte der Gesellschaftsformationen«), sondern von Psychoanalyse und Linguistik. Pêcheux' »Thesen zu einer Theorie der sprachlichen-diskursiven Realisationsformen von Ideologie« verstehen sich deshalb als ideologietheoretische Grundlagenforschung »um das Problem der historischen Determination von Sinneffekten materialistisch stellen zu können« (13). Der durch diese Ankündigung zwar nicht informierte, aber neugierig gemachte Leser wird dann allerdings weniger aufgeklärt als eingeschüchert von einer kommentarlos präsentierten Textpassage, die ohne Kenntnis der Zusammenhänge völlig unverständlich ist.

Positiv hervorzuheben ist die abschließende Bibliographie, die nicht überladen, aber gut recherchiert wirkt und einen Überblick über die unterschiedlichen Ansätze (z. B. auch der englischen Marxisten) gibt. Trotzdem bleibt der Eindruck, daß die *Alternative*-Leute hier selbst so etwas wie einen »Münchhausen-Effekt« produziert haben. Es stimmt zwar, daß die marxistische Ideologietheorie vielfach zu stark auf dichotomische Sein/Bewußtsein- und Reflexmodelle fixiert ist und in dieser Hinsicht kritisiert und weiterentwickelt werden muß. Aber erstens geschieht dies woanders längst, und zweitens trägt die Methode von Kammler/Plumpe/Schöttler, andere Positionen kurzerhand unter den eigenen Begriff von Ideologie zu subsumieren, dazu wohl kaum etwas bei.

Thomas Laugstien (Berlin/West)

Seliger, Martin: *The Marxist Conception of Ideology. A Critical Essay.* Cambridge University Press, Cambridge/London/New York/Melbourne 1977 (229 S., Ln., £ 6.50).

Seligers Ausgangspunkt ist der »grundlegende« Widerspruch in Marxens Ideologie-Theorie zwischen dem notwendig aus den sozialökonomischen Verhältnissen entspringenden falschen Bewußtsein (Ideologie) und der Wahrheit, die Marx/Engels für sich in Anspruch nehmen. Über die Unterscheidung zwischen subjektivem und objektivem Klassenbewußtsein durch Lukács, über Lenins »voluntaristische« Parteitheorie, über Bernstein und Kautsky bis hin zu Mannheims »freischwebender Intelligenz« verfolgt Seliger die Versuche, diesen Widerspruch zu lösen. Daß dieser Widerspruch ihm als nicht lösbar erscheint, liegt dabei an dem Pappkameraden, den Seliger aufgebaut hat: die angeblich Marx'sche These, »daß alles sozial relevante Denken der Menschen ausschließlich durch ihren Platz in einer gegebenen Klassenstruktur determiniert« sei (203). Mit dieser Travestie verstellt sich Seliger alle Zugänge zur historisch-systematischen Analyse von Ideologien, etwa den durch den Begriff der »Erscheinungsform« (39 f.), den er flugs der idealistischen Tradition zurechnet. So bleibt

zum Schluß nicht viel mehr als Erklärung von falschem Bewußtsein als die »wechselnde pluralistische Ordnung kausaler Faktoren« (209) – immerhin bemerkenswert neu.

Wilfried Kunstmann (Marl/Göttingen)

Buci-Glucksmann, Christine: Gramsci et l'Etat. Pour une théorie matérialiste de la philosophie. Edition Fayard, Paris 1975 (454 S., br., 68,- FF).

Das Buch zeigt Gramsci bei der Arbeit, es verfolgt die Entwicklung seiner staats-theoretischen Auffassungen zwischen 1916 und 1932. Im Mittelpunkt der Untersuchung stehen die ab 1927 entstandenen »Kerkerhefte«, in denen Gramsci die Niederlage der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften nach dem 1. Weltkrieg analysiert und strategisch auswertet. – Teil I (»Der Staat als theoretisches Problem«) zeigt eine erste Analyse der »Kerkerhefte«, daß sich Gramscis Untersuchungsrichtung und sein begriffliches Instrumentarium wiederholt verändern. Um diese innere Spannung in den Untersuchungen Gramscis sichtbar zu machen, unternimmt Buci-Glucksmann eine Rekonstruktion der Entwicklungsetappen seiner Theoriebildung. – Teil II behandelt als erste Etappe die Zeit vor den »Kerkerheften«. Gramsci analysiert die Krise des italienischen Imperialismus als – wie er später formuliert – »katastrophierendes Gleichgewicht der Kräfte« von Revolution und Reaktion (174, 178). Die Arbeiterbewegung muß in dieser Situation neue politische Formen entwickeln, muß Institutionen der Doppelherrschaft als Basis einer Machtergreifung aufbauen. Gramsci vertritt in dieser Phase ein nicht-spontaneistisches Konzept der Räte, die den vom Krieg entfesselten Kräften eine politische Form geben, die reformistischen Gewerkschaften von der Produktion her reorganisieren und eine neue revolutionäre Partei hervorbringen sollen (189, 195). Die Räte gelten ihm als Basis eines Staats neuen Typs (191). Gramsci entwickelt bereits in seinen Analysen der Räte-Bewegung Bestimmungen für eine Politik der Arbeiterbewegung, die er ab 1924 mit dem Begriff der »Hegemonie« zusammenfaßt (184 f., 199). Er ist weder der Erfinder dieses Begriffs, noch gibt er ihm zunächst einen von Lenins Konzept verschiedenen Inhalt. »Hegemonie« bezeichnet bei beiden einen bestimmten Typus der »Diktatur des Proletariats«: ein Klassenbündnis, in dem die Arbeiterklasse die verbündeten Klassen »führt« und die gegnerischen Klassen »beherrscht«, was gewährleistet wird durch demokratische, nicht-bürokratische Beziehungen der revolutionären Partei zur Arbeiterklasse und zu den Volksmassen (214 f.).

Im dritten Teil (»Der Staat als strategisches Problem«) zeigt Buci-Glucksmann, wie die Kritik der frühen »Kerkerhefte« an den ökonomistischen Positionen Bucharins (250 ff.) und an der ebenfalls ökonomistischen »Linkswendung« der Kommunistischen Internationalen ab 1928 (217, 280) Gramsci von 1930 an zu einer Weiterentwicklung seiner eigenen Bestimmungen des Verhältnisses von Ökonomie und Politik, von Basis und Überbau veranlaßt. Es entstehen die Begriffe des »integralen Staats« als »società civile + società politica, d. h. mit Zwang gepanzerte Hegemonie« (88), des »historischen Blocks« als vom Staat zusammengehaltenes Klassenbündnis (317 ff.) und des »Stellungskriegs« als strategische Konsequenz für die Politik der Arbeiterbewegung in den entwickelten kapitalistischen Ländern (281 ff.). Buci-Glucksmann sieht Gramscis Staatsanalyse gekennzeichnet durch eine »methodische Verdoppelung des Überbaus« (114): der Überbau ist nicht nur in letzter Instanz durch die ökonomische Basis determiniert, sondern auch von einer auf die Erhaltung der Hegemonie der herrschenden Klasse ausgerichteten »ideologischen Struktur« (296 f.). Die Frage nach den Funktionsmechanismen des Überbaus bestimmt von nun an die theoretische Arbeit Gramscis, sie wird zum Angelpunkt für seine Weiterentwicklung des Hegemo-

nie-Konzepts. – Buci-Glucksmann zeichnet Gramscis »Theorie der Wirkungsweise des Überbaus« (266) anhand seiner Faschismus-Analysen und seiner Philosophie-Konzeption in den beiden letzten Teilen des Buchs nach.

Der vierte Teil (»Stellungskrieg und Faschismus«) zeigt Gramscis Analysen des italienischen Faschismus einerseits zentriert um die mit dem Übergang vom liberalen zum faschistischen Staat eingetretenen Veränderungen des Überbaus: die Ersetzung politischer durch ideologisch-kulturelle Prozesse, die ihrerseits die Entstehung einer »Hegemonie-Lücke« und eines »Schwarzen Parlamentarismus« zur Folge hat (350 f.). Den zweiten Schwerpunkt bildet die Untersuchung, inwiefern der faschistische Staat mit seinen erweiterten Planungskompetenzen die adäquate politische Form für die Durchsetzung neuer kapitalistischer Produktionstechniken (»Fordismus«) darstellt (363 ff.). Buci-Glucksmann weist zu Recht darauf hin, daß nicht nur Gramscis Analysen zur Funktionsweise des faschistischen Staates, sondern seine gesamte theoretische Arbeit in den »Kerkerheften« als theoretische Verarbeitung der politischen Erfahrung des Siegs des Faschismus über die Arbeiterbewegung gesehen werden muß (136, 382).

Der fünfte Teil (»Die Neubegründung der marxistischen Philosophie«) handelt von der Bedeutung des Philosophie-Problems für Gramscis Staatsanalyse. Im Gegensatz zu Auffassungen der marxistischen Philosophie als »allgemeine Methodologie« oder »Ideologie einer Klasse« (244) resümiert Buci-Glucksmann Gramscis Funktionsbestimmung der Philosophie als »Gnoseologie der Politik« (396); damit soll ausgedrückt werden, daß die Philosophie in erster Linie ihre Stellung als Teil des Überbaus und damit als Bestandteil des Klassenkampfes reflektieren muß (438). »Philosophie« bezeichnet für Gramsci nicht nur die »Philosophie der Philosophen«, sondern auch die der Massen, »die in den sozialen Praxen implizierte Philosophie« (440). Die Trennung beider Bereiche ist charakteristisch für die Verankerung der Philosophie im System bürgerlicher Hegemonie, welche Buci-Glucksmann als »Apparat philosophischer Hegemonie« (440) bezeichnet – in Abgrenzung zu Althussers »ideologischen Staatsapparaten« (vgl. 80 ff.). Die marxistische Philosophie muß darauf zielen, die Trennung beider Bereiche aufzuheben (263, 403), ein neues Verhältnis von Philosophie, Politik und Kultur herzustellen (400, 445), um einen eigenen »Apparat philosophischer Hegemonie« zu errichten (404). Gramscis Konzeption marxistischer Philosophie als Kampf um eine »intellektuelle und moralische Reform« reagiert auf die Omnipräsenz des Staates in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften mit der Betonung der kommunistischen Perspektive (370): die Vollendung der »kulturellen Transformation« geht einher mit dem Absterben des Staates.

Die Stärke des Buchs liegt in der differenzierten Darstellung der Entwicklungsetappen des Theoretikers Gramsci, im Nachvollzug seiner theoretischen Kontroversen (vor allem mit Bucharin und Croce) und im Vergleich seiner Positionen mit denen anderer marxistischer Theoretiker (vor allem Lenin, aber auch Althusser, Lukács, Korsch, Luxemburg). Gramscis Stärken werden deutlicher benannt als seine Schwächen: Hinweise auf begriffliche Unstimmigkeiten oder auf unhaltbare Positionen finden sich kaum. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der Herausarbeitung des inneren Zusammenhangs des dem Leser häufig unzusammenhängend erscheinenden Materials der »Kerkerhefte« auf Grundlage der Datierung der Textfragmente. – Die politische Intention dieser Gramsci-Interpretation einer französischen Kommunistin läßt sich nach zwei Seiten hin bestimmen: gegen die anti-leninistische Instrumentalisierung Gramscis durch die »Neue Linke« wird das Anknüpfen Gramscis an Lenin betont; gegenüber dem Beharren auf leninschen Lehrsätzen in der FKP stellt Buci-Glucksmann heraus, daß Gramsci – über Lenin hinaus – als wichtigster Theoretiker des Revolutionsproblems in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu begreifen

ist – ihr Buch bereitete dem 22. Parteitag auf dem Gebiet der marxistischen Revolutionstheorie den Weg. – Angesichts des Fehlens einer deutschsprachigen kritischen Gramsci-Ausgabe wäre eine Übersetzung des materialreichen Buchs (ergänzt um vollständigen Zitatnachweis, Personenregister und Literaturverzeichnis) ein nützliches Arbeitsmittel.
Eckhard Volker (Berlin/West)

Sprach- und Literaturwissenschaft

Autorenkollektiv (unter Leitung von Wilhelm Schmidt): »Sprache – Bildung und Erziehung.« VEB Bibliographisches Institut Leipzig 1977 (280 S., Ln., 22,- M).

Der vorliegende Titel ist als grundlegendes sprachpädagogisches Arbeitsbuch in der DDR gedacht, vor allem für den Bereich des schulischen Unterrichts in der Muttersprache und den Fremdsprachen. Ein Kapitel (5) widmen die Autoren darüber hinaus der »Sprache in der sozialistischen Agitation und Propaganda«. Sie beginnen mit einer »sprachwissenschaftliche(n) Grundlegung«, in der sie zwei Aufgabenbereiche der Sprachwissenschaft unterscheiden: die Untersuchung »der Systemhaftigkeit der Sprache als Kommunikationsmittel und der Systemhaftigkeit des Sprachgebrauchs, der Verwendung des Kommunikationsmittels Sprache« (15). Es komme also darauf an, den System- und Tätigkeitsaspekt zu unterscheiden, um sie dann »unter dem Aspekt des dialektischen Kategorienpaares Möglichkeit und Wirklichkeit, in ihrer ganzen Vielgestaltigkeit richtig zu erfassen.« (16) Bei der Bestimmung von »Sprechfähigkeit« wird dann allerdings auf Rubinstein rekurriert, nach dem sie »die Verwendung der sprachlichen Mittel durch das Individuum« ist. Mit der Position, die »Sprechfähigkeit« als die umfassendere Kategorie ansiedelt und für die eben das, was auch »Systemcharakter von Sprache« genannt, eben nur ein wenn auch zentraler *Aspekt* ist, setzen sich die Autoren nicht auseinander. So steht denn »Sprache« im Mittelpunkt und nicht »Sprechfähigkeit«, wenn es um »Sprache und Bewußtsein« und »Sprache und Gesellschaft« geht.

Nach der Darstellung der Beziehungen zwischen Lernen und Sprechen (Kap. 2), sowie einer Einordnung der muttersprachlichen Bildung in eine Pädagogik der Persönlichkeitsentwicklung im schulischen und außerschulischen Bereich (Kap. 3), werden die »Bedingungen und Faktoren eines wirkungsvollen Sprachgebrauchs in der sozialistischen Gesellschaft« (Kap. 4) herausgearbeitet. Dabei wird der Begriff des »sprachlichen Handelns« entwickelt, der sich durch eine Zielorientierung auszeichnet. Um das anvisierte Ziel optimal zu erreichen, werden vom sprachlich Handelnden »Kommunikationspläne« konzipiert, die die Bedingungen der Kommunikation berücksichtigen. Kommunikationspläne werden nach der jeweils dominierenden Absicht typisiert, z. B.: »Informieren«, »Überzeugen«, »emotionales Bewegen«. Kommunikationspläne werden mit Hilfe von »Kommunikationsverfahren« realisiert. Einzelne Kommunikationspläne und -verfahren werden – exemplarisch, aber ausführlich – beschrieben.

Das Buch bietet – insgesamt gesehen – einen begrifflichen Rahmen an, in dem eine Weiterentwicklung sprachdidaktischer Theorie möglich sein wird, umso mehr, wenn der *tätigkeitstheoretische* Aspekt der sprachwissenschaftlichen Grundlage nicht mehr nur neben dem systemtheoretischen steht, sondern diesen integrieren kann.

Heinz W. Giese (Oldenburg)

Sparck Jones, Karen und Martin Kay: Linguistik und Informationswissenschaft. Verlag Dokumentation, München 1976 (261 S., br., 18,80 DM).

Es geht um einen Teilbereich angewandter Sprachwissenschaft, um die Frage nach dem Beitrag der Linguistik für die Informationswissenschaft, speziell die Dokumentation. Das Interesse der Autoren gilt Problemen, die entstehen, »wenn der Inhalt von Dokumenten und Informationsfragen charakterisiert werden soll und zwar dergestalt, daß die Charakterisierungen in einem automatisierten Prozeß benutzt werden können, der die Relevanz eines Dokumentes auf eine Anfrage nachweisen kann« (18). Dabei werden die Probleme des *information retrieval*, d. h. der computermäßigen Wiedergewinnung von Informationen, komplexer gesehen, als die in einfachen Systemen vorkommen: nicht nur Daten aus dem vom Benutzer selbst vorgegebenen Inhalt der Datenbasis sollen abgefragt werden können (was noch genügt, um unüberschaubare Datenmengen auszuwerten), sondern auch Daten, die sich als *Resultat* gespeicherter Informationen aufgrund von computermäßig vollzogenen Schlüssen erst ergeben, ohne im einzelnen bereits im System enthalten zu sein.

Sparck Jones und Kay verstehen sich als Chronisten: sie wollen einen Überblick über den Stand der Forschung bis 1971 geben, gehen dabei jedoch keineswegs rein zeitlich vor, vielmehr an Problemen orientiert. Zentrale Bedeutung erhalten daher die Kapitel, in denen der Gebrauch der Sprache beim *information retrieval* (Kap. 4) sowie der Stellenwert der linguistischen Teilbereiche Syntax und Semantik für die Informationswissenschaft (Kap. 5 und 6) thematisiert sind.

Die informationswissenschaftliche Grundfrage, wie Rechner- und natürlichsprachliche Kommunikation aufeinander bezogen werden können, reduziert zwar notwendigerweise ein gesellschaftswissenschaftliches Linguistik-Verständnis auf eine technologische Ebene, wo der Linguist sich nur noch als Ingenieur betätigt, dem Sprache nicht empirisch bzw. kommunikativ »verwendet«, sondern »konstruktiv« mit einem computeranwendbaren Formalismus begegnet. Es ist für diesen linguistisch restriktiven Verwendungskontext jedoch zwingend, die gesellschaft(swissenschaftlichen) Implikationen von Datenverarbeitung zu reflektieren, wie sie etwa bestehen in der Umgestaltung von Arbeitsplätzen, der Finanzierung staatlicher und privatwirtschaftlicher Forschung auf diesem Sektor oder der oft angezweifelter Kosten-Nutzen-Relation anlagenspezifischer Veränderungen standardisierter Programmiersprachen. Gerade weil die Untersuchung den Charakter eines mit »Hintergrundsberichten« angereicherten »state-of-the-art-Berichts« (22) für sich in Anspruch nimmt, sollten wenigstens kurze Bemerkungen und Verweise dazu nicht fehlen. Denn wenn auch »Linguistik und Informationswissenschaft . . . von Natur aus Bettgenossen« (17) sind, wie die Chronisten meinen, so gereicht es der Linguistik zum Vorteil, daß sie mit anderen Nachbarn inzwischen häufiger ins Bett geht, was sich dann nicht nur im wissenschaftlichen Gegenstandsbereich ausdrückt, sondern auch in der rationalen Tätigkeit des Wissenschaftlers, sich auf die gesellschaftlichen Anwendungsbedingungen und Folgerungen seiner Arbeit zu besinnen.

Weil die Autoren größtenteils die wissenschaftliche Terminologie dieses interdisziplinären Bereichs bereits voraussetzen, eignet sich ihre Studie keinesfalls als einführende Lektüre in die Problematik. Hervorzuheben ist allerdings die umfangreiche Literaturliste, die von den Übersetzern um rund fünfzig vorrangig deutschsprachige Titel neuerer Datierung ergänzt wurde.

Harro Schweizer (Berlin/West)

Geier, Ulrich (Hrsg.): Germanisten ohne Zukunft? Empfehlungen zur Erhöhung der beruflichen Flexibilität germanistischer Studienabsolventen. Scriptor Verlag, Kronberg/Ts. 1978 (239 S., br., 38,- DM).

Die »Empfehlungen . . .« sind das Resultat eines Forschungsprojektes, das 1977 im Auftrage des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft durchgeführt

wurde. Gedacht ist dieses Gutachten als eine Empfehlung für die im Hochschulrahmengesetz vorgesehene länderübergreifende Studienreformkommission. Schon allein der Adressat des Gutachtens macht deutlich, daß Germanistikstudenten, die bereits von der Arbeitslosigkeit betroffen sind oder es bald sein werden, hier keine Anregungen für evtl. alternative Berufsfelder finden. Interessant ist es aber zu sehen, was sich die Bildungstechnologen unter »beruflicher Flexibilität« vorstellen und welche Auswirkungen dies für die Studienpläne der Germanistik haben kann.

Das Buch besteht aus drei Teilen: A: Problemstellung (S. 7 ff.), B: Empfehlungen (51 ff.) und C: Materialien und Gutachten (89 ff.). Mitarbeiter waren u. a. die Professoren Karl Otto Conrady (Köln), Eberhard Lämmert (Berlin), Ulrich Geier, Peter Hartmann (Konstanz).

Wie sieht es nun aus mit der Zukunft der Germanisten? Dazu zwei Zahlen: der »Überschuß«(!) an Gymnasiallehrern für das Fach Deutsch soll 1980 5930, 1985 18750 Lehrer betragen, so jedenfalls hat es die Bund-Länder-Kommission für Bildungsplanung und Forschungsförderung errechnet. Den notwendig spekulativen Charakter derartiger Prognosen sehen auch die Verfasser des Gutachtens, aber: »Auch wenn man den Hochrechnungen der BLK über die zu erwartenden Überschüsse an Deutschlehrern skeptisch gegenüberstehen mag: sie haben bereits einige Kultusministerien veranlaßt, entweder mit der Schließung lehrerbildender Fachbereiche an einzelnen Hochschulen zu drohen oder innerhalb der zum Fach zugelassenen Studenten die Zahl der Lehramts-Studenten zu begrenzen.« (10) Das Zaubermittel gegen den zu erwartenden »Überschuß« ist für die Verfasser die Erhöhung der »beruflichen Flexibilität« der Germanisten (11). Wie erreicht man das? Zunächst einmal muß das Fach Germanistik radikal umgekrempelt werden, und zwar im Sinne einer auf Kommunikationswissenschaft – das zweite Zaubermittel – ausgerichteten Disziplin. »Je mehr die Sprach- und Literaturwissenschaft von dieser kommunikationswissenschaftlichen Ebene her betrieben wird, desto vielseitiger anwendbar ist die erworbene Qualifikation« (23). Von dieser Prämisse aus beginnen die Verfasser dann auch sofort »detailliert beschriebene vierjährige Studiengänge« vorzulegen. Wie so ein Studiengang dann aussehen kann, zeigt folgendes Zitat: ». . . Grundstudium (1.–3. Semester, Abschluß durch Zwischenprüfung), Hauptstudium (3.–6. Semester) und Zielstudium (Schwerpunkt 7.–8. Semester; Abschluß durch Staatsexamen bzw. Diplomprüfung). Dabei liegt im Grundstudium der Akzent auf der Erfahrung wissenschaftlicher Problemstellungen und Methoden durch eigenes Tun, im Hauptstudium auf wissenschaftlicher Reflexion, Abstraktion, Schlüsselqualifikation und der Erprobung ihres Transfers in verschiedenartige Praxis; im Zielstudium liegt der Akzent auf dem Erwerb berufsspezifischer Fähigkeiten und Kenntnisse.« (18 f.) Wenn man bedenkt, daß dies alles das Programm eines vierjährigen Studiums sein soll, dann kann man erahnen, ohne inhaltlich auf den Studiengang eingehen zu müssen, wie es um die Qualifikation zukünftiger Germanisten bestellt sein wird. Die Materialien (Teil C) enthalten u. a. die Aufzählung und inhaltliche Beschreibung zukünftiger germanistischer Berufe. Im Bereich Erziehung (71 ff.): neben den traditionellen Lehrberufen u. a.: Beratungslehrer (Aufgaben: »Allgemeine und individuelle Schullaufbahnberatung, individualpsychologische Beratung bei Lernschwierigkeiten, Informierung von Eltern und Lehrern.« (91)), Schulpsychologe, Lehrer für die Kinder ausländischer Arbeitnehmer, Lehrer an Krankenhäusern, Kinderkliniken, Erholungsheimen (»Der wachsende schulische Leistungsdruck verlangt zunehmend eine schulische Betreuung von Kindern während eines längeren Krankenhaus- oder Kuraufenthaltes, vor allem in den Fächern Deutsch, . . .« (96)), Freizeitpädagoge, Erwachsenenbildung, Altenarbeit etc. Im Bereich »literarisch-kulturelles Leben« (109 ff.) u. a.: Drehbuchautor, Museumspädagoge, Archivar etc. Zu all diesen Berufen wird auf weiterführende Lite-

ratur verwiesen, außerdem enthält das Buch noch eine Auswahlbibliographie. (235 ff.) Die Misere der bundesrepublikanischen Bildungspolitik kann gar nicht anschaulicher illustriert werden, dies war jedoch von den Verfassern bestimmt nicht intendiert. Die Verantwortlichkeit der Bildungspolitik für die Lehrerarbeitslosigkeit wird von den Gutachtern ignoriert. Sie verschieben die Hauptlast der Verantwortung auf den Rücken der zukünftigen Germanistikstudenten. Das Primat bei allen Überlegungen liegt dann auch nicht in einer inhaltlichen Qualifikation, sondern in einer beruflichen Verwertbarkeit derjenigen, die nach dem Willen der Bildungspolitik keine Lehrer werden sollen. Wesentlicher als die futurologische Akribie der Gutachter erscheint mir deren ideologische Stoßrichtung zu sein, die ja bereits in der Definition der Germanistik »als Teil einer umfassenden Zeichenwissenschaft (Semiotik)« (22) deutlich wird. Die Germanistik soll auf das Prokrustesbett der Kommunikationswissenschaft, auf dem für die kritischen Inhalte der Germanistik kein Platz mehr sein wird.

Hansgeorg Schmidt-Schemel (Mardorf)

Metscher, Thomas: Kunst und sozialer Prozeß. Studien zu einer Theorie der ästhetischen Erkenntnis. Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1977
(258 S., br., 14,80 DM).

Metscher legt bereits veröffentlichte Aufsätze vor, die in ihrer Gesamtheit als »kunsttheoretische Propädeutik« (233) verstanden werden. Sie zeigen die Entwicklung seiner kunsttheoretischen Auffassungen von der Kritik des literaturwissenschaftlichen Idealismus über die Aneignung Hegelscher Dialektik zu der Entwicklung und Verteidigung einer dialektisch-materialistischen Ästhetik als Abbildtheorie.

Kunst und sozialer Prozeß sind für Metscher vermittelt in den Beziehungen Wirklichkeit/Autor-Werk und Werk-Rezipient/Wirklichkeit (253). Hiermit sind Teilrelationen ästhetischer Erkenntnis benannt: die vom Autor angeeignete Wirklichkeit wird ästhetisch objektiviert im Werk; die ästhetische Wirklichkeit des Werks wird vom Rezipienten aus seiner Wirklichkeit heraus angeeignet, wobei er die im Werk objektivierte, vom Autor angeeignete Wirklichkeit mit begreift. »Ästhetische Erkenntnis ist primär nicht Erkenntnis der Kunst (obgleich die Rezeption der Kunststruktur ihre Bedingung ist), sondern der in der Kunst angeeigneten Wirklichkeit.« (254) Gegenstand von Kunst ist demnach die »kulturelle Basis-Überbau-Totalität einer bestimmten Epoche« (184), »subjektive und objektive Faktoren des gesellschaftlichen Prozesses: emotive und ethische Vorgänge, Normen und Verhaltensweisen ebenso wie der Komplex (subjektiver und objektiver) ideologischer Bewußtseinsformen« (243), wobei allerdings immer nur eine relative Totalität dargestellt wird (191). Dieser ästhetischen Produktion von Abbildern liegt die Erkenntnis der gesellschaftlichen Wirklichkeit zugrunde. Erkenntnis bedeutet: »kategoriale Umsetzung (>Widerspiegelung<) einer wirklichen, objektiven, d. h. unabhängig vom Erkenntnisprozeß selbst vorhandenen Realdialektik (Natur und Mensch im Verhältnis des gesellschaftlichen Arbeitsprozesses).« (167) Die »kategoriale Umsetzung« ist eine Bewußtseinsfunktion, die selber schon über die Anschauung hinausgeht und in sich eine produktive Funktion enthält, die im Kunstwerk objektiviert wird. Metscher schreibt der ästhetischen Produktion die Einheit kontemplativer und aktiver Funktion zu (175) und liefert Gegnern der Widerspiegelungstheorie mit der Gleichsetzung von »kontemplativer Funktion« und »Abbildung der Wirklichkeit« sowie »aktiver Funktion« und »Einflußnahme auf die Wirklichkeit« Argumente, die er selber zu widerlegen sucht. Rezeption von Wirklichkeit ist selbst aktiv und nicht kontemplativ, ist subjektive, denkende Umsetzung in einen Bewußtseinsinhalt, der subjektiv die objektive Dialektik widerspiegelt; ästhetische Widerspiegelung ist durch das Subjekt vermittelte reflek-

tierte Widerspiegelung (203). Ästhetische Produktion ist Aktivität in zweifachem Sinne: einmal Objektivierung widerspiegelter Realität (Produktion von Kunst), zum anderen Einflußnahme auf die Wirklichkeit (Produktion von Wirklichkeit vermöge der Kunst), was nur über den Kunstrezipienten erfolgen kann (231). Aus dem Widerspiegelungscharakter ergibt sich der »Doppelcharakter von Kunst, zugleich Reproduktion existierender Objektivität und Produktion einer neuen Form von Objektivität zu sein.« (175)

Aus dem Widerspiegelungscharakter ergibt sich das Problem der Wahrheit von Kunst. Da Kunstproduktion abhängig ist von gesellschaftlich bedingten Bewußtseinsprozessen, unterliegt sie auch dem gesellschaftlichen Schein, ist Ideologie. Wichtig ist Metschers Hinweis, daß Ideologie nicht einfach falsches Bewußtsein ist, sondern eine Form relativer Wahrheit, die trotz ihrer Bedingtheit objektiv richtiges enthält (177). Kunst ist eine »*Gestalt relativer Wahrheit*« (178), sie ist abhängig von historischen Erkenntnisbedingungen (219). Entsprechend bezeichnet der Realismusbegriff »die *tendenziell richtige* Darstellung gesellschaftlicher Sachverhalte im Rahmen der objektiven Erkenntnisbarrieren einer sozialökonomisch-kulturellen Formation« (176) und ist damit sowohl erkenntnistheoretische wie wertend/qualifikatorische Kategorie (179). Wertkriterien sind inhaltlicher und formaler Art, wobei entsprechend der materiellen Determination des ästhetischen Produkts (207) inhaltliche Kriterien Priorität besitzen (180), Inhalt aber erst durch die Form zum Ausdruck gebracht wird (207); »künstlerische Widerspiegelung ist Umsetzung → *Trans-Formation* → sozialer Prozesse *im Medium ästhetisch-technischer Materialien*, der künstlerische Abbildungsprozeß ist *Produktion in ästhetisch-technischen Materialien*.« (207) Die Bedeutung ästhetisch-technischer Materialien sowie die Beziehung z. B. von Sprache zu anderen Materialien wird von Metscher lediglich kurz angesprochen, aber nicht ausführlich analysiert. Formen und Gattungen der Kunst werden in Beziehung gesetzt zum »Prozeß der Entwicklung und Spezifizierung des gesellschaftlichen Gesamtsystems auf der Basis der Arbeitsteilung« (240).

Die rezeptive und produktive Aneignung von Realität unterliegt »erkenntnisleitenden Interessen«, was Metscher als Parteilichkeit bezeichnet. Parteilichkeit ist demnach keine subjektive Beurteilung des Produzenten, sondern Bestandteil der objektiven Wirklichkeit (136). »Parteilichkeit als ästhetischer Grundbegriff ist primär an der objektiven Verfassung der Werke selbst festzumachen: *in der Form der Widerspiegelung ästhetisch apperzipierter Realität*« (210).

Da für Metscher ästhetische Aktivität Teil der Aneignung gesellschaftlicher Wirklichkeit durch den Menschen ist, versteht er »Ästhetik als einen Teil einer umfassenden gesellschaftswissenschaftlich begründeten Kulturwissenschaft« (145).

Jürgen Tatz (Wolfsburg)

Szondi, Peter: Schriften I und II. Hrsg. von Jean Bollack u. a. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1978 (422 und 462 S., br., je 16,- DM)

In der gleichen Ausstattung wie die fünf Bände der *Studienausgabe der Vorlesungen* liegen jetzt die – einzeln bereits jeweils an anderem Ort gedruckten – *Schriften* Szondis vor. Band I umfaßt die *Theorie des modernen Dramas* (siehe hierzu die prinzipielle Kritik von Thomas Metscher in *Das Argument* 49 sowie in *Argument-Studienheft SH* 9), den *Versuch über das Tragische* und die *Hölderlin-Studien*. Band II enthält – neu angeordnet – die Essays aus *Satz und Gegensatz*, *Lektüren und Lektionen* und *Celan-Studien*; darüberhinaus die bisher nur in Zeitschriften abgedruckten Aufsätze *Friedrich Schlegels Theorie der Dichtarten* (32–58) und *Schleiermachers Hermeneutik heute* (106–130). Im Anhang zu Band II sind – neben dem schon in die *Celan-Studien*

aufgenommenen Anhang – vier ältere Aufsätze abgedruckt. Den Beschluß macht eine Bibliographie der Schriften Peter Szondis, soweit sie Gegenstände der Literaturgeschichte und Literaturtheorie betreffen. Rainer Kawa (Dortmund)

Groeben, Norbert: Rezeptionsforschung als empirische Literaturwissenschaft. Paradigma, durch Methodendiskussion an Untersuchungsbeispielen. Athenäum Verlag, Kronberg/Ts. 1977 (245 S., br., 24,- DM).

Groeben will die Rezeptionsforschung weiterentwickeln zur empirischen Untersuchung von Leseprozessen. Er beruft sich dabei auf den Neopositivismus und das Konzept des Paradigmawechsels von Th. S. Kuhn (Kapitel I u. II). Diese wissenschaftstheoretische Herleitung krankt daran, daß Groeben es unterläßt, gesellschaftliche Einflüsse in Rechnung zu stellen. Deutlich wird dies besonders bei seiner Kritik an den Vorstellungen der marxistischen Rezeptionsforschung, der er eben diese gesellschaftliche Orientierung zum Vorwurf macht (52–54). Die vorgeschlagenen Methoden zur empirischen Untersuchung von Leseprozessen (Kapitel III u. IV) gehen von einer einleuchtenden Überlegung aus: während bisher alle Textauslegungen vom Wissenschaftler vorgenommen wurden (»Rezeptions-Interpretations-Konfundierung«), läßt er den Forscher die unterschiedlichen Rezeptionen verschiedener Leser eines Textes sammeln und in ihren differenten Konkretisationen festhalten. Der Leser wird »Medium« bei der Interpretation des Werkes (63).

Aus der »Polyfunktionalität« des Textes wird die »Polyvalenz« für den Leser; Groeben greift an dieser Stelle das Konzept des »offenen Kunstwerkes« von U. Eco auf (20/21). Eine Frage, die sich der Rezeptionswissenschaft von Anfang an gestellt hat, kann auch Groeben nicht überzeugend lösen: da der wissenschaftliche Interpret nicht mehr normierende Funktion hat, ist unklar, woran meßbar sein soll, ob eine Rezeption dem Text noch gerecht ist (Adäquanzproblem). Der Autor bietet ein »material-objektives Verfahren« an, das, orientiert an linguistisch-strukturalistischen Verfahren mit phonetischen, phonologischen, syntaktischen und semantischen Klassifikationen und Kategorien die »Grenzen der Polyvalenz« bestimmen soll (140–142). Die Wahrscheinlichkeit, daß wieder der Wissenschaftler qua Sach-Autorität den Rahmen der Rezeption festlegt – entgegen dem Konzept von Groeben – ist damit gegeben.

Zum Schluß setzt er sich noch einmal mit den Konzepten der Rezeptionsästhetik (insbesondere mit der »Konstanzer Schule« um H. R. Jauf und W. Iser) auseinander und stellt ihnen zusammengefaßt die eigenen Überlegungen gegenüber (Kapitel V u. VI). Das Buch ist gedacht als Programmatik für die empirische Forschung innerhalb der Literaturwissenschaft. Wie Groebens Vorstellungen in der Praxis realisiert werden könnten (wo bekommt man z. B. die vielen Rezipienten her, wer stellt die finanziellen Mittel für ein solch aufwendiges Programm zur Verfügung?), bleibt unklar. Günter Alfs (Hude)

Drews, Jörg (Hrsg.): Literaturkritik – Medienkritik. Quelle & Meyer, Heidelberg 1977 (116 S., br., 12,80 DM).

Acht Beiträge, hervorgegangen aus dem Germanistentag von 1976, sind hier zusammengefaßt. Der Titel umreißt die Grenze dessen, was die Autoren unter »literarischer Kritik« verstehen: sowohl Literaturkritik im Rundfunk, in der Literaturwissenschaft, als auch Fernsehkritik und die älteste Form des Genres, die Buchkritik im Feuilleton.

Die auf die Medien Fernsehen und Rundfunk bezogenen Beiträge bleiben auf der Stufe des Sammelns und ersten Problematisierens des Materials. Karl Prümm zeigt die

schlechte Qualität und die dadurch geschuldete Massenfeindlichkeit der Fernsehkritik in Programmillustrierten, Tageszeitungen und Wochenmagazinen. Seine Forderung zielt auf eine klare, diskursive Analyse des Gesehenen. Wie verantwortungslos geschriebene Kritiken über Fassbinders »Acht Stunden sind kein Tag« zu Argumenten für die Absetzung dieses Fernsehspiels verwandt werden konnten, dokumentiert der Beitrag von Wolfgang Gast und Gerhard R. Kaiser. Reinhold Viehoff beweist mit großem empirischen Fleiß eine Banalität: der ästhetische Erwartungshorizont des Kritikers wird von seinem gedachten Rezipientenkreis mitbestimmt.

Ästhetische Wertung in der Literaturwissenschaft ist der Gegenstand von Nemečs Studie. Statt eine Theorie ästhetischer Wertung zu liefern – die relevanten Ansätze dazu, die die materialistische Wissenschaft vorgelegt hat, nimmt er gar nicht erst zur Kenntnis – fordert er, die Wissenschaft habe »die Unwissenschaftlichkeit des wissenschaftlichen Themas nachzuweisen« (63). Ein solcher Nachweis hätte als Konsequenz die totale Willkür in der Bewertung des Ästhetischen.

Von zynischer Haltung gegenüber dem Lesepublikum zeugen die Beiträge Klaus Ramms und Heinrich Vormwegs. Enttäuscht über die geringe Steuerungspotenz der Literaturkritik in bezug auf den Buchmarkt, plädiert Ramm für eine Kritik, die nicht im Interesse des Publikums, sondern der Verlage geschrieben wird. Kritik würde so reduziert zum Dialogpartner der Verlage, das Lesepublikum bliebe dem Buchmarketing ausgeliefert.

Für Heinrich Vormweg besteht die Gesellschaft nicht aus Klassen, sondern wenige Gebildete stehen der breiten Masse von Ungebildeten gegenüber. Jede Bezugnahme eines Kritikers auf sein Publikum, enthalte »ein fatales Moment von insgeheim bejahender Anpassung« (29) an die Masse. Wirklich qualifizierte Kritik müsse sich daher allein auf die Literatur beziehen. Zu Ende gedacht hieße dies: die breite Masse bleibt wegen Dummheit von der ästhetischen Kommunikation ausgeschlossen.

Herausragend sind die Beiträge von Hohendahl und Mecklenburg. Sie weisen der Frage, die Lämmert in seiner Einführung aufwarf – ist literarische Kritik ein literarisches oder ein wissenschaftliches Genre? – ihren historisch überholten Ort zu, indem sie nach dem Praxiszusammenhang von Wissenschaft, Kritik und Literatur fragen. Hohendahl regt die historische Untersuchung der Veränderung dieses Zusammenhangs an, Mecklenburg entwirft ein utopisches Modell, das mindestens den Sozialismus voraussetzt, in dem fortschrittliche Kritik und Wissenschaft in einer dem Publikum zugewandten Rhetorik zusammenfließen. Kritik würde so zum reflektierenden Dialogpartner literarischer Praxis.

Der Band zeigt insgesamt, daß die Diskussion um Rolle und Funktion literarischer Kritik vom Ende der sechziger Jahre nun wieder mit größerem sozialhistorischem Wissen weitergeführt wird.

Peter Kleiß (Marburg)

Soppe, August: Der Streit um das Hörspiel 1924/25. Entstehungsbedingungen eines Genres. Verlag Volker Spiess, Berlin 1978 (132 S., br., 20,- DM).

Für diejenigen, welche die Diskussion um das Hörspiel in der Bundesrepublik bisher bestritten und verfolgt haben, zeitigt die Untersuchung Soppes überraschende Ergebnisse: Die Auseinandersetzungen der Exponenten dieser Diskussion (Eugen K. Fischer, Friedrich Knilli, Klaus Schöning, Heinz Schwitzke, u. a.), die vor allem in den Fünfziger und Sechziger Jahren um eine »spezifisch funkische Kunst« (12) des Hörspiels stattgefunden haben, erweisen sich als Wiederholung einer Auseinandersetzung, die bereits in der Gründungsphase des deutschen Rundfunks stattgefunden hat. Erstaunlicherweise mit den gleichen Argumenten und nahezu identischen ästhetischen Konzeptionen.

Soppes Beitrag zu dieser Diskussion besteht nicht in der Erweiterung der vielfältig vorliegenden Vorschläge für *das* Kunstwerk Hörspiel um eine zusätzliche Dimension. Er versucht vor allem die gesellschaftlichen Grundlagen zu klären, die überhaupt zur Konstituierung des Genres geführt haben.

Der erste Teil der Untersuchung wird abgedeckt durch die Beschreibung des Bedingungsgefüges, welches den Rundfunk als Massenmedium möglich und notwendig gemacht hat. Verallgemeinerbares Ergebnis ist die in Anlehnung an Brecht formulierte These, »daß der Rundfunk in seiner besonderen Form- und Funktionsbestimmtheit nicht Ergebnis eines Bedürfnisses der potentiellen Hörer war« (118), sondern vornehmlich Resultat der ökonomischen Interessen der Elektroindustrie unter Führung des Telefunken-Konzerns auf der einen und dem Herrschaftsanspruch des »Staates als Wahrer der Gattungsgeschäfte des Kapitals auf dem Gebiet des Funks« (40) auf der anderen Seite, der bereits frühzeitig die »politisch-propagandistischen Möglichkeiten« (40) entdeckt habe, die in dem Medium angelegt gewesen seien.

Die »wirtschaftliche und politisch-ideologische Entwicklung des Rundfunks 1923–1926« (41 f.) brachten sodann Phänomene im Programmbereich hervor, wie sie durchaus noch heute als typisch für die gesellschaftliche Qualität von Kommunikation mittels des Radios gewertet werden können: das »Ausblenden gesellschaftlich relevanter Fragen, eine vermeintliche Überparteilichkeit und eine Tabuisierung offen politischer Themen« (56), eine politische Schein-Neutralität also, die vor allem Reflex der massiven »Klassenauseinandersetzungen« (57) in der Gründungsphase der Weimarer Republik gewesen sei. In den Rahmen dieser »bewußten Funktionalisierung des Rundfunks im Sinne der herrschenden Klasse« (57) stellt Soppe die Diskussion um das »Hörspiel als rundfunkspezifische Kunstform« (88 ff.).

Dabei geht vor allem die Einbeziehung der *konkreten* »Bedingungen ästhetischer Produktion im Rundfunk« (58 ff.) über die vorliegenden Untersuchungsansätze hinaus. In den Abschnitten »Programmproduktion als Kostenfaktor« (67 ff.), »Urheberrecht und Arbeitsrecht« (70 ff.) und »Programmproduktion als Hörerwerbung« (75 ff.) werden Bereiche thematisiert, die der ideengeschichtlich verpflichteten, etablierten Rundfunkgeschichtsschreibung gemeinhin fern liegen.

Als Primärquellen für die Diskussion um das Hörspiel selbst hat Soppe die beiden offiziellen Radio-Zeitschriften »Der Deutsche Rundfunk« und »Funk« ausgewertet. Drei Konzeptionen, die noch heute in der einschlägigen Diskussion strapaziert würden, ließen sich als charakteristisch für die Definitonsversuche herauskristallisieren, die in diesen Organen entwickelt wurden: »Das Hörspiel als Schauspiel für Blinde« (96 ff.), »das Hörspiel als Wortkunstwerk« (104 ff.) und »das Hörspiel als Schallspiel« (111 ff.). Als entscheidenden gemeinsamen Mangel dieser Konzeptionen stellt Soppe die Nichtbeachtung der »grundlegend neue(n) Qualität des Mediums Rundfunk« (118) heraus, die Brecht mit dessen »natürlicher Eignung zu entscheidenden gesellschaftlichen Funktionen« (118) bestimmt habe, welche vor allem auf der »Zirkularwirkung« (118) des Mediums beruhe. Die Folge der abstrakten Verselbständigung der Konzeptionen für das Hörspiel in Kategorien der Ästhetik sei, daß eine »sich an den Interessen der großen Mehrheit der Rundfunkhörer orientierende *praktische Beantwortung* der Brechtschen Frage, »wie man Kunst und Radio überhaupt verwerten könne«, nach wie vor ausstehe (119).

Betrachtet man den gegenwärtigen Rundfunk in der Bundesrepublik, so scheint diese Verallgemeinerung schlüssig. Historisch ist sie jedoch verkürzt. Die Arbeiterbewegung hatte in den zwanziger Jahren mannigfaltige Aktivitäten zur theoretischen und praktischen »Beantwortung dieser Frage« entwickelt und u. a. auch massiv in die Diskussion um das Hörspiel eingegriffen. Brecht selbst hat die »Arbeiter-Radio-Bewegung« in seiner Auseinandersetzung mit dem Massenmedium kaum reflektiert und

sich ausschließlich auf die Kritik des bürgerlichen Rundfunks kapriziert. Und genau in Bezug auf diesen hat auch die Arbeit Soppes ihren Stellenwert.

Durch die intensive Darlegung der in der Gründungsphase des deutschen Rundfunks *herrschenden* Auffassungen von Kunst im Radio und dem Aufzeigen ihrer Aktualität stellt das Buch Soppes einen wichtigen Beitrag für die Diskussion massenkommunikativer Prozesse dar; insbesondere für diejenigen, die mit der Verwendung und Verwertung von Literatur im Rundfunk beschäftigt sind, also etwa Deutschlehrer, aber auch Produzenten und Rezipienten von Hörspielen, oder die Multiplikatoren in den Redaktionen der Funkanstalten. Siegfried Zielinski (Berlin/West)

Erziehungswissenschaften

Becker, Hans H. (Hrsg.): Anthropologie und Pädagogik. Klinkhardt, Bad Heilbrunn 1977 (216 S., br., 16,80 DM).

Die 3. Aufl. dieser »Quellentexte« (1967) ist Neubearbeitet und erweitert: die Bibliographie, irritierenderweise chronologisch aufgebaut, wurde bis 1976 ergänzt; die Aufsätze sind anders angeordnet, fünf sind hinzugekommen (Dienelt, Pleines, Portmann, Roth, Süßmuth), zwei entfallen (Döpp-Vorwald, Drechsler, der ein Buch gleichen Titels verfaßte); das Nachwort des Hrsg. ist dem angepaßt. Man sollte also meinen, der Band repräsentiere den Diskussionsstand zum Verwendungs- und Funktionszusammenhang von Anthropologie und Pädagogik. Das trifft jedoch zeitlich wie inhaltlich nur mit Einschränkung zu. Die Beiträge aus dem Zeitraum 1953–1973 sind in einigen Fällen nicht die jüngsten einschlägigen der Autoren; und wenn auch von Anmerkungen des Hrsg. zusätzlich erschlossen, geben sie Forschung und Problembewußtsein doch allenfalls nach westdeutschem Standard wieder. Mit Texten nicht vertreten sind marxistische Pädagogen, die angelsächsische Sozial- und Kulturanthropologie. Die Sammlung ist theoretisch, nicht pragmatisch orientiert; so daß insgesamt viel über die beiden Disziplinen bzw. ihren wissenschaftssystematisch zweifelhaften Sprößling, die pädagogische Anthropologie, nachgedacht, hingegen wenig über pädagogisch relevante anthropologische Forschung referiert wird. Die nochmalige Herausgabe ist verdienstvoll, wenn man unterstellt, die einzelnen Texte in den bekannten, allenthalben erhältlichen Ausgaben selbst aufzusuchen und ein ausgewiesenes Handbuch hinzuzuziehen, sei für den Leser zuviel der Mühe.

Gisela Miller (Hamburg)

Pleines, Jürgen-Eckhardt: Mensch und Erziehung. Studien zur Philosophie und Pädagogik. Verlag Aloys Henn, Kastellaun 1976 (232 S., br., 14,80 DM).

Mutmaßlich handelt es sich um ein frühes wissenschaftliches Vermächtnis: Greiling (1793!) zitierend verspricht Pleines im Motto, »die Legionen der pädagogischen Schriften nicht mehr vermehren zu helfen«, »sollte dieser Versuch ganz und gar mißfallen« (5). – Er könnte mißfallen, wollte man übel vermerken, daß die gesammelten Studien (1964–1976) mittlerweile alle auch andernorts veröffentlicht wurden, z. T. allerdings mit weniger ausführlichen Anmerkungen, und daß altbekannte Probleme angegangen werden. Er wird gefallen, wenn bestimmte philosophische (Kierkegaard, Zukunft und Existenz, Sprache bei Humboldt) und pädagogische (Anthropologie und Pädagogik, Bildung, Erziehung und Unterricht) Themen und Gegenstände in systematischer und historischer (als geistesgeschichtlicher!) Hinsicht interessieren: hier werden sie zu »zeitlosen« Problemen. – Des Autors Stärke ist die Arbeit und Anstren-

gung des Begriffs aus genauer Kenntnis der klassischen Philosophie, deren erkenntnistheoretische Maßstäbe und erkenntnispraktische Potenzen er nachdrücklich vertritt. – P.S. Pleines schickt sich an, dem Vorsatz untreu zu werden: in der VjwissPäd 54/1978,1 schrieb er den ersten Aufsatz für einen neuen Sammelband zum gleichen Problemereich: »Was heißt ›praktische Pädagogik‹ heute?«

Gisela Miller (Hamburg)

Rahn, Hartmut: Interessenstruktur und Bildungsverhalten. Die Bedeutung außerschulischer Interessen, Erfahrungen und Aktivitäten für die Vorhersage des Bildungsverhaltens von Schülern der gymnasialen Oberstufe. Georg Westermann Verlag, Braunschweig 1978 (219 S., br., 30,- DM).

Der im Buchtitel aufgeworfenen, in der Bundesrepublik (anders als etwa in den USA) bislang kaum beachteten Fragestellung geht Hartmut Rahn von der »Stiftung des deutschen Volkes« in seiner empirischen Studie nach. Seine These: bestimmte dieser »externen« Interessen/Aktivitäten wirken sich positiv, chancensteigernd auf die »Studierfähigkeit« der künftigen Studenten aus. Seine Ergebnisse münden in das Plädoyer, künftig neben Abiturnote und anderen Selektionsmethoden auch dieses Einflußfeld bei Studienberatung und Hochschulzulassung zu berücksichtigen. – Die Arbeit basiert auf einer umfangreichen empirischen Untersuchung aus dem Jahre 1973 an vier Gruppen: einer repräsentativen Stichprobe aus allen Oberprimarnern des Jahres, den schulnotenbesten Oberprimarnern aus fünf Bundesländern und der jeweils besten Teilgruppe der zweiten Gruppe, die an Tests und Seminaren der »Stiftung« teilnahmen. Da eine Langzeituntersuchung erst geplant ist, wurde die in Test und Seminar erwiesene »besondere akademische Befähigung« als wirkungsgleich mit der Selektionsfunktion akademischer Ausbildung gesetzt (25).

Die von Rahn durchgeführte Auswertung ergab das prognostizierte Resultat: wer während seiner Schulzeit über die dort verlangten Anforderungen hinaus aktiv sein Wissen und seine intellektuellen Fähigkeiten vertieft, hat später höhere Chancen, eine wissenschaftliche Ausbildung erfolgreich zu durchlaufen; vor allem wenn seine Aktivitäten eine hohe gesellschaftliche Wertschätzung genießen. Wer etwa Lesen, Fortbildung, Musik und Kunst oder sogar Forschen als »wichtigste« Freizeitbeschäftigung angab, erreichte eher eine höhere Leistungsgruppe als diejenigen, die ihre Schwerpunkte beim Sport oder bei sozialen und politischen Aktivitäten haben oder sich gar hauptsächlich dem Geldverdienen widmen (müssen) (105). Verständlich auch, daß jene Schüler, die als Ausbildungsziel gleich die Habilitation (!) angaben, ihren Anteil an den oberen Leistungsgruppen um das 7-fache steigern konnten (107).

Auf den ersten Blick also scheinen die Ergebnisse des Buches die im Klappentext vermerkte Empfehlung an »Eltern, die den Bildungsweg ihrer Kinder fördern wollen«, ihnen »planungsfreie Spielräume« zuzugestehen, zu unterstützen. Aber das Buch kann auch gegen den Strich gelesen werden: als detaillierte Illustration der schichtenspezifischen Selektion in Schule und Hochschule! So zeigt sich beim Vergleich der einzelnen Tabellen, daß die sozialstrukturell bestimmten Merkmale wie soziale Herkunft, Ausbildung der Eltern, Familieneinkommen, besuchter Schultyp etc. auf die Chance, in die höheren Leistungsgruppen aufzusteigen, größeren Einfluß haben als weitaus die meisten der individuellen Interessen und Aktivitäten. So zeigt sich auch hier wieder die Dominanz der gesellschaftlichen Verhältnisse über die individuellen Interessen. Weiterhin könnte man nach der sozialstrukturellen Bedingtheit dieser individuellen Interessen fragen.

Danach fragt Rahn nicht, leider! Die Korrelation zwischen den einzelnen Merkmalen hätte sicher ein aufschlußreiches Bild über den Zusammenhang von schichtenspe-

zifischer Sozialisation und individueller Begabung erbracht. Daß Rahn diesen, von der Materiallage her möglichen und einfachen Schritt nicht geht, kann kaum Zufall sein.

Daher verbleibt auch sein, an sich interessanter, Hinweis auf die Unterscheidung von »Schullernern« und »Erfahrungslernern« (176) und auf die problematische Begünstigung von »Schullernern« in der schulischen und akademischen Ausbildung ohne soziale Grundlage: die möglicherweise schichtenspezifische Trennung kommt nicht in seinen Blick. – Insgesamt eine zwiespältige Arbeit: sie legt neben dem grundsätzlichen Ansatz bei den außerschulischen Interessen und Aktivitäten viel detailliertes Material, Tabellen und Interpretationen vor, aber der notwendige Schritt hin zum Zusammenhang von gesellschaftlichen Verhältnissen und individuellen Interessen wird nicht gegangen. Leider.

Wilfried Kunstmann (Marl)

Menze, Frohmut: Schule in der Provinz. Untersuchungen zum Selbstbild von Schülern einer 9. Hauptschulklasse. Kübler-Verlag, Lampertheim 1976 (123 S., br., 9,80 DM).

Menzes Untersuchung über Hauptschüler gehört in die Reihe jener stark erfahrungsorientierten Berichte über den Schulalltag, die Konrad Wünsche mit seinem Bericht über die »Wirklichkeit des Hauptschülers« i. J. 1970 eröffnete. Wünschens Arbeit und alle ihm in der Tradition folgenden waren Reaktion auf die Stagnation und die Widersprüche der offiziellen sozialdemokratischen Schulreform, besonders der Hauptschule. Hatten die Reformen in ihren Plänen zur »Profilierung der Hauptschule« den Subjekten des Schulalltags progressive Zielsetzungen – Verwissenschaftlichung des Unterrichts, Vermittlung grundlegender theoretischer und praktischer Kenntnisse, emanzipatorische Erziehung – mehr oder minder übergestülpt, so reagierten die den Reformprozeß ernstnehmenden Lehrer mit der Umkehrung der Fragestellung: nicht, was der Schüler soll, muß, können soll, bestimmte ihr Interesse, sondern wer er konkret ist, was er will, kann und wollen kann. Dieser Weg in die »Niederungen des Schulalltags«, des Umgangs mit Hauptschülern ohne die als Raster angewandten (theoretischen) Reformkonzepte ist ein Ausgangspunkt für Menzes Arbeit. Zugleich jedoch bleibt sie bestimmt durch die Normen der akademischen Problematisierung von Schule und Erziehung, wie sie durch den Charakter einer Zulassungsarbeit zur 2. Staatsprüfung für das Lehramt gegeben sind. Damit sind, ob beabsichtigt oder nicht, zwei objektiv widersprüchliche Anforderungen gesetzt: wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der Rollentheorie und dem Konzept der Ich-Identität, »das inzwischen zum Standard westdeutscher Sozialisationsforschung gehört« (47), auf der einen Seite und der Versuch, »naiv zu beobachten und das so Beobachtete auch naiv wiederzugeben« (14), auf der anderen. Das Ergebnis ist ebenso widersprüchlich wie seine Voraussetzungen. Einerseits versucht Menze eine literaturmäßig abgesicherte Darstellung der rollentheoretischen Sozialisationsanalysen (41–56), deren Kritik jedoch wenig aussagekräftig ist (»Der Antagonismus zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung der Produkte wird durch den ahistorischen Charakter eines ›neutralen‹ Rollenbegriffes zugedeckt, dessen Neutralität sich dadurch als eine scheinbare erweist«. (56)); andererseits dokumentiert Menze im zweiten Teil seines Berichts Schüleraufsätze und -äußerungen zu verschiedenen Themen (Sind Hauptschüler dümmer?; Wohngemeinschaften; meine soziale Lage), deren Kommentierung zwar Aufschluß über die Probleme der Hauptschüler und die Lernprozesse Menzes als Lehrer gibt, mit der theoretischen Kritik an wissenschaftlich-akademischen Theoremen jedoch nicht vermittelt ist.

Diese Vermittlung, die Menze selbst am Ende zum Postulat erhebt (110), gelingt

ihm ansatzweise da, wo er die theoretisch hergestellte Kategorie der Ich-Identität auf die Subjekte bezieht, um die es ihm in der Schule geht: auf (sich als) den Lehrer und auf die Schüler (50–51; 53; 59–61). Hier kommt glaubhaft zum Ausdruck, daß beispielsweise das Verhalten von Prüflingen, seien es Lehrer oder Schüler, eher mit dem Stimulus-Response-Modell denn mit den Normen der Ich-Identität Habermasscher Provenienz gefaßt werden kann (51); daß aber dort, wo Hauptschüler ihre Identität finden, diese ansatzweise eine andere, weil auch kollektive Identität ist als die hypostasierte der Sozialisationsanalytiker (53) und schließlich, daß trotz bestem Willen diese »solidarische Identität« mit der individuellen des Lehrers in Widerspruch geraten muß (61).

Renate Morell (Nürnberg)

Ott, Ernst H.: *Recht als neue Dimension schulischen Lernens. Mit Unterrichtsbeispielen* von Ch. N. Quigley, U. Görlitz, R. Kühnel, U. Luhmann, J. Randzio und B. Herrmann. Ernst Klett Verlag, Stuttgart 1975 (283 S., br., 16,50 DM).

Nach einem Kapitel über die »Historische Dimension der Rechtserziehung« folgen Kapitel über die »Grundlagen der bisherigen schulischen Beschäftigung mit dem Recht« und über »pädagogisch orientierte Konzepte des Rechtsunterrichts«. Daran schließen sich Erörterungen über »Juristische Fachqualifikation und didaktische Kompetenz: Voraussetzungen für die Rezeption des Rechts in der Schule« und »Kriterien für die Planung, Durchführung und Bewertung des Rechtsunterrichts« an. Darüber hinaus sind einige Unterrichtsmodelle abgedruckt. Dem Autor geht es darum, bisherige Vorschläge für einen Rechtsunterricht zu sichten und grundlegende didaktische Fragen dieses Unterrichts zu diskutieren. Zweifellos zeigt er sich informiert; der Wert des Buches liegt einmal darin, daß der mitdenkende Leser einen Zugang zu den Problemen des Rechtsunterrichts als Bestandteil der Politischen Bildung erhält, und zum anderen darin, daß mit Otts Buch eine im Augenblick repräsentative Position erfahren werden kann. Was ist dies für eine Position?

Zunächst überzieht Ott in seiner Freude, einer »neuen Dimension« der Politischen Bildung auf die Spur gekommen zu sein, seine Forderungen an die zur Didaktisierung notwendigen wissenschaftlichen Arbeiten. So klagt er, daß nirgendwo »kontrollierte Untersuchungen darüber [geführt werden], wie rechtsrelevante, d. h. normbezogene Lernfähigkeit in einem bestimmten gesellschaftlich-politischen System erworben, gefördert und entwickelt werden kann« (39). Er nimmt also eine spezielle Lernfähigkeit bezogen auf das Recht an. Bisher hat die Lerntheorie aber noch keine Hinweise darauf gegeben, daß Lernen derart »fachbezogen« abläuft. Ott geht auch z. T. sehr naiv an die Interpretation empirischen Materials heran. Er nennt zwei Untersuchungen zur »Einstellung verschiedener Generationen zum Recht« (38), wobei sich herausstellt, »daß die inhaltlichen Aussagen aus den Jahren 1929 und 1956 (jeweils 11 Jahre nach Kriegsende) fast völlig identisch waren« (38). Welchen Erkenntnisgewinn dieser Tatbestand bringt, verrät der Autor nicht.

An mehreren Stellen tritt Otts weltanschaulich konservative sowie wissenschaftstheoretisch idealistische Position zutage: z. B. schreibt er vom »irrationalen und unmenschlichen Verlauf der Französischen Revolution« und davon, daß »durch die Wirrnisse um das Revolutionsjahr 1789 in Frankreich« das Eindringen »staatskundliche[r] und vaterländische[r] Theorien in die Schule« »zusätzlich befördert« wurde. Oder noch schlimmer: »Den Landesfürsten hingegen war sichtlich daran gelegen, angesichts der allgemeinen politischen Unruhen möglichst viele Untertanen über ihre politischen Rechte aber insbesondere auch Pflichten aufzuklären.« (17) Den Bogen von der »Rechtserziehung« deutscher absolutistischer Fürsten zur heutigen Rechts-

pädagogik schließt Ott, indem er unbewußt den archimedischen Punkt der Rechtserziehung, die wesentliche Impulse aus den USA erhält, bezeichnet: Er geht auf die Rechtserziehung in den USA ein, die im Gefolge der »bekannten Jugend- und Rassenunruhen und sonstigen Gewalthandlungen im Verlauf der 60er Jahre« (140) erstarkt sei, und fährt fort: »Der Schluß, daß ein entscheidender Grund für die zahlreichen Ausschreitungen und destruktiven Maßnahmen in der sträflichen Vernachlässigung der Rechtserziehung . . . im Sinne eines Angebots an rechtlichen Identifikationsmöglichkeiten liegen könnte, lag somit nicht sehr fern.« (141) Hier dokumentiert der Autor, wie er gesellschaftliche Prozesse zu »analysieren« und zu bewerten versteht, er lehrt uns auch – gegen den Strich gelesen – das Hauptziel des zweifellos in der Zukunft noch propagierten Rechtsunterrichts: Identifikation mit dem herrschenden Zustand.

Horst Hensel (Unna)

Psychologie

Inhelder, Bärbel, und Harold Chipman (Hrsg.): Von der Kinderwelt zur Erkenntnis der Welt. Akademische Verlagsgesellschaft, Wiesbaden 1978 (303 S., br., 28,-).

Das umfangreiche, in mehreren Sprachen vorliegende Werk des Genfer Psychologen Jean Piaget reicht zurück bis in die frühen Zwanziger Jahre. Im engeren Sinne hat es spätestens seit 1955 Schule gemacht, als sich auf Einladung des »Centre international d'Epistemologie génétique« zum ersten Mal Logiker, Mathematiker, Physiker, Biologen und Psychologen in Genf trafen, um interdisziplinär Probleme der Entwicklungspsychologie zu diskutieren (vgl. 93/94). Umfang und Vielseitigkeit der »Genfer Schule genetischer Psychologie« sind damit bereits angedeutet.

Der vorliegende Sammelband gibt in 16 Aufsätzen, die eigens zu diesem Zwecke ausgewählt und ins Deutsche übersetzt wurden, Einblick in die Arbeitsweisen, Ziele und Methoden dieser Schule. Neben Piaget selbst sind die Autoren ausschließlich Mitarbeiter seines Instituts oder es zumindest gewesen, so daß man von einer repräsentativen Selbstdarstellung sprechen kann. Allein für die Hälfte der Beiträge zeichnet seine Nachfolgerin auf dem Lehrstuhl, Bärbel Inhelder, (mit-)verantwortlich. In ihrer Einführung skizziert die Mitherausgeberin auch den wissenschaftstheoretischen Anspruch des Forschungsinstituts: »Das psychogenetische Studium der Erkenntnis läßt sich weder in den traditionellen Rahmen der kognitiven Psychologie, noch in den der Kinderpsychologie, noch in den der klassischen Epistemologie einordnen. Es ist jenes übergreifende Teilgebiet, das die Verbindung zwischen all diesen Wissenschaftsdisziplinen darstellt« (4). Methodologisch versucht die genetische Epistemologie, das »erkenntnistheoretische Dilemma des Strukturalismus ohne Entwicklungstheorie oder des Genetizismus ohne Strukturtheorie« zu vermeiden (H. Sinclair-de-Zwart, 228). Sie sieht das erkenntnistheoretische Problem darin, »zu wissen, wie Wissenschaft möglich ist« (Piaget, 55).

Was bedeutet nun diese Fragestellung für die empirische Arbeit des Instituts? Rund die Hälfte der Mitarbeiter sind Psychologen, die in Längsschnittuntersuchungen verschiedene Teilbereiche der kognitiven Entwicklung von Kindern experimentell untersuchen (Kübli, 15). Die »anerkannte Tatsache« einer eigenen »Kinderlogik« »ist jedoch nicht der eigentliche Forschungsgegenstand, sondern vielmehr ist es das *Anwachsen* der Erkenntnis und dessen Gesetzmäßigkeiten, dem die Aufmerksamkeit gilt« (ebd.). Dem Anspruch einer genuinen Erkenntnislehre versuchen im Anschluß äußerst komprimierte Darstellungen von Versuchen im Bereich der Begriffsentwicklung, des Gedächtnisses und der Intelligenz, des operativen Denkens und der Vorstel-

lung sowie einiger Aspekte der Sprachentwicklung gerecht zu werden. In zwei Beiträgen zur Psychopathologie (Inhelder, Bovet) werden Ergebnisse, die an vollsinnigen Kindern gewonnen wurden, mit Vorbehalten verallgemeinert. Ausführlich grenzt sich die Genfer Schule vom Empirismus ab (Piaget/Inhelder, 25 ff.), letztlich im Sinne einer Entwicklungstheorie, »die weder empirizistisch noch neonativistisch (in gewissem Sinne jedoch eine Vermittlung zwischen diesen beiden Positionen)« sein soll (Inhelder, 213). Leider haben die Nachfolger des »Kantianer(s) dynamischer und genetischer Prägung« (Inhelder, 3) dabei versäumt, den marxistischen Forschungsstand auch nur zu erwähnen. Nun hat der Band nicht den Anspruch, spektakuläre Überblicke über neueste Forschungsergebnisse zu vermitteln, er will allein »in das Begriffssystem einführen, das zum Verständnis ihrer Bedeutung notwendig ist« (Kübli, 24). Da die Erstpublikation der Beiträge im Schnitt etwa zehn Jahre zurückliegt, wäre ersteres kaum möglich. Ob die Beiträge zu grundlegenden *Piagetschen* Kategorien (Hatwell, 74 ff.) und zur Entwicklung seiner Methode (Vinh-Bang, 83 ff.) ausreichen, um ein Vorverständnis zu ersetzen, scheint mir mehr als fraglich. Der Band hat ein Sachregister und ein Namensregister. Ulrich Peter Kamps (Hannover)

Harten, Hans-Christian: Kognitive Sozialisation und politische Erkenntnis. Piagets Entwicklungspsychologie als Grundlage einer Theorie der politischen Bildung. Beltz Verlag, Weinheim/Basel 1977

(179 S., br., 19,- DM).

—zitiert: a

Portele, Gerhard (Hrsg.): Sozialisation und Moral. Neuere Ansätze zur moralischen Entwicklung und Erziehung. Beltz Verlag, Weinheim/Basel

1978 (268 S., br., 21,- DM)

—zitiert: b

Konsensuzwang und Grundwertedebatten von konservativer Seite haben im Einklang mit der politischen und bildungspolitischen Entwicklung der letzten Jahre die Berufung der kritischen Didaktiker der politischen Bildung auf das Leitziel »Emanzipation« brüchig gemacht. Die immanente Schwäche einer Argumentation, die ihre Legitimation einzig aus der Berufung auf unerfüllte Forderungen der Aufklärung bezog, trat unter dem konservativen Druck schon bei der Frage nach den abzuleitenden Zielen und Strukturen des politischen Unterrichts auf. Die Folge war die Auflösung des Konsens der kritischen Didaktiker unterhalb der Ebene abstrakter Optionen und, mit wenigen Ausnahmen, der Versuch einer Legitimation durch die Verbindung von Anpassung und »Emanzipation«.

In einer solchen Situation liegt es nahe, die Aufmerksamkeit auf Theorien zu richten, die die obersten Ziele der Emanzipationsdidaktik, etwa »Selbstbestimmung« oder »Mündigkeit«, nicht nur postulieren, sondern den Anspruch erheben, sie entwicklungspsychologisch als logischen Endzustand der kindlichen Sozialisation nachweisen zu können. Vorbild einer solchen Theorie ist die genetische Entwicklungspsychologie von Jean Piaget, dessen Auffassungen zur kognitiven und moralischen Entwicklung Hans-Christian Harten zur Grundlage einer konsistenten Theorie der politischen Bildung verwenden will. Im Zentrum der Untersuchungen Piagets zum »moralischen Urteil beim Kinde« (Frankfurt 1976² (Original: Paris 1932); weitere Schriften Piagets werden von Harten aufgeführt, a, 174 f.) steht die stufenweise Herausbildung und Umstrukturierung der Auffassungen von »sozialen Regeln« des Verhaltens und ihrer Begründungen durch das Kind, eine Entwicklung, die durch die stufenweise Herausbildung von Interaktionsbeziehungen und kognitiven Strukturen konstituiert wird und einer notwendigen Entwicklungslogik folgt.

Mit der Entwicklung der allgemeinen Symbolfunktion und des präoperativen Denkens eignet sich das Kind nach Piaget Spielregeln an, deren Geltung unbefragt voraus-

gesetzt wird. Gemäß des auf dieser Stufe der Entwicklung vorhandenen kindlichen Egozentrismus werden diese Regeln nicht kooperativ verwendet, sondern individuell angewandt, so daß es vorkommt, daß Kinder zusammen spielen, aber dabei sehr verschiedenen Regeln folgen. Die Regeln selbst gelten dem Kind als objektive, natürlich gegebene. Mit Beginn des operationalen Denkens löst sich diese Stufe der Moral, die Piaget »moralische Heteronomie« nennt, zugunsten einer neuen Stufe auf, die durch gegenseitige Reziprozität und bewußte Anerkennung der Regeln gekennzeichnet ist. Expliziter als Piaget in seinen späteren Schriften verweist Harten auf die zentrale Rolle der Interaktion der Kinder untereinander und der darin auftretenden Reibungen und Widersprüche als »Motor« der Höherentwicklung des moralischen Bewußtseins. In der Kooperation differenzieren sich dem Kinde die Umwelt und die handelnden Personen bis zur Erkenntnis, daß andere Kinder nicht unbedingt gleich handeln und fühlen und daß, um zu einer befriedigenden Zusammenarbeit zu kommen, Verständigung und Einigung erforderlich werden. Erst auf der höchsten kognitiven Stufe, der der formalen Operationen, gelingt es dann, die Stufe der »moralischen Autonomie« zu erlangen, in der die Kinder unter den Prinzipien von Gerechtigkeit und Gleichberechtigung frei über Regeln und deren Veränderungen diskutieren und entscheiden.

Harten, der die Entwicklung der kindlichen Erkenntnis und Moral auf der Grundlage der früheren Schriften Piagets nachzeichnet, sieht im sozialisatorischen Prozeß nicht so sehr die Auseinanderlegung eines logischen Schemas, sondern die Entwicklung der Welterkenntnis als praktische Aneignung: »Das Selbstbewußtsein bildet sich in der aktiven Auseinandersetzung mit den Anderen heraus, im gegenseitigen Vergleich, in der gemeinsamen Diskussion, in der Arbeit an gemeinsamen Aufgaben etc., in denen das Individuum seine Grenzen erfährt und es lernt, sich auf das andere Subjekt einzustellen. Aus der Koordination der sozialen Perspektiven, die im praktischen Zusammenleben gelernt wird, geht die Dezentrierung des Subjekts und die Objektivität hervor« (a, 153).

Der Herausbildung der autonomen Moral, der »Universalisierung der Vernunft«, stellen sich nun Hindernisse entgegen, die auf allen Stufen Deformationen erzeugen und in vielen Fällen gar eine Höherentwicklung be- oder verhindern. Wichtigstes Hindernis ist der gesellschaftlich vermittelte elterliche Zwang, der – weil nicht auf Kooperation, sondern auf Unterordnung gerichtet – sich dem Kind in der Form autoritativer, quasiphysikalischer Regeln darstellt und damit die Erfahrung der Zusammenarbeit und die Überwindung der heteronomen Moral hemmt. Die Folge davon ist eine Erziehung zur Unselbständigkeit, die von der zweiten großen Sozialisationsinstanz, der Schule, noch verstärkt wird. »In der Schule lernen die Kinder vorgegebene Standpunkte zu akzeptieren und zu verinnerlichen, sie werden zu passiver Wiederholung und zum Gehorsam statt zur kognitiven Autonomie und Mündigkeit erzogen« (a, 151 f.). Die radikale Kritik des frühen Piaget am bürgerlichen Erziehungssystem ist die logische Konsequenz seiner Sozialisierungstheorie. Die ständigen Behinderungen und Beschneidungen der kindlichen Erfahrungsmöglichkeiten verhindern in den meisten Fällen die volle Herausbildung der kognitiven und moralischen Kompetenz; insofern dienen sie der Anpassung an eine Gesellschaft, deren Regeln eben nur in den wenigsten Fällen nach Gesichtspunkten moralischer Universalität diskursiv gesetzt werden, sondern sich aus dem stummen Zwang der ökonomischen und politischen Verhältnisse ergeben.

Den Endpunkt einer solchen Zerstörung der sozialisatorischen Möglichkeiten umschreibt Harten als »kognitive Pathologie«, als Partikularisierung und Fragmentierung der gesellschaftlichen Realität im individuellen Bewußtsein. »Eine ohnehin schon fragile kognitive Identität aufrechtzuerhalten, fällt dabei umso schwerer, je we-

niger die Erwachsenen selbst dabei von der Gesellschaft unterstützt werden; in der Spannung zwischen dem Anspruch, die eigene kognitive Identität zu bewahren, und den restriktiven Erfordernissen und Zwängen der Gesellschaft ist die Regression bereits weitgehend vorprogrammiert: sobald diese Spannung ein gewisses Maß überschreitet, wird es erträglicher, auf Formen kindlicher Abhängigkeit gegenüber den herrschenden Instanzen zu regredieren« (a, 172).

So plausibel auf den ersten Blick solche Beschreibungen erscheinen mögen, so haftet ihnen dennoch die Grundproblematik der genetischen Erkenntnispsychologie Piagets an: die Kluft zwischen der logischen Stufenfolge von Erkenntnis und Moral und den Bedingungen, unter und in denen sich diese Entwicklung vollzieht. Mit Recht grenzt Harten sich vom Reifungstheoretiker Piaget ab und greift auf den Sozialisierungstheoretiker Piaget zurück, der die logische Stufenfolge nur als eine Folge von Möglichkeiten begriffen hatte, deren Realisierung oder Unterdrückung von den jeweiligen gesellschaftlich möglichen Sozialisationsprozessen abhängig ist. In seiner Auseinandersetzung mit den »Gefahren des epistemischen Objektivismus« (a, 144) verweist er auf die Notwendigkeit, Piagets Theorie als eine der möglichen, hypothetischen Kompetenz zu betrachten, in deren Zentrum das handelnde Subjekt steht.

Auf die sozialisatorischen Bedingungen der Herausbildung dieser Kompetenz des kognitiven und moralischen Urteilens, die gesellschaftliche Formbestimmtheit einer jeden Interaktion, geht Harten dann aber nur am Rande ein. So sehr er auf das praktische Handeln als Motor der Entwicklung des Kindes verweist, so wenig Wert legt er auf die genaue Analyse der Interaktionsformen in der bürgerlichen Gesellschaft. Beispielfhaft deutlich wird dies, wenn er dem Fernsehen vorwirft, Informationen nicht »als Ausschnitte einer Erkenntnistotalität zu interpretieren und zu vermitteln« (a, 172), ohne darauf zu reflektieren, daß die Fragmentierung der gesellschaftlichen Realität dem Fernsehen vorgegeben ist durch die Struktur der bürgerlichen Gesellschaft.

Dies Stehenbleiben bei allgemeinen Bestimmungen der kindlichen Sozialisation erklärt, warum Hartens Beitrag zu einer Theorie der politischen Bildung abstrakt bleibt. Nach Piaget soll die politische Neuauflage des kindlichen Egozentrismus (von der Uninteressiertheit bis zu Nationalismus und Rassismus) durch drei Wege überwunden werden: durch Dezentrierung des Subjekts, durch die Befreiung von sozialem Zwang und durch die identitätserhaltende Methode der Reziprozität. Um diese Wege für die politische Bildung fruchtbar zu machen, bedürfte es der auch klassenspezifisch verfahrenen Untersuchung der Möglichkeiten und Hemmungen dieser Wege unter den spezifischen Bedingungen der gegenwärtigen Gesellschaft. Warum etwa ein Arbeiter sich nicht vom sozialen Zwang des Arbeitsverhältnisses befreit, warum ein Arbeiterkind Zuflucht in Aggressionen oder Alkohol sucht, müßte aus der Formbestimmtheit der gesellschaftlichen Arbeit und der gegenwärtigen Struktur der Gesellschaft abgeleitet werden, um den Stellenwert der spezifischen Interaktionsformen und die Möglichkeiten ihrer Auflösung bestimmen zu können.

Hartens Arbeit führt einen Schritt heran an eine noch ausstehende Theorie der politischen Bildung durch die dauernde Reflexion auf die Wichtigkeit der sozialisatorischen Interaktion bei der Herausbildung der Erkenntnis und des Urteils. An der Stelle aber, wo der Umschlag in die Untersuchung der spezifischen Interaktionsformen vorgenommen werden müßte, bricht er ab und verbleibt gleichsam im Rahmen der klassischen Moral der bürgerlichen Gesellschaft, deren abstraktes Sollen er doch durch seinen Rückgriff auf den frühen Piaget vermeiden wollte.

Die Stufentheorie Piagets, auf die Harten sich bezieht, ist in der Bundesrepublik vor allem in der spezifischen Form rezipiert worden, in der sie bei Lawrence Kohlberg (siehe vor allem: Lawrence Kohlberg, Zur kognitiven Entwicklung des Kindes,

Frankfurt 1974) vorliegt. Besonders Jürgen Habermas hat Kohlbergs Theorie benutzt, um seiner Evolutionstheorie des universalen Diskurses einen entwicklungspsychologischen Unterbau zu geben. (Jürgen Habermas, Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt 1976, dazu: Wilfried Kunstmann, Gesellschaft–Emanzipation–Diskurs, München 1977, S. 97 ff.)

Kohlberg unterscheidet ebenfalls drei, wiederum unterteilte Stufen des moralischen Urteils: die vorkonventionelle Ebene der Orientierung an Konsequenzen oder individueller Bedürfnisbefriedigung, die konventionelle Ebene der Orientierung an Übereinstimmung oder Autoritäten, schließlich die nachkonventionelle (autonome) Ebene der Orientierung an Vereinbarungen oder universalen Prinzipien (etwa der Kantische Imperativ). Mit umfangreichen empirischen Untersuchungen hat Kohlberg diese Stufen gewonnen und die Überzeugung vertreten, es handle sich um eine invariante logische Sequenz. Im Unterschied zu Piaget bzw. Harten richtet Kohlberg allerdings nur geringes Interesse an den Übergang des Subjekts von einer Ebene auf eine andere bzw. auf die sozialisationischen Prozesse, innerhalb derer diese Übergänge sich vollziehen. Obgleich seine Untersuchungen erhebliche interkulturelle Unterschiede in der Verteilung der einzelnen Stufen hervorgebracht haben (bei 16-jährigen etwa befand sich der größere Teil: auf Stufe 2.1, 2.2 und 3.1 bei amerikanischen Mittelschichtsangehörigen, auf Stufe 1.1, 1.2 und 2.1 bei Dorf-Jungen in der Türkei; die Ergebnisse finden sich u. a. in: b, 44–46), geht Kohlberg nicht systematisch auf die wohl naheliegende Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen solcher Unterschiede ein: sein Interesse liegt darin, daß die Ergebnisse seine Hypothese einer kulturunabhängigen Stufenfolge bestätigen (zur Kritik seiner Untersuchungsmethode siehe den Aufsatz von Michael Kärn in: b, 81–100).

»Moralische Erziehung«, ein amerikanisches Schlagwort, vollzieht sich nach Kohlberg und seinem Mitautor Elliot Turiel (b, 13–80) dadurch, daß die Bezugspersonen, Eltern oder Lehrer also, jeweils genau eine Stufe höher argumentieren, als es der erreichten Stufe des moralischen Urteils beim Kinde entspricht. Durch diese Fassung des Begriffs »moralische Erziehung« wollen die Autoren zwei Gefahren abwehren: einmal die der Aufstellung eines Katalogs moralischer Inhalte (Tugenden), die allemal abstrakt und beliebig seien, zum anderen die des Wertrelativismus, der in Ermangelung begründeter Kriterien auf jede Bewertung eines Wertsystems verzichtet. In Kohlbergs Konzept werden nun keine Werte, sondern wird die Form ihrer Begründung in den Mittelpunkt gestellt; der Lehrer soll nicht die Entscheidung kritisch diskutieren, sondern die Form der Begründung. Sein Ziel soll es sein, diese Begründung auf eine höhere Stufe zu heben. Empirische Untersuchungen haben ergeben, daß die Entwicklung auf diese höhere Stufe bei den meisten Kindern nicht mehr reversibel ist.

Die interne Problematik dieses Ansatzes der »moralischen Erziehung« läßt sich durch ein Beispiel eines Kohlbergischen Dilemmas verdeutlichen. Den Kindern wird folgender Konfliktfall vorgegeben: »In Europa drohte eine Frau an einer besonderen Form der Krebserkrankung zu sterben. Es gab nur ein Medikament, von dem die Ärzte noch Hilfe erwarteten. Es war eine Radium-Verbindung, für die der Apotheker zehnmal mehr verlangte, als ihn die Herstellung kostete. Heinz, der Ehemann der kranken Frau . . . sagte dem Apotheker, daß seine Frau zu sterben drohe, und bat darum, das Medikament billiger zu verkaufen oder Kredit zu gewähren. Der Apotheker sagte: »Nein, ich habe das Medikament entwickelt, und ich will damit Geld verdienen.« In seiner Verzweiflung drang Heinz in die Apotheke ein und stahl das Medikament.« (Hier zitiert nach Lawrence Kohlberg, Kognitive Entwicklung und moralische Erziehung, in: *Politische Didaktik* 3/77, S. 5–21, hier S. 10 f. Im gleichen Heft findet sich auch eine aufschlußreiche Studie über die amerikanische Konzeption der

»moralischen Erziehung« von Antonius Holtmann). Auf jeder Stufe der moralischen Entwicklung ist die Begründung der jeweiligen Pro- und Kontra-Entscheidung strukturell verschieden: von »es zu stehlen ist nicht wirklich schlecht. Zuerst hat er ja angeboten, dafür zu bezahlen« (Pro, Stufe 1) bis: »er folgt mit seiner Entscheidung dem Prinzip, Leben zu erhalten« (Pro, Stufe 3.2) gehen die Möglichkeiten, ebenso für die Kontra-Entscheidung. Immerhin hat Kohlberg anscheinend neuerdings doch gemerkt, daß eine Kontra-Entscheidung auf der höchsten Stufe, der der universellen und prinzipiengeleiteten Moral, eine logische Unmöglichkeit darstellt. Die Bedenkenlosigkeit dem Inhalt des Konflikts gegenüber aber zeigt sich daran, daß er dies eben erst »neuerdings« gemerkt hat.

Eine politische Bildung, die noch nicht der amerikanischen Verunsicherung nach Vietnam und Watergate erlegen und sich in »moralische Erziehung« umgetauft hat, kann trotz der Wichtigkeit der Form der Begründung von Urteilen auf die Inhalte nicht verzichten. Kann ein politischer Unterricht gerechtfertigt werden, der bei dem obigen Beispiel eines »moralischen« Dilemmas darauf verzichtet, die gesellschaftlichen Bedingungen, etwa das Privateigentum, zu behandeln und der beliebig Pro- und Kontraaussagen nebeneinander stehen läßt, ohne eine begründete Entscheidung herbeizuführen?

Eine solche Entscheidung ist vorgegeben, da auf der höchsten Stufe, der zweiten und dritten Ebene, eine Kontra-Entscheidung logisch nicht mehr möglich ist. Das wird deutlich, wenn wir Kohlbergs Beispiel für eine solche Entscheidung zitieren: »Er sollte nicht nach seinen besonderen Gefühlen zu seiner Frau handeln, sondern auch den Wert aller anderen Leben bedenken« – eine Konstruktion, die sich gar nicht mehr auf den Konfliktfall bezieht.

An mehreren Stellen bemerken Kohlberg und Turiel, es gehe »darum, das Kind zu befähigen, im Sinne seiner eigenen moralischen Wertungen . . . zu handeln« (b, 76). Diese sich gegen die Indoktrination richtende Bemerkung ist aber nur sinnvoll, wenn die Inhalte des Handelns mit in die Diskussion der Entscheidung aufgenommen werden. An einer anderen Stelle wird die Legitimität der Aufforderung des Lehrers, sich am politischen Geschehen zu beteiligen, bejaht (b, 79). In diesen Punkten zeigt sich deutlich, daß auch die Konzeption einer Stufenfolge formaler Begründungsstrukturen ohne deren Inhalte nicht auskommt, diese schon immer in der Form impliziert sind. Politischer Protest läßt sich auf der Stufe 1 nicht konsistent begründen, Mord sicherlich nicht auf der höchsten Ebene.

Hier muß Kohlbergs Entwicklungstheorie notwendig ebenso wie Piagets Auffassung in Kritik umschlagen: die Stufe 3.2 (Orientierung an universalistischen Prinzipien) ist nicht nur der Endpunkt der logischen Sequenz moralischer Entwicklung, sondern damit auch Bezugspunkt der Bewertung: Begründungen dieser Stufe sind, trotz aller verbalen Leugnung, moralisch »richtiger« als Begründungen auf niedrigen Stufen. Von hier aus müssen die Verhältnisse kritisiert werden, die einerseits die allseitige Entwicklung der Menschen auf die höchste Stufe moralischen Urteilens und Handelns verhindern (wobei die Form dieser Verhinderungen zu untersuchen wäre), die zum anderen inhaltliche Dilemmata der obigen Art produzieren.

Daß moralische Stufen inhaltliche Implikationen haben, beweist Kohlberg selbst durch sein neueres Engagement. Mit seinen Mitarbeitern versucht er, Strategien für die Veränderung von Institutionen dahingehend zu schaffen, daß in ihnen Bedingungen für die Stimulierung der moralischen Entwicklung geschaffen werden. Gefängnis (b, 202–214) und Schule (b, 215–259) waren die Interventionsbereiche, in denen inhaltliche Entscheidungen über Bedingungen moralischer Entwicklung getroffen werden mußten, die zwar empirisch aufgefunden werden können (Gerechtigkeit, Fairneß und Toleranz, Möglichkeit der Entwicklung von Reziprozität), deren Legitimation aber der höchsten Ebene moralischer Entwicklung bedarf.

Sowohl die Inhaltsgeladenheit der formalen Stufenfolge als auch die Tatsache der gesellschaftlichen Determination der Stufen bzw. Ebenen macht eine »moralische Erziehung«, die nicht auch die Inhalte mit einbezieht, unmöglich. Wenn Kohlberg und Turiel formulieren, daß »ein auf Stufe 2 befindliches Slum-Kind . . . seine soziale Umwelt wahrscheinlich größtenteils als durch instrumentalistischen Egoismus und Tauschbeziehungen bestimmt wahrnehmen wird (b, 58), so wäre es an der Zeit, zu untersuchen, wie die Formen der gesellschaftlichen Verhältnisse, etwa in den Slums, konstituierend in die Entwicklung des moralischen Handelns und damit in das Bewußtsein davon eingehen. Von hier aus wäre dann die Theorie der kognitiven und moralischen Entwicklung für eine inhaltlich gefaßte politische Bildung fruchtbar zu machen, die zugleich mit den Versuchen, das moralische Bewußtsein auf höhere Stufen zu entwickeln, ihre Legitimation in dem Ziel findet, Verhältnisse herzustellen, in denen Heinz nicht mehr die Medizin stehlen muß. (Auf die weiteren Aufsätze des von Portele herausgegebenen Bandes bin ich nicht eingegangen, da sie nicht direkt mit dem Thema dieser Bemerkungen zu tun haben. Sie seien hier angeführt: R. Döbert/G. Nunner-Winkler: Performanzbestimmende Aspekte des moralischen Bewußtseins; R. Dienstbier u. a.: Moralisches Verhalten und Attribuierung von Emotionen; G. Portele: Zum Paradox der Sozialisation; Georg Lind: Wie mißt man ein moralisches Urteil?).
Wilfried Kunstmann (Marl)

Salber, Linde: Piagets Psychologie der Intelligenz. Schwann Verlag, Düsseldorf 1977 (220 S., br., 22,- DM).

Gegenstand ist eine Auseinandersetzung mit einem Buch, das 1947 erschien. Ziel ist es, anhand einer Analyse des Handlungskonzepts eine radikale Kritik (8/9) an Piagets System zu liefern. Dies soll in einem hermeneutischen Verfahren passieren, wobei das Piagetsche Buch quasi von hinten nach vorn gelesen wird. Die Autorin wirft Piaget vor, einen eigenartigen Entwicklungsbegriff zu vertreten, der nicht angemessen sei. Zum Vergleich wird Goethes Metamorphosenlehre herangezogen (32/35 f.). Der Handlungsbegriff bei Piaget sei unzulänglich, da er auf einer Spaltung der kompletten Handlung in rationale und Erlebnisaspekte beruhe (18). Er verenge alles einseitig auf Rationalität, formale Operationen und Mathematisierung. Das sei einmal auf eine metaphysische Auffassung von Geist (35) zurückzuführen, zum anderen auf eine Abwehr der Wirklichkeit, die sich psychoanalytisch mit Piagets Biographie erklären ließe (44 f.). Piagets Konzept der Äquilibration wird Substantialität angekreidet (118), ein Nachweis, daß Logik aus Handlung entsteht und konstruiert wird, sei von Piaget nicht geleistet, er habe lediglich parallele Elemente der Logik in der Handlung festgestellt (113). Insgesamt entsprechen Piagets Analyse der Psychologie der Intelligenz dem um 1900 populären naturwissenschaftlichen Weltbild (113). Als überlegene Alternative bietet Salber an: Psychoanalyse, Morphologische Psychologie, Genetische Ganzheitspsychologie (167 ff.), die sich im Gegensatz zu Piaget alle durch eine psychologische Auffassung von Handlung auszeichneten.

Bewertung: Das Buch Salbers enthält eine Reihe Fehler in der Darstellung Piagets, führt zur Auseinandersetzung mit Alternativkonzeptionen nicht die einschlägigen Veröffentlichungen Piagets an, bleibt weit – zeitlich und inhaltlich – hinter dem Stand der wissenschaftlichen Diskussion zurück, bietet stattdessen einfach den Nachweis, daß Piaget kein Geisteswissenschaftler sei. Die Lektüre ist aufgrund entsprechender Terminologie schwierig – sie empfiehlt sich nicht. Josef A. Rohmann (Bochum)

Geber, Beryl A. (Hrsg.): Piaget and Knowing – Studies in Genetic Epistemology. Routledge & Kegan Paul, London, Henley u. Boston, 1977 (258 S., geb., 5.75 £).

Das vorliegende Buch ist entstanden aufgrund einer Seminar-Reihe des Psychology Department der London School of Economics in der zweifachen Absicht, Studenten Integrationshilfen für sonst getrennte Aspekte ihres Fachs zu geben und den Dozenten Vorstellung und Austausch ihrer eigenen Standpunkte zu erlauben. Entsprechend ist der thematische Rahmen weit gefächert. In ihrer Einleitung (On Knowing) betont die Herausgeberin die Bedeutung der Beschäftigung mit Fragen von »Knowing«: einerseits materiales Wissen, dann aber auch Selbstreflexivität der Psychologie (2). Sie hebt den Aspekt der Entwicklung hervor und bedauert, daß es noch zu wenig Längsschnittstudien gibt (7/8). Für den Entwicklungsaspekt bietet sich Piaget an. Es folgen Kapitel über: Kognition und Epistemologie; Entwicklungsveränderungen im Verstehen; Überprüfung der Piagetschen Theorie; Interaktion in der Entwicklung von Kognitionen. Im ersten Kapitel schreibt R. Holmes über Empirizismus und Psychoanalyse, schält als eigentliche Kontroverse die zwischen public present und private past heraus und hält sie für falsch (18). Er übersetzt und formalisiert die Kontroverse mit den Konzepten Antizipation und Rekonstruktion (27/28) und bietet den Piagetschen Interaktionismus als Lösung an. Im Kapitel 2 folgen Darstellungen zu experimentell-empirischen Arbeiten über transitive Inferenzen von P. Bryant, der Gedächtnis als wichtige Variable kontrolliert (60 ff.) und logische Inferenzen bei jüngeren Kindern feststellt als die Piagetschen Altersangaben zulassen, und von H. G. Furth, der die Arbeit Bryants teilweise repliziert (77) und die Befunde auf unterschiedliche Gedächtnisqualitäten – figurativ vs. operativ – zurückführt. Die Untersuchungen E. Lunzers operationalisieren Piagets Operativität mit einem ganzen Arsenal gebräuchlicher Tests und vergleichen sie mit Gedächtnis und Sprache (Korrelations- und faktoranalytische Studien). Dabei relativiert Lunzer Operativität und gewichtet stattdessen stärker Gedächtnisleistungen für den Sprachbereich (88 ff.). Für Lese- und Mathematikleistungen hält er die Bedeutung der Operativität für nachweisbar (105). Im folgenden Kapitel kritisiert P. Wason Piagets Theorie der formalen Operationen als »inhaltsgebunden« (132), und hält W. H. N. Hotopf die Theorie der Wahrnehmung für zu einseitig auf die (Schein- 147)Frage nach dem Verhältnis Intelligenz und Wahrnehmung bezogen und darüberhinaus als deklarierte mathematische Theorie für nicht mathematisch/statistisch fundiert genug (155). Piagets Umgang mit Gestalttheorie und anderen sei oberflächlich (167). Im letzten Kapitel berichtet G. Szagun über ihre Arbeit, in der sie im Vergleich englischer und deutscher Kinder nachweist, daß Tempusgebrauch in der Sprache von der Entwicklung der kognitiven Konzepte abhängt. B. Geber plädiert abschließend für eine Entwicklungs-Sozial-Psychologie und referiert experimentell-empirische Arbeiten zu Egozentrismus, Perspektivenwechsel und Rollenübernahme sowie einige interessante Befunde zum Kooperationsverhalten von Mutter und Kind (216 ff.). Kritik: Die Arbeiten bieten keinen durchgängigen Anschluß an Piagets Theorie, sie versuchen nicht, dessen Analysen stringent in die jeweiligen thematischen Schwerpunkte einzubringen (Ausnahme Furth). Der Zusammenhang mit Piaget ist äußerlich. Stattdessen werden meist eigene oder fremde Untersuchungen aufgelistet, die im Original oder einschlägigen Monographien mit mehr Gewinn aufgearbeitet werden können. Die angekündigte Integrationshilfe vermittelt Piaget fehlt. Die Reduktion des Problems Knowing auf Kognition und Informationsverarbeitung ist ärgerlich. Die Gestaltung des Buches (Typoskript) bei dem Preis ebenso.

Josef A. Rohmann (Bochum)

Kohut, Heinz: Die Zukunft der Psychoanalyse. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1975 (287 S., br., 10,- DM).

Die Schriften in diesem Band sind vorwiegend bereits in der Zeitschrift »Psyche«

erschienene Vorträge, die Kohut zwischen 1965 und 1973 gehalten hat. Sie sind unter zwei Überschriften zusammengefaßt: »Allgemeine Themen« und »Zur Psychologie des Selbst«. – Im Mittelpunkt der »Allgemeinen Themen« steht die Psychoanalyse, der Kohut einen großen Wert beimißt. In Verbindung mit traditionellen wissenschaftlichen Methoden haben Psychoanalytiker im Rahmen ihrer therapeutischen Tätigkeit mittels der selbstkritisch angewandten Introspektion und vor allem der geübten Einfühlung (Empathie) neue bahnbrechende Wege in der Erforschung der inneren Erfahrungen des Menschen beschritten. (40, 41, 79) Dieser Schritt ist nach Kohut revolutionär in der Geschichte der Wissenschaft. (79) So ist die Psychoanalyse jene Wissenschaft geworden, »die am weitesten und tiefsten in die menschliche Seele blickt«. (26, siehe auch 38, 39, 43, 59, 61, 79, 85, 264) Kohut meint, die Psychoanalyse werde auch in Zukunft eine zentrale Rolle spielen, wenn Wissenschaftler die »Werthierarchie« neu einzuschätzen beginnen. (59–61) Die Psychoanalyse werde ihnen zeigen, wie die »menschliche Welt« des »Reichtums der Spielarten der psychischen Erfahrung« verwirklicht, wie die von Kafka vorausgesehene »un-menschliche Welt . . ., deren Vorschriften und Regelmäßigkeiten den Gesetzen gleichen, die das Verhalten der anorganischen Materie bestimmen«, vermieden werden kann. (26) In der Werthierarchie der Wissenschaft im allgemeinen und der Psychoanalyse im besonderen werde das Primat der Empathie sich durchsetzen, und zwar zugleich als wissenschaftliche Empathie und als empathische Wissenschaft. (24, 42, 46) – Während Kohut hier merkwürdig naiv-salbungsvoll erscheint, als hätte er Mühe, bei der Behandlung allgemeiner Themen relevante Aussagen zu machen – einige seiner Gedanken wirken recht unfundiert, platt – wird er im zweiten Teil des Bandes zum unbestreitbaren Fachmann, sobald er sich »Zur Psychologie des Selbst« äußert. In der Behandlung dieses ureigenen Bereichs der Psychoanalyse, dem Innenleben des Individuums (41, 79), nimmt der Leser es auch in Kauf, daß Kohut die sozialökonomische und politische Klassegebundenheit seiner Gedanken und Praxis nicht offenlegt und die parteiliche Bedingtheit, die damit zusammenhängt, in seinen Ausführungen nicht mitberücksichtigt. Der Aufsatz »Die psychoanalytische Behandlung narzißtischer Persönlichkeitsstörungen« liest sich wie eine Vorschau auf Kohuts Buch »Narzißmus«, ein anderer (»Formen und Umformungen des Narzißmus«) wie eine Zusammenfassung desselben. In einem weiteren Essay versucht Kohut, die narzißtische Persönlichkeitsstörung nicht nur von der Libidotheorie her zu erklären. Er greift die Frage der Aggression auf und bemüht sich um ein Verständnis für die Entstehung und Bedeutung der Reaktionen, die er und andere Psychotherapeuten als »narzißtische Wut« bezeichnen. Der vierte und letzte Aufsatz des zweiten Teils, ein langer Brief an einen Schüler zum Thema der »Selbstbildung«, ist sehr klärend und weiterführend in der psychoanalytischen Theorie des Selbst und des Narzißmus.

Kohut sieht die Erfahrung eines totalen Selbst, einer körperlich-seelischen Einheit (»die Kohärenz im Raum und Kontinuität in der Zeit besitzt und die ein Zentrum der unabhängigen Initiative ist«), nicht mehr als das Ergebnis einer Verschmelzung der Erfahrung von »Fragmenten« oder »Teilen« oder »Nuclei«, also »einzelner – zunächst unverbundener – Körperteile und isolierter körperlicher und seelischer Funktionen«. (260, 261) Heute nimmt er an, daß der Entwicklungsweg der Erfahrung des ganzen Selbst unabhängig von demjenigen ist, den die Erfahrung der einzelnen Körperteile und einzelnen körperlichen und seelischen Funktionen nimmt. Kurz: »die Teile bauen nicht das Selbst auf, sie werden in es eingebaut.« (262, 263, 268)

Abgesehen von seinem Verständnis der Person und der Gesellschaft, das sicher einiges zu wünschen übrig läßt, hat Kohut allen Psychotherapeuten, die bestrebt sind, Menschen mit narzißtischen Persönlichkeitsstörungen menschlich sachgerecht und erfolgreich zu behandeln, große Dienste geleistet. An Hand der von Kohut formulier-

ten Axiome, Hypothesen und Mutmaßungen wird das Leiden eines Menschen, der in einer sonst undurchschaubaren psychischen Lage steckt, verständlich, und dies so, daß der Notleidende einen (mindestens für sich selbst!) annehmbaren Ausweg erblicken kann.

Das Buch ist jedem in der Psychotherapie Tätigen zu empfehlen, der mit der Psychoanalyse vertraut ist und analytisch vorgeht.

Norman Elrod (Zürich und Kreuzlingen)

Zinser, Hartmut: *Mythos und Arbeit. Studien über psychoanalytische Mytheninterpretation am Beispiel der Untersuchungen Géza Róheims.* B. Heymann Verlag, Wiesbaden 1977 (148 S., 28,- DM).

Die Arbeiten von G. Devereux, von Parin/Morgenthaler und anderen sind Beweis genug, daß das familiäre Konfliktmodell von S. Freud bei der Erkenntnis primitiver Völker und deren Mythen resp. Riten seine Vorzüge hat. Die hohe Bedeutung der Verwandtschaftssysteme konvergiert wie von selbst mit der Psychoanalyse. Gerade darin aber liegen Gefahren, auf die H. Zinser das Augenmerk richtet. Da die Psychoanalyse immer wieder in Gefahr geriet, den sozialen Ursprung der von ihr behandelten Konflikte zu vernachlässigen, verspürte sie wenig Verlangen, die familiäre Ideologie dieser Gesellschaft kritisch zu analysieren.

Der erste Psychoanalytiker, der in seiner Feldforschung der Grundregel folgte, die Analyse auf die Träume und Assoziationen der Beteiligten zu stützen, war Géza Róheim. Er veröffentlichte nach Jahren der Feldforschung 1925 das Buch: »Australian Totemism: A Psychoanalytic Study in Anthropology«. Zinser entwickelt an Róheims Arbeit beispielhaft Vorzüge und Schwächen psychoanalytischer Mytheninterpretation. Er geht zuerst auf die Vorgänger O. Rank und Th. Reik ein, die »den Mythos von der Geburt des Helden« beziehungsweise »die Pubertätsriten der Wilden« (so die diesbezüglichen Titel) jeweils als Dramatisierung psychischer Konflikte zwischen jungen Männern und deren Vätern gedeutet hatten. Anders als seinen Vorgängern war es Róheim möglich, bei seiner Deutung der Mythen und Riten der Aranda deren eigene Träume und Assoziationen einzubeziehen. Doch macht Zinser deutlich, daß Róheim diese so wichtigen Zeugnisse nur im Rahmen vertrauter familiärer Konflikte reden läßt und den wichtigen Andeutungen von Hunger und materiellen Nöten nicht nachgeht. So erscheinen Ängste, wie sie in Märchen und Mythen zum Ausdruck kommen, als ausschließliche Folge der – wie Róheim es nennt – Zweieinigkeit von Mutter und Kind, während in ihnen doch auch Elemente materieller Konflikte zu erkennen sind. Gleiches trifft auch auf die Deutung des totemistischen Rituals der Aranda zu, das laut Róheim eine Reaktionsbildung auf die libidinösen Gefahren der infantilen Situation darstellt. Denn Zinser entdeckt in diesen Ritualen sehr zurecht auch Herrschaftsinteressen der alten Männer. So werden die Realkonflikte, die in den Mythen, Märchen und Riten der Aranda bearbeitet werden, aus der Analyse verbannt. Das hat selbstverständlich auch mit einer Ungenauigkeit in Róheims psychoanalytischer Position zu tun, ist ihm doch – wie H. Zinser darlegt – die Differenz zwischen der individuellen Neurose und der kollektiven Kultur entschwendet. Erstere mag ihre Mechanik wesentlich psychischen Umständen verdanken, letztere verarbeitet dagegen allgemeinere gesellschaftliche Konflikte. Es hat aber auch damit zu tun, daß Róheim Rationalisierungen im Idiom der Verwandtschaftsterminologie für bare Münze genommen hat.

Zinsers Arbeit ist eine hervorragende Einführung in die Möglichkeiten und in die Gefahren einer Ethno-Psychoanalyse. Man wünscht ihr viel Gehör bei der gegenwärtigen Renaissance dieser Disziplin.

Hans G. Kippenberg (Groningen)

Soziale Bewegung und Politik

Poulantzas, Nicos: *L'Etat, le Pouvoir, le Socialisme*. Presses Universitaires de France, Paris 1978 (300 S., br., FF 49,-).

Im ersten Teil untersucht Poulantzas unter dem Stichwort der »institutionellen Materialität« des Staates (53), wie sich die kapitalistische Produktionsverhältnisse in der Organisationsform und in den Handlungsorientierungen des Staates niederschlagen. Seine Grundthese: die Herausbildung des kapitalistischen Staates ist nicht aus dem Prozeß der Kapitalakkumulation abzuleiten (54, 56), sondern ist primär ein Produkt der »kapitalistischen Teilung der Arbeit«; der Staat verkörpert diese Teilung und reproduziert sie, da die Gesamtheit seiner Apparate »die geistige Arbeit als von der körperlichen getrennte« repräsentiert (61). Nur auf Grundlage dieses Zusammenhangs könne erklärt werden, warum der kapitalistische Staat gerade die Form eines »nationalpopulären Klassenstaats« angenommen hat (53). Als Vermittlungsglied zwischen Staat und sozialer Arbeitsteilung sieht Poulantzas »kapitalistische Raum/Zeit-Formen«, die den Produktionsverhältnissen entspringen und den Herrschaftstechniken des Staates zugrundeliegen (75) – der Nachweis der Wirksamkeit dieser Formen am Beispiel des Rechtssystems (94 ff.) und der Nation (107 ff.) bleibt freilich in allgemeinen Analogien stecken.

Im zweiten Teil geht es um die Frage, wie sich die Klassenkämpfe im »institutionellen Gerüst« des Staates niederschlagen (138). Wichtigste Aufgabe des Staates ist »die Organisation der konfliktreichen Einheit des herrschenden Bündnisses« (139), dessen Fraktionen ihre Interessengegensätze innerhalb des Staates austragen (146). Die Ausrichtung der staatlichen Globalpolitik auf die Interessen der jeweils hegemonialen Fraktion gründet sich auf deren Verfügung über die Schlüsselpositionen des Staatsapparats (150) und stützt sich in den anderen Apparaten auf Bündnisse mit anderen Klassen (170, 176). Der Staat erscheint in dieser Perspektive als »Verdichtung eines Kräfteverhältnisses« – zunächst zwischen den herrschenden Fraktionen, dann aber vor allem auch zwischen herrschenden und beherrschten Klassen, wobei auch letztere (entweder direkt oder indirekt über ihre Kämpfe) im Staat präsent sind (155).

Der dritte Teil verläßt die Ebene der allgemeinen Kapitalismus-Analyse und bestimmt das Verhältnis von »Staat und Ökonomie heute« (179). Poulantzas untersucht die wachsende Rolle des Staates für die Kapitalakkumulation, die eine Umstrukturierung aller Staatsapparate auf die ökonomischen Funktionen hin nach sich zieht (185 f., 189 f.). Mit der zunehmenden ökonomischen Bedeutung des Bildungssystems wachsen auch die Aufgaben des Staates bei der Reproduktion der Arbeitskraft, die hier freilich ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der sich verschärfenden Trennung von geistiger und körperlicher Arbeit gesehen wird (196, 208) – die Gegen Tendenz der mit der Entwicklung der Produktivkräfte zunehmenden Qualifikationsanforderungen bleibt unbeachtet. – Das zunehmende Einwirken des Staates in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens produziert neue politische Entscheidungsmechanismen, die Poulantzas im vierten Teil unter dem Begriff des »autoritären Etatismus« analysiert. Die Ausarbeitung der politischen Richtlinien für die Staatstätigkeit erfolgt nicht mehr in der Konfrontation von Verwaltung, Regierung, Abgeordneten und politischen Parteien, sondern wird von den Spitzen der Staatsbürokratie selbst übernommen, in denen die dominierenden ökonomischen Interessengruppen direkt vertreten sind (246 ff.). Zum politischen Problem wird jetzt die Durchsetzung der von den Spitzen der Exekutive ausgearbeiteten politischen Richtlinien im gesamten, von widersprüchlichen Interessen durchzogenen Verwaltungsapparat. Die politische Unterordnung der gesamten Verwaltung zu erreichen, ist die Aufgabe eines neuen Parteientyps, einer mit der Staatsbürokratie verschmolzenen »dominierenden Staatspartei« (260). Dieses System der »administrativen Hegemonie« (274) ist allerdings nicht

frei von Nachteilen für den herrschenden Block, denn es zieht verstärkt direkte Konfrontationen zwischen Staat und Massenbewegungen nach sich, die wiederum zu Legitimationskrisen im Verwaltungsapparat führen (272). Poulantzas spricht daher zusammenfassend von einer »verborgenen, aber permanenten Instabilität der bürgerlichen Hegemonie« (235); der starke Staat ist zugleich ein schwacher Staat.

Poulantzas setzt sich in der Einleitung und im Verlauf seiner Darstellung mit kontroversen (häufig leider nur pauschal benannten) staats-theoretischen Auffassungen auseinander, die ihn als Entstehungsort von strategischen Fehlorientierungen interessieren. Seine Kritik an einseitigen Auffassungen des Verhältnisses zwischen Staat, Macht und Klassen richtet sich zunächst gegen Auffassungen, die den Staat ausschließlich als repressiven und ideologischen Herrschaftsmechanismus begreifen und die – heute dominierenden (185 f.) – ökonomischen Funktionen des Staates vernachlässigen (33 f.). Unter jenen Ansätzen, die das Verhältnis von Ökonomie und Politik in den entwickelten kapitalistischen Ländern genauer zu bestimmen suchen, richtet Poulantzas seine Kritik einerseits gegen die »instrumentelle« Staatstheorie, die den Staatsapparat nur unter dem Aspekt der Staatsmacht einer Fraktion begreift, andererseits gegen die »Doppelcharakter«-Theorie, die neben den Funktionen zur Sicherung der Klassenherrschaft die Existenz »rein« ökonomisch-technisch-sozialer Funktionsbereiche des Staates unterstellt (12 f.). So berechtigt die Polemik gegen die Vorstellung »sozialistischer Inseln« im kapitalistischen Staatsapparat ist, so ist doch der Standpunkt der Kritik hier selbst problematisch: Poulantzas lehnt die Konzeption »ökonomischer Funktionen, die jeder Staat im Interesse der »Produktion im allgemeinen« erfüllen müßte«, mit der Begründung ab, die Entwicklung der Produktivkräfte vollziehe sich »unter dem Primat der jeweiligen Produktionsverhältnisse«, der ökonomische Staatsapparat besitze daher in seiner Gesamtheit »politischen Charakter« (191 f.). Letzteres wird niemand bestreiten, nur darf die Formel vom »Primat des Politischen« nicht den Blick dafür verstellen, daß die zunehmende Bedeutung des ökonomischen Staatsapparats als Versuch der – systemimmanenten – Bewältigung von Anforderungen zu verstehen ist, die aus der – systemsprengenden – zunehmenden Vergesellschaftung der Produktion resultieren.

Poulantzas' strategische Konsequenzen bleiben allgemein. Er sieht das strategische Hauptproblem eines »demokratischen Wegs zum Sozialismus« darin, eine grundlegende Transformation des Staates mit der Erweiterung der repräsentativen Demokratie und der Entfaltung von Formen direkter Demokratie zu verbinden (283). Im Mittelpunkt steht die Forderung nach »radikaler Transformation des Staatsapparates«, abgesetzt gegen die Konzeptionen des »Zerschlagens« und der »etatistischen Transformation« (289 f.). Das politisch zentrale »Problem der Formen, die Mittel und des Rhythmus der Transformation« wird zwar angesprochen (172, 221 f.), aber nicht weiter verfolgt. – Am Problem der politischen Konsequenzen zeigt sich ein Mangel besonders deutlich, der die gesamte Untersuchung durchzieht: eine Fülle staats-theoretischer Untersuchungsfelder und Problemstellungen wird ausgebreitet, wenigstens nur wird umfassend analysiert. Poulantzas selbst spricht einleitend von der »Tendenz, gleichzeitig zu viel und nicht genug zu machen« (7); dem ist zuzustimmen: weniger wäre mehr gewesen.

Eckhard Volker (Berlin/West)

Quin, Claude: *Classes sociales et union du peuple de France*. Editions sociales, Paris 1976 (221 S., br., 9,- DM).

Das Taschenbuch ist vom Verlag der FKP mit der Absicht veröffentlicht worden, in einer entscheidenden Phase der politischen Auseinandersetzung einer breiten Öffentlichkeit die theoretischen Grundlagen der Politik der Volksunion zu erläutern. Es ist

an eine Leserschaft ohne Vorkenntnisse in marxistischer Ökonomie gerichtet, d. h. neben einer breiten, mit vielen Statistiken belegten Beschreibung der französischen Gesellschaft, einschließlich der politischen Schlußfolgerungen der FKP daraus, werden grundlegende Begriffe wie Produktivkräfte, Basis – Überbau, produktive Arbeit etc. vorgestellt und erläutert.

Neben den Wandlungen der Nachkriegsgesellschaft, wie sie in fast allen westlichen Ländern zu beobachten waren und sind (Wirtschaftskonzentration, Rückgang des Kleinbürgertums, Zunahme der Zahl der Lohnabhängigen auf ca. 80% der aktiven Bevölkerung etc.) fallen für Frankreich einige Besonderheiten ins Auge:

1. Der relativ starke Einfluß ausländischen Kapitals (90 ff.), der auch Ansatzpunkte für Forderungen nach größerer nationaler Autonomie bietet. 2. Das Weiterbestehen eines ziemlich starken Sektors kleiner und mittlerer Unternehmen insbesondere in der Landwirtschaft (74 ff. und 106 ff.) und die Politisierung relevanter Teile des Kleinbürgertums v. a. seit Verschärfung der Wirtschaftskrise Anfang der 70er Jahre. 3. Teilnahme eines wachsenden Teils der Angestellten und der traditionell bessergestellten »Mittelschichten« (Lehrer, Ingenieure, wirtschaftlich-technische Fachkräfte überhaupt etc.) an den sozialen Auseinandersetzungen, wobei eine zunehmende Orientierung auf antikapitalistische Perspektiven zu beobachten ist (v. a. 157 f.).

Zwar wird weiterhin von der ökonomischen und politisch entscheidenden Rolle der Arbeiter im engeren Sinne gesprochen (182 ff.), es fällt aber die starke Betonung der Bedeutung der anderen antimonopolistischen Schichten und des Bündnisses mit ihnen auf. Nicht nur die Besonderheiten ihrer ökonomisch-sozialen Existenz werden beschrieben, sondern stark unterstrichen auch ihre politisch-ideologischen Eigenheiten einschließlich der Perspektive ihres Weiterbestehens. Dem entspricht die Veröffentlichung der »Déclaration des Libertés« im Mai 1975, in der die FKP die Durchsetzung der individuellen Freiheitsrechte verstärkt propagiert. Birgit Scherer (Köln)

Baron, Stefan: Das Volksfrontbündnis und die Entwicklung des Parteiensystems in Frankreich. Carl Heymanns Verlag, Köln/Berlin/Bonn/München 1977 (120 S., br., 36,- DM).

Ganz im Gegensatz zur Bedeutung der politischen Entwicklung in Frankreich gibt es bei uns nur wenige politikwissenschaftliche Einführungen und Studien zum politischen System Frankreichs. Die vorliegende Studie verdient schon deshalb Aufmerksamkeit. Baron zeichnet zuerst die Entwicklung von PCF und PS nach. Ursachen für den Wandel der PCF sind Veränderungen in der Sozialstruktur (Abnahme der Bedeutung der traditionellen Arbeiterklasse), die V. Republik, die durch Mehrheitswahlrecht und Volkswahl des Präsidenten einen »strategischen Zwang zu einer Einheitsfront« (7) ausübe, und die Entstalinisierung nach dem XX. Parteitag der KPdSU. So stellt sich für ihn die PCF am Beginn des Dialogs um das Gemeinsame Programm (GP) dar als eine zwar »im Kern unveränderte«, aber durch »neue methodische Elastizität« gewandelte Partei, die »kurz- bis mittelfristig Bündnisfähigkeit erlangt und die Möglichkeit geschaffen (hat), aus Isolierung und Immobilität herauszukommen« (14). Der holperige Weg der Sozialisten vom rapiden Niedergang bis zur Linksorientierung und der Neugründung der PS 1969 führte zur Aufnahme des Dialogs. Die Gemeinsamkeiten zwischen PCF und PS gelten »weniger für die Zielvorstellung . . . als für die einzuschlagende Strategie« (22). Baron versteht den Wandel der Parteien und die Einheitsstrategie nur als »Anpassungsprozeß« (10, 96) vor allem an die politisch-institutionellen Bedingungen der V. Republik und sieht deswegen darin nur eine »Partei-strategie: Das Bündnis . . . gilt nur befristet« (22). Im Folgenden werden detailliert die Schwierigkeiten des Dialogs und die Annäherung der unterschiedlichen Positio-

nen von der Aufnahme der Verhandlungen im Dezember 1969 bis zur Unterzeichnung des GP im Juni 1972 dargestellt. An Hand eines Vergleichs mit früheren Parteiprogrammen zeigt Baron die weiterbestehenden Unterschiede zwischen PCF und PS trotz des GP und dessen unterschiedliche Prägung durch Sozialisten bzw. Kommunisten. Die Analyse und Kritik des GP soll die Chancen und Auswirkungen seiner Realisierung klären. Von der Position des Ordo-Liberalismus aus kann die Kritik des wirtschaftspolitischen Teils zu keinem anderen Ergebnis führen, als daß die »Tendenz zu immer mehr Staatsintervention hier, die versprochene Liberalisierung und Demokratisierung da zu konterkarieren droht« (51), sowie Verminderung der Wachstumsrate, Inflation und Bürokratisierung zu erwarten seien; Baron läßt sich dabei überhaupt nicht auf die Diskussion der Probleme alternativer Wirtschaftspolitik ein. In dem von der PS geprägten verfassungspolitischen Teil verbirgt sich hinter der, »aus Gründen der Opportunität . . . weitgehend beibehaltenen Fassade der Verfassung . . . eine wesentliche Verschiebung der Gewichte vom Präsidenten weg, hin zum Parlament« (59). Dies könnte zu einer wünschenswerten verfassungspolitischen Ausgewogenheit zwischen Präsident und Parlament führen. Die geforderte Abschaffung des Mehrheitswahlrechts würde jedoch die »Funktionstüchtigkeit des Parlaments und der Regierung . . . bedrohen« (59). Damit wäre nach Baron kein Beitrag zur Lösung des »französischen politischen Problems« geleistet, sondern es würde es eher noch verschärfen. Bei der Untersuchung der Auswirkungen des GP auf das französische Parteiensystem bis zum Kabinett Barre entwickelt Baron zwei Thesen:

Zum einen habe das GP den im politischen System angelegten Zwang zur Bipolarisierung enorm beschleunigt und intensiviert und zur Entstehung einer »quadrille bipolaire« (Duverger) geführt, d. h. zweier großer sich gegenüberstehender Blöcke, von denen jeder sich wiederum aus zwei verschiedenen Komponenten zusammensetzt. Auf der Linken näherten sich PSU und CFDT speziell der PS an. Das Zentrum sei faktisch zur Aufgabe seiner Unabhängigkeit und zur Anlehnung an die majorité gezwungen.

Zum anderen entstehe damit einhergehend eine »Tendenz zur politischen Mäßigung«, die »tendenziell über die Verstärkung der gemäßigten Kräfte innerhalb der beiden Pole zu einer Politik (führt), die sich wirksamer denn je an der Mitte orientiert« (69). Die Strategie der PS unter F. Mitterrand zielte »von Anfang an darauf, den PCF zunächst auszubalancieren und dann eindeutig zu dominieren« (70) und erreichte durch Annäherung der PSU und CFDT, Mitgliederzuwachs und wachsende Stimmengewinne eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Linksunion zugunsten der PS. Auf der Seite der majorité zeigte sich dieselbe »Tendenz zur relativen Verstärkung der zur Mitte neigenden Kräfte« (76) in der Gewichtsverlagerung von den Gaullisten hin zu den »Giscardisten«. Allerdings scheint diese These nicht hinreichend abgesichert: weder ist eine Entwicklung der PS zur »Mitte« stichhaltig belegt, noch sind die politischen Differenzen zwischen Gaullisten und Giscardisten, sowie deren Chancen zur Durchsetzung einer »neuen« Politik nachgewiesen.

Beide Tendenzen – Bipolarisierung und Mäßigung – führen nach Baron »insgesamt (zur) Annäherung an eine dem klassischen englischen Volksparteiendyopol ähnlichen Konstellation«, womit nach einer regierungsfähigen Mehrheit auch das zweite Element eines »funktionsgerechten Parteiensystems parlamentarisch-demokratischer Prägung, eine starke und hinreichend kohärente Opposition« (79) entsteht. Baron kann somit zur Schlußfolgerung kommen, daß »Volksfrontbündnisse . . . nicht apriori und in jedem Fall dysfunktional im Sinne des parlamentarisch-demokratischen Regierungssystems sein (müssen) . . ., (sondern) auch zum Gegenteil führen (können): seiner Verstärkung durch Reform« (98). Im Anhang werden in verschiedenen Tabellen die Wahlergebnisse von 1965 bis 1974 wiedergegeben. Die materialreiche

Darstellung der Entwicklung des Parteiensystems in dieser Studie ist positiv zu vermerken, einen Beitrag zur Strategiediskussion leistet sie nicht.

Fritz Multrus (Fürth)

Trentin, Bruno: Arbeiterdemokratie. Gewerkschaften, Streiks, Fabrikräte im Italien der 70er Jahre. VSA, Hamburg 1978 (184 S., br., 16,- DM).

Das nun in deutscher Sprache vorliegende Buch von Bruno Trentin, dem jetzigen Bundessekretär der CGIL, enthält drei Beiträge, die auch für die Gewerkschaftsdiskussion in der BRD fruchtbar sein können. In dem 1977 erschienenen Beitrag »Die Kämpfe der letzten zehn Jahre: Ein neues Verhältnis von Ökonomie und Politik« ist Trentins Ziel die Klärung der Perspektiven der italienischen Arbeiterbewegung. Er wendet sich gegen den gewerkschaftlichen Rückzug »an allen Fronten«; für ihn sind folgende, dringende Entscheidungen wesentlich: »wie die Wiedervereinigung innerhalb der Gewerkschaften zwischen den beschäftigten und nicht beschäftigten Arbeitern, die gewerkschaftliche Organisation im Bereich der unsicheren Arbeit, die Herstellung neuer Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Schule und vor allem die bewußte Bestimmung einer Bündnisstrategie, die (. . .) in ihren ökonomischen Zielen und in ihren Vorstellungen von der Machtverteilung dem neuen Bedürfnis entspricht, das aus den Kämpfen des Industrieproletariats hervorgeht.« (121) Für Trentin geht es mit der gewerkschaftlichen Perspektive gegen die Krise zugleich um die Wahrung der gewerkschaftlichen Einheit. Diese Einheit ist die wichtige Errungenschaft der gewerkschaftlichen Erneuerung Ende der 60er Jahre. Sie ist ein Produkt der Ablösung der überholten gewerkschaftlichen Vertretungsstrukturen in den Betrieben durch die Delegierten. Die Delegierten heben die politische Spaltung der Gewerkschaftsbewegung von der betrieblichen Ebene aus auf. Zugleich repräsentieren sie die neue soziale Zusammensetzung der Arbeiterklasse, die durch die Entstehung der Massenindustrien in Italien entstand. Die Delegierten verkörpern damit einen neuen Gewerkschaftstypus.

Diese Umwälzung auch auf »ethisch-politischem« Gebiet bezeichnet Trentin als Wandel der Berufsgewerkschaft zur Rätengewerkschaft, als Abstreifung berufsständischer Traditionen. Das Potential für diese gewerkschaftliche Veränderung bildete der »junge, ungelernete Arbeiter an den Fließbändern« (41), wobei der »gemeine Arbeiter« als neue politische Aristokratie der Klassengewerkschaft bestätigt wird. (64)

Als vereinheitlichendes Moment wird die Auflehnung der Lohnabhängigen gegen die Zerstückelung der Arbeit, »die Krise der tayloristischen Arbeitsorganisation« benannt. Die Rückbindung der Delegierten an die Arbeitsgruppen im Betrieb bedeutet zugleich eine Absage an den politischen Partikularismus und die traditionelle Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft, die falsche Alternative zwischen bloßem Lohnkampf und gesellschaftlicher Umwälzung. Trentin greift damit Positionen innerhalb der Gewerkschaften an, die statt einer Investitionspolitik im Sinne der Arbeiterbewegung eine Krisenbewältigung durch Lohnkostensenkung formulieren. Gewerkschaftliche Forderungen müssen die Einheit von Fabrik und Gesellschaft herstellen. Zu denken ist dabei beispielsweise an die gewerkschaftliche Kontrolle der Investitionen in Süditalien, Bildungssystem, soziale Infrastruktur usw. . .

Die Stärke der Arbeiterbewegung in Italien ist durch die Spaltung in Arbeitende und Arbeitslose und durch darin begründete Auseinandersetzungen bedroht. Um das Auseinanderfallen der Arbeiterklasse und damit eine Lösung der Krise im Sinne des Kapitals zu verhindern, sollen die Gewerkschaften einen Vorschlag vorlegen, der auch den Arbeitslosen, den Bereichen der unsicheren Arbeit (Kleinbetriebe, Heimarbeit, verdeckt Arbeitslose) und den vom Kapital abhängigen Mittelschichten eine Per-

spektive bietet. Nur dieses umfassende Aufgreifen der Interessen ermöglicht den »Prozeß der bewußten Verwandlung des Ausgebeuteten in den Produzenten« (91 nach Gramsci).

Diese Notwendigkeiten fordern von den Gewerkschaften eine Veränderung der Prioritäten ihrer Politik. Unverzichtbar ist für die Gewerkschaften die Kontrolle der Arbeitsorganisation, der Investitionsentscheidungen und -prioritäten, wie auch die Beibehaltung der gleitenden Lohnklausel. Keine Zugeständnisse können die Gewerkschaften etwa bei den Forderungen nach einer grundlegenden Reduzierung der Lohn-differenzierungen, Veränderung der Berufsausbildung, der Wahrung der Rechte auf gewerkschaftliche Aktivität, machen. Konzessionen sind bei überkommenen, indirekten Entlohnungsbestandteilen, wie Dienstalterszulagen, Prämien usw. möglich. Ebenso ist die Steigerung der Arbeitsproduktivität durch eine Reduzierung der Feiertage zulässig. Trentin unterbreitet damit einen Vorschlag zur Zurückdrängung der kapitalistischen Prioritäten in der Arbeitsorganisation und der gesellschaftlichen Produktion.

Die anderen Beiträge des Buches: »Lebensstandard der Arbeiterklasse und ökonomischer Zyklus« (1958) und »Arbeitsorganisation und Arbeiterstrategie« (1973) machen den Entwicklungsgang der Beiträge Trentins zur Strategie der Gewerkschaftsbewegung in Italien deutlich. Sie thematisieren die Notwendigkeit der Veränderung der Arbeitsorganisation in engem Zusammenhang mit einer Perspektive für die Kontrolle der Investitionen.

Siegfried Meitz (Hannover)

Jäggi, Max, u. a.: Das rote Bologna. Kommunisten demokratisieren eine Stadt im kapitalistischen Westen. Verlagsgenossenschaft, Zürich 1976 (300 S., br., 28,50 DM).

In dem Buch beschreibt ein Team schweizerischer Journalisten die Kommunalpolitik der seit 1945 von Kommunisten und Sozialisten verwalteten norditalienischen Halbmillionenstadt Bologna. Bologna hatte in diesem Zeitraum freilich gegenüber den meisten andern italienischen Großstädten den Vorteil einer relativ ruhigen ökonomischen (es dominieren Klein- und Mittelbetriebe) und demographischen Entwicklung; ein Vergleich mit anderen von den Linksparteien regierten Städten, wo wegen ungünstiger Ausgangsbedingungen nur wesentlich bescheidener kommunalpolitische Erfolge erzielt wurden, wäre daher interessant gewesen. Das wichtige Problem der (ausgesprochen restriktiven) verfassungsrechtlichen und finanzpolitischen Rahmenbedingungen der Bologneser Kommunalpolitik wird von den Autoren nur in einem Interview mit dem kommunistischen Oberbürgermeister Zangheri gestreift, der sich gegen die Illusion wendet, Bologna sei schon keine kapitalistische Stadt mehr und vor einer Überbewertung des Bologneser Experiments im Rahmen der Strategie des »italienischen Wegs zum Sozialismus« warnt.

Dennoch sind die Erfolge beeindruckend. So gelang es, die Zerstörung der noch relativ intakten Altstadt zu verhindern; der Sanierungsplan beschränkt die Möglichkeit zu späteren Mieterhöhungen und garantiert den Bewohnern den Verbleib in ihrem Viertel. Durch eine möglichst gleichmäßige Versorgung des Stadtgebiets mit Infrastrukturen konnte eine Degradierung der Neubauviertel am Stadtrand verhindert werden. 1973 wurde teilweise der Nulltarif für die öffentlichen Nahverkehrsmittel eingeführt. Eines der Hauptziele der kommunalen Sozialpolitik ist es, alte, minderbegabte oder behinderte Mitbürger nicht in (autoritär organisierte) Reservate abzudrängen; sie sollen möglichst in das normale Leben der Stadt eingegliedert werden – Selbstbestimmung statt Bevormundung ist auch hier das Motto. In Bereichen wie Geriatrie, Arbeitsmedizin, Psychotherapie oder Geburtenregelung ergänzen dezentrali-

sierte, meist kostenlose kommunale Einrichtungen das lückenhafte staatliche Gesundheitssystem. Im kommunalen Schul- und Vorschulsektor wird vor allem versucht, Kinder aus Randgruppen zu integrieren, fortschrittliche Lehrinhalte zu bieten und – wie auch in den andern erwähnten Bereichen – den Bürgern immer breitere Initiativ-, Kontroll- oder Entscheidungsrechte zu geben.

Die Kommunalpolitik Bolognas ist ein Beispiel für die konsequente Ausnutzung der in diesem Bereich unter kapitalistischen Bedingungen bestehenden Möglichkeiten im Interesse sozialistischer Politik. Wenn auch dieses Modell im Einzelnen nicht übertragbar ist, bietet es doch für jeden bei uns im kommunalen Bereich Engagierten viele Anregungen. Das Buch ist gut lesbar und gewinnt sehr durch die zahlreichen Fotos. Kritisch zu vermerken sind eine gelegentlich übertriebene Detailfreudigkeit und die allzu pauschalen Quellenangaben.

Winfried Roth (Berlin/West)

Ökonomie

Senghaas, Dieter: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik. Plädoyer für Dissoziation. Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M. 1977 (358 S., br., 10,- DM).

Im Verhältnis zur konventionellen wirtschaftswissenschaftlichen Fachliteratur über theoretische und empirische Probleme internationaler Wirtschaftsbeziehungen weist Senghaas' neueste Sammlung von Studien über Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik einige Vorzüge auf: 1. Die Zusammenhänge zwischen wenig und hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften – Senghaas spricht von metropolitanem und peripherem Kapitalismus – werden unter historischen, politischen und ökonomischen Gesichtspunkten analysiert, wodurch man zu einer genaueren und vertieften Einschätzung der Beziehungen gelangt. Kurz: Aus den Studien wird ersichtlich, welche Prägnanz Analysen aufweisen können, die an einer Kritik der politischen Ökonomie orientiert sind. 2. Senghaas weist mit großem Nachdruck auf die Formen politischer Herrschaft hin, die – zumeist unausgesprochen – den üblichen Entwicklungsmodellen zugrundeliegen. Eine Studie ist dem Verhältnis von internationaler Wirtschaftsordnung und Militärordnung gewidmet, worüber sich konventionelle Untersuchungen in aller Regel schamhaft ausschweigen. 3. Die entwicklungspolitischen Schlußfolgerungen, die Senghaas aus den Analysen zieht, sind klar formuliert: Eine in absehbarer Zeit eintretende spürbare Verbesserung der sozialen Lage der Massen im peripheren Kapitalismus wird nur dann erreicht werden können, wenn die wenig entwickelten Länder sich aus dem Beziehungsgefüge der Weltwirtschaft herauslösen und eine autonome, an den Bedürfnissen der großen Mehrheit der Bevölkerung orientierte Entwicklungspolitik betreiben; die nationale Außenhandelspolitik sollte dabei strikt selektiv vorgehen. Nur dort, wo es für die nationale Entwicklung von Nutzen ist, sollen tatsächliche Vorzüge des internationalen Handels genutzt werden – Senghaas nennt diesen Entwicklungsweg dissoziativ.

Für die insgesamt neun Studien ist folgender Gedanke zentral: Im Anschluß an eine Skizze der gegenwärtigen entwicklungspolitischen Diskussion werden einige Merkmale der Kapitalakkumulation in Peripherien und den Metropolen beschrieben. Um die Unterschiede dieses Prozesses für beide Typen kapitalistischer Ökonomie charakterisieren zu können, wird das Bild einer sektoral zerlegten Ökonomie entworfen. In hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften ist die Produktionsstruktur im allgemeinen stark verflochten; daher werden stets viele Sektoren von der Kapitalakkumulation beeinflußt. Der Grad der Verflechtung der Produktionsstruktur in wenig entwickelten Ländern ist zumeist entscheidend geringer, daher bewirkt die Kapital-

akkumulation nur in einigen, exportorientierten Sektoren eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität und wirtschaftliches Wachstum. Andere Sektoren, insbesondere der Agrarsektor zur Versorgung der inländischen Bevölkerung, werden nur geringfügig beeinflusst. Das Niveau der Arbeitsproduktivität bleibt im wesentlichen konstant – mit allen verheerenden Auswirkungen auf die Ernährungsmöglichkeiten der rapide wachsenden Bevölkerung. Zutreffend vermerkt Senghaas, daß die exportorientierten Sektoren vom metropolitanen Kapital kontrolliert werden und die dort zu beobachtenden Wachstumsprozesse Ausdruck des Verwertungsinteresses des metropolitanen Kapitals sind. Daraus folgt auch sofort, daß durch solche, von außen geleitete Wachstumsprozesse die nationale Wirtschaftsstruktur nur noch weiter verzerrt wird und heute in den meisten Ländern des Peripheriekapitalismus so defekt ist, daß nicht einmal die störungsfreie Reproduktion der Arbeitsbevölkerung bzw. der Bevölkerung auf gesundheitlichem Niveau gewährleistet ist. Hier helfen keine »neuen Vorschläge« zur Gestaltung der internationalen Wirtschaftsordnung; die bisherigen entwicklungspolitischen Ansätze sind gescheitert, hier »helfen« nur noch grundlegende radikale Veränderungen in der Herrschaftsstruktur der unterentwickelten Länder selbst.

Es wird ferner gezeigt, daß das ökonomische Wachstum Japans seit 100 Jahren im Kontext einer dissoziativen Strategie charakterisierbar ist. Insgesamt wird an einer Fülle geeigneter Beispiele belegt, daß ohne diese Strategie selbst stürmische Entwicklungsprozesse den Marsch in die Katastrophe nicht verhindert haben (z. B. Brasilien, 118–152), und auch, wo es offensichtlich zu ausgewogeneren Wachstumsprozessen gekommen ist, bei denen der Verflechtungsgrad der Produktionsstruktur systematisch erhöht werden konnte (VR China, 271 ff.).

Einiges bleibt dennoch unbefriedigend. Man hat den Eindruck, daß das Buch mit einem Anmerkungsapparat von fast 20% des Gesamtumfangs schlicht überladen ist; viele Hinweise sind zudem uninformativ. Alle zentralen, aus der Literatur zusammengestellten Überlegungen werden mehrmals wiederholt. Schließlich muß es befremden, daß Senghaas theoretische Zusammenhänge und Sätze nicht immer mit der erforderlichen Genauigkeit behandelt: Das Theorem vom komparativen Vorteil z. B., ein zentraler Satz in der »reinen Theorie des internationalen Handels«, gerät bei Senghaas unter der Hand zu einem Satz über den absoluten Vorteil (26, 76). Gleichwohl kann das Buch nachdrücklich zur Lektüre empfohlen werden.

Michael Krüger (Osnabrück)

Gottlieb-Duttweiler Institut (Hrsg.): Multinationale im Nord-Süd-Konflikt. Magazin Brennpunkte 3. Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/M. 1976 (128 S., br., 7,80 DM).

Die neuere Kritik an der Tätigkeit multinationaler Konzerne (MNK) in Entwicklungsländern geht aus von den langfristig negativen Wirkungen der MNK auf die Wirtschafts- und Sozialstruktur der Entwicklungsländer. Wer unter diesem Aspekt von dem vorliegenden Sammelband neue Diskussionsimpulse erwartet, wird allerdings enttäuscht. Schon ein kurzer Blick auf die Autoren zeigt, daß affirmative Positionen dominieren: Zwei Sozialwissenschaftlern (G. Adler-Karlsson, C. V. Vaitos) und zwei Vertretern der Kirche stehen fünf Konzernvertreter gegenüber: K. H. Biedenkopf, E. Junod (Hoffmann-LaRoche), K. M. Leisinger (Ciba-Geigy), W. Linder (Wirtschaftsredakteur der Neuen Zürcher Zeitung) und C. H. Madden (US-Handelskammer). – Sind sich die MNK-Vertreter im wesentlichen Punkt, der Verteidigung ihrer Tätigkeit in der Dritten Welt, einig, so besteht in der Argumentation ein breites Spektrum. Während Madden in einer trotzigen Apologie jegliche negativen

Einflüsse von MNK auf die Entwicklungsländer bestreitet und die MNK als Wohlfahrtsagenten schlechthin darstellt, sind die Ausführungen von Leisinger wesentlich gemäßigter. Ausgehend von Myrdals Theorie der zirkularen Verursachung der Unterentwicklung fordert er eine an den Bedingungen der Unterentwicklung (niedrige Produktivität, geringes Einkommen u. a.) orientierte »angepaßte Unternehmenspolitik«. Würden sich MNK in Ausbildung, Personalpolitik, Standortwahl, Sozialleistungen und insbesondere der Technologie den Gegebenheiten des Gastlandes anpassen, könnten MNK für dieses zu »wichtige(n) Partner(n)« (128) werden. Leisinger dürfte als Leiter eines »pilot plant« von Philips, in dem erstmals versucht wird, sogenannte »angepaßte Technologien« zu entwickeln, auch darum bemüht sein, diese Forderungen zu realisieren. Die Begründung dieser hoffnungsfrohen Partnerschaftserwartung liefert ihm implizit (S. 115, 120 f.) das altbackene dualistische Modell: Danach fallen unterentwickelte Ökonomien auseinander in einen modernen kapitalistischen Sektor mit hoher Arbeitsproduktivität und einen traditionellen Subsistenzsektor, in dem die Arbeitsproduktivität gering ist. Durch Beseitigung der versteckten Arbeitslosigkeit im Subsistenzsektor stünde ein unbegrenztes Arbeitsangebot bei niedriger Entlohnung für den kapitalistischen Sektor zur Verfügung, der sich dadurch allmählich ausbreiten und die Unterentwicklung beseitigen würde. Diese Theorie klingt sehr schön; nur: realiter haben sich derartige Prozesse eben nicht ereignet. Vielmehr fand das Wachstum in den Entwicklungsländern nur in den modernen Produktionssektoren statt; eine gesamtgesellschaftliche Entwicklung wurde durch das Eindringen von MNK gerade verhindert. In den letzten Jahren sind von den Entwicklungsländern nachdrücklich Forderungen erhoben worden, Verhaltenskodizes zu entwickeln, in denen die Tätigkeit der MNK geregelt werden soll. Von den MNK sind diese Bemühungen aufgegriffen worden in der offenkundigen Absicht, ihnen die Spitze abzubrechen. So will Biedenkopf ein »freies Weltwirtschaftssystem auf (...)bauen« (32), in dem die »unentbehrliche« (20 f., 30) Rolle der MNK angemessen berücksichtigt wird. Das Ziel heißt folgerichtig »Schutz (...) und (...) Erhaltung von ausländischen Investitionen« (15). Der Spieß wird umgedreht: die Kritik zielt nicht mehr auf die MNK, sondern auf die staatliche Intervention der Entwicklungsländer. Die »Krisenmacher« (Barnet/Müller) werden zu »Opfern« (28), der Staat zum Schuldigen. Biedenkopfs Forderung, die Havanna-Charta von 1948, von der bekanntlich nur die handelspolitischen Abschnitte in Kraft traten, wieder zu beleben, entspricht dem Ziel der »Gewährleistung gewerblichen Eigentums« (14). Das dem Wirtschafts- und Sozialrat der UN angeschlossene Centre on Transnational Corporations teilt die möglichen Bestimmungen von Verhaltenskodizes in drei Dimensionen ein: Grad der Verbindlichkeit, Konkretion, Internationalität. Es ist nicht überraschend, daß MNK-freundliche Verhaltenskodizes wie die von Biedenkopf favorisierte Havanna-Charta mit möglichst unverbindlichen, wenig detaillierten und national begrenzten Lösungen einen minimalistischen Ansatz verfolgen. Regulativ bleibt hier letztlich nur das »soziale Gewissen des Unternehmens«.

Insofern hält Vaitsos, der in diesem Band die einzige fundierte Kritik vorbringt, Verhaltenskodizes für wenig erfolgversprechend (51), da sie keine wirkliche Gegenmacht der Entwicklungsländer gegenüber MNK beinhalten. Diese Gegenmacht ist für ihn von entscheidender Bedeutung, um die Macht der MNK zu begrenzen. Insbesondere sollten ausländische Direktinvestitionen »zum sozialen Nutzen der einheimischen Wirtschaft« (46) stark kontrolliert werden. Vaitsos weist allerdings zu Recht daraufhin, daß eine »Umstrukturierung der Machtverhältnisse zwischen Entwicklungsländern und transnationalen Unternehmen (oder deren Heimatländern) (...) nicht unbedingt und ganz von selbst zu einer Umstrukturierung der Machtverhältnisse innerhalb der Dritten Welt führen« (61) wird. Entwicklungsbemühungen, wie

diejenigen zur Schaffung einer Neuen Weltwirtschaftsordnung, werden folglich als Zweifrontenkrieg ausgetragen gegen »eine äußere und eine innere« (44) Front. Vaitos stellt außerdem verschiedene Mechanismen der Ausbeutung der Entwicklungsländer dar; gegenüber seinen bisher erschienenen z. T. hervorragenden empirischen Arbeiten zum Problem der MNK in der Andenregion enthält dieser Aufsatz allerdings m. E. keine neuen Erkenntnisse. Zu bemängeln ist die unsaubere deutsche Übertragung des englischen Originaltextes, in der ohne Begründung längere Passagen ebenso wie einzelne Sätze und Absätze fehlen und in der auf den im Original enthaltenen Anmerkungsapparat fast völlig verzichtet wurde. Zudem weist der Text eine Reihe ungenauer Übersetzungen auf (z. B. werden »extractive activities« zur »Urproduktion«). Es empfiehlt sich angesichts derartiger Mängel, das englische Original zu lesen. – Gesamturteil: Ein sich hastig an eine aktuelle Diskussion anhängendes, mit geringer Sorgfalt ediertes Buch, das nur für denjenigen leenswert sein dürfte, der sich Einblicke in die Unternehmensideologie verspricht, mit der MNK ihre Aktivitäten in Entwicklungsländern bemängelt. Alphons Studier (Hamburg)

Rahmeyer, Fritz: Ökonomische und politische Hemmnisse einer Erhöhung der Staatsquote. Bund-Verlag, Köln 1975 (254 S., br., 48,- DM).

Ausgehend von der Forderung nach einer beschäftigungsorientierten Finanzpolitik als Bestandteil einer zugleich auf Verbesserung der Lebensqualität, gleichmäßige Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen und Konjunkturausgleich zielenden Gesamtkonzeption übt der DGB bereits seit längerer Zeit heftige Kritik an den Zielprojektionen der Finanzpolitik der Gebietskörperschaften. Angesichts der sich bereits für 1979 abzeichnenden erneuten »Konsolidierungs«politik der öffentlichen Haushalte erscheinen grundlegende Untersuchungen der Spielräume staatlicher und kommunaler Ausgabenpolitik und des bisherigen Grades ihrer Ausschöpfung notwendig. Die Arbeit Rahmeyers ersetzt keine marxistische Budgetanalyse und hält sich im Rahmen traditioneller Einkommens- und Finanztheorie, leistet jedoch einen wichtigen Beitrag zur Klärung der Bedingungen der Durchsetzbarkeit einer erhöhten Staatsquote unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Voraussetzungen (Tarifautonomie, Föderalismus, vorhandene Instrumente der Steuer- und Anleihefinanzierung usw.). Als Ausgangspunkt dient die Bestimmung des Ausmaßes und der konjunkturpolitischen Wirksamkeit der staatlichen Aktivitäten, wobei die monetäre Kontrolle über Teile des Sozialprodukts und die daraus abgeleitete Beanspruchung des Produktionspotentials durch staatliche Käufe als Indikatoren dienen, die Wirksamkeit von Transfers, Finanzinvestitionen und Entzugseffekte von Steuern hingegen vernachlässigt werden müssen. Rahmeyer untersucht nun, ob der Staat sich einen Handlungsspielraum im Sinne der Realisierung von »Gestaltungszielen« (so der Orientierungsrahmen 85) gegenüber der Sphäre privater Kapitalverwertung zu schaffen vermochte und damit entsprechende Anforderungen an das Sozialprodukt durchsetzen konnte, und ob dies auch unter Krisenbedingungen gilt. Anschließend diskutiert er die Rückwirkungen einer Erhöhung der Staatsquote auf den verteilungspolitischen Handlungsspielraum der Gewerkschaften.

Im Gegensatz zu früheren Arbeiten (Ronge/Schmiege, Evers/Lehmann für den Bereich der kommunalen Finanzen) wird deutlich, daß die Möglichkeiten einer Politik der Erweiterung investiv wirksamer Haushaltsbestandteile noch nicht ausgeschöpft worden sind, andererseits werden die dabei zu erwartenden ökonomischen und politischen Konflikte – ausgehend von einem Verlaufsmodell des Verteilungskampfes im Zyklus – deutlicher herausgearbeitet. Die insgesamt allerdings skeptische Tendenz,

wonach unter status-quo-Bedingungen faktisch ein relativer Widerspruch zwischen individueller Konsumtion und Steigerung der Staatsquote besteht, zeigt zwar Berührungspunkte mit Positionen des Sachverständigenrates, verweist jedoch auch auf Inkonsistenzen innerhalb der gewerkschaftlichen Forderungskataloge, die auf hohes Wachstum zielen, um einen Konflikt zwischen privatem und staatlichem Verbrauch zu vermeiden, gleichzeitig jedoch einen Rückgang der privaten Investitionen voraussetzen (vgl. 212). Voraussetzung für die Lösung dieses Dilemmas scheint – will man die Produktionsverhältnisse nicht antasten – nur die Rückkehr zur arbeitsintensiven Produktion zu sein. Unbeabsichtigt liefert Rahmeyer damit eine Argumentation zum Verständnis der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Technologiepolitik. Explizit arbeitet er heraus, daß die Überwindung der vorrangig auf Nominallohnsteigerungen orientierten Gewerkschaftsstrategien eine stärkere Einflußnahme auf politische Entscheidungsprozesse voraussetzt, welche aufgrund der in diesem Fall zu erwartenden Angriffe auf die Tarifautonomie schwierig zu realisieren ist, und daß sich bei Inflationsraten wie zu Beginn der 70er Jahre über innergewerkschaftliche Willensbildungsprozesse eine starke Nominallohnorientierung regelmäßig herausbildet (vgl. 222).

Im einzelnen weist Rahmeyer die relative Konstanz des Anteils der Gebietskörperschaften am BSP selbst in der ersten Phase der sozialliberalen Reformpolitik, ja sogar eine sinkende Realausgabenquote 1961–73 nach. Damit ist die Wirksamkeit des anti-zyklischen Anstiegs der Staatsausgaben in bezug auf die letzten Zyklen von vornherein als gering zu beziffern (vgl. 43). Zudem sind die öffentlichen Investitionen systematisch zu hoch ausgewiesen (53), die Prognosen der Bundesregierung über den Ausgabenverlauf absolut realitätsfern (68 f.), Länder und Gemeinden stärker inflationsbetroffen als der Bund und in ihrem Investitionsverhalten stark prozyklisch bestimmt. Die mittelfristige Finanzplanung, die Konjunktur- und Haushaltsausgleich und langfristige Aufgabenplanung koordinieren sollte, erwies sich gerade als Mechanismus der permanenten Zurückstellung von Infrastrukturinvestitionen. Hier teilt Rahmeyer die Kritik des Sachverständigenrates: »Unterschätzt der Staat bei der jährlichen Haushaltsplanung aus stabilitätspolitischen Gründen bewußt die für unvermeidlich gehaltenen Preissteigerungen des nächsten Jahres, so kann er nur einen geringeren Anteil am Produktionspotential realisieren als er beansprucht hat.« (109)

Deutlich wird zudem, daß eine Umorientierung der Finanzpolitik von der Ausgaben- auf die Verstätigung der Einnahmeseite angesichts der Probleme der Kostenüberwälzung bei öffentlichen Investitionen (z. B. im Baubereich) allein nicht ausreicht. Weitergehende Lenkungsinstrumente müssen private Investitionen und Preise in den Griff bekommen. Die Alternative könnte nur der von Rahmeyer in Erwägung gezogene Autonomieverzicht der Gewerkschaften sein. Für die Weiterentwicklung der Forderungen z. B. der Memorandumsguppe müssen einige der Argumentationen des Verfassers berücksichtigt werden. Hans-Jürgen Weißbach (Berlin/West)

Moesch, Irene, und Diethard B. Simmert: Banken. Strukturen, Macht, Reformen. Bund-Verlag, Köln 1976 (125 S., br., 12,80 DM).

Die Studie soll »dem wirtschafts- und gesellschaftspolitisch interessierten und engagierten Bürger eine Informationsgrundlage bieten (...), die seine Urteilsfähigkeit bei den gerade hier sehr großen Meinungsverschiedenheiten verbessert« (12). Der Text besteht im wesentlichen aus drei Teilen, wovon der erste der Struktur des Bankwesens in der BRD gewidmet ist, der zweite die Einflußmöglichkeiten der Banken auf die Wirtschaft beschreibt, während im dritten Teil Reformvorschläge diskutiert werden. – Die ersten beiden Teile führen die Autoren zu der Einschätzung, daß die

unterschiedlichen direkten und indirekten Einflußmöglichkeiten der Banken auf den ökonomischen Prozeß (Beteiligungsbesitz, Depotstimmrecht, Kreditvergabe etc.) nicht isoliert, sondern immer als Gesamtheit betrachtet werden müssen, will man das Machtpotential der Banken richtig erfassen. Es wird weiterhin deutlich, daß sich das Problem der Bankenmacht reduzieren läßt auf die Stellung der Großbanken und einiger großer Regionalbanken. Die Ausführungen der Autoren in diesem Teil sind ausgesprochen informativ, wenn auch die meisten Angaben auf der Konzentrationsenquete von 1964 (Daten von 1960/61), der bislang aktuellsten Untersuchung zu diesem Gegenstand, beruhen. Leider ordnen Moesch/Simmert die Fülle von Einzelinformationen kaum. Wichtiges steht neben Randdetails, was insbesondere den unbedarften »Nicht-Banker« überfordern muß. So ist denn auch die Notwendigkeit und vor allem die notwendige Zielrichtung der Reformvorschläge des letzten Teils, auf den die vorderen nur vorbereiten sollen, nicht konsequent genug vermittelt.

Zwar baut der Reformteil gut auf den beiden vorhergehenden auf, indem er die vorher diskutierten Quellen der Bankenmacht auf ihre Entschärfungsfähigkeit hin untersucht. Weil aber die ökonomische Funktion der Banken im gegenwärtigen Kapitalismus nur ganz unzureichend als Mittlerstellung zwischen »Überschußbereich« (Sparer) und »Defizitbereich« (Investoren) entwickelt ist, das Machtproblem selbst auf die über »das legitime Maß« (76) hinausgehende Machtkonzentration reduziert wird und die Betrachtung der politischen Dimension der Bankenmacht im schlecht sortierten Zahlen- und Datenberg weitgehend untergeht, können die Reformvorschläge allein am technischen Aspekt ansetzen. Das Kriterium, nach dem Reformen diskutiert und sortiert werden, ist das der marktwirtschaftlichen Effizienz; Kredit- und Geldmarkt sollen optimal im Sinne der Marktgesetze ausgestaltet werden. Kontrolle der Bankenmacht heißt dann vor allem Kontrolle der Macht der je einzelnen Bank, Wettbewerbsicherung und Verteilung der Macht auf viele Banken bzw. Kreditinstitute. Ein Eingriff in das Geld- und Kreditsystem als solches findet nicht statt, der demokratische Aspekt der Reformbemühungen geht verloren, indem die politische Diskussion nicht nur vernachlässigt, sondern explizit gemieden wird im Interesse der »Sachproblematik«.

Die Begründung der Autoren für eine Ablehnung von Verstaatlichungsforderungen geht dann notwendig am Problem vorbei: mit der Verstaatlichung gehe eine Schwächung des Wettbewerbs in der Kreditwirtschaft einher; der Staat sei derzeit nicht in der Lage, »den Bankenapparat zu übernehmen und wirksam zu kontrollieren« (81); Beispiele des europäischen Auslands würden zeigen, daß es nicht gewährleistet sei, daß staatliche Banken anderen Geschäftsprinzipien folgen würden als Private; eine Verstaatlichung der Banken allein bringe »keine Lösung«, und die Kostenfrage wegen der nach Art. 15 GG notwendig werdenden Entschädigungen sei nicht geklärt. Hier wird die Frage der Verstaatlichung der Banken ihres politischen, Demokratie fordernden Aspekts beraubt, ein staatlicher Bankensektor in einen privaten Markt gestellt und nach der Effizienz vom Marktstandpunkt aus gefragt. Stattdessen hätten die Autoren von der ökonomischen Stellung der Banken im Reproduktionsprozeß des Kapitals ausgehen und von da aus bestimmen müssen, welche Rolle eine Bankenverstaatlichung spielen könnte im Kampf um die Demokratisierung des ökonomischen Unterbaus der Gesellschaft.

Hineingeschoben in die drei Themenkomplexe ist ein Abschnitt über die »neue Geldpolitik«. Nach einer knappen Darstellung des Geldmengenkonzepts der Bundesbank erfolgt eine ideenreiche Kritik an den Grundlagen dieser teilweise vom Monetarismus inspirierten, seit 1973 zur Anwendung kommenden Zentralbankpolitik. Dies ist der beste Teil des Buches, und wäre seine Vermittlung mit den anderen drei Teilen besser gelungen, so wäre es möglich gewesen, eine Verbindung zu ziehen von

einzelwirtschaftlicher Machtposition, ökonomischer Funktion der Banken und der politischen Forderung nach Demokratisierung des Geld- und Kreditsektors.

Michael Ernst-Pörksen (Berlin/West)

Stamatis, Georgios: Die »spezifisch kapitalistischen« Produktionsmethoden und der tendenzielle Fall der allgemeinen Profitrate bei Karl Marx. Verlag mehrwert, Berlin 1977 (368 S., br., 20,- DM).

Um es im voraus zu sagen: Mit seiner Studie hat Stamatis nicht nur den bisher fundiertesten Beitrag zum Marxschen Gesetz des Tendenziellen Falls der Profitrate vorgelegt, sondern darüber hinaus eine der lesenswertesten Untersuchungen auf dem Gebiet marxistisch orientierter ökonomischer Theorie, die in neuerer Zeit verfaßt wurden. Nur wenige Ökonomen beherrschen das moderne wirtschaftstheoretische Instrumentarium so sicher wie Stamatis, kaum einer dürfte neben der Kenntnis der großen theoretischen Systeme der Ökonomie die politisch-ökonomischen Arbeiten von Marx ähnlich sorgfältig und reflektiert rezipiert haben. – Zunächst zeigt Stamatis, daß sinnvollerweise zwischen logischer Konsistenz und empirischer Gültigkeit des Marxschen Gesetzes unterschieden werden sollte: Erweist sich das Gesetz als theoretisch korrekt hergeleitet, ist es nicht zugleich auch empirisch gültig. Andererseits kann ein inkonsistent formuliertes Gesetz niemals empirisch gültig sein. Der empirische Nachweis des Falls der durchschnittlichen Profitrate in entwickelten kapitalistischen Gesellschaften wäre im übrigen natürlich nur dann eine Bestätigung des Marxschen Gesetzes, wenn die Profitrate ausschließlich aus den von Marx genannten Gründen gefallen wäre.

Stamatis analysiert das Problem, ob Marx das Gesetz theoretisch einwandfrei entwickelt hat, gründlich und ausführlich – auf ca. 260 Seiten. Im Verhältnis zu Versuchen anderer Theoretiker (N. Okishio, H. Holländer), die Konsistenz der Marxschen Argumentation nachzuweisen, gelingt ihm eine entscheidende Vertiefung des Begründungszusammenhangs: Nach Marx bewirken die – im 1. Band des Kapital untersuchten – »spezifisch kapitalistischen« Produktionsmethoden und die daraus resultierenden typischen Formen der Erhöhung der Arbeitsproduktivität gesetzmäßig den tendenziellen Fall der allgemeinen Profitrate. Kurz zusammengefaßt lassen sich die von Stamatis herausgearbeiteten Formen der für Marx spezifisch kapitalistischen Erhöhung der Arbeitsproduktivität folgendermaßen charakterisieren: a) Jede Erhöhung der Arbeitsproduktivität drückt sich in einem erheblich größerem Wachstum der technischen Zusammensetzung des Kapitals aus und erhöht die Wertzusammensetzung des Kapitals; b) bei steigendem Reallohn sinkt der Wert der Arbeitskraft, weil die Wachstumsrate der Produktivität die des Reallohns übersteigt; folglich steigt die Mehrwertrate; c) die Erhöhung der Produktivität führt zu einer Wachstumsrate der Wertzusammensetzung des Kapitals, die größer ist als die der Mehrwertrate, der Quotient aus beiden Wachstumsraten, die der Mehrwertrate steht im Zähler, die der Wertzusammensetzung im Nenner, ist daher kleiner als eins; daher fällt die Profitrate, das Marxsche Gesetz ist korrekt formuliert und sauber aus der Analyse der für ihn typischen Form der Produktivitätserhöhung abgeleitet. – Im Rahmen eines mathematischen Modells (221 ff.) prüft Stamatis die Umstände, unter denen die für den Fall der Profitrate konstitutiven Bedingungen erfüllt sind. Hier zeigt sich, daß die Bedingungen für den Fall der Profitrate erst dann erfüllt sind, wenn die Akkumulationsquote (Verhältnis von akkumuliertem zum Gesamtmehrwert) steigt. Bei konstanter Akkumulationsquote ist im Rahmen des Modells nicht sichergestellt, daß die Profitrate

fällt; Stamatis suggeriert hier, daß Marx eine steigende Tendenz der »Sparquote« (so bezeichnet Stamatis die Akkumulationsquote) entwickelt habe. Indes ist dieser Punkt nicht überzeugend in der Darlegung, übrigens der einzige, von dem man das im Rahmen des Nachweises der Richtigkeit der Marxschen Argumentation sagen kann.

Drei Abschnitte (287 ff.) sind sodann der Frage gewidmet, ob das von Marx formulierte Gesetz auch empirisch gültig ist. Nach Ansicht von Stamatis kann dem Gesetz für eine begrenzte Entwicklungsepoche des Kapitalismus empirische Relevanz beigemessen werden: »In der Periode der Entwicklung der Maschinerie und der großen Industrie. Es ist nicht zu bestreiten, daß in dieser Periode Produktionsfortschritte nur durch eine enorme Erhöhung der technischen Kapitalzusammensetzung realisiert werden konnten. Der ständig zunehmende Maschineneinsatz war der Vermittler jeder Produktivitätserhöhung« (287). Während dieser Entwicklungsphase, die Stamatis zufolge im Laufe der ersten Jahrzehnte dieses Jahrhunderts abgeschlossen wurde, sollen die nationalen Durchschnittsprofitraten gefallen sein, danach wurden Produktionsmethoden entwickelt, bei denen die Wachstumsrate der Produktivität mit der der technischen Kapitalzusammensetzung Schritt halten konnte, so daß die Wertzusammensetzung des Kapitals nicht mehr gestiegen ist und die Profitrate tendenziell sogar steigt. Gemessen an der präzisen Argumentation der anderen Teile des Buches lassen die Abschnitte 8–10 einige Wünsche offen: Weder ist der theoretische Begründungszusammenhang für die Entwicklung und breite Durchsetzung der modernen Produktionsmethoden stringent noch erscheint das diskutierte empirische Material überzeugend, um die These zu belegen, daß die Profitrate langfristig tendenziell steigt.

Doch beeinflussen diese Einwände den Gesamteindruck, den der Rezensent von der Studie gewonnen hat, nur am Rande. Wer heute über das Marxsche Gesetz diskutieren will, wird um die Auseinandersetzung mit den Thesen von Stamatis nicht herumkommen; und es wird schwer sein, nicht wieder hinter das erreichte Diskussionsniveau zurückzufallen.

Michael Krüger (Osnabrück)

Huber, Gerhard: *Marx e la centralità della teoria della trasformazione.* La Goliardica Editrice, Rom 1975 (279 S., br., ca. 15 DM).

In der Grenzproduktivitätstheorie der Einkommensverteilung kann die Bodenrente wie jedes andere Faktorenentgelt behandelt werden. In der Marxschen Theorie gibt es eine derartige Symmetrie schon für Lohn und Profit nicht. Wenn aber das Transformationsproblem die Umverteilung des gesamten Mehrwertes beinhaltet, sollte dann hier nicht auch geklärt werden, wieviel davon als Bodenrente angeeignet wird? Diese Frage spielte bei Oppenheimer, Peter und Preiser eine Rolle. Huber knüpft daran an und argumentiert, daß gerade die Einbeziehung der Bodenrente zur richtigen Lösung des Transformationsproblems führe. Man rufe sich jetzt in Erinnerung, daß die Auseinandersetzung um die Beziehung von Werten und Produktionspreisen daher rührt, daß Marx im »Kapital«, Bd. III, Kap. 9, den Ausstoß, aber nicht den Einsatz umbewertet. Sämtliche Verfahren, die bisher vorgeschlagen wurden, um eine Umbewertung aller vorkommenden Größen zu gewährleisten, geben die eine oder die andere der Eigenschaften des Marxschen Verfahrens preis.

Huber betrachtet ein Schema der einfachen Reproduktion mit drei Sektoren, nämlich für Produktions-, Konsumtions- und Luxusmittel. Für den Übergang zu den Produktionspreisen wird dieser dritte Sektor in zwei Untersektoren aufgespalten: der eine dient dem Konsum der Kapitalisten, der andere dem Konsum der Bodeneigentümer. Die Wertgrößen werden mit Koeffizienten versehen, die sie in Produktionspreise verwandeln (35). Diese Koeffizienten sind selbst gewisse Funktionen der Pro-

fitraten. Die verwendeten Profitraten sind einmal die gesamtwirtschaftliche und die sektoralen Profitraten aus dem Wertsystem, sodann die neue Profitrate \bar{p}_i , die aus dem Profit berechnet wird, der übrig bleibt, nachdem die Kapitalisten einen Teil des Gesamtmehrwertes an die Bodeneigentümer abgeführt haben. Wie bestimmt man sie? Huber stellt eine Bilanzgleichung für den Konsumtionsmittelsektor auf (und mißverstehst sie, einer alten Tradition folgend, als Gleichgewichtsbedingung). Diese Gleichung führt zu einer eindeutigen Lösung für \bar{p}_i (128), die wiederum die Produktionspreise festlegt.

Eine Prüfung dieser »richtigen« Lösung des Transformationsproblems fördert ein paar Merkwürdigkeiten zutage: a) Preissumme und Wertsumme stimmen nicht überein; wieso Huber behauptet (40), dies stehe im Einklang mit Marx, bleibt sein Geheimnis. b) Das Verfahren ist auf das 5-Sektoren-Beispiel in »Kapital«, Bd. III, Kap. 9, weder anwendbar noch ihm anpaßbar. c) Die Funktionen der Profitraten, die die Verhältnisse von Werten und Produktionspreisen bestimmen, fallen einfach vom Himmel! Sie sind nirgends begründet; man hätte genauso andere Funktionen einsetzen und mittels einer Bilanzgleichung ein anderes \bar{p}_i bestimmen können. d) Wenn man in Hubers Schema (35) nicht die zweite, sondern die erste Bilanzgleichung benutzt, bekommt man eine andere Lösung für \bar{p}_i und dementsprechend andere Produktionspreise.

Eine wirre und weitschweifige Arbeit. Formal ist noch zu bemängeln, daß der Verfasser genannten und ungenannten bürgerlichen Ökonomen und Marx unter großzügiger Einsparung von Quellenangaben Meinungen zuschreibt. Wo soll z. B. Samuelson gezeigt haben (164), daß seine Kritik an Ricardos Rententheorie die Grenzproduktivitätstheorie unhaltbar macht?

Gianfranco Accardo (Berlin/West)



- M. Albrecht, G. Weinrich: Wider die „Ärzteschwemme“
 E. Göpel: Medizinische Curriculumreform am Oberstufenkolleg Bielefeld
 R. Laux: Medizinische Soziologie
 G. Marsen: Die zweite Novellierung der ärztlichen Approbationsordnung
 U. Canaris, G. Syben: Gewerkschaftliche Arbeit und medizinische Ausbildung
 H.-H. Abholz: Intervention bei Myokardinfarkt
 T. Strasser: Bluthochdruck
 H. Kühn, F. Hauß: Medizinischer Arbeitsschutz
 D. Borgers, B. Nemitz: Arbeitsmedizinische Praxis und Arbeitssicherheitsgesetz
 H. Wintersberger: Gesundheitskämpfe in Italien
 E.-S. Bartholomeyczik: Hat der Hebammenberuf noch eine Chance?
 K.-W. Tietze: Der Mütterpaß – Dokumentation mangelnder Schwangerschaftsvorsorge?
 H. Baltschun, K. Bening, A. Merke, G. Schneider, E. Schröder: Sozialplanung der Säuglinge und Kleinkinder bei Vorsorgeuntersuchung und Frühförderung
 A. Trojan, H. Waller: Sozialarbeit und Medizin
 V. Garms-Homolova: Altenpflege
 J. Breddermann: Gewerkschaft ÖTV zur Gesundheitspolitik
 I. Simon: Das 2. Arzneimittelgesetz
 C. Jeger, A. Schwank: Die Auseinandersetzung um das Gesundheitswesen der Schweiz
 Wissenschaftler boykottieren den Krebskongreß in Buenos Aires.

AS 27, 1978, 240 S., 15,50
 DM, Stud. 12,80 DM; im
 Abo 12,80 DM, Stud. 11,-
 DM



11/12 '78

J. Ostrowski: Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika

R. Falk: Namibia – Südafrikas Alleingang

H. Mayer: Rhodesische Übergangsregierung am Ende?

J. Kluthe: Addis-Abeba-Konferenz

W. Bröner: Das Diktat von Camp David

Abschlußerklärung des 3. Gipfels der Standhaftigkeit

Interview mit A. El Masry: Die »Denkmäler« der Ära Sadat

W. Ritter: Massenerhebungen gegen den Schah

Dokumentation: Notenwechsel Vietnam-China

Gespräch von G. Giesenfeld mit Xuan Thuy: Meinungsverschiedenheiten seit der »Kulturrevolution«

G. Ritter: Die kampucheanische Tragödie

D. O. Saveca: Nicaragua – Der Kampf geht weiter

I. Ljubetić: Minenarbeiter trotz der Junta

G. Hautsch: BRD – Neokolonialismus – Zum Beispiel AEG-Telefunken

Rezensionen: Lateinamerika-Analysen

9. Jg. 1978

1 '79

Thema: Gesamtschule '79

Müller/Mende: Wehrziehung – Militärisches aus Ost und West

Akpinar/Mertens: Interkulturelle Arbeit im Kindergarten

Radikalenerlaß: b:e-Interview mit Jusochef Gerhard Schröder

Nachhilfefirmen: Das Geschäft mit den Hausaufgaben

b:e-Serie: Wenn ein Lehrer kinderfreundlich sein will

2 '79

H. Rodenstein: Den Hitler-Gruß verweigert. Aus der Biografie eines Lehrers

G. Pätzold: Jugendarbeitslosigkeit. Ein Teufelskreis ohne Ausweg?

M. v. Engelhardt: Schülermitbestimmung. Lernziel: Mündiger Schüler

H. Dederig: Arbeitslehre in der Sekundarstufe II

Fachdidaktischer Trendbericht: Sport

11. Jg. 1978

Herausgeber: D. Boris, W. Breuer, W. Bröner, J. v. Freyberg, W. Gehrcke, M. Jansen, G. Kwiatkowski, B. Landefeld, H. Lederer, E. Rudolf, P. Tanzmeier, F. Werkmeister, E. Wulff. – Erscheint monatlich. – Einzelheft 1,50 DM; Jahresabo 15,- DM. – AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg/L.

Erscheint monatlich im Beltz Verlag, Postfach 1120, 6940 Weinheim – Einzelheft DM 5,-; Jahresabo DM 48,-; Studentenabo DM 38,-; Probeabo (4 Hefte) DM 10,-

Blätter für deutsche und internationale Politik

10 '78

Kommentare und Berichte

B. Sommer: Der Nahe Osten nach Camp David

C. Butterwege: 100 Jahre Sozialistengesetz

N. v. Kreitor/R. Helmers: Das schwedische Modell... der Zensur

Hauptaufsätze

W. v. Bredow: Abrüstungspolitik und Rüstungstechnologie.

U. Briefs: Neue Technologien als Herausforderung für die Gewerkschaften

J. Kammler: Die Krise in Portugal

M. Massarrat: OPEC und OECD – Kräfteverhältnisse und Perspektiven

S. Salaff: Auf Umwegen zur Atommacht? (II)

A. Gschwind: Algerien vor dem zweiten Kongreß der Nationalen Befreiungsfront (FLN)

E. Hültenschmidt/H. Thoma: Die Auseinandersetzung um die Studienreform

W. Lewald: Die deutsche Frage – eine »offene« Frage?

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Konjunkturprogramme seit 1975 (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

Tagungsberichte

E. Gärtner: Ökologie und Planung.

R. Vogt: Plutonium-Kongreß des BBU

23. Jg. 1978

11 '78

Kommentare und Berichte

G. Stuby: Warum NS-Verbrechen nicht verjähren dürfen

A. Maske: Die Neutronenbombe – scheinbarweise

R. Falk: Namibia und der Westen

Hauptaufsätze

Das Unbehagen in der Bundesrepublik und die Perspektiven der Bürgerinitiativ-Bewegung. Diskussion zwischen E. Dähne, C. Götz, G. Kade, W. Knabe und H. G. Schumacher

I. Kurz: Der Anfang vom Ende der Berufsverbote?

H. Trofimenko: Ziele der US-Militärstrategie in Europa

W. Simon: Japan – die patriarchalische Variante.

L. Doormann: Willy Brandts Lösung der Frauenfrage.

G. Bosch: Wie neu ist die »Neue soziale Frage«?

Bücher

H. E. Schmitt-Lermann: Abendroth-Forum

Wirtschaftsinformation

J. Goldberg: Zur Finanzlage der Gemeinden (Wirtschafts- und sozialstatistische Daten)

23. Jg. 1978

BETRÄGE ZUM WISSENSCHAFTLICHEN SOZIALISMUS

Demokratische Erziehung

6 '78

Sozialdemokratie

Diskussion über den »Weg der Sozialdemokratie« mit Peter Glotz (SPD)

Sozialistische Studiengruppen (SOST): Sozialdemokratie und Sozialismus. Thesen über die Hegemoniekrise und die Transformierbarkeit der Sozialdemokratie

Zu den »Herforder Thesen« der Jusos

Interview mit Didier Motchane (CERES)

Ökonomisch-politische Reviews

Großbritannien 1979: Parlamentswahlen im Krisenjahr

Die Politik der KP Niederlande

Internationalismus

Widersprüche in Spanien

Eurokommunismus – Entwurf einer neuen Gesellschaft für einen neuen Menschen (Interview mit Zomás Garcia, PCE)

Kommentare

Bücher und Zeitschriften

5. Jg. 1978

6 '78

Mitbestimmung im Bildungswesen

M. Ruhland: Das neue Schulmitwirkungs-gesetz in NRW

R.-M. Lüdtkke: Arbeitnehmer in die Elternbeiräte

N. Müller: Elternrecht, Pädagogik und Berufsverbote

H. Naumann: Mitbestimmung in der 2. Phase der Lehrerausbildung

J. Wollenberg: Mitbestimmung im Weiterbildungsbereich

F. Wißmann: 10. Schuljahr für Haupt- und Sonderschüler

J. Hartkemeyer: Die politische Funktion des Antisemitismus und seine Behandlung in der Bildungsarbeit

Koch / Rocholl / Roitsch-Schröder: Zur Bildungsreform im Elementarbereich

J. Sanchez-Otero: Interview mit Paolo Freire

B. Senser: Auf dem Weg zur Bundesschülervertretung

G. Auernheimer / K.-H. Heinemann: Die Herausforderung der demokratisch-wissenschaftlichen Bildungstheorie

B. Schümann: Parlamentarische Initiativen gegen den Neofaschismus und seine Umwelt

Jahresregister 1978

Rezensionen – Dokumentation

4. Jg. 1978

3. WELT MAGAZIN

forum ds

Zeitschrift für Theorie und Praxis
des demokratischen Sozialismus

9 '78

- Medienboykott und »Die Neue«
H. Zschokke: Investitionspolitik internationaler Konzerne
B. Sommer: Assad in der Klemme
R. Maurer: Militärputsch in Mauretanien
Politische Vorstellungen der islamischen Opposition im Iran
P. C. Holz: Strategie der Linken in Chile
Gebhardt/Koschützke: Peru – Konsolidierung der Massenbewegung
Materialien zum Befreiungskampf in der Westsahara (2)

10 '78

- N. Paech: Internationale Juristenkonferenz in Baku
R. Bolz: Wer kommt nach Bourguiba?
Geissler/Wick: Bonn, Südafrika und die Atombombe
E. Pallis: Kibbutz – Propaganda und Wirklichkeit
R. Ward: Der Konflikt zwischen Vietnam und China
G. G. Marquez: In der Hand der Sandinista
V. Sukup: Vor den Wahlen in Venezuela
Magazin – Film – Rezension

4. Jg. 1978

Redaktion: D. Habicht-Benthin, D. Haude, A. Hürter, N. Paech, B. Sommer, U. Stewen, D. Ziegert (Bildredaktion D. u. K. Kierzkowski). – Einzelheft 4,- DM, Jahressabo 48,- DM, vergünstigt 32,- DM – pdw. Buschstraße 20, 5300 Bonn 1.

6 '78

- J. Strasser: Die grüne Herausforderung
W. Bierter: Ökologische Beschäftigungspolitik
H. Baisch: Wirtschaftskrise und Arbeitslosigkeit in der BRD. Die Kritik an den Analysen des Sachverständigenrats durch den Arbeitskreis Politische Ökonomie
W. Seuffert: Die Freiheit des öffentlichen Dienstes im Rechtsstaat
J. Strasser: Grenzen des Sozialstaats?
J. Steffen: Gewerkschaften und soziale Bewegung
J. Jordan: Kommunalpolitik
H. Schunder/D. Thie: Jugendzentrumsarbeit in der Kleinstadt
E. Matzner: Wissenschaftliche Grundlagen des Parteiprogramms der SPÖ
F. Sen: Die türkischen Sozialdemokraten und ihr Konzept für den demokratischen Sozialismus
H. Ehmke: Eine Neuformierung der europäischen Linken?

3. Jg. 1978

Herausgeber: Wolfgang Roth, Hermann Scheer, Joachim Steffen, Johano Strasser, Werner Vitt, Karsten Voigt, Heidemarie Wieczorek-Zeul. – Erscheint halbjährlich. – Einzelpreis 9,- DM, im Abo 8,- DM. – forum ds-Verlag, Pf. 21 0730, 7500 Karlsruhe 21

kritik

Zeitschrift für sozialistische Diskussion

19

Bahro-Diskussion

H. Marcuse: Protosozialismus und Spätkapitalismus. Versuch einer revolutionstheoretischen Synthese von Bahros Ansatz

T. Pirker: Bahro und die Tradition der DDR-Intelligentsia

Altwater / Steinke / Süß / Wolter: Bilanz des Berliner Bahro-Kongresses

T. Deutscher: Opposition im Ostblock; Teil I: Polen, CSSR

R. Demmerle: Zur innerparteilichen Situation der DKP

Berufsverbote

W.-D. Narr: Was steht hinter der neuerlichen Diskussion um die Berufsverbote?

K. Meschkat u. a.: Der Fall Brückner und die neu-entflammte Berufsverbots-Debatte

Gewerkschaften

Entwicklung einer oppositionellen Gruppe innerhalb der IG-Metall am Beispiel Solex Berlin

J. Moneta: Aktionskreis Leben – eine erste Bilanz

Außerdem

B. Schmidt: Marxismus und Naturbeherrschung (Rede auf den Tübinger Ernst-Bloch-Tagen am 27./28. Okt. '78)

A. Münster: Einleitung zu Burkhart Schmidt

T. Bergmann: 50 Jahre KPD-Opposition

Herausgeber: Ulf Wolter. Redaktionsbeirat: Rudi Dutschke, Ossip K. Flechtheim, Helmut Fleischer, Robert Jungk, Ekkehart Krippendorff, Ernest Mandel, Klaus Meschkat, Lutz Mez, Jacob Moneta, Arno Münster, Oskar Negt, Theo Pirker, Bernd Rabehl, Jochen Steffen. – 4 Nummern im Jahr. – Einzelheft 7,- DM, im Abo 6,- DM. – Verlag Olle & Wolter, Postfach 4310, 1000 Berlin 30.

lendemains

Zeitschrift für
Frankreichforschung +
Französischstudium

12

Das Problem der Gleichheit in der Französischen Revolution

A. Soboul: La Révolution Française et l'égalité

W. Markov: Jacques Roux und die Gleichheit

F. Gauthier: Egalitarisme agraire dans la Révolution Française. Le mouvement des masses paysannes picardes.

H. Resende: N.-M. Loukine et le problème de l'égalitarisme agraire dans la Révolution Française

W. Schröder: »Volk« – ein realgeschichtliches Problem oder ein ahistorisch-universalistischer Klassifizierungsbegriff?

Forum

Gerhard Goebel: Schreibspiele, oder die Vergesellschaftung der Schrift

Eduard Wiecha: Chateaubriands René – Ästhetische Produktivität im gesellschaftlichen Wandel

Werner Krauss: Supplément V zum Dictionnaire Philosophique

France Actuelle

J.-L. Robert: Die französischen Gewerkschaften und die Wahlen vom März 1978

J. Ehrhard: Die Linksunion in der Kommunalpolitik

F. Vernier: Der Angriff auf die Universitäten in Frankreich

3. Jg. 1978

Herausgeber: M. Nerlich in Zusammenarbeit mit J. Droz, H. U. Gumbrecht, B. Schlieben-Lange, A. Soboul. – Erscheint vierteljährlich. – Einzelheft 7,70, im Abo 6,70, Studenten 5,70. – Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51

MARXISTISCHE BLÄTTER

ZEITSCHRIFT FÜR PROBLEME
DER GESELLSCHAFT, WIRT-
SCHAFT UND POLITIK

1 '79

Zukunftsangst und Alternativen

H. Lange: Wiss.-techn. Fortschritt –
Fluch oder Segen?

E. Weber: Die totale Bedrohung

B. Landefeld: Klassenkampf und Persön-
lichkeitsentwicklung

H. H. Holz: Grundwert-Zauber und
Wertmanagement

R. Steigerwald: Marxismus, Konserva-
tismus und Werte

W. Gerns: Grüne und Bunte Listen –
Schaden für die Umweltschutzbewe-
gung?

R. Kellner: Haben Ehe und Familie eine
Zukunft?

P. Schütt: Den ganzen Menschen anspre-
chen

W. Behn: Gesamtschule bildungspoliti-
sche Alternative

T. Hahn: Gesellschaftliche Verhältnisse
und zwischenmenschliche Beziehungen
im Sozialismus

H. Schindler: Folgen der Arbeitslosig-
keit

B. Best: Vorausschauende Arbeitsmarkt-
politik – im Widerspruch zur Praxis

K.-H. Stiemerling: Fortschritte und Vor-
teile des RGW

K.-H. Braun: Zur aktuellen Gramsci-Re-
zeption in der BRD

17. Jg. 1979

Hg.: R. Eckert, W. Gerns, F. Krause, H. Lederer,
W. Orzykowsky, U. Piepkorn, M. Schäfer, R. Stei-
gerwald, O. Wagner. – Red.: F. Krause – Alle zwei
Monate. – Einzelpreis 4,- DM, Jahresabo 18,- DM,
Studenten 20% Ermäßigung. – Vlg. Marxistische Blät-
ter, Hedderheimer Landstr. 67 a, 6000 Frank-
furt/M, 50.

Medien

Forum für aktuelle Probleme
der Kommunikationspolitik
und Medienpädagogik

3

Thema: Alternativmedien

Hrsgg. v. B. Rollka und V. Spiess

R. Ruoff: Etablierte Schwierigkeiten mit
einer demokratischen Alternative

W. Braukmann: Eine Zeitung »von
oben«

R. K. Roloff: Vom Nähren reiner Illusio-
nen

Medienoperative Berlin e.V.: Entwick-
lung der Videoarbeit in der BRD

C. Holtz: Underground-Comics

M. W. Thomas: Etablierte Medien contra
alternative Medien?

B. Rollka: Alternativ-Zeitungen als
Werkzeug der Presselenkung?

4

Thema: NDR

Beiträge zur Geschichte des NDR von
D. L. Schaaf, F. W. Hymmen, M. W.
Thomas, H. Jannsen und I. Stemmler/N.
Klugmann

P. C. Hall: Das »Modell ZDF« – beispiel-
haft für den NDR?

D. Ross: Programmrichtlinien und Rund-
funkfreiheit

W. Teichert: Möglichkeiten der Regiona-
lisierung

J. Loeffler: Auswahlbibliographie

Dokumentation: Kieler Entwurf für
NDR-Staatsvertrag, Juli 1978

1. Jg. 1978

Hg.: V. Spiess. – Erscheint vierteljährlich. – Einzelheft
10,- DM, Jahresabo 32,- DM. – Verlag V. Spiess, Post-
fach 147, 1000 Berlin 62

NEUES FORVM

INTERNATIONALE ZEITSCHRIFT
ENGAGIERTER CHRISTEN
UND SOZIALISTEN

297/298

A. Blechschmidt: Welt-Mark. Phyrussieger Schmidt

Atomkraft: Beiträge von F. Geyrhofer, P. Blau, G. Nenning, W. Kappacher

Neue Literatur von W. Kofler, A. P. Schmidt, F. Mayröcker, P. P. Zahl, H. Pataki

R. Dutschke: Herbert Marcuse und die Neue Linke

G. Nenning: Zum Parteiprogramm der SPÖ

Interview mit E. Berlinguer

299/300

J. Dvorak: Papst Wojtyla – Benelli denkt, Gott lenkt

F. Geyrhofer: Die BRD und ihr Radikalenerlaß

R. Neudeck: Die Zerstörung des Fernsehens in der BRD

H. Pataki: Die Österreich-Berichterstattung des »Spiegel«

F. Geyrhofer: Filmopposition in I. und III. Welt

Neue Literatur von H. Jugl-Jennwein, H. v. Nussbaum, C. Haidegger, W. Rausch

M. Hopp: Die neue Jugendbewegung

G. Nenning: Zum Parteiprogramm der SPÖ (II)

25. Jg. 1978

Herausgeber: Günther Nenning. – Redaktion: F. Geyrhofer, M. Hopp, H. Pataki. – 12 Hefte im Jahr. – Einzelheft 6,50 DM, 44 ÖS, Jahresabo 48,- DM, 320 ÖS, Studenten-Abo 36,- DM, 240 ÖS. – Neues Forum, Museumstr. 5, A-1070 Wien

Prokla

Zeitschrift für politische Ökonomie
und sozialistische Politik



33

Produktion – Reproduktion – Sozialisation

M. Fuhrke: Sozialpolitische Reformen oder Austerity-Politik in der Krise? Zur Kritik neuerer Theorieansätze

Bammé / Deutschmann / Holling: Von der Psychoanalyse zur Sozialpsychologie der Schule als Institution. Gegen einen kognitions- und individualpsychologisch verkürzten Lernbegriff

K. Dörhöfer: Wohnverhältnisse und Bewohnerverhalten

H. Manthey: Hausarbeit als theoretische Kategorie eines Emanzipationskonzeptes von Frauen?

Donner-Reichle / Erlbeck / Rauch: Frauennarbeit im unterentwickelten Kapitalismus

Lielbel / Schöning: Soziobiographische Zugänge zur Geschichte der Arbeiterjugend. Vorüberlegungen zu einem Forschungsprojekt

H. Bögeholz: Bahros Klassentheorie

9. Jg. 1979

Herausgegeben von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e. V.“ – Erscheint viermal im Jahr. – Einzelheft 9,- DM, im Abo 7,- DM. – Rotbuch Verlag, Potsdamer Str. 98

psychologie heute

rote blätter

12 '78

F.-C. Schubert: Schlaf und Schlafstörungen

Gespräch mit F. Zimbardo: Schüchternheit – Gegen das Gefängnis im Kopf

J. Kremer: Indianische Lehre und westliche Weltansicht

J. Kagan: Elternliebe ist keine Lebensversicherung

G. Alexander: EDV – Einfühlsame Datenverarbeitung

M. Moebius: Zum Prozeß gegen J. Kapuste – Münchner Freiheit II

Sonderteil: D. Liepmann: Hochschulzugang – Warum die Tests nichts taugen

1 '79

E. F. Schumacher: Lebensplan – Landkarten für den Lebensweg

E. S. Valenstein: Gehirnkontrolle

Im Gespräch: G. Devereux

J. Rowan: Wieviel Seelen wohnen in ihrer Brust?

5. Jg. 1978/6. Jg. 1979

11 '78

Wissenschaftsrat-Konzept zur Studienreform (1)

Semesterstart: Studenten wehren sich
Maoisten in der Krise

Kristallnacht 1938–40 Jahre danach:
Neonazis, die bundesdeutsche Rechte und Pinochet

Iran: Der Schah am Ende?

Nicaragua: Ein Volk kämpft gegen den Diktator

Interview mit August Kühn

Bob Dylan im Kreuzfeuer

12 '78

Bundesweite Aktionswoche

Die miesen Köder des Wissenschaftsrates

Spontis in der Krise

Berufsverbote – Ende in Sicht?

Beilage: Mannheimer Parteitag der DKP

Das Dilemma des »linken« Antikommunismus

Notizen zur Frankfurter Buchmesse

Disco – Die neue Freiheit?

Film: Die Wildgänse kommen

Rock gegen rechts

Bücher: Chotjewitz / Beutin / Fuchs

8. Jg. 1978

SOCIALISM IN THE WORLD

5

u. a.:

P. G. Casanova: Les systèmes politiques et la lutte pour le socialisme en Amérique Latine

J. Dordevic: The Origin and Development of the Political System of Socialist Yugoslavia

W. F. Haug: On the Dialectical Relation between the Social Basis and Political Superstructure under Socialism

L. Libertini: Démocratie et pluralisme dans les systèmes politiques socialistes

D. Plotke: Socialism and Political Systems: Perspectives for the United States

G. Powik / K. H. Stiemerling: The Creation of a Developed Socialist Society

T. Sakaki: Scientific Socialism of Japan
Discussion – Reviews

6

u. a.:

D. Popović: Socialism and Political Systems

F. Deppe: On the Significance of the »Democratic Transformation of the States«

A. Emmanuel: L'Etat de la »transition«

T. Dos Santos: Brazil – the Crisis in the Dictatorship

P. Margolles / A. Fuentes: Cuba – Notes concernant le processus révolutionnaire et sa démocratie socialiste

N. Pašić: Class Interests, the State and Democracy

O. Waiss: Les voies du socialisme
Discussion – Reviews

2. Jg. 1978

7

u. a.:

Y. A. Krassin: Communist Party in the Political System of Socialism

Q. Hoare: Bourgeois Democracy and Proletarian Democracy

A. Abdel-Malek: The United Front as Historical Strategy

A.-S. Youssef: The »Party-Front« Formula in Egypt

B. Ehrenreich: Contemporary Feminism and Socialist Movements

Discussion – Reviews

8

u. a.:

E. Alenius: »Eurocommunism« and the Democratic Road to Socialism

L. Basso: Démocratie et socialisme en Europe occidentale

K. Coates: Industrial Democracy

F. Hincker: Socialisme et démocratie

J. Fisera: Mémoire et attente collectives dans la recherche du socialisme autogestionnaire

P. Joye: Problèmes de l'Etat et perspectives autogestionnaires

B. A. Strashun: Problems of Further Perfection of Socialist Democracy in the Light of the New Draft Constitution of the U.S.S.R.

R. Chapuis: L'autogestion et le rôle de l'Etat

Discussion – Reviews

2. Jg. 1978

Editor: International Conference »Socialism in the World«, Cavtat, and IC »Komunist«, NIP Komunist, Beograd, Jugoslavia. *Auslieferung für BRD und Westberlin: Argument-Vertrieb, Tegeler Str. 6, 1000 Berlin 65. Preise wie Argument-Sonderbände AS (ca. 300 S.).*

Zeitschrift für
Sozialistische Politik und Wirtschaft

spw

2 '78

Positionen zur Gewerkschaftspolitik

H. Moll: Rationalisierung, Unternehmerinteresse und gewerkschaftliche Gegenmaßnahmen

W. Hamer: Entwicklung der Rechtsprechung und gewerkschaftliche Gegenstrategien

Däubler / Gmelin: Frauen im Betrieb – Probleme ihrer gewerkschaftlichen Interessenvertretung

G. Bäcker: Kritik an der sozialliberalen Wirtschafts- und Sozialpolitik

D. Albers: Linke Sozialdemokraten und Gewerkschaften

R. Heinrich: Geschichte des Jugendarbeitsschutzes (I)

W. Abendroth: 60 Jahre Novemberrevolution

H. Linker: Herforder Thesen in der Diskussion

C. L. Guggomos: 2. Anlauf nach 136 Jahren – Die »Neue« im Frühjahr

A.-R. Alawi: Nahostkonflikt. Kein Frieden ohne die Beteiligung der Palästinenser

Kommentar

A. Wehr: Stand der Auseinandersetzungen um Berufsverbote

2. Jg. 1979

Hg. Detlef Albers, Heinz Albrecht, Erhard Eichert, Klaus-Peter Kisker, Heinrich Lienker, Werner Loewe, Klaus Thüsing, Klaus-Peter Wolf. Redaktion: H. Beinert, R. Brögeler, J. Harland, F. Heidenreich, M. Karnatz, H. Raßmes, Ch. Rix, D. Scholz, M. Zenz. Diespw erscheint in 4 Hefen jährlich. Einzelheft 5,- DM, im Jahresabo 4,50 DM einschließlich Postversand. Bestellungen über »spw« Verlag/Redaktion GmbH, Königinnen-Luise-Str. 81, 1000 Berlin 33

tendenzen
Zeitschrift für engagierte Kunst

120

Arbeiterfotographie

R. Hiepe: Welches Abbild zeigt das Abbild?

R. D. Wagner: 2 Pioniere der niederländischen Sozialfotographie

Beitz / Höpel / Philipp: August Sander

J. Boström: »Volksfoto« oder Arbeiterfotographie

U. Krempel: Der Maler Carl Timmer

K. Herding: Courbets Bedeutung

Zur Mattheuer-Ausstellung

121

Kulturlandschaft Ruhrgebiet

K. Eichler: Kultur an der Ruhr

U. Krempel: Das Segeroth in Essen

K. Maase: Ruhrfestspiele '78

G. Busmann: Willi Sitte im Frankfurter Kunstverein

M. Monjau: Erinnerungen an Franz Monjau

M. Deppner: Der Panagoulis-Zyklus von C. Krämer

W. Grape: Zu einer Radierung von R. Schlichter

M. Feddersen: HfG Bremen – Die Fachrichtung Plastik stellt sich vor

19. Jg. 1978

Redaktion: H. v. Damnitz, H. Erhardt, R. Hiepe, Th. Liebner, H. Kopp, K. Maase, W. Marschall, C. Nissen, C. Schellemann, J. Scherkamp, G. Sprigath, G. Zingerl. – Erscheint alle zwei Monate. – Einzelheft 6,50 DM. Jahresabo 35,- DM. (Stud. 27,- DM) – Damnitz Verlag, Hohenzollerstraße 144, 8000 München 40

Marxistische Studien

Jahrbuch des IMSF

1/1978

Aus dem Inhalt

Politische Ökonomie und Kapitalismustheorie

Heinz Jung, Die privatmonopolistische Entwicklungsvariante des staatsmonopolistischen Kapitalismus der BRD
Christoph Butterwegge, Markt, Plan und Profit. Zur politischen Ökonomie der Investitionslenkung
Wolf-Dietrich Schmidt, Verfassung und Monopole — Aspekte zur antimonopolistischen Diskussion in Westdeutschland 1945—1947

Jörg Goldberg, Die Verwertungsbedingungen des Kapitals in der Bundesrepublik. Eine Darstellung und Kritik von empirischen Versuchen

Probleme der Reproduktion der Arbeitskraft

Eberhard Dähne, Zur aktuellen Entwicklung der Verbraucherpreise und zum Preisindex der Lebenshaltung
Klaus Priester, Entwicklungstendenzen der Arbeitsbedingungen und -belastungen in der Bundesrepublik
Ingeborg Nödinger, Frauenemanzipation und Wirtschaftskrise in der BRD

Soziale Bewegungen, Probleme der Gewerkschaftstheorie und -praxis

Klaus Pickshaus, Krisenbedingungen und Arbeitskämpfe. Zur Entwicklung sozialer Kämpfe in der Bundesrepublik 1975 bis 1978

Probleme der Entwicklung gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins in der Arbeiterklasse

J. H. v. Heiseler, Arbeiterbewußtsein und Krise

Frank Deppe, Zu einigen Problemen der Bestimmung des gegenwärtigen gewerkschaftlichen und politischen Bewußtseins der Arbeiterklasse der BRD
Klaus Priester, Krisenentwicklung und Arbeiterbewußtsein. Bericht über ein Kolloquium des IMSF

Marx-Engels-Forschung

Winfried Schwarz, Der Aufbauplan des „Kapital“, die Konkurrenzformen und die Kritiker der Monopoltheorie

Wissenschaftsentwicklung in der BRD

Kaspar Maase, Zur Diskussion um marxistische Kulturtheorie
Johanna Hund, Das „Institut für sozialwissenschaftliche Forschung“, München

Ausländische Forschungseinrichtungen

S. L. Woronkow, Über die Tätigkeit des Instituts für Weltwirtschaft und internationale Beziehungen der Akademie der Wissenschaften der UdSSR
Anna Morre/Walter Micheli, Das „Institut für wirtschaftspolitische Studien“ der IKP (CESPE)

IMSF — 1978: Publikationen, Konferenzen, Kolloquien

Band 1/1978, 374 Seiten, fester Einband, DM 24,—

Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main 1

SOZIALE WELT

Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Forschung und Praxis

Herausgegeben von der

Arbeitsgemeinschaft Sozialwissenschaftlicher Institute e. V.

Die SOZIALE WELT erscheint jährlich in 4 Heften zu je 128 Seiten. Preis pro Jahrgang 64,— DM. Vorzugspreis für Studierende 42,— DM.

Die SOZIALE WELT stellt sich die Aufgabe, den Forschungsfortschritt in Theorie und Empirie der Sozialwissenschaften rasch und in faßlicher Kürze ihrem Leserkreis zur Kenntnis zu bringen. Sie berücksichtigt vornehmlich die Soziologie, daneben aber auch die relevanten Entwicklungen in Sozialökonomie und Sozialpolitik, Sozialphilosophie und politischer Wissenschaft sowie in anderen benachbarten Disziplinen.

Das Redaktionsprogramm der SOZIALEN WELT konzentriert sich auf Abhandlungen zur Weiterentwicklung der Sozialtheorie, auf Berichte über laufende empirische Forschungsvorhaben und auf kritische Unterrichtung über den Fortgang der Fachliteratur. Dazu bringt die SOZIALE WELT regelmäßig problemkritische Untersuchungen zur Dogmengeschichte der Sozialwissenschaften.

Traditionell gilt ihre besondere Aufmerksamkeit der Umsetzung theoretischer und empirischer Forschung in die soziale Praxis der wissenschaftlich-technischen Zivilisation. Als thematische Schwerpunkte haben sich hier vor allem die industrie- und betriebssoziologische Forschung, die vergleichende Sozialanalyse der Industrie- und Entwicklungsgesellschaften sowie die Erziehungs-, Bildungs- und Wissenschaftssoziologie bewährt.

Die SOZIALE WELT versteht sich als eine Zeitschrift, die Stand und Entwicklung der Sozialforschung kritisch analysiert und ihre Leser — den Fachwissenschaftler, den sozialwissenschaftlich interessierten Praktiker und den Studenten — kritisch informiert.

VERLAG OTTO SCHWARTZ & CO.

34 Göttingen, Annastraße 7

In unserem Verlag erscheint im 27. Jahrgang:

Die Mitarbeit

Zeitschrift

zur

Gesellschafts- und Kulturpolitik

herausgegeben von

Prof. D. Dr. Joachim Beckmann, Düsseldorf, D. Dr. Paul Collmer, Stuttgart, Prof. Dr. Gerhard Heilfurth, Marburg/Lahn, Prof. Dr. Franklin H. Littell, Chicago, Prof. Dr. Dietrich von Oppen, Marburg/Lahn, Prof. Dr. Kurt Sontheimer, München, Prof. D. Dr. Dr. h. c. Wolfgang Trillhaas, Göttingen, Prof. Dr. Dr. Dr. h. c. Fritz Voigt, Bonn, Dr. Hermann Walz, Fulda, Dr. Lothar Wiedemann, Friedewald.

Erscheint jährlich in vier Heften mit einem Umfang von je 96 Seiten. Der Bezugspreis beträgt für den Jahrgang 44.— DM, für das Einzelheft 11.— DM.

Die Zeitschrift will über das politische, gesellschaftliche und soziale Geschehen informieren, auf die an verschiedenen Stellen, u. U. auch im Bereich der Verwaltung auftretende Unzulänglichkeiten hinweisen und durch Erhellung der Hintergründe und Zusammenhänge die verantwortliche Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Das Generalthema der Zeitschrift ist nicht nur an den gesellschafts- und kulturpolitischen Vorgängen der Bundesrepublik, sondern von vornherein auch an der Innenpolitik orientiert; dabei müssen alle Probleme der Verwaltung nicht zuletzt auch im Kommunalbereich berücksichtigt werden. In diesem Zusammenhang werden daher auch Gesetzesvorhaben des Bundes und der Länder diskutiert.

Diese Zeitschrift ergänzt unsere wissenschaftliche Zeitschrift SOZIALE WELT.

VERLAG OTTO SCHWARTZ & CO.
Göttingen, Annastraße 7

Sprach- und Literaturwissenschaft

| | |
|--|-----|
| <i>Autorenkollektiv</i> : Sprache – Bildung und Erziehung (<i>H. W. Giese</i>) | 132 |
| <i>Sparck Jones, Karen, und Martin Kay</i> : Linguistik und Informationswissenschaft (<i>H. Schweizer</i>) | 132 |
| <i>Geier, Ulrich</i> (Hrsg.): Germanisten ohne Zukunft? (<i>H. Schmidt-Schemel</i>) | 133 |
| <i>Metscher, Thomas</i> : Kunst und sozialer Prozeß (<i>J. Tatz</i>) | 135 |
| <i>Szondi, Peter</i> : Schriften I und II (<i>R. Kawa</i>) | 136 |
| <i>Groebe, Norbert</i> : Rezeptionsforschung als empirische Sozialwissenschaft (<i>G. Alfs</i>) | 137 |
| <i>Drews, Jörg</i> (Hrsg.): Literaturkritik – Medienkritik (<i>P. Kleiß</i>) | 137 |
| <i>Soppe, August</i> : Der Streit um das Hörspiel 1924/25 (<i>S. Zielinski</i>) | 138 |

Erziehungswissenschaften

| | |
|---|-----|
| <i>Becker, Hans H.</i> (Hrsg.): Anthropologie und Pädagogik (<i>G. Miller</i>) | 140 |
| <i>Pleines, Jürgen-Eckhardt</i> : Mensch und Erziehung (<i>G. Miller</i>) | 140 |
| <i>Rahn, Hartmut</i> : Interessenstruktur und Bildungsverhalten (<i>W. Kunstmann</i>) | 141 |
| <i>Menze, Frohmut</i> : Schule in der Provinz (<i>R. Morell</i>) | 142 |
| <i>Ott, Ernst H.</i> : Recht als neue Dimension schulischen Lernens (<i>H. Hensel</i>) | 143 |

Psychologie

| | |
|---|-----|
| <i>Inhelder, Bärbel, und Harold Chipman</i> (Hrsg.): Von der Kinderwelt zur Erkenntnis der Welt (<i>U. P. Kampers</i>) | 144 |
| <i>Harten, Hans-Christian</i> : Kognitive Sozialisation und politische Erkenntnis (<i>W. Kunstmann</i>) | 145 |
| <i>Portele, Gerhard</i> (Hrsg.): Sozialisation und Moral (<i>W. Kunstmann</i>) | 145 |
| <i>Salber, Linde</i> : Piagets Psychologie der Intelligenz (<i>J. A. Rohmann</i>) | 150 |
| <i>Geber, Beryl A.</i> (Hrsg.): Piaget and Knowing (<i>J. A. Rohmann</i>) | 150 |
| <i>Kohut, Heinz</i> : Die Zukunft der Psychoanalyse (<i>N. Elrod</i>) | 151 |
| <i>Zinser, Hartmut</i> : Mythos und Arbeit. Studien über psychoanalytische Mytheninterpretation am Beispiel der Untersuchungen Géza Róheims (<i>H. G. Kippenberg</i>) | 153 |

Soziale Bewegung und Politik

| | |
|---|-----|
| <i>Poulantzas, Nicos</i> : L'Etat, le Pouvoir, le Socialisme (<i>E. Volker</i>) | 154 |
| <i>Quin, Claude</i> : Classes sociales et union du peuple de France (<i>B. Scherer</i>) | 155 |
| <i>Baron, Stefan</i> : Das Volksfrontbündnis und die Entwicklung des Parteiensystems in Frankreich (<i>F. Multrus</i>) | 156 |
| <i>Trentin, Bruno</i> : Arbeiterdemokratie (<i>S. Meitz</i>) | 158 |
| <i>Jäggi, Max, u. a.</i> : Das rote Bologna (<i>W. Roth</i>) | 159 |

| | |
|--|-----|
| <i>Der Bundesminister für Bildung und Wissenschaft (Hrsg.): Das soziale Bild der Studentenschaft in der Bundesrepublik Deutschland</i> (E. Göbel) | 45 |
| Ökonomie | |
| <i>Senghaas, Dieter: Weltwirtschaftsordnung und Entwicklungspolitik</i> (M. Krüger) | 160 |
| <i>Gottlieb-Duttweiler-Institut (Hrsg.): Multinationale im Nord-Süd-Konflikt</i> (A. Studier) | 161 |
| <i>Rahmeyer, Fritz: Ökonomische und politische Hemmnisse einer Erhöhung der Staatsquote</i> (H.-J. Weißbach) | 163 |
| <i>Moesch, Irene, u. Diethard B. Simmert: Banken. Strukturen, Macht, Reformen</i> (M. Ernst-Porkesen) | 164 |
| <i>Stamatis, Georgios: Die »spezifisch kapitalistischen« Produktionsmethoden und der tendenzielle Fall der allgemeinen Profitrate bei Karl Marx</i> (M. Krüger) | 166 |
| <i>Huber, Gerhard: Marx e la centralità della teoria della trasformazione</i> (G. Accardo) | 167 |

Errata zu Argument-Studienheft SH 21 (Axel Hauff: Die einverständigen Katastrophen des Karl Valentin):

Zu unserem Bedauern fehlen in den bisher ausgelieferten Exemplaren die Seiten 256 und 257 des Originaltextes (aus: Argument-Sonderband AS 3: Vom Faustus bis Karl Valentin). Wir lassen das fehlende Blatt nachdrucken und werden es in die noch vorhandenen Exemplare einkleben. Alle, die SH 21 schon besitzen, möchten wir bitten, das fehlende Blatt bei der Redaktion anzufordern (Adresse: s. Umschlagseite II) und es selbst einzukleben. Wir bitten für den Fehler um Entschuldigung.

Über die Autoren

Accardo, Gianfranco, vgl. Argument 109

Alfs, Günter, geb. 1953; Studium der Pädagogik in Oldenburg. Arbeitsgebiete: Rezeptionsforschung, Geschichte der SPD. Mitglied der GEW und der Arbeitsgemeinschaft für Hochschuldidaktik.

Behrens, Manfred, geb. 1952; Studium der Germanistik und Politologie an der FU Berlin, Stud. Tutor (Linguistik). Arbeitsgebiete: Mitarbeit im Projekt Ideologietheorie (PIT), Sprachpolitik der CDU, Rhetorik. Mitglied der GEW.

Bührer, Werner, geb. 1950; Dipl.-Pol., Doktorand. Arbeitsgebiete: Europäische Integration nach 1945, Geschichte d. Arbeiterbewegung.

Elrod, Norman, Dr. phil., geb. 1928; Psychotherapeut, Lehranalytiker. Wichtigste Veröffentlichungen: *Kriterien der Besserung in der Psychotherapie mit Darstellung einer erfolgreichen Behandlung* (1974); *Der Wolf im Schafspelz*, Erikson, die Ich-Psychologie und das Anpassungsproblem (mit R. Heinz und H. Dahmer, 1978). Mitglied in: Demokratische Psychiatrie, Ausbildungsstätte für analytische Psychotherapie, INCOMINDIOS (Internationales Komitee für die Indianer Amerikas).

Enderwitz, Ulrich, vgl. Argument 109.

Ernst-Poerksen, Michael, vgl. Argument 112.

Gestigkeit, Werner, geb. 1950; Starkstromelektriker, 2. Bildungsweg, Referendar für Deutsch und Pädagogik in Bremen. Mitglied der GEW.

Göbel, Eberhard, vgl. Argument 110.

Gollwitzer, Helmut, vgl. Argument 112.

Giese, Heinz W., vgl. Argument 111.

Haug, Wolfgang Fritz, vgl. Argument 108.

Jäger, Michael, vgl. Argument 108.

Kawa, Rainer, vgl. Argument 107.

Kleiß, Peter, geb. 1949; Studium der Germanistik und Politik in Marburg, Doktorand. Rezensionen im *Argument* und in der DVZ. Arbeitsgebiete: Vormärz, Literaturkritik, Kulturtheorie, Jazz.

Konersmann, Ralf, geb. 1955; Studium der Philosophie und Germanistik in Münster. Arbeitsgebiete: Deutsche Literatur und Philosophie des frühen 19. Jahrhunderts.

Krüger, Michael, geb. 1947; wiss. Ass. an der Universität Osnabrück für Volkswirtschaftslehre, Schwerpunkt Wachstumstheorie. Veröffentlichungen: *Zur Einschätzung des Marx'schen Fundamentaltheorems*. (in: mehrwert 13). *Wachstumstheorie*. (mit J. Glombowski, erscheint demnächst).

Kühn, Hagen, geb. 1943; wiss. Mitarbeiter am Wissenschaftszentrum Berlin; Veröffentlichungen zur Wirtschafts- und Gesundheitspolitik und zur Ökonomie des Gesundheitswesens (u. a. in: Jahrbuch für Kritische Medizin, Bd. 3, Argument-Sonderband AS 27).

Kunstmann, Wilfried, vgl. Argument 110.

Lambrecht, Lars, geb. 1944; Assistent an der Hochschule für Wirtschaft und Politik Hamburg. Veröffentlichungen: *Kritik der bürgerlichen Geschichtswissenschaft I und II* (Das Argument 70 und 75, Hrsg. und Mitverfasser, 1972); *Gesellschaftsformationen in der Geschichte* (Argument-Sonderband AS 32, Hrsg. 1978). Mitglied in ÖTV und BdWi.

Laugstien, Thomas, geb. 1953; Studium der Philosophie, Religionswissenschaft und Romanistik an der FU Berlin.

Meitz, Siegfried; 2. Bildungsweg, Studium der Politik und Germanistik an der Uni Hannover. Arbeitsgebiete: Gewerkschaftstheorie, Rationalisierungsschutz.

Miller, Gisela, Dr. phil., geb. 1942; wiss. Mitarbeiterin im Fachbereich Pädagogik der Hochschule der Bundeswehr, Hamburg. Veröffentlichung: *Zur Theorie und Praxis der Berufserziehung im Dritten Reich* (in: Argument-Sonderband AS 21: *Schule und Erziehung VI*, zus. mit M. Kipp). Arbeitsgebiete: Historische Pädagogik, Anthropologie.

Morell, Renate, Dr. phil., geb. 1945; Lehraufträge an der Uni Erlangen. Veröffentlichungen: *Projektgruppe Arbeitsleben: Schule, Produktion, Gewerkschaften* (1974); *Die organisierte Volkshochschulbewegung vom Ende des II. Weltkrieges bis zur Gründung der GEW.* (Diss. Marburg 1977).

Nemitz, Rolf, M. A., geb. 1948; seit 1976 Redakteur des »Argument«, Mitglied der Projektgruppe Automation und Qualifikation (jetzt: Institut für Automationsforschung) und des Projekts Ideologie-Theorie (PIT), wiss. Assistent am Psychologischen Institut der FU Berlin. Wichtigste Veröffentlichungen: *Automation in der BRD* (zus. mit anderen, AS 7, 2/1976); *Entwicklung der Arbeit* (zus. mit anderen, AS 19, 1978); *Forschung, Entwicklung und Einsatz neuer Technologien in der Text- und Datenerfassung und -verarbeitung* (zus. mit anderen, 1978). Mitglied in ÖTV und BdWi.

Reuter, Peter W., geb. 1940; Promotion (noch nicht veröffentlicht), wiss. Assistent für Geschichte/Politische Bildung an der Gesamthochschule Duisburg. Arbeitsgebiete: Französische Geschichte, 19. und 20. Jahrhundert.

Rohmann, Josef A., Dipl.-Psych.; VHS-Dozent, Unterrichtsaufträge an der PH Ruhr, Beratungstätigkeit. Arbeitsgebiete: Sozialisation und Persönlichkeitsentwicklung, Piaget, Lerntheorie.

Rohwer, Jens, Dr. phil., geb. 1914; Professur für Komposition, Musikästhetik und Formenlehre an der Musikhochschule Lübeck. Wichtigste Veröffentlichungen: *Tonale Instruktionen und Beiträge zur Kompositionslehre* (1949/50); *Neueste Musik – ein kritischer Bericht* (1964); *Sinn und Unsinn in der Musik* (1969); *Die harmonischen Grundlagen der Musik* (1970); eine Vielzahl von Kompositionen. Arbeitsgebiet: Zusammenhang von Neuer Musik und nachbürgerlicher Gesellschaft.

Roth, Winfried, geb. 1952; Dipl.-Volkswirt, Publizist und Übersetzer. Veröffentlichungen in Zeitschriften und Sammelbänden, sowie im Rundfunk. Arbeitsgebiete: Ökonomie, Politik, Urbanistik, Musikwissenschaft.

Scheffler, Thomas, vgl. Argument 108.

Scherer, Birgit, vgl. Argument 109.

Schildt, Axel, vgl. Argument 112.

Schmidt-Schemel, Hansgeorg, geb. 1956; Studium der Germanistik, Philosophie und Politik in Marburg.

Schweizer, Harro, vgl. Argument 109.

Studier, Alphons, geb. 1950; Studium von Politikwissenschaft, Volkswirtschaftslehre und öffentlichem Recht in Hamburg z. Zt. Tätigkeit am Institut für Allgemeine Überseeforschung in Hamburg. Veröffentlichungen: *Die UNO-Seerechtskonferenz und die Problematik einer neuen Weltwirtschaftsordnung* (in: Blätter f. deutsche und internationale Politik 8/1977). Arbeitsgebiete: Multinationale Konzerne und Neue Weltwirtschaftsordnung.

Tatz, Hans-Jürgen, geb. 1949; Studium der Germanistik und Politologie an der TU Braunschweig, Studienreferendar. Arbeitsgebiet: Literatur- und Sprachtheorie, Physik und Politik. Mitglied der GEW.

Volker, Eckhard, geb. 1948; Doktorand an der TU Berlin, Studienreferendar Deutsch/Französisch. Arbeitsgebiete: Literaturtheorie, Ideologietheorie. Mitglied der GEW.

Waldhubel, Thomas, geb. 1950; Dipl.-Psych., wiss. Assistent am Psychologischen Institut der FU Berlin. Mitglied der Projektgruppe Automation und Qualifikation (jetzt: Institut für Automationsforschung).

Weißbach, Hans-Jürgen, vgl. Argument 110.

Zielinski, Siegfried, geb. 1951; stud. phil., freier Mitarbeiter am Institut für Medienwissenschaft und Literatursoziologie. Veröffentlichungen: *Internationaler Medienzusammenhang*. (in: AS 10, 1976, zus. mit Erwin Reiss); Beiträge zur Mediengeschichte und -kritik in Sammelbänden, Zeitschriften und Zeitungen. Arbeitsgebiete: Theorie und Geschichte des Rundfunks, Massenkommunikation im Faschismus.